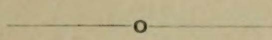




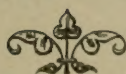
Freiherr v. Helfert

Aufzeichnungen und Erinnerungen aus jungen Jahren.



Im Wiener konstituierenden Reichstag

Juli bis Oktober 1848.



Wien, 1904.

Alfred Hölder,

k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler,

I., Rotenturmstraße 13.

Druck von Christoph Reißer's Söhne, Wien V.

Den folgenden Blättern habe ich nichts voranzuschicken als die Bitte an den geneigten Leser — um einen damals nicht gebräuchlichen, heutzutage in Mode gekommenen Ausdruck zu gebrauchen —, das „Milieu" der Zustände und Verhältnisse, der Anschauungen und Bestrebnisse, in welchem sich alles, was hier geschildert werden soll, bewegte und abspielte, nicht aus den Augen zu verlieren.

Vieles von dazumal erscheint auch heute kaum anders, wie der bedauerliche Gegensatz der Deutschen zu den „Tschechen" in Böhmen. Manches hat sich seither noch verschärft, wie das Verhältnis zu Ungarn. Aber einiges hat sich in erfreulicher Weise zum bessern gewandt: Was war zu jener Zeit Österreich den galizischen Polen, und was ist es ihnen heute?!

Das parlamentarische Leben von damals bietet sehr wenig, was sich zu dem heutigen in Vergleich setzen ließe. Und dieser Vergleich fällt durchaus zugunsten von anno dazumal aus. Unanständige Ausdrücke kamen äußerst selten vor, sie wurden auf die Rüge des Vorsitzenden selbst von ausgesprochenen Oppositionellen zurückgenommen und dem Protokoll, um dieses rein zu halten, nicht einverleibt. Einen wahren Sturm gab es ein einzigesmal, in der Sitzung vom 24. August, den eine durchaus mißverstandene Stelle in meiner Rede veranlaßt hatte. Leidenschaftlich erregte Zwischenfälle kamen oft genug vor. Die Linke bäumte sich gegen ihr nicht zusagende Beschlüsse auf, aber zuletzt fügte sie sich, wenn auch unwirsch und trotzig, dem konstitutionellen Prinzip der Majorisierung. Obstruktion war dem Namen und der Sache nach unbekannt.

Chronologische Übersicht.

1848

Juli 29. Erzherzog Stephan in Wien 42. — Reichstagssitzung: Strobach als erster Vizepräsident; Verhandlung wegen Rückkehr des Kaisers; Stadion und Fischhof 43—46.

„ 30. Enthebung Stadions vom galizischen Gouverneurposten 50.

„ 31. Verfassungsausschuß 47 f.

August 1. Katzenmusik gegen den Pfarrer vom Alsergrund 50 f.

„ 2. Reichstagssitzung: Interpellation Trummer: „Zusammenrottungen" 51. — Demonstration gegen Ebersberg 51 f.

„ 5. Reichstagssitzung: Wiederaufnahme des Antrages Selinger 88.

„ 7. Reichstagssitzung: Antrag Selinger verschoben 89.

„ 8. Reichstagssitzung: Doblhoff: „Der Weltgeist macht jetzt Politik" 89 f.; verbesserter Antrag Kudlich 90—92.

„ 11. Reichstagssitzung: Vereinbarter Antrag Kudlich; Antrag Helfert 97—101.

„ 12. Feierlicher Empfang des rückkehrenden Kaisers 102 f. Reichstagssitzung: Ende der Begründungen der über den Antrag Kudlich gestellten Anträge; Beginn der Debatte 122.

„ 14. Reichstagssitzung: Selinger begründet seinen Antrag; Haltung der Linken. Interpellation Löhner's 103 f.

„ 16. Gemeindeversammlung des Wittingauer Bezirkes 128.

„ 17. Neuwahl des Präsidiums: Strobach. Hagenauer. Straßer 104 f.

„ 19. Parade und Feldmesse auf dem Glacis 105 f. — Herabsetzung des Tagelohnes für Weiber und Jungen 123 f.

„ 21. Reichstagssitzung: Über den 20,000.000-Kredit 106 f. — Arbeitertumulte 124 f.

„ 22. Reichstagssitzung: Thinnfeld, Schwarzer 124 f

„ 23. Reichstagssitzung: Brauner, Lasser, Brestel 126 f. — Praterschlacht 125—128.

„ 24. Auflösung des Sicherheitsausschusses 152 f. — Reichstagssitzung: Der heilige Crispinus und die Bauern 130—142.

„ 25. Reichstagssitzung: Podlewski, Cerne, Georg Meyer 151.

„ 26. Reichstagssitzung: Bach und Kraus über die Entschädigungsfrage; Doblhoff und die Aula 151—153.

„ 27. Droh- und Schimpfbrief gegen mich 149.

„ 29. „Zur goldenen Glocke" 143 f.

„ 30/31. Reichstagssitzung: Abstimmung über die Kollektivanträge Lasser's und Kudlich's 155 f.

September 1. Reichstagssitzung: Wirren in den Debatten; Strobach will abtreten; Lasser, Helfert 156.

„ 2. Bach's Erklärung über die Sanktion des Monarchen 158 f.

„ 7. Kaiserliches Patent über die Auflösung des Untertansverhältnisses 161 f.

Zur gefälligen Beachtung!

In der einem zeitgenössischen Blatte entnommenen Abbildung des Reichstagssaales (zu S. 131) fehlen die Schriftführersitze, die sich unterhalb des Präsidentensitzes, drei rechts, drei links, zu beiden Seiten der etwas vorgebauten Rednerbühne befanden.

Erstes Buch.

Abgeordnetenwahl.

1.

Nachdem ich den Sommerkurs meiner Vorlesungen in Krakau geschlossen — in diesem wüsten Jahre um mehr als einen Monat früher als in anderen Zeiten —, die Prüfungen zu meiner Zuhörer und meiner eigenen Befriedigung abgetan und von meinem lieben Freundeskreis warmen Abschied genommen hatte, rüstete ich mich zur Abreise aus der alten polnischen Königsstadt, in der ich viel bange und trübe, aber noch mehr heitere und innige Stunden verlebt hatte, und eilte nach Prag, wohin mir mein liebes Weibchen um zwei Monate früher vorausgegangen war.

Prag hatte eben in den letzten Tagen seine Junischlacht durchgemacht und die Kondukteurnachrichten, welche Tag für Tag zu uns gelangten, waren geradezu schauderhaft: blutige Straßenkämpfe, Mord und Totschlag, Plünderung und Verwüstung, die Bomben des Fürsten Windisch-Grätz verwandeln die Stadt in einen Schutthaufen, sie brennt an vier Enden u. dgl. Meine teilnehmenden Freunde stellten mir vor, daß derartigen Meldungen, deren Übertriebenheit auf der Hand liege, nicht zu trauen sei; daß sich in Wahrheit die Sache wohl minder schrecklich verhalten haben werde; daß namentlich der Stadtteil, wo sich das Haus meiner Schwiegereltern befinde, weil von dem Zentrum der Ereignisse entlegen, gewiß nicht das ärgste erfahren haben werde. Besonders war es Freund Dedi*), der mir Mut einsprach, ich möge unbesorgt sein, es werde meiner Frau und den Ihren kein Haar gekrümmt sein, das Haus in der (Neustädter) Heuwaggasse und meine künftige Wohnung in der Krakauergasse werden nichts Gewaltsames, Bomben, Einbruch, Plünderung erlitten haben. So

*) Franz Dedera, k. k. Polizei-Kommissär.

dankend gerührt ich diese Mahnungen entgegennahm, so waren sie gleichwohl nicht im stande, die düsteren Einbildungen, die sich in mir festgesetzt hatten, vollends zu bannen, und es war begreiflich, daß meine Stimmung während der Eisenbahnfahrt mich immer wieder in die trübsten Gedanken versenkte. Hinter mir ein Kreis lieber Bekannten und trauter Freunde, die ich in den neun Monaten meines Wirkens an der Weichsel gewonnen hatte und die ich vielleicht im Leben nicht wieder sehen werde; vor mir das Bild einer zerstörten Stadt, meiner geliebten Heimat, und das ungewisse Los meiner jungen Gattin, die ich, nachdem unsere kurzen Flitterwochen durch den Krakauer Aufstand ein so jähes Ende gefunden, in Prag in Sicherheit gebracht zu haben geglaubt hatte, und die nun, ohne mich an ihrer Seite zu haben, furchtbareren Gefahren preisgegeben war, als an jenem Unglückstage in Krakau, wo wir miteinander in unserer Wohnung die unsichere Entwicklung des Straßenkampfes zitternd abgewartet hatten.

Am 20. Juni gegen Abend hielt der Zug in Běchowitz, der vorletzten Station vor Prag, ein Offizier mit gezücktem Säbel und zwei Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett betraten den Waggon, um die Pässe einzusehen und Nachschau zu halten, ob sich keine Waffen fänden. Dann fuhr der Zug weiter durch Ouval, dann in gemäßigtem Tempo im Prager Bahnhofe ein, wo mir nun Gewißheit über meine Zweifel und Befürchtungen werden sollte. Nun, Gott sei Dank, es kam wie mir Dedera vorausgesagt hatte: mein Weibchen empfing mich wohlbehalten mit unbeschreiblicher Freude, alle die Ihrigen waren wohlauf, nirgends im Hause war ein Unglück geschehen. Und als dann, da wir in traulichem Kreise saßen, meine muntere Schwägerin Julie allerhand Anspielungen machte und meine Mina, als wir allein waren, mir ein süßes Geheimnis anvertraute, da gab es wohl in der ganzen jetzt in so tiefe Trauer versenkten Stadt kein glücklicheres Paar als uns.

In der Tat, die äußere Umrahmung, in der sich unser stilles Glück abspielte, war unheiter genug. Waren doch kaum vier Tage nach dem Ende der Katastrophe abgelaufen, deren Schrecken noch in allen Gemütern nachzitterte, deren Schäden und Verwüstungen alle Plätze und Straßen aufwiesen. Die Stadt war öde und verlassen; denn noch waren die zahlreichen Familien, die Prag während den Schreckenstagen in eiliger Flucht verlassen hatten, nicht zurück-

gekehrt und viele von den Teilnehmern am Aufstande, namentlich alle Fremden, hatten der Stadt teils freiwillig teils unter militärischer Bedeckung den Rücken gekehrt. Von dem regen bunten lauten Leben, das mir Briefe und Zeitungen in so lebhaften Schilderungen ausgemalt hatten, war nichts zurückgeblieben als ein schmutziger Kehricht und die abgeworfene Garderobe. Die Gassen waren wie ausgestorben, die wenigen Leute, die in ihnen zu sehen, schlichen mehr als sie schritten. Bei einem Gang über den Roßmarkt kam mir von der Wassergasse herüber ein älteres Weib aus dem Volke entgegen, ihre Miene hatte einen trotzig finstern Ausdruck, sie erschien mir als Typus der Stimmung, die jetzt in meiner unglücklichen Vaterstadt herrschte. Der furchtbare Ernst des Belagerungsstandes und des Kriegsgerichtes drückte alles nieder. Als ich am Tage nach meiner Ankunft meinen Koffer auspackte und dabei eine funkelnagelneue Konfederatka, polnische rote weißverbrämte Mütze, die ich mir als Andenken mitgenommen, zum Vorschein kam, beschwor mich Schwager Heinrich, sie beiseite zu schaffen; denn wenn sie bei einer Haussuchung, vor der niemand sicher sei, gefunden würde, könne es garstige Folgen haben. Ich durfte einen Besuch auf den Hradschin wagen; der Oberstlieutnant v. Schobeln, Generaladjutant des Allgewaltigen von Prag, war ein langjähriger Freund unseres Hauses. Er empfing mich höflich, aber ernst, und schilderte mir die Unannehmlichkeiten seines jetzigen Berufes. „Schade,“ klagte er mir, „daß wir auf Šafařík und Palacký, diese beiden Haupträdelsführer, nicht greifen dürfen!“ So kurzsichtig, vielmehr falschsichtig, war man in militärischen Kreisen über den wahren Charakter der vorausgegangenen Bewegung!

In diesen Tagen fand in Aussig an der Elbe eine Versammlung statt, die dritte dieser Art, wo Deutschböhmen mit Sachsen und Reichsdeutschen über das Unglück jubilierten, das Prag getroffen hatte, und den vermeintlichen Ritter und Retter des Deutschtums Fürsten Windisch-Grätz in den Himmel hoben. Das schnitt mir ins Herz und ich ergoß meinen patriotischen Unmut und Schmerz in einen Artikel, den ich meinem Freunde Leopold Hasner von Artha zur Einrückung in die „Prager Zeitung“, deren Redaktion ihm anvertraut war, überreichte. Es war eine Mahnung und bittere Klage von „Prag an die Männer von Aussig“, denen die

königliche Mutter des Landes den Schmerz vorhielt, der ihre Seele erfüllt habe, als ihr „Kunde ward von der Verbrüderung, die Ihr eingegangen und nun schon zum drittenmal besiegelt habt mit Euren Grenznachbarn in Sachsen; als ich erfuhr, daß Ihr eine Scheidung des Landes, eine Trennung der Verwaltung nach dem Sprachunterschiede im Sinne führt. . . Ihr seid irregeführt durch teils schwachköpfige teils böswillige Federn und Zungen, die Euch den Streit geschildert haben als einen Tigerkampf, in welchem meine Söhne sich gegenseitig zerfleischen, die deutschredenden und die böhmischredenden, und darum habt Ihr Männer deutscher Zunge erst gezittert für das Schicksal Eurer Sprachgenossen, dann gefrohlockt über einen vermeintlichen Sieg, den sie über den Gegner errungen!" Mutter Prag führt ihnen nun eindringlich zu Gemüte, in welch unseligen Irrtum sie sich verstrickt haben; wie der Widerstreit keineswegs einer zwischen Deutschen und Böhmen gewesen sei; wie Söhne beider Sprachen auf den Barrikaden gestanden hatten, um den Kampf gegen ein Gespenst zu führen, das sie beide ins Verderben gelockt habe — das Gespenst der Reaktion. „Männer von Aussig, Söhne des Landes, das mich seit mehr als tausend Jahren als Hauptstadt ehrt! Habt Ihr es schon vergessen, könnt und wollt Ihr es je vergessen, daß es meine Söhne waren, die an jenem ewig denkwürdigsten eilften März, da noch Metternich und Sedlnitzky ruhig in Wien saßen, kühn zusammentraten und die große petition of right für Böhmen entwarfen, deren Gewährung Euch eine Freiheit brachte, an die Ihr noch viele Tage darnach nicht zu denken wagtet! . . . Männer von Aussig laßt ab von Eurem Sinnen und Beginnen, denn es ist Verrat! Noch ist Österreich nicht verloren" 2c.

* * *

Im übrigen lebten meine Mina und ich unserem häuslichen Glücke. Unsere Wohnung in der Krakauergasse war von den Schrecknissen der Pfingstwoche unberührt geblieben. Sie stand noch völlig leer, sie sollte sich mit den Einrichtungsstücken füllen, die wir in Krakau zur Absendung zurückgelassen hatten; denn ich gedachte nicht in die Jagiellonenstadt zurückzukehren, ich hoffte auf einen günstigen Erfolg meiner im letzten Dezember mit Lob und Ehren bestandenen Konkursprüfung; ich kannte kein schöneres Ziel und hatte keinen

höheren Ehrgeiz, als Nachfolger meines Vaters auf der Lehrkanzel des römischen und kanonischen Rechtes zu werden, die er durch nahezu dreißig Jahre so erfolgreich versehen hatte.

Aus meinem lieben Krakau erhielt ich fast täglich Briefe. Man interessierte sich, wie ich Prag und was ich da gefunden. Besonders Dedera, der Wächter der öffentlichen Sicherheit, verlangte Aufklärungen über den Aufstand, „damit wir im reinen wären und nicht den enormen Lügen der Zeitungsfama anheimfallen". Als ich ihn aber dann so gut ich konnte befriedigte, zur Ergänzung meiner Mitteilungen ein Blatt der „Prager Zeitung" beilegte, aber dabei vergaß, von mir und meiner Lady etwas zu erwähnen, erhielt ich von dem lustigen Regimentsarzt Med.-Dr. Hermann Köstler ein Schreiben voll der bittersten Vorwürfe: „Du mußt doch überzeugt sein, daß uns an Dir und Deiner lieben Frau gewiß ebensoviel als an ganz Prag samt allen seinen Barrikaden liegt, und nicht ein Wort hast Du von Dir oder ihr geschrieben! Es war eigentlich gar zu schändlich! Einige aus der Gesellschaft wollten Dir sogleich unsere alten Krakauer Zeitungen schicken, andere einen Sack voll Grobheiten schreiben, andere sagten, Du hättest uns schon vergessen." Köstler's Unmut währte aber nicht lang. Er sandte mir und „der geehrten Milady" Grüße und Empfehlungen von Dedera, Bordolo, Baron Schneider, Gabriel, Rittmeister Ponkratz, Hauptmann Spatny, und wurde zuletzt idyllisch: „Freund, hätte ich Dein Geld und so ein Weiberl wie Du, ich zöge mich für ein Jahr in eine Gebirgsgegend, wo ein rieselnder Bach eine von Epheu umrankte Strohhütte umspült und die Schwalbe über meinem Kopf ihr Nest baut, mir zuweilen auf den Kopf ......, und würde jeden, der mich besuchen will, mit Prügeln empfangen. Ist es wegen der Spanne Zeit, die ein Mensch eigentlich lebt, der Mühe wert, ein Mitglied der Swornost oder des Frankfurter Parlaments zu sein?!"

Um auf die Prager Ereignisse zurückzukommen, so hielten sich die Krakauer Austryaken überzeugt, der Aufstand sei von den Polen, diesen Allerweltverschwörern, in Szene gesetzt worden. „Poenitet me Polonos creasse", mit diesem Motto leitete Dedera ein Schreiben an mich ein, in welchem dann weiter der Satz vorkam: „Ego autem censeo Polonos esse delendos"; es werde gewiß keine Ruhe sein, so lang „diese (polnische) Staats- und Völkerleiche, aus dem Grabe er-

standen, in Europa spuckt und Anarchie sät". Da sie in ihrer Heimat Fiasko gemacht, meinte Schmidt-Goebel, „scheinen sie den Schauplatz der Unruhen von ihrem Boden auf fremden verlegen zu wollen, mit fremden Kräften, mit fremdem Blut." Graf Adam Potocki habe vor einiger Zeit 30.000 fl. Banknoten in Silber umgetauscht und diese 30.000 samt weiteren 6000 fl. eines unbekannten Spenders seien nach Prag gewandert; der Plan sei gewesen, nach gelungenem Umsturz in Prag mit böhmischer Hilfe ins Krakauer Gebiet einzufallen und die Garnison von außen anzugreifen. „Jetzt", fuhr Schmidt fort, „fangen sie an, etwas kleinlaut zu werden, da ihnen eine Revolution nach der andern für ihr teures Geld mißlingt und sie schon merken, daß sie überall in der öffentlichen Meinung Bankerott gemacht haben . . . Ihre Papiere stehen hier ungeheuer schlecht, Revolutionsaktien nur mit 20 Prozent Drangabe zu erhandeln, National- und Vaterlandsaktien tief unter Pari", Konfederatky und polnische Kokarden seien keine mehr zu sehen, mit einem Wort, Krakau sei nicht mehr zu kennen, „so friedlich wie in Abrahams Schoß."

* * *

Nun, so ganz ruhig und lammsfromm waren sie nach der Prager Lektion nicht. Der Krakauer Polizei wurde zugetragen, daß ein geheimes Komité bestehe, das seine Landsleute auffordere, „zum letztenmal" Gold und Silber „zur Rettung des Vaterlandes" zu spenden. Aber wo war dieses Komité? „Weiß der Kuckuck, wo es steckt," sagte man sich bei der Polizei. Aller Wahrscheinlichkeit nach steckte es gar nirgends und war nur eine der vielen Erfindungen, mit deren Existenz die Mißvergnügten die kaiserlichen Behörden schrecken wollten. So war es auch mit den sogenannten Lostagen, an denen ein neuer Aufstand losbrechen sollte, Vorhersagungen, die sich regelmäßig als nichtig erwiesen, von denen sich gleichwohl die ruhigen Leute ins Bockshorn jagen ließen. Ein solcher Lostag war für den 8. Juli angekündigt, wo es fürchterlich mit Mord und Totschlag hergehen sollte, so daß die Polizei von angesehenen Leuten, wie den Großhändlern Bochenek und Kirchmayer, den Grafen Potocki und Wodzicki, um Pässe nach Dresden, nach Breslau bestürmt wurden. Selbstverständlich war es auch diesmal blinder Lärm, und der 8. Juli verlief so still und ruhig, wie irgend ein anderer.

Tatsächlich gab es nur vereinzelte Straßenauflaufe, wie etwa gegen die Juden, die beschuldigt wurden alles Silber über die Grenze zu schicken, wodurch in Krakau ein künstlicher Mangel entstehe, oder gegen eine Militärpatrouille, die irgend einen Strolch einführte und dafür von Leuten aus dem Pöbel mit Steinen beworfen wurde. Bei einer solchen Gelegenheit kam es zu einem Handgemenge, so daß die Soldaten ihre Waffen brauchen mußten, was einige Verletzungen zur Folge hatte. Als es darüber zur Untersuchung vor einer gemischten Kommission kam, wollten die einheimischen Ärzte die Wunden für lebensgefährlich gehalten wissen, was der beigezogene Militärarzt nicht zugeben konnte. Auch die Verführungsversuche bei den Soldaten schlugen durchaus fehl, und die Unternehmer konnten vom Glück sagen, wenn sie zum Lohne für ihr Wagnis nicht Prügel davon trugen oder festgenommen und der gesetzlichen Strafe überantwortet wurden. Selbst bei den landsmännischen Regimentern, wie Parma (Nr. 25, Wehrbezirk Kolomea) wollte ihnen nichts gelingen, die ihnen darum verhaßter waren wie die anderen.

Die Militärbehörden fochten alle diese Stürme im Glase Wasser nicht im geringsten an. Sie beschäftigten ungleich wichtigere Angelegenheiten: die Ereignisse in Italien und die Verstärkung der dortigen kaiserlichen Armee. Ein Bataillon nach dem anderen nahm in Eilmärschen die Richtung nach Verona. In Galizien blieben nur schwächere Garnisonen zurück: ein Bataillon Schönhals unter Major Baron Schneider-Arno in Podgórze, eine Division Parma in Wieliczka, je ein Bataillon Schönhals und Parma und anderthalb Bataillons Palombini in Krakau. Das Landvolk legte sich diese Vorgänge anders aus. Das Militär, hieß es, marschiere nur zum Schutze des Kaisers, den die Polen — „Polen" und Rebellen waren dem galizischen Bauer Wechselbegriffe! — aus Wien vertrieben haben. Die Bauern wollten unentgeltlich Vorspann geben, sie wollten Rekruten stellen so viel das Militär brauche und wolle. Am liebsten wären sie über die „Polen" hergefallen wie im Jahre 1846; denn die, sagten sie, „sind allein an allem schuld." An vielen Orten im Sandecer Kreise ließen die Bauern für den Kaiser Messen lesen und die Tarnower richteten Aufrufe an das galizische Landvolk, an die Krakowiaken und die Ruthenen, sie sollten sammeln für den Kaiser, da dieser, wie sie von ihren Kindern, den Soldaten erfahren, Geld für den Krieg brauche.

2.

Es war am letzten Juni oder am ersten Juli, ich machte mir eben in meiner Bibliothek zu schaffen, als mein Krakauer Kollega Dr. Eberhard Jonák mit der Frage ins Zimmer trat, ob ich mich denn nicht in den Reichstag wählen lassen wolle? „Wie kann ich das?! Es fehlen mir ja noch mehr als zwei Jahre zum vollendeten Dreißiger!"

„Die dreißig gelten für den Landtag, für den konstituierenden Reichstag genügen vierundzwanzig."

„Da hätte ich wohl Plan, den Geburtsort meines seligen Vaters, wo der Name Helfert bekannt genug ist."

„Also mache dich auf und versuche dein Glück!"

Mein Entschluß war schnell gefaßt. Ich setzte mich hin und schrieb einen Aufruf „An die Herren Wahlberechtigten des Planer Wahlbezirkes", datiert vom 2. Juli, unterzeichnet: „Jur.-Dr. Joseph Alexander Helfert, Mitglied der Prager Juristenfakultät". Das Schriftstück war rasch gesetzt und in einer ausreichenden Anzahl von Exemplaren gedruckt, mit denen ich am 4. Juli im Eilwagen nach Pilsen saß. Am Abend gegen 7 Uhr dort angelangt, fuhr ich sogleich nach Plan weiter und traf um 2 Uhr nachts dortselbst ein, wo ich mit schwerer Mühe ein Nachtquartier fand.

Am andern Tage suchte ich den langjährigen Freund meines verstorbenen Vaters Magistratsrat Martin Nadler auf, der mich gastfreundlich bei sich einquartierte. Der Ort der Wahl war aber nicht Plan, sondern Tachau. Ich sorgte sogleich für die Verbreitung meines Aufrufes, wobei mir mein Beschützer mit Rat und Tat an die Hand ging und mir die einflußreichsten Männer in Plan, in Tachau und in Kuttenplan nannte, bei denen ich persönlich vorsprechen sollte: Postmeister Rasp, Kaufmann Franz Pichler, Justitiär Weidl u. a. Nachmittags begab ich mich nach Kuttenplan, wo ich am Schulgebäude die hübsche Aufschrift fand:

„Für Kirche und für Staat
Blühe, reife junge Saat!"

Als ich bei einem Hause, dessen Besitzer ich aufsuchen wollte, anhielt und anfragte, sah mich ein herzutretender Mann an und sagte: „Das ist ein richtiger Helfert!"

Tachau ließ ich zuletzt, wo ich am 6. beim Steinerwirt Wohnung nahm. Bürgermeister war Ferdinand Canzler, er sowie mein Hausherr Georg Steiner gehörten zu den Wahlmännern, die sich mir sehr gewogen zeigten, wie mir überhaupt die Herren viel wahrer und aufrichtiger entgegenkamen als in Plan. In Plan war nur die Familie meines Vaters, Tachau aber ist der ursprüngliche Sitz der Helfert, die nach der Tradition aus dem Thüringischen gekommen waren; es waren hier mehrere Familien meines Namens, die einen Wert darein zu setzen schienen, einen Helfert als ihren Vertreter zu haben; auch unter den zehn Tachauer Wahlmännern befand sich einer meiner Namensvettern, Joseph Helfert. Von den Planern dagegen teilte mir Nadler seine Besorgnis mit, ich würde einen schweren Kampf zu bestehen haben; denn man habe in Plan den aus dem zu ihrer Herrschaft gehörigen Dorfe Gröna gebürtigen Prager Professor Haimerl im Sinne. Als landesfürstlicher Wahlkommissär fungierte Gubernial-Konzeptspraktikant Gustav Kubin vom Pilsener Kreisamt, der sich mir als ehemaliger Schüler meines Vaters sehr gefällig zeigte.

Am Tage meines Aufenthaltes in Tachau traf in der vierten Nachmittagsstunde die Leiche der beim Ausbruch des Prager Juniaufstandes ermordeten Fürstin Windisch-Grätz ein, um in der Familiengruft beigesetzt zu werden. Gegen Abend wanderte ich zu Fuß nach Alt-Zedlisch: ein des gleichen Weges gehender Bauer ließ sich mit mir in ein Gespräch ein und unterhielt mich mit wundersamen Geschichten, wobei unter anderem der Teufel und ein Hase Rollen spielten. Als er von mir einiges wissen wollte und ich Krakau erwähnte, fiel er mir ins Wort: „In Krakau war ich nicht, aber in Passau.“ Alt-Zedlisch war der anmutige Besitz meines Jugendfreundes Med.-Dr. Karl Heidler und seiner lieben Frau, bei denen ich über Nacht bleiben mußte.

Am Morgen des 7. fuhr ich nach Tachau zurück. Der 7. Juli war ein Freitag, folglich ein Unglückstag, und meine Stimmung war angetrübt; „denn ich habe“, wie ich meinem Weibchen nach Prag schrieb: „einen Nebenbuhler, der mich wahrscheinlich ausstechen wird. Mache Dir also nichts daraus, wenn Dein Mann als durchgefallener Reichstagskandidat in Deine Arme zurückkehren wird. Dennoch stehe ich, trotz der fast sichern Aussicht auf ein großartiges Fiasko, von meiner Bewerbung, die ich mir schon so viel habe

kosten lassen, nicht ab, weil sie meinen Namen wenigstens für ein künftiges Mal in das Gedächtnis der Wahlberechtigten bringt."

Magistratsrat Nadler mit den Planer Wahlmännern traf in Tachau ein. Außer ihm, dem treuen Freunde meines Vaters, waren die meisten, wo nicht alle, für Haimerl, für den sie auch die anderen zu bereden suchten. Da kam es mir zustatten, daß ich darauf hinweisen konnte, Haimerl sei bereits in Elbogen gewählt, so daß, wenn er, auch hier gewählt, sich dann für seinen ersten Wahlbezirk entscheiden würde, eine nochmalige Wahl stattfinden müßte. Dies konnte den vom Wahlorte entfernteren Wahlmännern nicht angenehm sein, und ich vermute, daß Wenzel Rasel aus Roßhaupt, der ein Mann von Ansehen und Einfluß in seiner Gegend war und mir von dieser Zeit an große Anhänglichkeit bewies, jenen Umstand eifrig benützte, um für mich Stimmen zu gewinnen.

Der Wahlort war, wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht — meine gleichzeitigen Aufzeichnungen sind lückenhaft, fragmentarisch, meist bloße Schlagworte und mir heute großenteils unverständlich — ein Saal im Franziskanerkloster. Der Beginn des Wahlaktes war auf zehn Uhr vormittags angesetzt. Obmann des Wahlkomité war Ferdinand Cantzler, Mitglieder waren Martin Nadler und Wenzel Rasel, also drei mir entschieden geneigte Persönlichkeiten, und noch drei andere; als Sekretär fungierte Franz Konrad Eichler.

Freund Nadler hatte mich aufmerksam gemacht, daß bei den Planern auch Zweifel über mein verläßliches Deutschtum angeregt seien, daß ich im Verdachte stehe zu den „Tschechen" zu halten. Wie diese Meinung aufkommen konnte, weiß ich nicht. Denn wenn auch die „Prager Zeitung" mit dem Artikel „An die Männer von Aussig" — er war am 4. Juli, dem Tage meiner Abfahrt nach Pilsen erschienen — in dem urdeutschen Plan Kopfschütteln erregt haben mochte, so war doch meine Autorschaft, wie ich allen Grund hatte anzunehmen, Redaktionsgeheimnis geblieben. Es war das ein ungemein heiklicher Punkt; denn die von jeher gegen die Böhmen gereizte Stimmung der Deutschen hatte, seitdem jene mit dem politischen Umschwung mehr und mehr Boden gewonnen hatten, neue Nahrung erhalten.

Ich hielt eine kurze Ansprache an meine Wähler, die, wie es zu geschehen pflegt, von meinen Anhängern gern angehört wurde, aber bei meinen Gegnern ohne alle Wirkung blieb. Von dieser Seite

wurde ich wegen der böhmischen Partei interpelliert. Ich suchte aufklärend zu begütigen, gegen die nationale Mißgunst und Anfeindung die gegenseitige Wertschätzung, Achtung und Duldung in das günstigste Licht zu stellen, und machte dabei aufmerksam, daß die „Tschechen" zwei Sprachen kennen, die Deutschen nur eine, daher jene natürlich mehr Aussicht auf Verwendung haben als diese. Aber mit diesem Argument kam ich schlecht an. „Ja", hieß es bei meinen Gegnern, „kein' Tschechen könne' mir da nit brauchen; mir wer'n ohnedies von den Tschechen erdrückt; 'n Deutschen müß'n m'r haben!" Das ist, sagte ich mir, eine traurige Zeit, wo die Stimme der Versöhnung als Parteilichkeit verdächtigt wird.

Der Wahlakt begann. Der Kampf wogte von allem Anfang hin und her. Ich war bei einem meiner Vettern, ich denke Ferdinand Helfert, Lohgerber oder Handschuhmacher, zu Tische geladen. Die ländlich frühe Speisestunde war längst überschritten, als ich mich bei ihm einfand. Und so saß ich denn gleich dem Winterkönig bei frohem Bankett, während draußen vor den Toren die Schlacht für mich geschlagen wurde. Doch glücklicher als Friedrich von der Pfalz, den die Hiobspost von der Niederlage der Seinen vom Pokulieren aufschreckte, kamen zwei Siegesboten, mich von der Tafel in den Wahlsaal abholen. Unterwegs erzählten sie mir voll Freude, wie die braven Tachauer und die von Wenzel Rasel geführten Roßhaupter tüchtig ausgehalten und die unschlüssigen und schwachen Wahlmänner, deren Mägen vor einer dritten Stimmsammlung knurrend zusammenschrumpften, gleich einer ausgehungerten englischen Jury, zu sich herübergezogen hätten. Begeistert von dem kaum erwarteten Erfolg, etwas angeheitert von dem mäßig genossenen Wein, dankte ich meinen Wählern für das mir geschenkte Vertrauen, dem ich nach meinen besten Kräften zu entsprechen versprach.

* * *

Am Tage darauf hatte ich Deputationen zu empfangen und Petitionen entgegenzunehmen. Zum Tachauer Wahlbezirke gehörten drei Fideikommiß-Herrschaften: Tachau Fürst Windisch-Grätz, Maierhöfen Graf Kolowrat, der gewesene Minister, und Plan Graf Nostiz; die Allodialherrschaft Kuttenplan Graf Berchem-Heimhausen; dann eine Anzahl kleinerer Gutskörper: Waldheim, Hals, Schönwald,

Labant, Alt-Zedlischt. Es war da, wie überall in Böhmen, ein Gegensatz zwischen Bauern und Häuslern. Als ich unklugerweise eine Deputation fragte: „Seid Ihr Bauern oder Häusler?“ wurde meiner verletzenden Zumutung mit einem gewissen Stolze erwidert: „Bauern.“ Denn der Unterschied war durchgreifend und groß. Die Bauern waren die Aristokraten im Dorfe. Die Häusler klagten, sie könnten zu nichts kommen, die Bauern seien zu stark. Beim Bauern war schon der erstgeborene, wie in den Tory-Familien von Alt-England, etwas anderes als seine nachgeborenen Geschwister. Kein Bauernsohn durfte sich erniedrigen, auf die Tochter eines Häuslers sein Auge zu werfen, und kein Häusler durfte es wagen, zur Tochter des vornehmen Bauern hinanzusehen. Als es zu den Wahlen kam, sprachen die Häusler: „Wenn's schon nicht anders geht, wählen wir einen der Unseren; der kann sich mit den 200 fl. monatlich“ — so viel betrugen die Deputiertendiäten — „doch ein wenig aufhelfen!“ Es ist ihnen aber, so viel ich weiß, weder in Böhmen noch anderwärts gelungen. Allein sowohl den Bauern als den Häuslern standen die Obrigkeiten und die herrschaftlichen Beamten gegenüber, unter denen sie insgesamt, wie sie klagten, zu leiden hatten. „Wenn wir auch Preßfreiheit haben“, so lautete ihr Witz, „für uns wird die Preß doch nicht aufhören!“

Die Bittschriften, die mir überreicht wurden, waren nicht alle unmittelbar an mich gerichtet; denn viele Gemeinden hatten bald nach Verkündigung der konstitutionellen Freiheit, um nichts zu versäumen, sich teils unmittelbar nach Wien — „da der Gnadenweg zu Sr. Majestät, unserem allgeliebten Kaiser und Landesvater, für jeden treuen und gerechten Untertan beschwerdeweise ganz unbenommen frei und offen steht“ —, teils nach Prag an das Landes-Gubernium und später, als der Zusammentritt des böhmischen Landtages notorisch war, an den Landtag („Landesversammlung“, „versammelte Landstände“) oder an den Landesausschuß („Landesausschußbehörde“) gewendet. Was mit den Majestätsgesuchen geschehen ist, weiß ich nicht; die in den letzten Mai- oder ersten Junitagen für Prag bestimmten mit 15 Kreuzerstempeln versehenen Gesuche aber kamen in meine Hände; es scheint, daß sie in Bereitschaft gehalten und noch nicht abgeschickt waren. Viele dieser Gesuche waren vom Anfang bis zum Schlusse fast gleichlautend, unverkennbar von irgend einem Winkelschreiber aufgesetzt und geschrieben, jedenfalls

nicht von den Petenten selbst, deren holprig hingekratzte Namenszüge gegen die ziemlich fließende Schrift des Textes gar sehr abstachen. Einzelne Verfasser übten sich in höherem Stile und suchten ihren Schritt zu motivieren: „Da an dem im Zug sich befindenden ersten und wichtigen Tag Gemeindeabgeordnete auch aus dem niederen Landmannsstande bei der hohen Beratung der Landesangelegenheiten zu erscheinen und dabei zu sprechen das Glück genießen werden und da die böhmische Landesausschußbehörde sich zur wichtigen Aufgabe macht, das Wohl aller Landesbewohner nach Möglichkeit zu begründen, so erfreuen wir uns, indem wir die uns bis jetzt so drückenden Leistungen namhaft machen und zur hohen Einsicht vorlegen dürfen, mit der untertänigsten Bitte, auch unser Bestes nicht außer acht zu lassen und uns nach Tunlichkeit eine gänzliche Entledigung oder doch eine Erleichterung zu erwirken."

Die vom 8. und 9. Juli datierten Gesuche waren teils an die „hochlöbliche k. k. Reichstagsversammlung", an die löbliche, hochlöbliche „Reichstagsdeputation", teils an meine Person gerichtet, bezüglich welcher sie mit der Titulatur in einige Verlegenheit kamen: „Euer Wohlgeboren", „Hochedelgeborener, Hochwohlgeborener Gnädiger Herr", einige sogar: „Ehrenmitglied der Prager Juristenfakultät". Auch auf diesen Stücken waren die Unterschriften meist ganz erbärmlich, während der von anderer Hand geschriebene Text eine wenn nicht immer schöne, doch geübte und leserliche Schrift zeigte, mitunter einen gewandten und fließenden Stil verriet. Die Ortsgemeinde Heiligenkreuz, Herrschaft Kuttenplan, „schätzt sich glücklich, Sie edler Herr als Abgeordneten zu besitzen, indem sie sich gedeckt zu sehen glaubt und weiß, daß Sie ja aus der Mitte unserer Gegend abstammen, unsere uns drückenden Lasten kennen werden. Nachdem wir in Ihnen einen die armen Landbewohner liebenden Herrn erkennen, so ist es auch unsere Pflicht und Schuldigkeit, Ihnen im höchsten Grade das Vertrauen zu schenken." Und nach Aufzählung ihrer Beschwerden: „Wir, edler Herr, bitten Sie ganz ergebenst angeführte Punkte aufs beste zu schlichten, wo wir Ihrer lebenslang nicht vergessen, sondern Ihrer stets eingedenk sein werden." Der Dolmetsch der Gemeinden Hetschigau, Punau und Deutsch-Tomaschlag, Herrschaft Plan, faßte die Sache von einem allgemeinen Standpunkt auf, wohl in der Erwägung, daß es bei ihrer Schlichtung nicht auf den Entschluß des einzelnen Abgeordneten, sondern auf

den der Gesamtheit ankomme. „Gott sei Dank", so leitete er seinen Aufsatz ein, „Glück und Heil unserem gütigen Landesvater, der seinen Untertanen die konstitutionelle Freiheit zuteil werden ließ!" und sagte dann zum Schlusse: „Mögen daher jene, denen das Wohl und Wehe ihrer Mitmenschen am Herzen liegt, jene, welche berufen sind, das Recht zu schirmen, mögen sie sich der bedrängten Gemeinden mit Liebe erinnern und für die Verbesserung ihrer gedrückten und kummervollen Lage ein gewichtiges Wort sprechen und ewig werden wir mit dankbarem Herzen alle rufen: Hoch lebe unser gute Kaiser, hoch leben unsere Beschützer!"

Den Inhalt der mir überreichten Petitionen bildeten die verschiedenen Beschwerdepunkte, die teils mit dem Untertänigkeitsverband, teils mit den kirchlichen, teils mit den landesfürstlichen Verpflichtungen im Zusammenhange standen. Ich konnte mich auf diese Einzelheiten nicht einlassen, ich konnte den Deputationen nur die Versicherung geben, daß ich das, wodurch sie sich bedrückt fühlen, ernstlich prüfen und, so viel als es eben möglich sein werde, mir dessen Behebung oder doch Erleichterung werde angelegen sein lassen. Sie gaben sich damit zufrieden und zeigten sich, wenn ich sie aufmerksam machte, daß dies ohne einiges Zutun von ihrer Seite sich kaum dürfte tun lassen, auch dazu bereit; nur, meinten sie, möge die Ersatzleistung eine billige sein, da ja die Obrigkeit durch unvordenkliche Zeit so viel Vorteile auf ihre Rechnung genossen habe.

Unter den Beschwerden über den Druck der Robot, des Zehents, der Abgaben war es noch eine Sache, durch die sich meine Kommittenten hintangesetzt und in Nachteil gebracht erklärten. „Zugleich wollen wir uns aber auch", hieß es in der Eingabe der Gemeinde Bruck, Planer Herrschaft, „gegen unsere bisher verirrten Namensbrüder-Böhmen vertreten wissen, damit wir ihrem Tschechismus nicht unterliegen müssen; denn aus allem was bisher von dieser Seite geschah, ist doch ganz gewiß keine Gleichstellung zu resultieren. Der Tscheche war von jeher mehr als mit uns gleichgestellt, ja er war bevorzugt, er konnte ja überall bei allen Stellen konkurrieren, wo der Deutsche, der der böhmischen Sprache nicht gewachsen war, zurückbleiben mußte. Bleibt es bei den Grundsätzen, daß von nun an alle öffentlichen Ämter nur mit solchen Individuen zu besetzen sind, welche der böhmischen und deutschen Sprache zugleich mächtig

sind, dann mag sich Gott über uns und alle unsere bloß deutschen Beamten erbarmen!“ Es verfing bei ihnen nicht, wenn ich ihnen vorstellte, daß sich ja diese vermeintliche Zurücksetzung daraus erkläre, daß die „Tschechen“ zwei Sprachen kannten, ihre Söhne aber nur eine; daß ja die Erlernung der deutschen Sprache für jene nicht minder schwierig sei, als die der böhmischen für die Deutschen. Sie betrachteten, ohne sich dafür klare Rechenschaft geben zu können, die Erlernung der deutschen Sprache seitens der „Tschechen“ als etwas ganz Natürliches, Selbstverständliches, während sie das umgekehrte Verhältnis als einen unnatürlichen Zwang, als eine ganz unerhörte Zumutung ansahen. Ich selbst aber kam durch meinen Versuch, ihnen eine gerechtere Anschauung beizubringen, in den Verdacht einer Begünstigung der „Tschechen“, und war dies der erste dunkelnde Schatten, der sich auf ihr Vertrauen zu mir warf. Es war dies aber keineswegs bloß die Meinung der Bauern, selbst bei den gebildetsten Personen der deutschen Kreise herrschte, wie ich mich sowohl in Plan und Tachau als in Marienbad und Alt-Zedlischt überzeugen konnte, das gleiche Vorurteil mit unausrottbarer Zähigkeit.

* * *

Sonntags den 8. Juli erhielt ich die amtliche Bestätigung meiner Wahl und ich konnte abreisen. Als mein leichtes Wägelchen in raschem Tempo über die Ebene hinter Tachau dahin fuhr, da hatte ich das Gefühl freudigen Übermutes, wie Bulwer's Paul Clifford, da er über die Heide einem Abenteuer entgegenritt. Die Pferde rennen, die Räder rollen, die Peitsche knallt, hin über den Boden fliegt das Gefährte: da jagt mein Blut, da schlagen meine Pulse, da hebt sich mein Haupt, da schweift mein Blick über das Land und da jauchzt meine Seele und ich singe im Geiste die Stelle aus der Neunten:

Froh wie seine Sonnen fliegen
Durch des Himmels prächt'gen Plan,
Laufet*) Brüder eure Bahn
Freudig wie ein Held zum siegen.

Ich fuhr nach Marienbad, wo ich mich bei Kratzmann zuerst angratulieren ließ. Er war der Schwiegersohn und Nachfolger

*) Das „wandelt“ des Schiller'schen Textes war mir zu nüchtern und lahm.

des alten Dr. Heidler, des Begründers von Marienbads ärztlichem Ruf; seine Frau Therese war in meinen schüchternen Knabenjahren meine erste Liebesflamme gewesen, so daß ich mich damals nicht einmal sie anzureden getraute. Dann ging es über Pilsen nach Prag, wo ich am 11. anlangte.*)

Einer meiner ersten Besuche galt Palacký, der in sechs Wahlbezirken gewählt war und sich für den zweiten Prager Bezirk entschieden hatte. Ich hatte ihn früher nie gesprochen und traf dort meinen Jugendfreund und Studiengenossen Rieger, gleichfalls einen meiner nunmehrigen Reichstagskollegen (für Eisenbrod, Böhmen). Das Gespräch drehte sich um die nächst bevorstehenden Angelegenheiten und ich weiß nicht, welche Frage angeregt war, über die ich meine Auffassung offen aussprach. „Daran erkennt man den Konservativen!" sagte Rieger, indem er auf mich deutete, lächelnd zu Palacký.

Am 13. erhielt ich eine Verständigung vom k. k. böhmischen Landespräsidium, unterzeichnet Thun, laut welcher auf Grund eines Finanzministerialschreibens vom 25. Juni der Prager Kameralfond angewiesen wurde, mir „für Rechnung des Wiener Universal-Kameralzahlamtes" einen Reisevorschuß von 100 fl. Konventionsmünze auszufolgen — eine Maßregel, die mir, da ich auf meiner Tachauer Reise einiges Geld verausgabt hatte, sehr wohl zu statten kam.

3.

Am 15. Juli abends nahm ich von dem trauten Hause in der Heuwagsgasse Abschied, mein Weibchen begleitete mich auf den Bahnhof. Die Trennung von ihr war mir noch niemals so schwer gefallen und ihr ging es nicht besser. Als sie nach Hause kam, wie ich später von ihr erfuhr, fand sie Fanny, unser Stubenmädchen in Tränen, und die Köchin war ganz außer sich, da sie mich zum Abschied nicht gesehen hatte; sie gingen beide in die Kirche um für mich zu beten. „So eine Anhänglichkeit freut mich", schrieb mir Mina, „insbesondere wenn es meinen kleinen blauen Mann angeht." (Mein Schwager hatte mir eine Pariser Arbeiterbluse, bekanntlich tiefblau, zum Geschenke gemacht, die ich im Hause zu tragen pflegte).

---

*) In der „Prager Zeitung" unter den Angekommenen: „Herr Helfert, k. k. Professor aus Plan."

Mit mir im Eisenbahnwaggon waren mehrere meiner jetzigen Berufsgenossen: Palacký, Erasmus Wocel (Polička), Dr. Anton Strobach, der gewesene Prager Bürgermeister (I. Wahlbezirk von Prag), der Landesadvokat Dr. Ignaz Sieber aus Warnsdorf (Joachimstal), ein alter Freund meines seligen Vaters, und es gab in den Stunden, da wir nicht schliefen, lebhafte Gespräche und manch heitere Stimmung, besonders wenn Sieber allerhand aus seiner Heimat zum besten gab. So fragten böhmische Erzgebirgler ihre sächsischen Nachbarn: „Sagt uns einmal, ihr habt ja das Ding schon so lang, was ist denn das eigentlich die Konstitution?" „Das ist so", lautete der Bescheid, „früher haben wir Steuern gezahlt und nicht gewußt wofür. Jetzt zahlen wir um vier Groschen mehr und wissen warum!" In den nördlichen Industriebezirken deuteten sich die Leute die konstitutionelle „Freiheit" so: „Der Kaiser hat unter folgenden Bedingungen Frieden gemacht: erstens die Grenzwache wird abgeschafft und wir können frei nach Sachsen; zweitens das Bier wird um drei Kreuzer wohlfeiler und drittens die Maschinen werden abgeschafft; die Spitzen dürfen nur durch Handarbeit gemacht werden." Sieber gab auch allerhand Späße zum besten. In der Nähe von Warnsdorf hatte sich ein reich gewordener Emporkömmling ein prunkvolles Haus gebaut, das er ruhmredig „Laudis pallatium" nannte, im Dialekt hieß es bei den gemeinen Leuten „Lausepelz".

Um halb zwölf mittags am 16. Juli trafen wir in Wien ein. Es war regnerisches Wetter — eine Ausnahme in diesem besonders schönen Jahre! — „Wien empfing mich kotig," schrieb ich meiner Mina. Sieber und ich quartierten uns im Gasthofe „zum weißen Roß" in der Taborstraße ein. Zu Tisch saßen wir mit einem dritten, in welchem wir nach wenig gewechselten Worten einen Deputierten aus Galizien erkannten; wir haben gegenseitig nicht nach unseren Namen gefragt und ich habe ihn später unter den galizischen Abgeordneten nicht herausgefunden. Sieber und ich waren Neulinge in der Politik, die Polen hatten seit den dreißiger Jahren die Schule der Revolutionen und Konspirationen durchgemacht. Er unterhielt uns mit Betrachtungen über die Weltlage und unsere besonderen Verhältnisse. „Diese Leute sind Politiker", sagte Sieber als wir allein waren zu mir.

Der Eindruck, den Wien am ersten Tage auf mich machte, war kein ermunternder, meine Stimmung eine ungemein trübe.

An allen Orten schwarz-rot-goldene Fahnen, an allen Anzügen schwarz-rot-goldene Abzeichen, die dem herbeikommenden Prager zu sagen schienen: „Du bist ein Fremder in dieser deutschen Stadt." Überhaupt war es nicht mehr das fröhliche heitere gemütliche Wien, wie ich es von früher kannte; alles hatte einen ernsten gedrückten Ton, lachende Gesichter waren kaum zu sehen, scherzhafte Reden kaum zu vernehmen. Das gesellige Leben hatte sein charakteristisches Gepräge verloren, der Adel weg, der Hof nicht da, wenig Kutschen rollten durch die Straßen. Als mich mein Weg über die Bastei führte, sah ich im Stadtgraben Nationalgarden in Waffen, wie in Vorbereitung zu wüstem Streit und Kampf... Mir war fast zu Mute, wie Heinrich Heine in der „Heimkehr":

Am alten grauen Turme ein Schilderhäuschen steht,
Ein rotgelockter Bursche dort auf und nieder geht.
Er spielt mit seiner Flinte, die funkelt im Sonnenrot,
Er präsentiert und schultert — ich wollt er schösse mich tot.

Für den Abend hatte Jonák (für Brandeis a. d. Elbe gewählt) an die böhmischen Abgeordneten eine Einladung gerichtet, sich im Saale des Sperl einzufinden, um gemeinschaftliche Interessen vorläufig zu besprechen, sich darüber zu verständigen. Es erschienen einige zwanzig, sowohl deutsch-böhmische als slavisch-böhmische, nebstdem drei mährische. Als die Deutsch-Böhmen, den schwarzäugigen hageren leidenschaftlichen Dr. Ludwig v. Löhner (Saaz) an der Spitze, jener Mährer ansichtig wurden, erklärten sie sogleich, sie seien in der Voraussetzung erschienen, daß sich nur Abgeordnete aus Böhmen hier versammeln würden, da sich aber zeige, daß auch außerböhmische Abgeordnete herbeigezogen seien, müßten sie voraussetzen, daß die Versammlung Interessen verfolge, denen ihre Partei nicht beistimmen könne, daher sie sich in der Lage sähen, sich entfernen zu müssen. Jonák selbst, Wocel und auch ich suchten die deutschen Hitzköpfe zu besänftigen: Der Zweck der einberufenen Versammlung sei von ihnen mißdeutet worden; es handle sich weder um politische noch um nationale Sonderzwecke, sondern einzig um freundschaftlichen Meinungsaustausch über verschiedene uns alle gemeinsam betreffende Fragen. Löhner und sein Anhang wollten dies nicht gelten lassen, und als nun einer der Mährer so unglückselig war, das Wort „Slaven" auszusprechen und ein zweiter in seiner rechtfertigenden Auseinandersetzung den gleichen Ausdruck gebrauchte, da erklärte

Löhner im Namen der anderen, sie könnten und wollten an einer slavischen Versammlung, wo man sie leicht für Spione halten könnte, keinen Teil haben, und verließen mit ostentativer Eile den Saal. Ohne Frage war es Löhner von allem Anfang darum zu tun, eine Versammlung, die keine rein deutsche war, zu sprengen, und das war ihm gelungen. Denn wir anderen waren starr vor Staunen, ich zitterte an allen Gliedern, mir entrollte sich das düsterste Bild einer Zukunft, in der eine Partei der andern, beide Söhne eines und desselben Landes, den Fehdehandschuh mit den Worten hinwirft: Mit dir will ich keinen Frieden, keine Verständigung! Palacký sprang auf: „Nun, wenn sie keine Versöhnung wollen, so sei denn Krieg!“ Jonák war in gelinder Verzweiflung; das sei nun, klagte er, bereits die dritte Versammlung, die Löhner, dieser Mephistopheles, ihm zunichte gemacht habe.

Für mich sollten die Unannehmlichkeiten des heutigen Tages noch kein Ende haben. In meinen Gasthof zurückgekehrt, wo ich Sieber aufsuchte, geriet ich in die Mitte eines Teiles eben jener deutsch-böhmischen Abgeordneten, die uns die Zusammentretung beim Sperl vergallt und vergällt hatten. Darunter war der heißblütige Med.-Dr. Karl Zimmer (Tetschen), dazumal der panegyrische Bewunderer des Fürsten Windisch-Grätz, nach seiner Auffassung des hochgewaltigen Parteimannes der Deutschen. Zimmer hatte sichtlich „geladen“ und wartete nur auf einen Anlaß mich aufs Korn zu nehmen und gegen mich loszudrücken, was er zuletzt mit den heftig herausgestoßenen Worten tat: „Sie haben mich einen Verräter genannt!“ . . Es war unverkennbar der Aufsatz über die „Männer von Aussig“ gemeint, worin ich nicht ihn genannt, sondern allgemein sie als Landesverräter gezeichnet hatte. Mein Artikel hatte Aufsehen gemacht, in gutem und in bösem Sinne. In der „Prager Zeitung“ Nr. 7 vom 8. Juli war ein Gegenartikel von Dr. Wenzel Alex. Fleischer erschienen: „Ein Mann von Aussig an die Mutter Prag“*). Dagegen wurde mir in der Beilage zu Nr. 13 vom 15. Juli aus der Gegend des Riesengebirges „Ein tausendstimmiges Hoch!“ zugerufen. Bei alldem glaubte ich mich für meine Person durch das Redaktionsgeheimnis gedeckt zu wissen. Allein mein lieber Hasner hatte nicht

*) Ein anderer erschien später in Glückselig's Wochenblättern Nr. 27 vom 20. Juli: „Sendschreiben an die Mutter Prag als Antwort auf ihr Schreiben an die Männer von Aussig. Von einem ihrer deutschen Söhne.“

reinen Mund gehalten. Er hatte auf dringendes Befragen einem und dem andern, darunter meinem Freunde Eduard Brzorad, im Vertrauen meine Autorschaft mitgeteilt; dieser hatte es, wieder im Vertrauen, mit anderen besprochen, und so waren es zuletzt alle Prager Spatzen, die das Liedlein von mir pfiffen.

Zum Glück war ich von Jugend auf mit einem gesunden Schlafe gesegnet, und so verschlief ich „meine Not"*), alle die trüben Eindrücke und all den Ärger, die mir der erste Tag meines neuen Wiener Aufenthaltes gebracht hatte, in aller Ruhe und Stille.

* * *

Neben den Verpflichtungen im Reichstage, denen ich nunmehr pünktlich nachkommen mußte, beschäftigte mich in den ersten Tagen die Suche nach einer passenden Wohnung für mich und mein liebes Weibchen, die mir ja bald nachkommen sollte. Eine solche fand ich bald im Auwinkel Nr. 653: drei Zimmer, ein Kabinet und eine Küche, sehr einfach möbliert; die Bettstätten „nichts weniger als fürstlich", für die wir uns das Bettzeug entweder aus Prag nachkommen lassen oder monatlich 3 fl. Konventionsmünze Miete zahlen sollten. Meine Frau entschied sich für das letztere: „Wir müssen uns ganz mobil einrichten; denn jetzt muß man immer daran denken alles in Stich zu lassen." Unsere Köchin, eine bewährte ältere Person, gedachte sie nach Wien mitzunehmen. Die Wohnung lag im Hintertrakt eines dem Wiener Magistrat gehörigen Gebäudes im dritten Stocke, zu dem eine ziemlich unbequeme enge Wendeltreppe hinaufführte; allein die Aussicht war ungemein lohnend, da die Fenster gegen die Ferdinandsbrücke und die Leopoldstädter Häuserreihe längs des Donaukanals sahen und links aus der Ferne der Kahlen- und Leopoldsberg herübergrüßten. Die Wohnung gehörte dem Magistratsrat Franz Plasun, der sich mit seinem hübschen Frauchen über den Sommer nach Penzing gezogen hatte und uns für diese Zeit das

---

*) Alter Spruch:

„Morgens bet' zu deinem Gott,
Mittags iß vergnügt dein Brod,
Abends denk' an deinen Tod,
Nachts verschlafe deine Not!"

Quartier um einen billigen Preis abließ. Der Auwinkel war ein abgelegener Stadtteil zu Füßen des Laurenzibergels nicht weit vom Rotenturmtor; er soll in früheren Zeiten wegen des dort herumliegenden Unrats und Kehrichts Sauwinkel geheißen haben; jetzt war die Gegend rein und sauber gehalten wie irgend eine andere in der inneren Stadt.

Zweites Buch.

Eröffnung und erste Arbeiten des Reichstages.

1.

Für den konstituierenden Reichstag war die kaiserliche Winterreitschule sehr geschmackvoll und zweckmäßig hergerichtet. Vom Josephsplatze kam man über eine breite Stiege in einen Vorsaal, in dessen beiden Ecken Türen und kleinere Treppen in die zur Rechten und zur Linken des großen Verhandlungssaales befindlichen Journalistenlogen führten. Im Grunde des Saales über den amphitheatralisch sich aufbauenden Sitzen der Abgeordneten befand sich die reichlicher ausgestattete Kaiserloge, zu ihren beiden Seiten rechts die Hofloge, links die für die auswärtigen Gesandtschaften. Ganz oben enthielt die um den Saal herumlaufende Galerie Sitze für das Publikum. In der nächsten Nähe des Sitzungssaales diente der große Redoutensaal für zahlreichere Zusammenkünfte und Besprechungen, der kleine als Lese- und Schreibzimmer. Auch für eine Restauration waren Räume ausgemittelt.

Die erste Zusammentretung der in Wien weilenden oder daselbst bereits eingetroffenen Deputierten, darunter die Galizianer nahezu vollzählig, fand am Vormittag des 10. Juli statt. Die Bänke der Linken und äußersten Linken waren dicht besetzt, es war kaum ein Platz mehr dort zu bekommen; in den beiden Zentren, dem linken und dem rechten, waren noch viele Lücken; auf der Rechten saßen nur fünfzehn galizische Bauern, deren Führer Joseph Sawka aus dem Pfarrdorf Obroszyn notdürftig deutsch konnte. Denn die Rechte, in allen Parlamenten der Sitz der konservativen oder Regierungs-Partei, war von den Männern der konstitutionellen Ära gemieden und geflohen, niemand wollte für „reaktionär" gelten. Besonders bei

den Wienern war dies der Fall. Auf der äußersten Linken bildeten, wie sich Häfner's „Konstitution" ausdrückte, Bach, Füster, Schwarzer, Goldmark, Violand „eine interessante Gruppe".

Auf den Ministerbänken, welche die vorderste Reihe der Abgeordnetensitze bildeten, saß nur Doblhoff, vom Kaiser mit der Bildung eines neuen Kabinets betraut, dessen Mitglieder noch nicht alle beisammen waren. Er eröffnete die Sitzung mit der Erklärung, daß bereits mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend und folglich die Versammlung beschlußfähig sei. Es war das aber eine völlig unsichere Behauptung; denn im Laufe der Verhandlung äußerte sich derselbe Doblhoff: es „dürfte" die Hälfte der Gesamtzahl der Deputierten 190 betragen und gegenwärtig seien, „glaube ich", 186 anwesend, eine geringe Differenz, über die sich die autonome Versammlung wohl hinaussetzen könne.

Nach Doblhoff meldete sich der Wiener Advokat Dr. Alexander Bach zum Wort und lud, nach dem Vorgange in anderen Parlamenten, die Anwesenden ein, einen Herrn in vorgerücktem Alter, der sich bereit erklärt habe die Stelle zu übernehmen, zu ersuchen, als Alterspräsident den Vorsitz zu führen. Ein Deputierter wandte ein: „Wie kommt Dr. Bach dazu, etwas zu sagen, was der Herr Ministerpräsident hätte sprechen sollen?" Noch eine andere Schwierigkeit erhob sich. Ein galizischer Abgeordneter bemerkte, viele seiner Landsleute seien der deutschen Sprache nicht mächtig: „Sie sitzen da und fragen mich so eben was gesprochen wurde"; es müsse darum für einen Dolmetsch oder eine andere Art der Verständigung gesorgt werden. Doch die Versammlung ging über diese beiden Bedenken hinweg und schritt zur provisorischen Bildung des Bureaus; denn so lang die Wahlen von mehr als der Hälfte der Abgeordneten nicht geprüft und angenommen waren, ließen sich überall nur provisorische Maßregeln treffen, wie denn diese erste Sitzung und die nächstfolgenden nur als „vorberatende" galten. In diesem Sinne wurde Regierungsrat Dr. Joseph Kudler, Professor der politischen Wissenschaften in Wien (Laimgrube), geboren 1786, folglich im 62. Lebensjahre, als Alterspräsident, Joseph Weiß, Fabrikant aus Zuckmantel in Schlesien (Würbental) als erster, Isak Noah Mannheimer, Prediger der israelitischen Kultusgemeinde in Wien (Brody) als zweiter Alters-Vizepräsident berufen. Als Schriftführer hatten die Jüngsten der Versammlung zu fungieren, und als solche meldeten

sich: Adolf Purtscher Med.-Drd. (Alservorstadt), Georg Geier Handelsmann aus Gurkfeld (Neudegg Illyrien), Joseph Nesweda Jur.-Drd. aus Höfting (Mähr.-Budwitz), Joseph Demel Jur.-Drd. (Proßnitz), Viktor Brazdil Jur.-Drd. aus Kremsier (Holleschau) und Hans Kudlich Jur.-Drd. (Bennisch, Schlesien).

Über die Beschlußfähigkeit der folgenden vorberatenden Sitzungen konnte kein Zweifel sein. Schon in der zweiten am 11. waren 193, nach einer andern Zählung 197 anwesend, also jedenfalls mehr als die Hälfte, und täglich kamen einige dazu. Die spätesten waren die Böhmen, weil in ihrem Königreiche die Wahlen für den Reichstag durch jene für den böhmischen Landtag gekreuzt wurden, der am Ende doch nicht zu stande kam. Nahezu ein Dritteil der Anwesenden bildeten die Galizianer: die Gutsbesitzer, die „Polen im Frack", die zum größten Teile auf der Linken saßen, und die im Bauernkittel auf der Rechten; ihr Führer Sawka, der in der ersten Sitzung gleich den anderen in Bauerntracht erschienen war, zeigte sich in der folgenden im städtischen Anzug.

Eine der wichtigsten und zugleich heikligsten Fragen erregte in der Sitzung vom 12. den ersten kleinen Sturm, es war die über die Verhandlungssprache. Die Wiener im Parlamente und in der Journalistik waren darüber eines Sinnes, es galt ihnen als selbstverständlich, daß dies nur die deutsche sein könne. Häfner's „Konstitution" sprach die Erwartung aus, „der Reichstag werde alle Wahlen ungültig erklären, welche auf Männer gefallen sind, die der Geschäftssprache des Reichstages unkundig sind und dadurch der wesentlichsten Eigenschaft zur Erfüllung ihres heiligen Berufes entbehren." Dr. Kajetan Mayer, Brünner Advokat, wegen seines brünetten Aussehens „der schwarze Mayer" genannt, beantragte geradezu eine Bestimmung der Geschäftsordnung: „Die Geschäftssprache der Reichsversammlung ist die deutsche", und legte, als der galizische Gutsbesitzer Sev. v. Biliński (Glinianh) bemerkte, eine derartige Bestimmung lasse sich, bevor der Reichstag konstituiert sei, nicht treffen, doch wollten er und seine Landsleute sie „einstweilen als Zugeständnis" gelten lassen, „feierliche" Verwahrung gegen das Wort „Zugeständnis" ein. Religionsprofessor Anton Füster erklärte es als „Gewissenssache, daß jedermann, der hier sitzt, vollständig der Verhandlungssprache mächtig sei." Als der ruthenische Pfarrer Gregor Szaszkiewicz (Monasterzyska) darauf hinwies: in der Wahl-

ordnung sei dieses Erfordernis nicht vorgeschrieben, folglich sei die Wahl der nichtdeutschen Abgeordneten „als ganz gesetz- und verfassungsmäßig anzusehen", gab der illyrische Bezirkskommissär Michael Ambrosch (Radmannsdorf) zu, es sei allerdings ein Fehler der Wahlordnung, daß darin die deutsche Sprache nicht verlangt sei, meinte aber gleichwohl, „daß sogleich bei Prüfung der Wahlen Individuen, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, als nicht befähigt zu amovieren wären", und Dr. Rudolf Brestel, (Wien, Roßau) führte den Satz aus: „Wer ein Amt angenommen hat, das er nicht verwalten kann, hat die Pflicht, von diesem Amte zurückzutreten; wir können ihn nicht zwingen, aber an sein Ehrlichkeits- und Rechtlichkeitsgefühl appellieren." Kudlich verlangte von der Wahlordnung nur solche Bestimmungen, die man sonst nicht wissen könnte, wie z. B. das Lebensalter von vierundzwanzig Jahren: „aber daß der Deputierte deutsch verstehe, lesen und schreiben könne, ist eine Bestimmung, die sich von selbst versteht" (Murren. Nein!) Doch die Galizianer, unter denen sich Fürst Georg Lubomirski (Lancut) bemerkbar machte, gaben nicht nach. Gymnasialprofessor Eustach Prokopczycz aus Stanislau (Mariampol) schlug vor: bevor ein Antrag zur Abstimmung gebracht werde, sei derselbe den nichtdeutschen Abgeordneten durch einen Dolmetsch „summarisch und in Kürze in ihrer Muttersprache zu sagen". Das wäre, rief Mayer, „ein wahrer babylonischer Turmbau"; denn da wären für die verschiedenen Landessprachen sechs oder sieben Verdolmetschungen notwendig, und Med.-Dr. Adolf Fischhof, Präsident des Wiener Sicherheitsausschusses (Wien, Matzleinsdorf) bemerkte: „Dann sind wir in den Händen der Dolmetsche, denen es einfallen könnte, einige Argumente zu unterschlagen oder anders zu färben; dann würde die Meinung der Abstimmenden von der des Dolmetsch abhängen." Ein Abgeordneter wollte, daß jene, die nicht Deutsch verstehen, sich der Abstimmung enthalten sollen, was von anderer Seite mit Recht abgelehnt wurde.

Jetzt schlug der galizische Bauer Sawka dem Faß den Boden aus, der in gebrochenem Deutsch mit Leidenschaft sagte: „Ich bitte die hochwürdigste Kammer, es zeigt sich auf diese Art, sie brauchen keinen von Galizien hier, wir sind umsonst hieher gekommen. Wozu brauchen sich hier so viele einzufinden, unsere Reise hat schon so viele Kosten gehabt und umsonst. Ich danke schön, wenn alles

deutsch, wer wird polnisch sein? Bloß die Herrschaften sind schuld, daß wir Bauern gewählt haben, weil sie uns von jeher gedrückt und angefeindet haben. Wir werden nie andere als Bauern wählen und diese verstehen keiner deutsch. Wir wollen was der Kaiser will, während Sie", er wies mit der Hand auf die Linke hin, wo die „Polen im Frack" saßen, „vom Kaiser abfallen wollen." Jetzt entstand ein fürchterlicher Tumult. Wie ein Mann erhoben sich von der Linken die Polen im Frack. Einzelne Stimmen: „Das ist eine Lüge!" Einer rief: „Die polnischen Bauern sind von der reaktionären Partei gewählt, um hier Unordnungen zu stiften, das ist Kasernenunterricht!" Professor Leopold Neumann vom Theresianum (Wien, Leopoldstadt) begehrte heftig den Ordnungsruf für Sawka. Der Präsident befragt die Versammlung, deren große Mehrheit sich dafür erhebt, darunter Sawka selbst, der offenbar nicht verstanden hat um was es sich handle, und mit ihm alle Bauern, was allgemeine Heiterkeit erregt haben würde, wenn die Versammlung in einer andern Stimmung gewesen wäre.

Zuletzt erhob sich Franz Musil (Pawlowitz, Mähren): „Wenn, wie ein Herr meinte, die der deutschen Sprache unkundigen galizischen Abgeordneten Taubstummen gleichgehalten werden sollen, so können wir sie auch nicht als gegenwärtig ansehen und unsere Versammlung wäre dann beschlußunfähig"; überhaupt möge man die Sprachenfrage auf sich beruhen lassen, bis die Böhmen kämen, da es ungerecht wäre, sie wegen Verspätung der Wahlen in ihrem Lande von der Teilnahme an dieser wichtigen Frage auszuschließen.

Im allgemeinen ging es in den ersten Sitzungen noch ziemlich bunt und unordentlich zu. Die Persönlichkeit Kudler's war, wie sich zeigte, für den Platz, den ihm seine Jahre anwiesen, nicht geeignet. Als Professor von altersher gewohnt, allein das Wort zu führen und keine andere Meinung als die seinige zu haben und zu kennen, geriet er in dem Durcheinander der verschiedenseitigen Ansprüche und Anträge in Verwirrung und wußte sich nicht rasch genug zurechtzufinden, so daß ihm die Vizepräsidenten und häufig Fischhof auf den rechten Weg helfen mußten, was nicht immer ganz leicht war. Es wurde viel durcheinander geschwätzt und die Debatte, statt sich zu klären, immer verwickelter.*) Unter den Deutschen

*) In der „Konstitution" Nr. 104 vom 28. Juli S. 1110 schrieb Niederhuber: „Wenn unsere Deputierten für jedes unnütze Wort nur einen einzigen

machten sich der schwarze Mayer durch Schlagfertigkeit, Fischhof durch Wohlredenheit, Brestel durch logische Schärfe frühzeitig bemerkbar; der bedeutendste von allen, Dr. Bach, hatte bisher ein einzigesmal das Wort ergriffen, er legte sich fürs erste die Rolle des stummen Beobachters auf. Unter den Nichtdeutschen imponierten die Gemäßigten unter den „Polen im Frack" durch parlamentarische Besonnenheit und Gewandtheit.

Übrigens kannten die Leutchen einander noch nicht. Trotz wiederholter Mahnung aus den Bänken der Schriftführer beobachteten es nur die wenigsten, wenn sie etwas zu sagen hatten, ihre Namen zu nennen, daher in der stenographischen Aufnahme der ersten Sitzungen das häufige „Ein Deputierter", „Ein Abgeordneter", „Eine Stimme". Von Gleispach hieß es in einem Zeitungsberichte: „Ein Graf aus Steiermark, wo das Alpenhorn bläst." Die nichtdeutschen Namen wurden nicht selten mißverstanden. So erscheint im Protokolle vom 12. Seite 8 ein „Pfarrer Gregor Czarkir", womit unverkennbar Szaszkiewicz gemeint war*).

In der Sitzung vom 14. erschien der erste Abgeordnete aus Böhmen: es war der Buchhändler Alois Borrosch aus Prag (IV. Wahlbezirk): „ein scharf geschnittenes Gesicht, stechende Augen und bei einer sarkastischen Redeweise ein unheimliches Organ berühren mindestens befremdend; der Mann hat Energie und dürfte ein nicht zu verachtender Parteigänger werden"**). Borrosch sprach klar und deutlich, wie vom Katheder, meist in schulmeisterndem Ton, der immer Recht haben wollte und dafür im stande war, fünf- und sechsmal in der Debatte immer wieder das Wort zu verlangen und dadurch der Versammlung oft lästig wurde.

Noch eine andere Persönlichkeit tauchte in dieser Sitzung zum erstenmal auf, durchaus kein Redner, aber eine wichtige und interessante Erscheinung, die sogleich den Widerwillen und den Widerspruch eines Teiles der Versammlung, und vielleicht noch mehr der

---

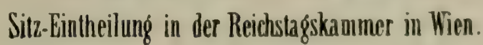
Kreuzer zahlen müßten, so wäre in den nächsten vier Wochen zuversichtlich die österreichische Staatsschuld abgelöst." Placet! Nur hätte das gleiche für die Zeitungsschreiber gelten sollen.

*) Ja, noch am 2. August, Nr. 108 der „Konstitution", war unter den Mitgliedern der nach Innsbruck bestimmten Deputation zu lesen: Tunok statt Turco, Dretschner statt Pfretschner, Rotz statt Ratz, Trifalik statt Feifalik.

**) „Konstitution", Nr. 94 vom 17. Juli, S. 1030.

radikalen Elemente außerhalb der Versammlung wachrief. Als nämlich aus Anlaß der Wahlprüfungen der Lemberger Advokat Dr. Marian Dylewski (Lemberg, II. Wahlbezirk) die in seinem Heimatlande stattgefundenen Wahlumtriebe kennzeichnete und dabei den Satz einflocht: „Galizien ist das Land der bureaukratischen Abenteurer", glaubte Graf Franz Stadion (Rawa, Galizien) „als Gouverneur von Galizien", als „Chef der galizischen Landesstelle" nicht stillschweigen und den gegen seine Beamten erhobenen Vorwurf unerwidert lassen zu sollen, worüber in der Nummer des nächsten Tages die „Konstitution" die Bemerkung machte, daß Stadion hier nicht „als Gouverneur über Beamte, sondern als Abgeordneter von dem Volke sitze." Überhaupt war in diesem Punkte die Linke des Reichstages nicht weniger empfindlich als die radikale Journalistik. Dr. Ernst v. Violand (Korneuburg) fand es unziemlich im Reichstagssaale Ausdrücke wie „Se. Exzellenz der Ministerpräsident" zu gebrauchen, hatte aber dabei das Malheur, vom „Herrn Regierungsrat Kudler" zu sprechen, was ihm von der Presse seiner Partei, bei der er sonst sehr in Gnaden stand, rügend vorgehalten wurde. Als Kudler in der Sitzung vom 14. das Ministerium „bitten" wollte, an die Beamten einen gewissen Erlaß zu richten, erfuhr er sogleich die Belehrung, der Reichstag habe das Ministerium nicht zu bitten, sondern aufzufordern. Eine ihrem Inhalte nach sehr entgegenkommende Zuschrift der k. k. Hof-Bibliothek — Einladung zur Benützung der Bücherei durch die Abgeordneten — wurde von Fischhof wegen des „zopfig-bureaukratischen" Stils, in welchem sie abgefaßt sei, scharf getadelt und auf ihre Zurückweisung angetragen.

Denn alle Achtung, alle Auszeichnung, ja Ehrerbietung gebührte allein dem Volk, dem „souveränen" Volk, und noch über diesem der Versammlung seiner Vertreter, dem „souveränen" Reichstag. Die provisorischen Ordner hatten befunden, den Besuch der Galerien nur gegen Eintrittskarten zu gestatten; darüber gab es manches Gerede im Saale und in der Presse, nicht bloß weil über manche Parteilichkeit oder über Grobheit bei Austeilung der Zulaßscheine geklagt wurde, sondern auch grundsätzlich „als eine Beschränkung der Öffentlichkeit, die nicht geduldet werden darf." Als man aber in der Journalisten-Loge der Linken bemerkte, daß einige Besucher der Galerie den Hut auf dem Kopfe hatten, erfolgte alsogleich eine scharfe Zurechtweisung; denn das bekunde „einen Mangel an Achtung des Volkes vor sich



Sitz-Eintheilung in der Reichstagskammer in Wien.

selbst; im Saale tagt das Volk, das souveräne Volk, und jeder Mann aus dem Volke muß ihm schuldige Achtung auch äußerlich betätigen."

2.

Die vorberatende Sitzung vom 17. Juli war die erste, der ich anwohnte. Die Sitze der äußersten Rechten waren bis dahin leer geblieben, meine mit mir angekommenen Landsleute waren die ersten, die darauf Platz nahmen; sie zauderten keinen Augenblick, dies zu tun. Sie sagten sich: Wer wir sind werden wir zeigen, nicht die Plätze stempeln uns, sondern wir stempeln die Plätze. Auch Borrosch übersiedelte jetzt von der Linken in die Bänke der äußersten Rechten. Ich nahm in der vorletzten Bank des rechten Zentrums Nr. 169 Platz, den Ecksitz Nr. 167 hatte Graf Gleispach, pardon der „Abgeordnete" Gleispach (Feldbach, Steiermark) inne; Nr. 168 zwischen ihm und mir war nicht besetzt. In meiner Nähe saßen der Prager Landesadvokat Dr. Johann Riemann (Winterberg), Dr. Joseph Beck (Teltsch) und Domkustos Th.-Dr. Joseph Leeb (Budweis). Fünf Reihen vor mir in der gleichen Abteilung saßen Pillersdorff, Ecksitz Nr. 138, und neben ihm Nr. 137 der geistvolle Oberamtmann Friedrich Thiemann (Rumburg). Durch den schmalen Zwischengang, der geraden Mitte zwischen rechts und links, von uns getrennt, also im linken Zentrum, saßen Stadion, Ecksitz Nr. 167, der Wiener Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Andreas Eckl (Weseritz) Nr. 168 und Matthias Herndl aus Grein in Oberösterreich Nr. 169, ein Kleinbürger von jenem Radikalismus, wie er in der Klasse der Viertelgebildeten dieser Kategorie zu Hause zu sein pflegt, und von einer Grobheit, unter welcher namentlich der in seiner Nähe sitzende Graf Stadion, „der Stadion", fortwährend zu leiden hatte. „Warum wählen Sie sich nicht einen andern Sitz", sagte ihm eines Tages Stadion, „wenn ich Ihnen unausstehlich bin?!" „Ja, glauben S', 's geht mir aner? Fünf Gulden hab' i schon geben woll'n, 's nimmt's kaner!"

Die Sitzung vom 17. gehörte übrigens nicht zu den interessanten. Den Vorsitz führte an Stelle Kudler's, der sein Ausbleiben mit Unpäßlichkeit entschuldigte, der erste Vizepräsident Weiß, der

an Unfähigkeit eine Debatte zu leiten mit seinem Vorgänger um die Palme ringen sollte. Von den Ministersitzen war noch immer nur einer besetzt, der des Baron Doblhoff. Es handelte sich hauptsächlich um Agnoszierung der Wahlen, von denen eine große Anzahl in den früheren Sitzungen bereits angenommen war und mit denen man eilte, um bald die beschlußfähige Anzahl beisammen zu haben. Dann wurden „Einläufe" verlesen, an die sich mitunter eine Diskussion knüpfte, was dem armen Weiß, wenn verschiedene Anträge einander quer über den Weg liefen, in arge Verlegenheit brachte, so daß er eine Abstimmungsfrage nach der anderen stellte.

Um so interessanter war die nächste Sitzung am 18.; denn hier waren es die Prager Wahlen, zuerst die Strobach's (I. Wahlbezirk), um dessen Gültigkeitserklärung es sich handelte. Diese zu bestreiten erhob sich Löhner; denn die Prager Abgeordneten waren ja, mit Ausnahme des Borrosch, insgesamt „Tschechen" und diese Benennung und Eigenschaft waren das rote Tuch, das den Abgeordneten für Saaz außer sich brachte. Zwischen den Urwahlen und den Wahlen, führte Löhner aus, sei in Prag ein zu kurzer Termin, „nicht einmal ein Tag", und deshalb keine Möglichkeit des Meinungsaustausches gewesen. Dazu der Belagerungsstand, unter dem „Diktator Windisch-Grätz" schwiegen alle Zivilrechte; Meinungsfreiheit sei ein Zivilrecht und mit militärischem Befehl unverträglich. Ihm entgegneten Alois Pravoslav Trojan (Welwarn), der Prager Advokat Dr. Ignaz Hauschild (Hohenmauth) und Borrosch: Meinungsaustausch sei auch im Belagerungsstand möglich gewesen; für die Prager Wahlen sei der kürzeste Termin ausreichend gewesen, eine Stunde würde zur Entscheidung, wen man wählen wolle, genügt haben, weil man in Prag seine Leute kenne und schon im vorhinein einig gewesen sei, welche Führer man zu rufen habe; wenn man heute die Wahlen anulliere, werden morgen die gleichen Namen aus der Urne hervorgehen. Dagegen sprachen Brestel und noch einmal Löhner, dafür zuletzt Rieger, der, was Palacký (II. Wahlbezirk) betraf, darauf hinwies, Palacký sei in sechs Wahlbezirken gewählt worden; ob man meine, daß eine Erneuerung der Wahl ein anderes Ergebnis haben würde? Der Präsident schritt zur Abstimmung, die Wahl Strobach's wurde mit großer Mehrheit angenommen und, den gegnerischen Rednern zum Trotz, mit fast allgemeinem Beifall begrüßt.

„Die slavische Majorität“, schrieb Niederhuber in der „Konstitution“, „steht kompakt in eng geschlossener Reihe. Die deutsche Minorität ist zersplittert und zerstreut. Die slavischen Redner treten scharf und derb auf, die Deutschen reiten Theorien lahm und verlassen den realen Boden. Der heutige parlamentarische Streit deutet auf eine trübe Zukunft, wenn deutsches und slavisches Element zu einem entscheidenden Kampfe kommen.“

* * *

Nach Annahme der Wahl Strobach's lief die Agnoszierung der anderen Prager Wahlen ohne weitere Einsprache glatt ab und Gleispach stellte den Antrag: nachdem nun mehr als 192 Wahlen geprüft und gültig anerkannt worden, sei der Reichstag konstituiert und könne nach § 60 der provisorischen Geschäftsordnung zur Wahl des Präsidenten geschritten werden. Der Vorsitzende konstatierte, es seien bereits 208 Deputierte als gültig gewählt anerkannt und erklärte somit den Reichstag als konstituiert. Doch gegen die unverweilte Vornahme der Präsidentenwahl erhob sich Widerspruch. Gegen Fischhof, welcher beantragte daß die Wahl gleich in der morgigen Sitzung vorgenommen werde, wandte Rieger ein, daß kaum die Hälfte der böhmischen Abgeordneten anwesend sei: „Dies ist nicht die Schuld des Volkes, sondern der ganz eigentümlichen Zeitverhältnisse, die es unmöglich gemacht haben die Wahlen früher vorzunehmen. Wenn wir die Wahl des Präsidenten jetzt schon vornehmen, so würden wir jene Mitglieder, die ohne ihre Schuld abwesend sind, dieses Rechtes verlustig machen. Ich glaube daher, daß es gerecht wäre die Abstimmung über diesen Gegenstand zu verzögern, bis die fehlenden Deputierten eintreffen, was in den nächsten Tagen geschehen wird.“ Da auch die Polen und selbst einige von der deutschen Linken — obwohl diese aus einem andern Grunde, weil nämlich die provisorische Geschäftsordnung noch nicht angenommen sei — für den Antrag Rieger's stimmten, so blieb die Präsidentenwahl durch Mehrheit der Stimmen, 145 gegen 135, vorläufig aufgeschoben.

Die Sitzung in der Winterreitschule hatte ein unangenehmes Nachspiel auf der Straße. Unter die Leute, die sich auf dem Josephsplatze vor dem Ausgange des Reichstagssaales angesammelt hatten, meist halbwüchsige Jungen, aber auch ältere Männer der unteren

Volksklassen, mischten sich, nach geschlossener Sitzung aus der sie herabkamen, besser gekleidete Personen, ohne Zweifel Journalisten von radikaler Färbung, die mit dem Aufschub der Reichstags-eröffnung nicht einverstanden waren und die Masse gegen Rieger als den Anreger dieser Maßregel aufhetzten. Als daher der Abgeordnete für Eisenbrod in Gesellschaft Strobach's und Hauschild's aus dem Tore heraustrat, drängte sich an ihn ein Haufe heran, mit Pfiffen und Schimpfreden, wie „Lump", und einen hörte Rieger sagen: „Ich werde gleich mit ihm anbinden, ich werde schon mit ihm fertig werden!" Rieger wandte sich mit den Worten: „Was wünschen Sie von mir, meine Herren?" gegen die Menge, die auf diese Ansprache etwas zurückwich, aber sich sogleich wieder sammelte, als sich Rieger wandte und Arm in Arm mit seinen Begleitern unter dem Schwib-bogen der Stallburg gegen den Michaelerplatz weiter schritt. Die Meute, die sein unerbetenes Gefolge bildete, wuchs mit jedem Schritte stärker an, so daß sie bald die ganze Breite des Kohlmarktes einnahm. Städtische Nationalgarden traten wiederholt an Rieger heran und forderten ihn auf, sich dem Ingrimm des Volkes zu entziehen, das sich derart aufgeregt zeige, daß es ihm schlimm er-gehen könnte. Rieger wies die Mahnung zurück: er habe sich nichts vorzuwerfen und darum nichts zu fürchten. Inzwischen hatte Gold-mark den Auflauf wahrgenommen und auf seine Frage, was es gebe, von den Leuten erfahren, es gelte Rieger, der Schuld sei, daß die Eröffnung des Reichstages verschoben worden. Goldmark suchte nun mit Scherzer und Fischhof, die er aufforderte ihn zu begleiten, in die Nähe Rieger's zu kommen, um ihn zu beschützen und gab ihm, da man bereits am Graben angelangt war, den Rat, einen Fiaker zu besteigen. „Aufhalten, aufhalten", tönte jetzt der Ruf und Leute fielen den Pferden in die Zügel, so daß Goldmark alle Mühe hatte, sie von ihrem Vorhaben abzubringen und die Kutsche abfahren zu lassen.

* * *

Die Sitzung des 19. wurde mit der Verkündigung des neuen Ministeriums eröffnet: Philipp Freiherr von Wessenberg, Präsident und Minister des Äußern; Anton Freiherr von Doblhoff, Inneres (Wien, Stadt); Baron Philipp Kraus, Finanzen; Dr. Alexander Bach (Wien, Wieden), Justiz; der Journalist Ernst

v. Schwarzer, Herausgeber und Leiter der Wiener „Allgemeinen Zeitung", Nachfolgerin des weiland Metternich'schen „Beobachters", öffentliche Bauten; Theodor Hornbostel, Handel; Graf Theodor Baillet-Latour, Krieg. Für den Unterricht war kein Minister, sondern nur ein Unterstaatssekretär in der Person des Dichters und Philosophen Med.-Dr. Ernst v. Feuchtersleben, der formell unter dem Minister des Innern stand. Die beiden Namen Schwarzer's und ganz besonders Bach's wurden aus den Bänken der Linken auf das lebhafteste beklatscht; die Linke hatte wohl Ursache dazu, konnte sie doch Bach als einen der Ihrigen ansehen!

Alexander Bach, Sohn eines geachteten kinderreichen Wiener Advokaten, geboren 1811, hatte schon früh die Blicke seiner Kreise auf sich gezogen. Ein scharfer Verstand, ein rascher Blick, ein ausgesprochenes Organisationstalent, dabei eine unermüdliche Arbeitskraft, zeichneten ihn aus; mit dem Tage, wo er die Kanzlei seines verstorbenen Vaters übernahm, kam ein neues Leben in sie. Auf einer Orientreise, die er in den ersten vierziger Jahren unternahm, bewunderte die österreichische Kolonie in Konstantinopel seine klare Auffassung, sein durchdringendes Urteil. In Wien gehörte der juridisch-politische Leseverein, dieser am Herzen Sedlnitzky's nagende Wurm, mit zu Bach's Schöpfungen. Vom Beginn der Märzereignisse war Bach alles in allem. Bald auf einem Klepper reitend, bald im Wagen fahrend, war er an allen Punkten zu sehen, wo Neues und Wichtiges vorging. Aus der Burg zum Leseverein, wo er von der Straße zum Balkon hinauf über den neuesten Stand der Dinge berichtete, von dort in den Augarten zu den Arbeitern, bei denen er sich durch Teilnahme an ihrem frugalen Male ins Vertrauen setzte, dann wieder durch die Straßen fahrend, zu Männern des Tages herausspringend und mit ihnen flüchtige Worte wechselnd, führte er stets das neueste Schlagwort im Munde und sorgte für dessen Verbreitung. In der Hafner'schen „Prager Zeitung", die zeitweise Charakteristiken der Reichstagsabgeordneten brachte, war zu lesen:

> Dr. Alexander Bach, Hof- und Gerichtsadvokat, gewandt in jeder Sphäre, kenntnisreicher Jurist, mit schneller und scharfer Auffassungsgabe, versteht er sich auf der praktischen Bahn Geltung zu verschaffen und keiner Partei zu verfallen, ohne doch für indifferent zu gelten. Hat letzte Zeit viel in Gemeindeangelegenheiten der Stadt Wien gearbeitet. Geborener Wiener. Etwa 36 bis 38 Jahre alt.

Bach war die leibhafte Initiative, er nahm alles in die Hand. Als die Zeit des konstituierenden Reichstages herankam, finden wir Bach's Namen an der Spitze der vom 8. Juli datierten Einladung zu einer am Minoritenplatz Nr. 11, 3. Stock, stattfindenden Besprechung eines von ihm im Vereine mit Fischhof, Füster, Purtscher, Scherzer, Smreker, Violand verfaßten Entwurfes einer Geschäftsordnung. In der Gesellschaft dieser Bekenner des entschiedenen Radikalismus sehen wir ihn in den ersten Sitzungen in den Bänken der äußersten Linken, die er verließ, um auf dem Ministerfauteuil seinen Platz einzunehmen.

Doch war das derselbe Bach?! Hatte er bis dahin von unten gewühlt, so verstand er es vom ersten Augenblicke, da er oben war, die Aufgabe und den Beruf eines geordneten Regiments ins klare zu setzen. Als in der Sitzung am 19., der ersten, der er in seiner neuen Eigenschaft beiwohnte, die Affäre Rieger vom gestrigen Tage zur Sprache kam und dieser an die Versammlung die Frage richtete, ob im Falle der Wiederholung eines solchen Auftrittes eine Fortsetzung des Reichstages in Wien möglich wäre, erhob sich der Justizminister und erbat sich vom Reichstage die Ermächtigung, einen Gesetzentwurf zum Schutze der persönlichen Unverletzlichkeit der Abgeordneten einzubringen. Und wie er sich in dieser Sitzung zeigte, erkannte man in Bach sogleich den Mann, der sich in der Stellung, die er nun einnehmen sollte, zurechtfand und vom Mitläufer der Umsturzpartei zu ihrem Herrn und Gebieter werden sollte.

3.

Die Präsidentenwahl stand in Sicht. Um über die Person einig zu werden, fand ein Zusammentritt beim Sperl statt, der, obwohl auch hier Löhner das große Wort führte, ohne störenden Zwischenfall ablief. Es wurde mir ein Herr gezeigt, der mit einem oder zwei anderen bescheiden an einem Seitentische saß und den Löhner, da man doch der Haupt- und Residenzstadt Wien den Vortritt lassen wollte, als den Mann der bevorstehenden Wahl bezeichnete; es war der Wiener Hof- und Gerichtsadvokat Franz Schmitt (Leopoldstadt).

Die lang aufgeschobene definitive Konstituierung des reichstäglichen Bureaus konnte endlich Donnerstag den 20. Juli vor sich gehen. Es war eine etwas einförmige Verhandlung, da ein Skrutinium, eine Stimmenzählung, eine Verkündigung des Ergebnisses auf die andere folgte. Während des dritten dieser Akte, der Wahl des zweiten Vizepräsidenten, begab ich mich in den Lese- und Schreibsaal, um meiner Frau ein paar Worte zukommen zu lassen. „Die beiden ersten Wahlen", teilte ich ihr mit, „sind mit so ungeheurer Majorität ausgefallen, es haben dabei alle Parteien und Nationalitäten ein solches gegenseitiges Entgegenkommen gezeigt, daß man die erfreulichsten Hoffnungen für das Gedeihen des künftigen wichtigen Werkes hegen könnte, wenn man das heutige Ereignis als Vorbedeutung annehmen wollte. Bei der Wahl des Präsidenten nämlich sind die Slaven und Italiener den Deutschen und alle zusammen den Wienern entgegengekommen und es wurde mit 259 unter 284 Stimmen Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Franz Schmitt aus Wien gewählt. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten dagegen erhielt unser würdige und liebenswürdige Strobach 238 Stimmen von 288, und die deutschen Sitze waren es zuerst, von denen der Beifall für diese Wahl ertönte. Jetzt geht die dritte Wahl, nämlich die des zweiten Vizepräsidenten vor sich. Wahrscheinlich wird es der Großhändler Johann Hagenauer aus Triest. . ."

So kam es auch, Hagenauer wurde mit 234 Stimmen von 280 gewählt. Somit war nach meinem Urteil die Zusammensetzung sehr gut: Präsident aus Wien, dem Mittelpunkte der Monarchie, deutschen Stammes; erster Vizepräsident aus Prag, dem nördlichen Teile des Reiches, slavischen Stammes; zweiter Vizepräsident aus Triest, aus den südlichen Provinzen, italienischer Zunge.

Auf die Wahl des Präsidenten folgte die der Schriftführer. Keiner der früheren Junioren wurde berufen, sondern durchaus reifere Männer in den Dreißigen und Vierzigen: Ignaz Streit, Magistratsrat in Iglau (Eisenberg, Mähren); Dr. Karl Ullepitsch, Kammerprokuraturs-Adjunkt in Laibach (Adelsberg); Dr. Karl Wiser, Advokat in Linz; Dr. Hauschild aus Prag; Lukas v. Zwickle, Landesgerichtsadjunkt in Feldkirch (Vorarlberg), und der galizische Gutsbesitzer Ceslaw Kobuzowski (Żmigród). Als Ordner hatten sich schon am 12. bereit erklärt zu fungieren: Johann Georg Scherzer, Weinhändler in Döbling (Klosterneuburg); Michael

Ambrosch aus Illyrien (Radmansdorf); Med.-Dr. Ferdinand Gobbi aus Triest; Valerian Ritter v. Podlewski aus Chomiakówka (Kosów, Galizien). Also auch bei diesen Wahlen war man bestrebt, nach Möglichkeit die verschiedenen Teile der Monarchie vertreten zu lassen.

* * *

Merkwürdigerweise fanden gerade an dem Tage, wo die Konstituierung des Reichstagsbureaus zu stande kam, zwei Auftritte statt, die einem energischen Protest gegen das wüste Treiben sowohl der Journalistik als des Straßenunfuges Ausdruck gaben. Am 20. Juli drang eine Anzahl von Nationalgarden in das Redaktionslokale des „Freimütigen" (alter Fleischmarkt Nr. 691—693, Sina'sches Haus), las dem Herausgeber und Redakteur Moritz Mahler von einem nach Art der jüdischen Bannflüche gehaltenen Papierstreifen alle Sünden in den derbsten Ausdrücken vor, die er in seinem Blatte mit der gröbsten Verletzung von Anstand und Sitte, mit frecher Verhöhnung von allem was achtenswert und heilig, mit Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung begangen hatte, und zwang ihn, der blassen Antlitzes und mit schlotternden Knien selbst sein angestammtes Judentum verleugnete — „Sie irren sich, meine Herren, ich bin ein Christ!" —, für das Vergangene Abbitte zu leisten und Besserung für die Zukunft zu versprechen. Daß Mahler tags darauf in seinem Journale Zeter und Mordio schrie, Gift und Galle spie, daß alle anderen Blätter seiner Farbe mit ihm Chorus machten, über diese Verletzung des Hausrechtes, dieses Attentat auf die freie Meinungsäußerung zum Himmel schrien, war begreiflich. Aber die Wirkung hatte jener Akt moralischer Lynchjustiz doch, daß Mahler von da ab seinen pöbelhaften Zynismus milderte und sich Joseph Tuvora als Mitarbeiter ausersah, der dieser Aufforderung nur unter der Bedingung anständigerer Haltung des Blattes entsprach.

Am Abend desselben Tages folgte ich der Aufforderung eines meiner Kollegen, mir den demokratischen Klub anzusehen, der seine Versammlungen in einem ebenerdigen Lokale des „Römischen Kaisers" auf der Freiung abhielt. Der Saal war überfüllt, so daß ich nur an dem offenen Eingang Posto fassen konnte. Selbst da hielt ich es nicht lang aus. Es war eine stürmische Sitzung, deren wirrer Lärm

mich teils anwiderte teils einschüchterte, ich war froh als ich aus dem Gedränge herauskam, und erfuhr erst am andern Tage, was es da eigentlich gegeben habe. Es befanden sich im Saale, teils sitzend teils stehend, nebst den Mitgliedern des Klubs fast ebensoviel oder noch mehr Antidemokraten, die sich zu dem Zwecke eingefunden hatten den Klub zu sprengen. Wenn ein Redner jener Partei zu einem Vortrag auftrat, fing einer der Gegenseite zu miauen, ein anderer zu zischen an, was sich bald katzenmusikartig vermehrte und verstärkte. Das Komitee wollte die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrechen, doch die Demokraten protestierten und verlangten, man solle die Unruhestifter hinausweisen. Nun ging der Spektakel erst recht los. „Hinaus mit euch", wurde von den Gegnern gerufen, „ihr seid Republikaner, die nur den Umsturz wollen." Es kam zu einer Balgerei, zu gegenseitigen Hieben und Püffen, während sich vor dem Hause Volk ansammelte, unter welchem es hieß drinnen werde die Republik ausgerufen, und das mit Gewalt in den Saal drang. Das „bemooste Haupt," eine in jenen Tagen stadtbekannte Persönlichkeit, die vermitteln und beschwichtigen wollte, wurde zu Boden geworfen und trug nicht unbedeutende Verletzungen davon. Es war nahe an Mitternacht und so ziemlich alles fort, das Haustor gesperrt, als Nationalgarden erschienen und herrisch Einlaß verlangten: „Wir müssen die Lumpen vom Verein heraushaben, die noch darin verborgen sind." Auch Leute von der Sicherheitswache fanden sich ein, das Tor wurde geöffnet und der Wirt ins Verhör gezogen, der sein Ehrenwort verpfänden mußte, daß keiner „von diesen Buben" mehr im Hause sei.

* * *

Nunmehr stand dem Schlußakte der Konstituierung, der förmlichen Eröffnung des Reichstages, nichts mehr im Wege. Sie wurde auf den 22. Juli angesetzt und in feierlicher Weise eingeleitet, da sie durch den volkstümlich beliebten Erzherzog Johann als Stellvertreter des noch immer in Innsbruck weilenden Kaisers stattfinden sollte. Die Sitzung wurde um zehn Uhr vormittags eröffnet und die Zusammensetzung der aus zwanzig Mitgliedern bestehenden Empfangsdeputation vorgenommen. Die Auswahl wurde dem Lose anheimgestellt, so daß es zum größten Teile unbekannte Größen

waren, denen diese Ehre zufiel; nur Dr. Franz Smolka mit dem weithin leuchtenden rotgelben Schnurrbart, den er sich, wie einst Paganini sein Geigenspiel, während jahrelanger Kerkerhaft mit peinlicher Sorgfalt gezüchtet hatte, und Dr. Franz Hein, Advokat in Troppau, und nach ihnen etwa der Journalist Johann Ohéral aus Brünn (Kremsier), Matthias Kautschitsch aus Laibach und der Grundbesitzer Karl Hubicki aus Rakwasza (Olejów, Galizien) wären zu nennen. Die übrigen waren minder bedeutende Leute; der „Wirtschaftsbesitzer" d. h. Bauer Johann Kaim, der in späteren Tagen zu einer bedenklichen Berühmtheit gelangen sollte, befand sich in der Zahl.

Es war, wenn ich mich recht erinnere, während dieser Vorgänge, bei denen nicht alle in ihren Sitzen blieben, als ich neben einen der früheren Junioren-Schriftführer zu stehen kam. Es war Hans Kudlich, eine schlanke ebenmäßige Gestalt, über Mittelgröße, von sehnigem Gliederbau und aufrechter Haltung, blond von Haupthaar mit sprossendem Schnurr- und Knebelbart; sein ganzes Wesen trug den Stempel burschenhaften Selbstgefühls und heiterer Jugendlust, die ein frisches blaues Augenpaar munter belebte, alles in allem eine nicht unsympathische Erscheinung. Zur feierlichen Eröffnung des Reichstages war er „in voller Wichs" erschienen, in der Legionsuniform mit umgeschnalltem Säbel. Als ich ihm kameradschaftlich bemerkte, ob es wohl angehe, in einer gesetzgebenden Versammlung bewaffnet zu erscheinen, lachte er mir ins Gesicht: wer denn wohl heute nach so etwas noch frage? . . Kudlich war 1823 zu Lobenstein in Österreichisch-Schlesien geboren, war nach absolviertem Universitätsstudium in eine Advokaturskanzlei — wenn ich nicht irre, in die des Dr. Jos. August Eltz — getreten und hatte vor kurzem sein erstes Rigorosum bestanden. . :

Nach vollzogener Auslosung erklärte Schmitt die Sitzung unterbrochen bis 12 Uhr, zu welcher Stunde der Erzherzog erwartet wurde. Er erschien pünktlich, der Präsident und die vier Ordner an der Spitze der Empfangsdeputation erwarteten ihn an den Stufen des Eingangs in den Vorraum und geleiteten ihn in den Saal, dessen Bureau für den heutigen Zweck in eine Emporbühne umgewandelt war. Erzherzog Johann war in Marschallsuniform, doch seine Haltung war weder eine militärischstramme, noch, wie es mir den Eindruck machte, den „souveränen" Vertretern des „souveränen" Volkes gegenüber eine besonders respektvolle. Denn er stand mit

etwas ausgespreizten Beinen da und las in ziemlich gleichgültigem Tone die im Namen des „konstitutionellen Kaisers" abgefaßte Thronrede, die gleichwohl, da darin mit „Freiheit" und „freien Institutionen," „Freiheitsbestrebungen" u. dergl. nicht gespart war, mit wiederholtem lebhaften Beifall begrüßt wurde. Er erinnerte die Versammelten an „das große Werk der Wiedergeburt des Vaterlandes", zu dessen Vollbringung sie berufen seien, und erklärte zum Schlusse: „Der konstituierende Reichstag ist eröffnet."

Der Reichstagspräsident erkannte es in seiner dankenden, von brausender Zustimmung der Volksvertreter begleiteten Erwiderung „als eine günstige Vorbedeutung", daß die Stellvertretung Seiner Majestät, dessen Anwesenheit man schmerzlich vermisse, in der Person des „allgeliebten Erzherzogs" stattfinde, „der ein freier volkstümlicher Prinz war, als unsere Hoffnungen volkstümlicher Freiheit noch im Keime schlummerten. Die feierliche Handlung des heutigen Tages ist die Vermählung des konstitutionellen erlauchten Thrones mit dem freien und dadurch edlen ganzen Volke. Der Allmächtige segne den Bund und die daraus entspringende Frucht!"

4.

„Das große Werk der Wiedergeburt des Vaterlandes" — ja das war die Aufgabe des verfassungsgebenden, des konstituierenden Reichstages! War er ihrer Lösung gewachsen? Waren die Zeitverhältnisse, waren die örtlichen Umstände danach?

Unter dem „Vaterland" konnte doch nur das österreichische genannt sein! Aber kannte das der politisierende Wiener, dem „schwarzgelb" als schlechte Note galt, der nur von „des Deutschen Vaterland" wissen, nur das deutsche Banner sich gefallen lassen wollte? „Pulver ist schwarz, Blut ist rot, golden flackert die Flamme"*).

Und in der Kammer selbst?! In der Sitzung vom 25. Juli interpellierte Johann Umlauft das Ministerium, welche Schritte es wegen der Rückkehr des Kaisers in seine Residenz getan habe

*) Freiligrath.

oder zu tun gedenke? In der Debatte darüber beging Dr. Alois Fischer aus Salzburg, wie die radikale Journalistik mit Unwillen bemerkte, den „Mißgriff" vom „allerhöchsten Hof" zu reden: „Das ist ein Unsinn, den kriechende und speichelleckende Höflinge aufgebracht haben, mit dem sich der Vertreter eines freien Volkes nicht beflecken darf. Es ist auch inkonstitutionell, denn der Fürst ist der Verfassung und dem Gesetze unterworfen"*). Natürlich! Höchst und allerhöchst ist nur das souveräne Volk und der souveräne Reichstag, die niemandem unterworfen sind als sich selbst! Sie sind auch die Unfehlbaren und allein Weisen! Als in der Sitzung vom 27. Smolka gegen die Bildung der Abteilungen durch das Los (§ 33 der Geschäftsordnung) sprach, da es sich, wie er meinte, um eine richtige Verteilung der „Kapazitäten" handle, verwahrte sich ein Abgeordneter gegen diesen Ausdruck, „weil alle Mitglieder dieser Versammlung auf gleicher Stufe stehen".

* * *

Die erste Aufgabe des Reichstages war die Zustandebringung einer Geschäftsordnung. Eine provisorische Geschäftsordnung, die nur die notwendigsten Bestimmungen enthielt, hatte von allem Anfang vorgelegen, aber nun war es um eine definitive und umfassende zu tun. Die Verhandlungen darüber zogen sich wie ein roter Faden durch die ersten Sitzungen des Reichstages und wollten kein Ende nehmen. Berichterstatter war der „schwarze Mayer", der hiebei Gelegenheit hatte, seinen durchdringenden Verstand und Witz, seine juristische Schärfe und Schlagfertigkeit glänzen zu lassen. Wohl arteten diese Eigenschaften oft genug in Spitzfindigkeit aus, und es kam vor, daß ihm, wenn er sich gar zu fein, haarspalterisch in seinen Erörterungen erging, aus den Bänken der Abgeordneten zugerufen wurde „Zur Sache!" „Keine Sophistereien!" Noch ungeduldiger war man draußen in den Wählerkreisen, wo man diesen endlosen Wortklaubereien keinen Geschmack abgewinnen konnte und greifbare Resultate der reichstäglichen Arbeit haben wollte. Eines Tages lief ein Schreiben mit der ernstlichen Mahnung ein, der Reichstag möge an seine Arbeit gehen, „und nicht mit Spitzfindigkeiten und zahllosen Verbesserungsanträgen . . . ", die Weiterlesung des

*) E. Wintersberg in der „Konstitution" Nr. 103 vom 27., Seite 1103.

Briefes wurde durch anhaltendes Murren und durch den allgemeinen Ruf „Zur Ordnung“ unterbrochen.

Neben der Geschäftsordnung, die doch vor allem andern festgestellt werden sollte, liefen allerhand Anträge ein, die streng genommen nicht am Platze waren, weil sie dem vorgriffen, was doch erst die Bestimmungen der künftigen Verfassung enthalten sollten. Doch den Radikalismus der Zeit drängte es, mit seinen Forderungen sobald als möglich vor die Öffentlichkeit zu treten. Schon waren Anträge wegen Gleichheit aller Staatsbürger, „nicht bloß vor dem Gesetz“ eingebracht; so von dem ungeschlachten Szlachcic Ladislaus Sierakowski (Sokołuwka): Alle erblichen Titulaturen, Fürst, Graf, Freiherr, Ritter, Edler, und die damit verbundenen Privilegien seien abgeschafft, „daß von nun an alle ohne Ausnahme sich nur mit dem schönen Titel eines freien Bürgers begnügen müssen“, und etwas gemildert von Löhner — er war selbst ein „Edler von“ —: „Die Erteilung von Adelsbezeichnungen hört von nun an auf“ und „die Führung von Adelsbezeichnungen unterliegt von seiten des Staates keinerlei Kenntnisnahme oder Prüfung“. Es wurde von der radikalen Partei mit Mißfallen bemerkt, daß der Kriegsminister Latour „noch immer“ mit einem Orden im Volkstage erschien. Von demselben Löhner rührte auch ein in das sozial-religiöse Leben tief einschneidender Antrag her: „Die Ehe ist vom Standpunkte des Staates reines Zivilinstitut und wird vor dem Ortsvorstande geschlossen. Die gänzliche Auflösung (Trennung) der Ehe in den vom Gesetze festzusetzenden Fällen wird vom Richter ausgesprochen“.

* * *

In den Tagen, da sich diese Vorgänge im Reichstage abspielten, schien die kroatisch-ungarische Frage in Fluß kommen zu wollen. Der ungarische Ministerpräsident und der Banus von Kroatien fanden sich in Wien ein, und der Eindruck, den das Erscheinen des letztern machte, war ein bedeutendes Zeichen des Geistes, der ungeachtet aller Ungunst der Zeit die große Masse der Wiener Bevölkerung erfüllte. „Wir fragen, was uns die Ehre dieses Besuches verschafft?“ fragte höhnend Häfner's „Konstitution“. Nun alle die zu Österreich hielten wußten sich diese „Ehre“ wohl zu schätzen, galt ihnen doch Jellačić als der ritterliche Held des Patriotismus und der Kaisertreue! Jellačić war am 27. Juli im „Wilden

Mann" in der Kärntnerstraße abgestiegen, Sereschaner bildeten seine Leibwache und Wunder erzählte man sich in der Stadt, mit welcher Hingebung und Treue diese tapferen Natursöhne ihrem angebeteten Banus anhingen. Die Wiener Nationalgarde stellte ihm eine Ehrenwache, ja es wurde versichert, Baron Doblhoff habe in Person mit geschultertem Gewehre Wache gestanden. Am 28. machte ihm das Offizierskorps der k. k. Garnison seine Aufwartung, an das er eine Ansprache mit jener hinreißenden Beredsamkeit hielt, durch die er alle Herzen zu gewinnen, alle Gemüter zu bewegen wußte: „ein großes freies kräftiges Österreich" war die Parole, in das die Anwesenden jubelnd einstimmten. Für den Abend war ein Fackelzug angesagt, den, wie in der Stadt gesprochen wurde, die Ungarn und die Deutschen durch eine Katzenmusik vereiteln wollten. Doch davon war keine Rede. Als es am Abend dunkel zu werden begann, nahm ein vielköpfiger Zug von Alt und Jung, Männer und Frauen, Zivil und Militär mit deutschen und slavischen Fahnen, voran eine Musikbande, die slavische Weisen spielte, dahinter eine Abteilung bewaffneter Nationalgarde, vom „Hof" seinen Ausgang, bewegte sich immer stärker anschwellend, über den Graben und lenkte von da in die Kärntnerstraße ein, die er bald in ihrer ganzen Ausdehnung füllte, so daß jeder Verkehr stockte und sich die diensttuende Nationalgarde in die Torfahrt zurückziehen müßte. Ich befand mich mitten im Gedränge, das sich nur Schritt für Schritt vorwärts bewegte und aus dessen Mitte, als man am „Wilden Mann" vorbeikam, donnernde Hoch, Živio und Slava zu den Fenstern des Gefeierten hinauftönten, während Taschentücher grüßend aus den Fenstern wehten. Als die Musikkapelle die Volkshymne anstimmte, erscholl stürmischer, nicht endenwollender Jubel.

Am 29. kam auch Erzherzog Stephan nach Wien, der Hand in Hand mit seinem Oheim Johann die zwischen Ungarn und Kroatien eingetretenen Zerwürfnisse in gütlichem Wege zu begleichen suchen sollte. Über das Ergebnis der Verhandlungen, erklärte auf eine Anfrage Doblhoff in der Kammer, sei dem Ministerium nichts bekannt geworden; Graf Louis Batthyány habe bloß, ehe er Wien verlassen, einige die pragmatische Sanktion betreffende Fragen an das Ministerium gerichtet; das Ministerium habe die Geltung der pragmatischen Sanktion in ihrem vollen Umfange nie bezweifelt und sei entschlossen, dieselbe in allen ihren Richtungen aufrecht zu erhalten.

5.

Die Sitzungen des konstituierenden Reichstages hatten seit dem 20. Juli unter dem gewählten Präsidenten stattgefunden. Der brave Schmitt hielt sich als Leiter der Verhandlungen ungleich besser als seine beiden Altersvorgänger; allein das Ideal eines Präsidenten war auch er nicht. Zudem war er nicht ganz fest in seiner Gesundheit; am 29. ließ er sich wegen Heiserkeit entschuldigen und der erste Vizepräsident mußte für ihn einspringen und durch mehrere Sitzungen seine Stelle vertreten. Da hatte man, den man suchte. Strobach war wie geschaffen den Vorsitz zu führen, von einer ruhigen Gelassenheit, die ihn in den aufgeregtesten Momenten nicht verließ; von einer Geschicklichkeit und Gewandtheit in der Handhabung der Hausordnung, womit er drohende Zwischenfälle durch einfache Ablenkung in das geschäftsmäßige Fahrwasser zu beschwichtigen wußte; dabei von einem so gewissenhaften Gerechtigkeitssinn, daß er, um nur ja nicht in den Schein der Parteilichkeit zu verfallen, in zweifelhaften Lagen eher einem der Seinen zu nahe trat als einem Abgeordneten der anderen Parteien. „Hören Sie", sagte Gleispach zu mir, „der versteht's".

In der ersten Sitzung, welche Strobach als Vizepräsident leitete, handelte es sich um die Rückkehr des Kaisers nach Wien, für welchen Zweck auf Antrag des Ministers Doblhoff von der Kammer einstimmig beschlossen wurde, an Se. Majestät eine Adresse zu richten und diese durch eine besonders zu wählende Deputation in Innsbruck überreichen zu lassen.

Stadion meldete sich zum Worte und wies darauf hin, daß doch, ehe der Reichstag ein solches Verlangen stellen könne, Garantien für die ungefährdete Sicherheit des Monarchen geschaffen sein müßten, Bürgschaften für die Ruhe in Wien und für die ungestörte Handhabung der Gesetze, die dem Hofe das Weilen in der Nähe des Reichstages möglich machen. Stadion berief sich auf den gesunden Sinn und das Rechtsgefühl der Wiener, denen es gewiß am Herzen liege, die Ordnung in ihrer Stadt aufrechtzuhalten. Allein, könne von einem geordneten Stande der Dinge die Rede sein, so lang in Wien neben dem verantwortlichen Ministerium in der Gestalt eines Sicherheitsausschusses eine unverantwortliche sogenannte Behörde bestehe, über deren gesetzlichen Ursprung man im unklaren sei?!

Stadion's Ausführungen wurden von schüchternem Beifall des Zentrums und lautem Zischen der Linken begleitet, als sich Fischhof, der Präsident des Sicherheitsausschusses, erhob, und Satz für Satz durch die Zustimmung seiner Parteigenossen belohnt und bestärkt, auf den 18. Mai hinwies, wo alle Versuche die Ruhe zu stören, von der Bevölkerung, dem von Stadion geschmähten Sicherheitsausschusse an der Spitze, zurückgewiesen worden seien. Wenn dies damals der Fall gewesen, so werde es auch in Hinkunft der Fall sein. Und der Abgeordnete Stadion verlange noch Garantien?! Nicht am Kaiser sei es Garantien zu fordern, das Volk könne Garantien verlangen, um gegen die Schritte und Schliche einer fluchwürdigen Kamarilla gesichert zu sein.

So scharf Fischhof's Angriffe gegen die Ausführungen Stadion's waren, so untadelhaft waren sie in der Form; denn Gelassenheit und Anstand zeichneten Fischhof's ganzes Wesen aus. Den Unflath und Schmutz herbeizuschaffen war Sache der radikalen Journalistik. „Wie mochte Graf Stadion", äußerte sich „Der Radikale" Dr. A. Julius Becher's (Nr. 37 vom 30. Juli), „im Angesichte des Volkes etwas aussprechen, von dessen Unwahrheit das Volk am besten überzeugt sein kann und muß? Der Thron kann ja nur durch das Volk wirklich bedroht werden, und wir fragen das Volk von Wien, von Österreich, ob das jemals der Fall gewesen?" Mit wahrem Hohn und Schimpf fiel Niederhuber in der „Konstitution" (Nr. 106 vom 30., Seite 1128) über Stadion her. Nachdem Graf Stadion mit bewunderungswürdiger Frechheit der Wahrheit ins Angesicht geschlagen, habe er in seinem Dünkel gemeint, die dummen Wiener mit einer altbackenen Lobhudelei hinters Licht zu führen: „Es gibt Leute, von denen geschmeichelt zu werden uns Wiener schamrot macht. Graf Stadion ist einer von diesen Leuten. Diesem Agenten der Kamarilla, der sich erkühnt die Heiligkeit unserer Freiheitsbestrebungen mit dem Kot der Verleumdung zu bewerfen, können wir für seine Schmeichelei nur unsere Verachtung geben." Der „Wiener Charivari" (Nr. 38 vom 1. August, Seite 150), der Schalksnarr des Reichstages, zog die „Garantien" Stadion's ins lächerliche: „1. Jeder Untertan verpflichtet sich, sich den rechten Arm abzuhauen, den linken zu verstümmeln und einen Maulkorb zu tragen. 2. Die Nationalversammlung erklärt das Wörtchen Ja für das schönste Wort der Sprache. 3. Die Stadt Wien ist für ewige Zeiten

in Belagerungsstand gesetzt", und in diesem Tone weiter bis 8: „Ebersberg belebt sich wieder, Hans Jörgel tanzt vor Freude eine Polka."

Die Abendsitzung desselben sowie die Sitzung des folgenden Tages füllte die Diskussion über Form und Inhalt der an den Kaiser zu richtenden Adresse aus. Klaudy sprach gegen die „Bitte", mit der man sich an den Kaiser wenden wolle. „Freie Völker haben nicht zu bitten, sondern zu fordern, und zwar im Namen des Gesetzes, im Namen des Volkes und im Namen der Vertreter des Volkes", rief er mit Pathos, was selbstverständlich von der Linken mit großem Beifall aufgenommen wurde. Als sich aber auch die Galerie in diesen Beifall mischen wollte, richtete der Vorsitzende gegen diese eine ernste Mahnung. Füster erklärte die Rückkehr des Kaisers für ein Gebot der Notwendigkeit in dessen eigenem Interesse: „Wenn bei anderen Nationen das geschehen wäre, was wir erfahren haben, es stünde um die Dynastie schlechter als bei uns. Man lese nur die Geschichte von Karl I., Jakob II. und Ludwig XVI. . ." Der Frechling konnte seinen Satz nicht vollenden; denn es erhob sich bei dem größten Teile der Versammlung ein solches Murren der Entrüstung, daß der Redner verwirrt wurde, einige unzusammenhängende Worte herausstammelte und sich auf seinen Sitz niederließ*).

Für die Abfassung der Adresse war ein eigenes Komitee niedergesetzt worden, dessen Elaborat der schwarze Mayer als Berichterstatter, und zweifelsohne zugleich Verfasser des Schriftstückes, der Kammer zu Gehör brachte. Obwohl nun die gesamte Linke, Löhner, Goldmark, Violand, Fischhof, dagegen Front machte, den Entwurf als matt, höchst unbestimmt, kriecherisch, schwarzgelb bezeichnete, auch von anderer Seite allerlei Einstreuungen angeregt wurden, brachte es Strobach doch dahin, daß beschlossen wurde, den Ausschußentwurf der weiteren Beratung zu grunde zu legen. In der Sitzung vom 30. regnete es neue Vorschläge. Der des Jungbunzlauer Dechants Winařický erfuhr für den ehrerbietigen Ton, in welchem sein Entwurf gehalten war, seitens der Linken nur Heiterkeit und Hohn, und Winařický zog ihn zurück. Dasselbe taten Klaudy und

*) Für die „stenographische Aufnahme" hat Füster unverkennbar nachgeholfen, was man beim Photographen retuschieren nennt, so daß der Schluß seiner Rede sich völlig geordnet liest.

Neuwall mit ihren Versuchen, und nur die drei von Umlauft, von Violand und Polaczek, die sich dem Mayer'schen Entwurfe anschlossen, fanden teilweise Berücksichtigung. Im Wortlaute wurde bald dies bald jenes bemäkelt, z. B. von Borrosch der Ausdruck „höchstpersönlich", doch nur aus einem schulmeisterlichen Grunde, „weil der Begriff persönlich keinen Grad von Vergleichung hat", was von der Versammlung gebilligt wurde. So kam man nach vielem Hin- und herreden endlich mit einem Schriftstücke zu stande, das von der Mehrheit zum Beschlusse erhoben wurde.

In die Deputation, welche unter Anführung des Reichstags-Präsidenten Schmitt die Adresse nach Innsbruck bringen sollte, wurde aus jedem Gouvernement ein Mitglied gewählt; nur dem Vertreter von Tirol, dem Innsbrucker Bürgermeister Hieronymus von Klebelsberg, wurden zwei Landsleute beigegeben, damit diese die Tage des Aufenthaltes dazu benützen könnten, dem konstituierenden Reichstag in ihrer Heimat eine günstigere Stimmung zu bereiten: der Landrat Alois Straßer (Wilten) und der Appellationsrat Ferdinand v. Stöckl (Nanders), beide aus Innsbruck, wurden für diesen Zweck ausersehen.

* * *

Strobach hatte in den Sitzungen vom 28. zum 30. seine Meisterschaft bekundet. Gegenüber der Verworrenheit der Debatte, bei der seine Vorgänger mitunter den Faden verloren, hatte er den lebhaften und verwickelten Meinungskampf mit einer Umsicht und Klugheit beherrscht, die nichts zu wünschen übrig ließ, so daß Saphir's „Humorist" (Nr. 182 vom 1. August) boshaft genug sein konnte zu meinen: „Es wäre im Interesse des Reichstages zu wünschen, daß Herr Schmitt heiser bliebe."

Unzufrieden mit Strobach waren nur die unversöhnlichen Tschechenfresser, Löhner an der Spitze, neben ihm Zimmer und Nadler, die deutsch-böhmische Ultra-Trias. Ihnen war an Strobach alles zuwider, so daß sie ihm Fehler andichteten, von denen er nach dem Urteile aller billig Denkenden völlig frei war. Er begünstige, sagten sie, im Erteilen des Wortes seine Parteigenossen, wo er sich doch streng an die Reihe der Anmeldungen hielt; wo er die Frage, ob die Sitzung fortgesetzt werden sollte, in einem Augenblicke stellte, wo einer seiner Landsleute — ich denke Trojan — redselig dastand;

wo er in der Abendsitzung vom 29. dem Dr. Klaudy die schon begonnene Rede abbrach, weil ein Abgeordneter der Linken, Goldmark, nach Strobach's Auffassung den Vorrang hatte. Strobach habe, hieß es bei seinen Widersachern weiter, die Gesetzentwürfe der Minister und die Motion Doblhoff's „schlau" vor die Weiterberatung der Geschäftsordnung gesetzt, um den § 34 der letztern so lang als möglich hinauszuschieben, während sie selbst, Löhner und Comp., den Abgang der Deputation nach Innsbruck „schlau" nach dem Ende der Sitzung vom 31. verlegten, damit die in diese Deputation gewählten Abgeordneten, von denen sie erwarten konnten, daß sie mit ihnen stimmen würden, an der Beratung über den § 34 noch teilnehmen könnten.

Der § 34 war einer der wichtigsten, um nicht zu sagen, der wichtigste der Geschäftsordnung, weil er das Wesen und den Kern des ganzen konstituierenden Reichstages traf: die Behandlung der Verfassungsfrage. Er enthielt in seiner ursprünglichen Form die Bestimmung, daß der Reichstag auch die Provinzial- und die Gemeinde-Verfassung regeln solle. Das war im Sinne der deutschen Zentralisten, während Smolka für sein Galizien, Rieger für Böhmen, Gobbi für Triest den Grundsatz der Länder-Autonomie verfochten. Löhner wollte von einer solchen Autonomie und Borrosch überhaupt von einer Teilung nach Ländern nichts wissen; Borrosch verlangte eine Gliederung des Gesamtstaates in große Departements. Zuletzt hieb Mayer mit großer Geschicklichkeit den gordischen Knoten durch, indem er beantragte, dem zu wählenden Verfassungsausschusse keine Direktiven vorzuschreiben, sondern ihm für seine maßgebende Aufgabe die volle Freiheit der Beratung zu lassen.

Es kam nun auf die Zusammensetzung dieses Ausschusses an, und auch hier gingen die Meinungen scharf auseinander. Lubomirski, dem Rieger beistimmte, schlug vor, daß die kleineren Länder je zwei Abgeordnete, die größeren dagegen für je fünfzehn Abgeordnete einen in den Verfassungsausschuß wählen sollten. Die deutschen Zentralisten aber fürchteten bei so gestalteter Aufteilung das Übergewicht von Böhmen und Galizien, eine „Slavisierung des Verfassungswerkes", und verlangten eine gleiche Beteiligung aller Gouvernements, der kleinsten wie der größten, mit je drei, folglich, da zehn Gouvernements gezählt wurden, zusammen mit dreißig Ausschußgliedern. Die Mehrheit sprach sich für diesen Modus aus, Löhner und Borrosch

hatten gesiegt, und so wählten die Dalmatiner und Küstenländer für ihre kleinen Gouvernementsgebiete je drei Abgeordnete, und die Galizianer und Böhmen für ihre fünf- und sechsmal so großen Königreiche auch nur je drei.*)

Das leidenschaftliche, mitunter herrische Gebaren Löhner's wurde zuletzt vielen seiner eigenen Parteigenossen lästig. In einer deutsch-böhmischen Parteiversammlung, die im Matschakerhof abgehalten wurde, saß ich neben Med.-Dr. Franz Reiß (Trautenau), der mir sagte: „Sehen Sie, ich neige mich mehr zur tschechischen Partei hin, weil ich wahrnehme, daß sie viel gemäßigter ist. Wenn die Deutschen den Löhner behalten, sage ich es ihnen ganz offen, daß ich nicht mit ihnen halte. Einzelnen habe ich es schon gesagt". Löhner war seit langem Obmann des Vereins der in Wien weilenden Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien und strebte dahin, auch Führer der Deutschen in der Kammer zu sein; seine Gegner wünschten Haimerl für diesen Posten, der zugleich die volle Achtung und das Zutrauen der böhmischen Partei besaß. Es war übrigens merkwürdig, daß das unter des verbissenen Anschiringer Führung so ungeheuer deutschtümelnde Reichenberg als Abgeordneten den Fabrikanten Herzig in den Reichstag entsendet hatte, der zu den gemäßigtesten unter den Deutschböhmen gehörte und aufrichtig einen versöhnenden Ausgleich zwischen den beiden Nationalitäten des Landes wünschte und anstrebte.

* * *

Am 28. Juli verstärkte Doblhoff sein Ministerium durch die Aufnahme von drei neuen Beamten aus dem Kreise der Ab-

*) Die Zusammensetzung des Verfassungsausschusses war nun diese:
Böhmen: Palacký, Pinkas, Rieger;
Galizien: Jachimowicz, Ziemiałkowski, Smolka;
Illyrien: Kautschitsch, Scholl, Ambrosch;
Küstenland: Gobbi, Madonizza, Goriup;
Mähren und Schlesien: Hein, Mayer, Feifalik;
Niederösterreich: Fischhof, Violand, Goldmark;
Oberösterreich: Fischer, Lasser, Vacano;
Steiermark: Miklosich, Krainz, Cavalcabó;
Tirol: Turco, Pfretschner, Ratz.
Die Abgeordneten für Dalmatien waren noch nicht vollzählig eingetroffen; sie wählten später Filippi, Petranovich, Plenkovich.

geordneten: Dr. Kajetan Mayer wurde Unterstaatssekretär, Dr. Alois Fischer und Dr. Adolf Fischhof wurden Räte im Ministerium des Innern. Zwei Tage später erfolgte ein bedeutungsvoller Akt entgegengesetzten Charakters, nicht eine Ernennung, sondern eine Enthebung.

Auf einen Ausfall des Lemberger Abgeordneten Dr. Dylewski gegen die galizische Bureaukratie in der Sitzung vom 24. Juli hatte sich Graf Stadion, der diese Vorwürfe nicht gelten lassen konnte, wiederholt auf seine Eigenschaft als Gouverneur, als politischer Landeschef von Galizien berufen, während von anderer Seite verlautete, Stadion sei definitiv aus dem Lande geschieden und habe seine Stelle zurückgelegt. Als am 25. Johann Georg Scherzer, Wiener Bürger und Weinhändler und darum in dem weinberühmten Klosterneuburg gewählt, auf diesen Gegenstand zurückkam, verschob Doblhoff seine Antwort, indem er erklärte, er werde sich über die Sache informieren. „Steht es so?" bemerkte beißend Joseph Hrczka in der „Konstitution" (Nr. 102 vom 26. Seite 1095): „unser Minister des Innern weiß nicht einmal, wer die Gouverneure der Provinzen sind und von wem er den Vollzug seiner Befehle zu fordern habe?" Tags darauf wiederholte Dr. Max Machalski aus Tarnów (Brzesko) jene Frage, worauf nicht der derzeitige Minister, sondern sein Vorgänger Pillersdorff erwiderte: da Graf Stadion seines Amtes noch nicht enthoben worden, sei er allerdings noch als Gouverneur von Galizien anzusehen. Nun erhob sich Stadion selbst und erklärte, in scheinbarem Widerspruch mit seinen früheren Worten und in offenem Gegensatz zu der eben abgegebenen Äußerung Pillersdorff's: er habe bereits vor drei Wochen seine Stelle in die Hände des frühern Ministers des Innern zurückgelegt und könne daher nicht mehr als Gouverneur angesehen werden — ein Zwiespalt der Auffassungen in den obersten Regierungskreisen, der die „Heiterkeit" der Versammlung hervorrief. In der Sitzung vom 27. gab dann Doblhoff eine hinhaltende Antwort: er sei noch zu kurz im Amte, um über alle Verhältnisse vollkommen unterrichtet zu sein; Graf Stadion habe allerdings am 6. Juni sein Demissionsgesuch dem früheren Minister überreicht, und es sei auffallend, daß dieses Gesuch bis zur Stunde keine Erledigung gefunden habe; er gebe aber die Versicherung, er werde es sich angelegen sein lassen, diese Angelegenheit sobald als möglich ins

klare zu bringen. Und so war denn der breitschulterige Sierakowski in seinem Rechte, wenn er das Ministerium mit seiner Stentorstimme wiederholt interpellierte: „Ich frage, ob der Abgeordnete Stadion noch immer Gouverneur von Galizien ist." Baron Doblhoff hielt Wort; denn am 30. erfolgte mit kaiserlicher Entschließung die von Stadion längst erbetene Enthebung von seinem galizischen Gouverneurposten: Sierakowski, Dylewski, Machalski und ihre Genossen konnten also wieder frei aufatmen, der Alp, der sie drückte, war gehoben.

Was übrigens Stadion's jüngstes Auftreten im Abgeordnetenhause betraf, so sollte jeder Tag zeigen, wie sehr er mit seiner Forderung im Rechte war, Bürgschaften für Aufrechterhaltung gesetzmäßiger Ordnung und Sicherheit zu schaffen, ehe man an den Hof die Zumutung stellen könne, in die Reichshauptstadt zurückzukehren. Der Radikalismus der extremen Partei in der Kammer ging mit dem der Straße Hand in Hand. Das konstitutionelle Haberfeldtreiben, die sogenannten Katzenmusiken, gegen den Feinden der Ordnung mißliebige Personen waren etwas gewöhnliches. Sie ertönten in der Regel im nächtlichen Dunkel und wurden „Abendkonzerte" genannt. Es gab aber auch Katzenkonzerte, die bei hellem Sonnenlichte aufgeführt wurden. Der Pfarrer am Alsergrund Minoritenpriester Remigius M. Denk hatte sich wiederholt gegen den süßen Pöbel seines Sprengels versündigt. An einem Tage in der zweiten Hälfte Juli hatte er einen Versehgang zu einem Sterbenden im Findelhause. Das hochwürdigste Gut wurde nach damaliger Sitte vom Priester, unter Vorantritt des ein Glöckchen schwingenden Ministranten, offen mit beiden Händen getragen, alles machte ehrerbietig Platz, Männer entblößten ihr Haupt, viele knieten sich bekreuzend auf dem Straßenpflaster nieder. Da gewahrte der Pfarrer zwei Bursche, wahrscheinlich Studenten, die mit frecher Ungezogenheit bedeckten Hauptes dastanden. „Ihr Lumpen, wollt ihr den Hut abnehmen?!" donnerte ihnen P. Denk zu, es entstand Murren in der Menge, und die beiden Jünglinge, „um in dieser aufgeregten Zeit kein Aufsehen zu machen", wie sie nachträglich sich entschuldigten, in Wahrheit aber um keine Prügel zu riskieren, drückten sich fort. Allein dem Pfarrer wurde sein Verbrechen aufs Kerbholz geschrieben, und als wenige Tage darauf, 1. August, verlautete, er habe einem verstorbenen Akademiker das kirchliche Be-

gräbnis verweigert*), da brach der Unwille des souveränen Volkes los. Gegen fünf Uhr nachmittags sammelte sich vor der Wohnung des Pfarrers eine immer stärker anwachsende Menge, bald war die Alser Hauptstraße in ihrer ganzen Breite vollgepfropft, so daß kein Wagen fahren konnte, und eine Katzenproduktion fand statt, die, wie ihr die „Konstitution" (Nr. 108 vom 2. Seite 1148) nachrühmte, „an Energie und Ausdauer ihresgleichen suchen dürfte."

Der Abgeordnete Fiskaladjunkt Peter Trummer (Hartberg, Steiermark) kam seines Weges in dieses Gewühl hinein und schilderte in der Reichstagssitzung des andern Tages die stattgefundene Ausschreitung, die bis gegen Mitternacht andauerte, wobei er an den Justizminister die Frage richtete, ob er das Erforderliche veranlaßt habe oder zu veranlassen gedenke, um derlei Zusammenrottungen (Zischen der Linken) von nun an zu verhindern und die Anstifter dieser Zusammenrottung oder eigentlich Auflaufes (Zischen der Linken) nach dem Gesetze zur Verantwortung zu ziehen? So oft der Redner den Ausdruck „Zusammenrottung" oder „Volksauflauf" gebrauchte, versuchte die Linke ihn niederzuzischen, ja der Ruf „Zur Ordnung" ließ sich vernehmen. Die radikalen Journale verspotteten Trummer's Worte als „perfides und kopfloses Gewäsch, im Tone und Geiste eines Liguorianerpräsidenten vorgetragen," nannten ihn den „Liguorianer-Trummer"; „Trummer" und „Zusammenrottung" wurden ihnen Wechselbegriffe.

Eine „Abendserenade" war dem Herausgeber und Redakteur des „Wiener Zuschauer" zugedacht. Ebersberg's Blatt war das Organ der Alt-Wiener Konservativen und darum von der gesamten radikalen Journalistik verlästert und verschimpft, verhöhnt und verspottet. „Stupider Ignorant" wurde er genannt; „der niedrigste Gehilfe eines Kanalräumers" sei achtbarer als jener „Auswürfling der Reaktion;" seine Wohnung am sogenannten Ochsenberg (Alsergrund, Bergstraße) gab willkommenen Anlaß zu rohen Witzen. Als nun Ebersberg in den Tagen, wo es sich um die Frage wegen Rückkehr des Kaisers handelte, die gleichen Garantien wie Stadion verlangte, nämlich Auflösung des Sicherheitsausschusses und der akademischen Legion, Reorganisation der Nationalgarde,

*) In Wahrheit hatte er nur für ihn nicht läuten lassen wollen, bevor die entfallende Gebühr entrichtet war; er konnte dies nicht, wie er sich rechtfertigte, da die Läutegebühr von ihm an sein Kloster abgeführt werden mußte.

Ministerium Stadion*), da kam die radikale Meute außer Rand und Band. Es war ein wahres Geheul, in das die „Konstitution", der „Freimütige", der „Radikale" einstimmten. Nichts geringeres als Hochverrat war es, dessen sie ihn beschuldigten: „Verdient Ebersberg nicht einen Strick?" Im Sicherheitsausschuß wurde die Frage erhoben, ob ihm nicht die Befugnis ein Journal herauszugeben abgenommen werden sollte. Am Abend sammelte sich eine Katzenkapelle vor seiner Wohnung, und als es hieß, er sei nicht da, zog die aus Arbeitern und Studenten gemischte Horde bei Fackelschein gegen den Kahlenberg, an dessen Fuße Ebersberg einen bescheidenen Sommersitz hatte. Alle Räume der Villa wurden durchstöbert, alles zu unterst zu oberst gekehrt. Wenn sie ihn gefunden hätten, würde es ihm schlimm ergangen sein; er war aber glücklicherweise nach Baden abgereist.

6.

Eine politische Scheidung der Parteien, die der Bedächtigen, Konservativen, der Reaktionäre, der „Schwarzgelben", wie man sie damals in Wien nannte, und jene der Neuerungssüchtigen, der Stürmer, der Radikalen, mit den verschiedenen Schattierungen solcher, die zwischen beiden Spitzen die Mitte halten, eine solche Scheidung muß es in jedem Parlamente geben, und der wahre Politiker wird immer mit dem Engländer sprechen: Gott gebe uns das tägliche Brot einer ehrlichen Opposition. Scheidungen solcher Art fehlten selbstverständlich auch im konstituierenden Reichstage nicht.

Ein Gegensatz eigentümlicher Art aber trat hinzu, der zwischen Herren und Bauern in Galizien, ein Gegensatz, der in den zum Teil gräßlichen Ereignissen des Jahres 1846 in blutiger Weise seinen Höhepunkt erreicht hatte. Dieser schneidende Gegensatz war im Wiener Reichstage von allem Anfange zutage getreten, wo die bäuerlichen Abgeordneten ihre Sitze völlig abgesondert von den „Polen im Frack" einnahmen und diesen, wo sich ein Anlaß dazu bot, unter Sawka's Führung leidenschaftlichen Widerspruch entgegensetzten. Diesen gefährlichen Menschen um jeden Preis aus

*) „Zuschauer" Nr. 122 vom 2. August.

ihrer Nähe zu schaffen, war nun das eifrige Bemühen der polnischen Edelleute und es gelang ihnen, als in der Sitzung vom 25. Juli der Berichterstatter der achten Abteilung, Gutsbesitzer Karl Hubicki aus Nakwasza, über die Wahl für den Gródeker Bezirk zu berichten hatte. In den galizischen Wahlbezirken waren mitunter recht arge Unregelmäßigkeiten vorgefallen, über welche die Edelleute, wenn es einen der Ihrigen betraf, jederzeit hinausgingen, indem sie ihren mit den Verhältnissen ihres Landes nicht vertrauten und parlamentarisch wenig geschulten Reichstagskollegen ganze Hände voll Sand in die Augen streuten. Jetzt aber, wo es sich um die Wahl eines so schneidigen Bauern wie Sawka handelte, mußte das entgegengesetzte Verfahren durchgeführt werden, und es war ein wahres Kunststück zu nennen, wie Hubicki dies zuwege brachte. Unregelmäßigkeiten waren allerdings auch bei der Wahl Sawka's vorgefallen und sie bestanden, wie Sawka behauptete — und er dürfte in der Sache recht gehabt haben — darin, daß die Bauern alle für ihn waren, daß aber den Schreibunkundigen von einer Hand geschriebene Zettel mit anderen Namen in die Hand gedrückt wurden. Dessenungeachtet hatte Sawka zwar nicht die absolute, aber die relative Majorität: von 83 Wahlmännern waren 74 erschienen, von diesen fielen 28 auf Sawka, 22 auf einen gewissen Georg Meyer, die übrigen verteilten sich mit kleineren Ziffern auf andere Namen. Abnormitäten ähnlicher Art fielen, wie gesagt, bei den galizischen Wahlen wiederholt vor, wie die zahlreichen Proteste bewiesen, die beim Reichstage aus galizischen Wahlbezirken einliefen; aber in anderen Fällen hatte der Reichstag aus der Not eine Tugend gemacht und war darüber hinausgegangen. Jetzt aber sophistizierte Hubicki erst in seiner Abteilung und dann im vollen Hause, daß nicht Sawka mit 28, sondern Meyer mit 22 Stimmen der eigentlich Gewählte sei; mehrere von der deutschen Linken gingen ihm auf den Leim, sprachen für Meyer, und so wurde der Bauer Sawka zur großen Befriedigung der galizischen Edelleute aus dem Hause hinausgewiesen. . .

In der Zeit ging die Rede: wenn in Frankfurt weniger Professoren und in Wien weniger Bauern wären, so würde beiden geholfen sein. Mit den deutschen gelehrten Herren haben es wir hier nicht zu tun; was aber die Bauern in Wien betraf, bei siebzig an der Zahl — in der offiziellen Reichstagssprache fungierten sie

nicht als Bauern, sondern als „Grundwirte", „Wirtschaftsbesitzer" — so taten sie der Diskussion keinen Eintrag; sie sprachen äußerst selten, sie machten sich kaum bemerkbar. Die aus Galizien verstanden nicht deutsch; der einzige von ihnen, der sich kümmerlich verständlich machen konnte und dabei den erforderlichen Mut besaß, wurde ihnen genommen, und so folgten sie jetzt stumm einem andern, der ihnen das Losungswort gab oder auf dessen Aufstehen oder Sitzenbleiben sie hinsahen, etwa dem griechisch-katholischen Pfarrer Gregor Saszkiewicz oder dem Przemysler griechisch-katholischen Bischof Gregor Jachimowicz oder dem Gymnasiallehrer Eustach Prokopczycz.

* * *

Zu dem Widerstreite der politischen Meinungen trat nun in Österreich, dessen eigentümlicher Charakter in der Mehrsprachigkeit seiner Völker liegt, der nationale Antagonismus, der im konstituierenden Reichstag von 1848 in mehrfacher Weise zum Durchbruch kam.

Da war einmal, um fürs erste bei den galizischen Verhältnissen zu bleiben, die Scheidung der Ruthenen von den Polen, eine Scheidung, welche die „Polen im Frack" nicht zugeben wollten, indem sie hartnäckig darauf bestanden, die Ruthenen seien kein anderer Stamm, sondern es herrsche bloß eine dialektische Verschiedenheit, die niemand anderer als Graf Franz Stadion zu einer nationalen Kluft zu erweitern sich vermessen habe. „Stadion hat die Ruthenen erfunden", sagten sie. An dieser Stadion'schen „Erfindung der Ruthenen", die ihm die Polen im Frack nie verzeihen konnten, war gleichwohl so viel wahres, als dieser scharfsichtige Staatsmann, an die Spitze der Verwaltung eines seit den sechsundvierziger Ereignissen in seinen oberen Schichten durchaus Österreich feindlichen Landes berufen, sofort die nationale Zwiespaltigkeit erkannte und sich diese nach dem alten Divide et impera zu nutze zu machen wußte. Stadion hat das Selbstgefühl eines seit Jahrhunderten unterdrückten, zeitweise grausam verfolgten Volksstammes wenn nicht geweckt, jedenfalls genährt und gepflegt und aus diesem eine kaisertreue Partei geschaffen, die treu zur Regierung hielt, sich an sie anklammerte. Immerhin waren die Ruthenen noch immer schüchtern und schwach und besaßen im Reichstage nur wenige Vertreter gegen die ebenso gewandten als kühnen Polen.

Stärker und schärfer als der Widerstreit der Polen und Ruthenen im Reichstage war ein anderer, der der Deutschen gegen die Tschechoslaven in Böhmen und Mähren. Auch hier hatten die letzteren durch das germanisatorische Regierungssystem eine mehr als zweihundertjährige Beiseitestellung und Vernachlässigung erfahren, dem gegenüber jedoch in den ersten Dezennien des neunzehnten Jahrhunderts die Nation unter Führung begabter, ebenso unermüdlicher als uneigennütziger und aufopferungsfähiger Führer in solchem Grade erstarkt war, daß sie beim Eintritte des politischen Umschwunges als Macht dastand und den Kampf mit ihren bisher ausschließlich privilegierten deutschen Landsleuten, ohne sympathisierenden Beistand, ja gegen den Usus und den herkömmlichen Geschäftsgang der waltenden Behörden aufnahm. Die Deutschböhmen gerieten darüber außer Rand und Band. In jeder Annäherung der „Tschechen" sahen sie einen Hinterhalt, in jedem Entgegenkommen derselben eine Schlinge; konnten sie nicht leugnen, daß sich die Tschechen in der Kammer gemäßigt benahmen, daß sie die Hand der Versöhnung boten, so hieß es: „Ja, wer so ein Perspektiv hätte, um ihnen in die Herzen zu sehen". Als bei einer Gelegenheit*) Klaudy „im Namen seiner Nation" sprechen wollte, rief ihm der giftige Zimmer von der Linken hinüber: „Reden sie nicht von Nation."

In der Sitzung des 24. Juli brachte Rieger die Verhaftung des Dr. Franz Brauner zur Sprache. Brauner war am 28. Juni während einer Eisenbahnfahrt festgenommen und wegen einer angeblich aufreizenden Ansprache, die er am 14. an die am Bahnhofe von Zamrsk versammelte aufgeregte Menge gehalten, vor die kriegsgerichtliche Kommission ob dem Prager Schlosse gestellt worden, wo er noch immer verhaftet saß. Brauner war, bevor er angehalten worden, in sechs Bezirken in den böhmischen Landtag, und seither im Wahlbezirke für Přestic in den Reichstag gewählt worden. In jedem andern Falle würde sich die Versammlung über diese Verletzung der persönlichen Sicherheit eines Volksvertreters wie ein Mann erhoben haben; da es aber einen „Tschechen" betraf, wurde Rieger, als er den Justizminister in dieser Angelegenheit interpellierte, von der deutschen Linken wiederholt mit unwilligem

*) Am 26. Juli bei einer Interpellation an den Kriegsminister wegen des „strafwürdigen Benehmens des Militärs" während der Pfingsttage in Prag: Stenographische Aufnahme I Seite 164.

Murren und mit dem Rufe „Zur Tagesordnung“ unterbrochen. Rieger ließ sich nicht stören und richtete an Bach eine Reihe von Fragen, die dieser zuvorkommend, aber, da er noch keinen Anlaß gehabt hatte sich über den Fall genauer zu informieren, doch nur hinhaltend beantworten konnte. Nach der Sitzung ging Löhner auf Bach zu und stellte ihn zur Rede: „Wie können Sie sich von diesem Tschechen ausfragen lassen wie ein Schulknabe?“ Bach entgegnete: „Das ist meine Pflicht als Minister, und dazu sitze ich da!“ worauf Löhner: „Nein, diesen Tschechen muß man die Larve herunterreißen, sie müssen erst gebrandmarkt und dann amnestiert werden!“

* * *

Die bedeutendste Persönlichkeit der ganzen Versammlung war ohne Frage „der Abgeordnete Stadion“. Er war von einem sehr großen Teile der Deputirten der bestgehaßte, und war zugleich der radikalen Journalistik ein Dorn im Auge, wie sich das ja schon bei der Kaiserdebatte gezeigt hatte. Außer der mitunter sehr arg schillernden „Wiener Zeitung“ war es nur Hock's „Donau-Zeitung“, die trotz ihrer Parole „immer der Regierung um einen Schritt voraus!“ ihre konservative Tendenz nicht verhüllen und darum Stadion nicht ungerecht verunglimpfen lassen konnte. Sie hatte aber nie recht durchgegriffen, und noch weniger war dies bei den kleineren Journalen ernsterer Richtung der Fall, die wie Ebersberg's „Zuschauer“, Brunner's „Kirchenzeitung“ nur in ihren Kreisen zählten. Da war aus dem Schwalle der Blätter, die seit den Märztagen gleich Pilzen aus dem Wiener Boden emporschossen, am 3. Juli ein Journal aufgetaucht, in welchem Stadion sogleich das erkannte, was er im Interesse einer gesunderen Politik bislang schmerzlich vermißt hatte.

August Zang, ein geborener Wiener, lange Jahre in Paris, wo er durch Einführung des Wiener Gebäckes gute Geschäfte machte, war dortselbst mit Emil de Girardin in nähere Berührung getreten, der im Jahre 1836 das Journal „La Presse“ gegründet hatte, das sowohl durch seinen niedrigen Preis als durch die Neuheit seiner überaus geschickten Führung ebenso großes Aufsehen bei dem Publikum, als Neid und Ärgernis bei den Fachgenossen erregte. Kaum war nach Paris die Nachricht von dem Wiener Umsturz gelangt, als Zang mit dem Entschlusse in seine Vaterstadt

zurückkehrte, sich dort auf journalistischem Gebiete eine neue Existenz zu gründen. Das Geschäft war ihm ebenso neu und unbekannt wie zwölf Jahre früher die Bäckerei, in die er sich doch so schnell und mit so ausgiebigem Erfolg hineingefunden hatte. Für die Journalistik hatte Zang den Franzosen einige Kunststücke abgeguckt, die er nun für seine Wiener verwertete. Nach Girardin's Vorbild nannte er seine Zeitung „Die Presse" und setzte ihr das Motto vor: „Gleiches Recht für alle!" Die geschäftliche Mache war einzig Zang's Werk, die journalistische Indieweltsetzung seiner Ideen war das Verdienst Leopold Landsteiner's, der gleichfalls durch mehrere Jahre die Pariser Schule durchgemacht hatte und den sich Zang als Hauptmitarbeiter zur Seite nahm.

„Die Presse" hatte fürs erste die auffallende Wohlfeilheit für sich, da sie für einen Kreuzer pro Bogen großen Formats mehr bot als alle bisherigen größeren Zeitungen für das doppelte. Sie gewann zweitens das gebildete Publikum durch die gewandte Eleganz und den zwar entschiedenen, mitunter scharfen, aber stets anständigen Ton ihrer Vortragsweise. Sie war drittens echt österreichisch, und dies nicht im wohldienerischen, sondern in freimütig wohlmeinendem Sinne, und machte aus dieser Tendenz kein Hehl. „Die Presse" verfocht die Sache der Reaktion: „sie ist und will schwarzgelb sein." Zang verwarf die Politik des Ministeriums von A bis Z. Das Ministerium mache in der ungarischen Frage einem meuterischen Volksstamm Zugeständnisse, es setze durch seine verfehlten Maßregeln die wichtigsten industriellen und kommerziellen Interessen der Monarchie aufs Spiel, es vernachlässige die Donaufürstentümer, „diese Rheinprovinzen Österreichs", die gewiß nicht zaudern würden, unter annehmbaren Bedingungen die Aufnahme in den österreichischen Staatsverband zu begehren.

Der äußere Erfolg der „Presse" war ein beispielloser, ja, wie sich ihr Begründer zu rühmen liebte, vom ersten Tage ihres Erscheinens „ein einziger", und darum war auch der Ärger, die Wut der radikalen Blätter ungemessen. „Hütet euch, kauft ja nicht das Tageblatt ‚Die Presse'; ein infernalischer, ein aristokratischer Gestank dampft aus diesem Riesen-Kreuzer-Folio!" Den Herausgeber höhnten sie als den „Brotbäcker", den „Pariser Kuchenbäcker." Aber auch Stadion wurde nicht vergessen, der sich für „Die Presse" vom ersten Augenblicke interessiert hatte und dessen zeitweiser Verkehr mit deren

Eigentümer und Herausgeber kein Geheimnis war. Hinter Zang, hieß es, stecke niemand anderer als Stadion, der „Zukunftsminister,“ der sich behutsam vorsorgend schon das Organ für sein einstiges Portefeuille zurechtlege; Stadion habe „Die Presse“ gegründet, Landsteiner sei sein verkaufter Sklave.

7.

In die Verhandlungen des Reichstages war nun schon, besonders seit Strobachs Leitung, eine geregelte Ordnung gekommen. Mein Krakauer Kollega Jonák hatte begonnen, die britische Übung, nach welcher in der Debatte die Abgeordneten nicht beim Namen, sondern nach ihrem Wahlbezirke — „der Herr Abgeordnete für Brünn, für Saaz, für Lubaczow“ 2c. — bezeichnet werden, in unserem Parlamente einzuführen; eine zweite englische Sitte, seine Rede nicht an den Gegner, den man bekämpft, sondern stets an den „Sprecher“, den Vorsitzenden zu richten, wurde nicht immer beobachtet, was im Interesse des Anstandes, wenn die Diskussion einen gereizten Charakter anzunehmen drohte, sehr zu bedauern war.

Die Abgeordneten waren behufs Prüfung der Wahlen in neun Abteilungen verteilt, die von vier zu vier Wochen neu ausgelost wurden. Die erste Abteilung hatte die Wahlen der Abgeordneten der neunten, jede andere Abteilung jene der vorangehenden zu prüfen, die zweite die der ersten, die dritte die der zweiten 2c.

Außer der Prüfung der Wahlen waren die Abteilungen zur Vorberatung von Anträgen und Gesetzentwürfen bestimmt. Für wichtigere Angelegenheiten oder für solche, die einer speziellen Nachschau und Erörterung bedurften, wurden besondere Ausschüsse zusammengesetzt; außer dem Konstitutionsausschusse gab es einen Petitionsausschuß, einen für die Finanzen, einen für Prüfung der Reichstagsrechnungen, einen Volks- und Staatswirtschafts-Ausschuß 2c.*) An Nebenräumen für diese verschiedenen Agenden fehlte es in der mit dem

*) Borrosch am 17. August: „Wenn die Könige bauen, haben die Kärrner zu tun. Wir sind hier die Könige für das Prinzip, dann im Ausschusse sind wir die Kärrner, welche die Bausteine herbeiführen“.

Reichstagssaal durch einen Schwibbogengang verbundenen sogenannten Stallburg nicht, und das war der große Vorzug des österreichischen Parlaments vor der Frankfurter Nationalversammlung, die in der schönen, aber vollständig isolierten Paulskirche tagte und für deren Abteilungen und Ausschüsse Räumlichkeiten in auswärtigen, mitunter recht entlegenen Gebäuden gemietet werden mußten.*)

Eine schwere Aufgabe stand dem Petitionsausschusse bevor, da beschlossen war, Petitionen unbeschränkt anzunehmen und nur die anonymen einfach ad acta zu legen. Wie Borrosch anführte, waren bei der Berliner Nationalversammlung bis zum 20. Juni nicht weniger als 5305 Petitionen eingelangt, und so drohte dem österreichischen Reichstage eine ähnliche Überflutung, wenn auch nicht mit einer so hohen Ziffer wie in dem schreibseligen Deutschland. Dabei wurden mitunter die sonderbarsten Gravamina und Petita vorgebracht. Das Rubrum einer Eingabe aus Steiermark wurde in vollem Hause zur lebhaften Heiterkeit desselben verlesen; sie war gerichtet: „An den hochlöblichen k. k. provisorischen Reichstag in Wien", und ein Simon Schulz, Cillier Kreises Markt Lemberg, bat darin „um Aufhebung der exekutiven Pfändung an seinem Hab und Gut für geforderte Prozeßkosten des Pächters Wenzel Bugerten zu Plankenstein". Und für jede Petition wurde von dem souveränen Staatsbürger, der sie einbrachte, ein Bescheid erwartet! Der Petitionsausschuß zählte neunzehn Mitglieder: je eines aus den neun Abteilungen und je eines aus den zehn Gouvernements.

* * *

Meine persönliche Stellung im Reichstage zwischen den beiden nationalen Parteien meiner Heimat war diese: denen von der böhmischen Seite, welche wußten, daß ich ihren gerechten Ansprüchen und Zielen Sympathie entgegenbrachte, sowie den billiger gesinnten deutschböhmischen Abgeordneten, wie Reiß, Herzig, Anton Edlem von Stark (Mies), war ich persona grata, und das gleiche war bei den maßvolleren polnischen Deputierten der Fall, von denen einige, wie Georg Lubomirski und Zdislaw Zamojski ganz besonderes Vertrauen zu mir faßten. Politische Gegner hatte ich

*) Vgl. Mohl, Lebenserinnerungen (Stuttgart und Leipzig 1902). I S. 34—36.

außerhalb der Löhner-Zimmer-Gruppe bis dahin keine, da ich der Öffentlichkeit gegenüber vorläufig eine ziemlich unbekannte Größe war. Nur Freund Leopold Hasner machte von Prag aus auf mich aufmerksam, indem er bei Charakterisierung mehrerer böhmischen Abgeordneten mich also zeichnete, was dann auch in einige Wiener Blätter übergieng:

Jos. Helfert, Dr. d. R. und supplierender Professor des römischen (und kanonischen) Rechtes zu Krakau. Theoretisch-juristische, nicht ohne allgemeine Kenntnisse. Gewandte Sprache, mehr durch Witz und Kraft des Ausdruckes als durch Präzision wirksam. Ohne Scheu in der Verfechtung seiner Überzeugung, welche vom politischen Standpunkte entschieden liberal, vom nationalen slavenfreundlich-österreichisch ist. (Geborener Prager, 30 Jahre alt.*)

Was meinen Liberalismus betraf, so fiel mein näherer Umgang mit den Brüdern Leopold und Joseph Hasner von Artha in meine Sturm- und Drangperiode, seit welcher der unerwartete Tod meines Vaters und die ernsteren Erfahrungen während meines Aufenthaltes in Krakau mir neue Anschauungen zugeführt hatten. Man konnte mich zwar in meiner politischen Auffassung noch immer zu den Liberalen zählen, aber es war doch etwas hinzugekommen, was mich, wenn es zur Entscheidung kam, nach der andern Seite zurückhielt, etwa wie die damaligen Bauern im badischen Oberlande sagten: „Republik wolle wir habe, aber den verstorbenen Großherzog an der Spitze."

Von meinen heimischen Freunden war es vor allem der gute Dechant Macan von Čelakovic, der mir seine Glückwünsche zu meiner neuen Stellung darbrachte. „Gott gebe dazu seine Gnade", schrieb er mir am 29. Juli, „und Kraft zur Ausdauer zum Wohle des gesamten zerrütteten österreichischen Staates und auch der darin sich befindenden katholischen Kirche, gegen die jetzt so viele Feinde in unserem Vaterlande und auch außer demselben ihre Federn spitzen. Der Kommunismus macht bereits Anträge auf Veräußerung der Kirchengüter zur Tilgung der Staatsschuld. Was für einen Nutzen brachte zu Kaiser Joseph's Zeiten dem Staate die Aufhebung so vieler Klöster? Die Staatsschuld ist gestiegen, das Proletariat vermehrt. Wird man die geistlichen und Kirchengründe einziehen, wer wird von den Vaterlandsfreunden da sein, um sie zu kaufen, um welch geringen Preis? Ausländer werden sich einnisten."

*) „Prager Zeitung." Nr. 26 vom 30. Juli. Mein Alter war richtig 27 Jahre.

Nach und nach lernte ich eine Anzahl meiner neuen Berufsgenossen näher kennen. Die erste Verlosung hatte mich der neunten Abteilung zugewiesen, in welcher der vielgenannte Füster den Vorsitz führte; Schriftführer war Szaszkiewicz, Berichterstatter waren Gleispach und Biliński. Mit mir gehörten der IX. Abteilung unter anderen an: von meinen Landsleuten Erasmus Wocel und der dramatische Schriftsteller Kajetan Tyl (Unhošcht); aus anderen Ländern der Pfleggerichtsadjunkt Peitler (Zell am See), ein guter Jurist, nicht ungeschickter Redner, aber ein echter Bauerndemokrat, selbst in der Aussprache und in den Ausdrücken, die er gebrauchte. Beim Zusammentritt der Abteilung, in der ich zum erstenmal erschien, wollte mich, den Neuling, Füster solofangen und zog mich in ein kurzes Gespräch, nach dessen Beendigung Gleispach, der dies bemerkt hatte, auf mich zutrat und mich über die politische Richtung des mir bis dahin völlig unbekannten Füster aufklärte und mich vor ihm warnte.

Bei der ersten Neubildung der Abteilungen zu Ende Juli traf mich das Los für die achte Abteilung: Vorsitzender der mährische Schriftsteller Jan Ohéral (Kremsier); Stellvertreter Pastor Karl Schneider (Bielitz); Berichterstatter Med.-Dr. Adolf Purtscher (Wien, Alservorstadt), der sich bereits in den Wiener Märztagen einen Namen gemacht hatte, und Joseph Lasser von Zollheim (Werfen im Salzburgischen), damals Aktuar der Hof- und Kammerprokuratur in Wien, bald eines der hervorragendsten Mitglieder der Zentrumspartei. Von anderen Angehörigen dieser Abteilung wären zu nennen: der königlich großbritannische Oberst in Pension Karl Catinelli aus Görz; der Bezirkskommissär Anton Goriup (Tolmein, Küstenland); der Innsbrucker Appellationsrat Ferdinand von Stöckl (Nauders); Baron Johann Ingram aus Bozen; der Med.-Dr. Joseph Hamernik aus Prag (Neuhaus), ein ebenso genialer Arzt als naiver Parlamentarier, der über jeden radikalen Unsinn, der von anderer Seite gesprochen wurde, die reinste Freude haben konnte, was er mit einem lustigen Reiben der beiden Handflächen zu begleiten pflegte; der böhmische Geschichtsforscher W. W. Tomek (Opočno), der, wie ihn Hawliček in seinem berühmten Musealgedichte schilderte, „immer lächelte ohne zu wissen worüber"*);

*) Ten se pořád směje a neví čemu.

Med.-Dr. Joseph Čejka (Neu-Bidschow) und Kreissekretär Franz Plaček (Chrudim).

Für den Monat August konnte ich, wenn ich nicht irre, in der siebenten Abteilung, außer Catinelli, Gorinp, Lasser, Stöckl, mit denen ich schon früher beisammen war, mehreren interessanten Persönlichkeiten nähertreten: dem gewesenen Alterspräsidenten Kudler und dem ersten Wahlpräsidenten Schmitt, meinen Landsleuten Jelen und Jur.-Dr. Karl Tomiček, dem bereits genannten Fürsten Georg Lubomirski und dessen Landsmann Jur.-Dr. Ziemiałkowski aus Lemberg. Lubomirski war einer der besonnensten, Ziemiałkowski einer der leidenschaftlichsten Polen. Lubomirski war kein feuriger, sondern ein bedächtiger und dabei wuchtiger Redner; er beherrschte in Wort und Schrift drei Sprachen, er hielt eine Rede mit gleicher Meisterschaft in seiner Muttersprache oder in der deutschen oder in der polnischen. Lubomirski war während der Prager Junitage vom Militär aufgegriffen worden, weil dieses ihn für einen der Hauptheßer und Förderer des Aufstandes gehalten hatte; er war aber im Gegenteil der eifrigste Abmahner gewesen und hatte in dem Augenblicke, da der Aufstand ausbrechen wollte, seinen Freunden das Gelöbnis abgenommen, sich daran nicht zu beteiligen. Das hatte Graf Franz Thun jun. erfahren, der als Kommandant der konservativsten Kompagnie der Prager Nationalgarde bei den Behörden großes Vertrauen genoß und auf dessen Vorstellungen Lubomirski von der ihm drohenden Gefangenschaft und Untersuchung befreit und lediglich unter militärischer Bedeckung außer Land geschafft worden war.

Eine der markantesten, weil originellsten Persönlichkeiten des Reichstages war Alois Jelen (Wlaschim). Er war Archivregistrant beim Prager k. k. Gubernium und hat da seinen Ober- und Unterbeamten aufzulösen genug gegeben, denn er besaß ein Maul wie ein Schwert, war schlagfertig und witzig. Nebstbei war er Musiker, Beethoven-Enthusiast, und hatte sich als Chordirigent der Prager Sophienakademie durch Aufführung der Neunten, an die sich früher niemand gewagt hatte und deren Solopartien im letzten Satze er durch vierstimmige Chöre zur Wirkung brachte, in der ganzen Musikwelt Prags einen wohlverdienten Namen gemacht. Nach seinem Eintritt in den Reichstag schloß er sich der Rechten an und wurde unbedingter Mann der Regierung. Er war ihr Anhänger aus politischer Überzeugung, er war ihr Diener, ihr Sklave, und wehe

dem, der ihr nahezutreten wagte! Das Ministerium konnte sich unbedingt auf ihn verlassen, es konnte, wie man zu sagen pflegt, Gift darauf nehmen.

Noch eines Individuums muß ich gedenken, das ich in der Abteilung, der ich nun angehörte, kennen lernte. Alois Smreker, eigentlich slovenisch Smrekar, Jur.-Dr., Advokat in Grätz, war zuerst nach Frankfurt geschickt worden, hatte aber dann, als die Wahlen für den österreichischen Reichstag ausgeschrieben wurden, das Mandat für Lichtenwald in Steiermark erworben. Er war einer der Radikalsten, und es war von ihm folgende Anekdote im Umlauf: bevor er von Frankfurt schied, habe er sich dem Erzherzog-Reichsverweser vorgestellt und dieser ihn gefragt, wo er seinen Sitz einnehmen werde. „Kaiserliche Hoheit, auf der äußersten Linken!" „No, geben S' nur acht, daß S' nit obifallen", habe Erzherzog Johann entgegnet.

Von der siebenten Abteilung wurde ich in den Ausschuß für beanständete Wahlen, d. h. für solche, welche die betreffende Abteilung als gültig anzuerkennen Bedenken trug, entsendet. Aus Anlaß eines besondern Falles zeigte sich im vollen Hause eine Meinungsverschiedenheit über die Kompetenz dieses Ausschusses unter Umständen, wo die Wahl nicht in der Abteilung, sondern erst später infolge eines nachträglich eingelangten Protestes beanständet wurde. In der Diskussion, die sich hierüber entspann, hatte ich zum erstenmal Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Ich sprach gegen Umlauft und Gleispach. Die Sache war zu minderwertig und unerquicklich, als daß ich hier des näheren darauf eingehen sollte*); ich beschränke mich auf die Konstatierung, daß Rieger, der auf meine Seite trat, einen Antrag formulierte, der durch Mehrheit der Stimmen zum Beschlusse erhoben wurde.

* * *

Meine häuslichen Verhältnisse waren nun abermals für eine Zeit getrübt; ich war in Wien ohne meinen Engel, und dieser weilte wieder einsam in Prag. Mein Weibchen verzehrte die Sehnsucht mit mir beisammen zu sein; allein die Kisten mit unseren

*) Wer sich dafür interessieren wollte, dem steht die „Stenographische Aufnahme" Band I. Seite 483—487 zur Verfügung.

Krakauer Einrichtungsstücken, die sie erst auspacken und in unserer neuen Wohnung aufstellen wollte, ließen wochenlang auf sich warten. „Eine leise Ahnung sagt mir", hatte sie mir gleich nach meiner letzten Abreise geschrieben, „daß mein Alter glücklich angekommen ist und überhaupt in Wien glücklich fortlebt und ohne Revolution. Daß ich jetzt ganz ohne Befürchtungen bin, habe ich unserem guten Stern*) zu danken, der mir immer Trost in trüben Stunden schenkt". Da kam mein erster Brief vom 19., worin ich die widrigen Erlebnisse am ersten Tage meines Wiener Aufenthaltes schilderte. „Durch die unangenehmen Vorfälle recht traurig gestimmt", bekam ich zurück, „habe ich dennoch Deine Zeilen tausendmal an meine Lippen gedrückt. Im Vorgefühle, bald bei Dir zu sein und zu bleiben, möchte ich vor Wonne alles umarmen, was mir entgegenkommt. Ich erhielt Deinen Brief gestern abends**) auf der Gasse und hätte daher gleich Gelegenheit gehabt, mein Vergnügen in dieser Art auszudrücken, wenn mich das teure Schreiben nicht so sehr in Anspruch genommen hätte." In diesen Tagen überraschte sie unser Krakauer Freund Dedera mit seinem Besuche, und die Freude über dieses Wiedersehen war bei ihr nicht geringer als bei ihm die Befriedigung, sich aus Galizien in seine böhmische Heimat versetzt zu wissen.

Unsere Krakauer Möbel waren bereits unterwegs, bald darauf waren sie in Prag, und nun gab es für Mina kein Säumen mehr. Am Sonntag den 30. Juli reiste sie mit dem Abendzuge ab, gegen Mittag des andern Tages nahm ich sie zu unserem beiderseitigen unaussprechlichen Entzücken am Nordbahnhofe in Empfang. Als wir im Fiaker saßen, ergriff sie meine Hand und hielt sie krampfhaft fest, bis wir in unserer Wohnung eintrafen, die ihr sogleich gefiel. Sie hatte ihr verläßliches Dienstmädchen mitgenommen und einiges Geschirr mitgebracht, da wir im Hause nur zu frühstücken, für Mittag und Abend uns im Gasthause zu verköstigen gedachten. Da sie bei meiner vom Reichstage in Anspruch genommenen Zeit viel allein sein mußte, führte ich sie gleich in den ersten Tagen im Hause des Justizhofrates Mühlstein auf, einer ursprünglich Prager, seit

*) Wenn ich mich gut erinnere, war es die Capella, zu der wir in der Prager Zeit auf unseren abendlichen Basteispaziergängen schwärmerisch hinaufblickten, als sollte sie uns dereinst als Land der Seligen aufnehmen.

**) 21. Juli.

Jahren mit der unserigen warm befreundeten Familie, in der sie vom ersten Augenblicke die freundlichste und herzlichste Aufnahme fand. Von meinen Reichstagskollegen waren ihr Hawlíček von Prag und Jonák von Krakau aus bekannt und lernte sie Dr. Anton Beck bald kennen. Er war Erzieher im Hause Schwarzenberg und hatte auf der fürstlichen Herrschaft Wittingau ein Mandat errungen. Ich hatte ihn während meines letzten Wiener Aufenthaltes an den Klemens Hügel'schen Abenden oft gesehen und er hatte eine besondere Zuneigung zu mir gefaßt, so daß er sich jetzt gern an mich und meine Frau anschloß.

Meine verwaiste Schwester war seit dem Frühjahr bei unseren Verwandten in Grätz. Onkel und Tante Schreiner befanden sich in Frankfurt, die beiden Söhne Moritz und Adolf redigierten an ihres Vaters Stelle die „Grazer Zeitung" in deutsch-freiheitlichem Geiste; meine Schwester übernahm die Leitung des Hauswesens, sie hatte mehr praktischen Sinn als ihre Cousinen und verpflichtete dadurch diese zu Dank. Sie war der Liebling von allen. „Du glaubst gar nicht, mein Pepi", schrieb sie mir, „es ist geradezu lächerlich, was die Leute, die Erben'schen, für einen Narren an mir gefressen haben". Sie erwartete täglich von mir einen Brief, und wenn dann einer von ihrem „Pipsel", ihrem „Pepiček" kam, da fühlte sie sich „in den dritten Himmel versetzt". Ich hatte die Interessen der alleinstehenden Schwester nie aus den Augen verloren, ich hatte sie großjährig erklären lassen, ich hatte in Prag mit Ellenberger-Vater gesprochen und ihr so die Wege zur Verbindung mit ihrem geliebten Hermann geebnet, für welche das Ende des Trauerjahres abgewartet werden sollte. Sie dankte mir mit überströmenden Gefühlen für die Begründung ihres Glückes. Aber sie, die arme Verlassene, wollte mir ihren Dank mündlich ausdrücken, ich sollte mit meiner Mina nach Grätz kommen, wohin uns auch die Schreiner wiederholt und dringend einluden. „Ach, liebster Pepi, wenn Du wüßtest, wie glücklich es mich machen würde, Du tätest es gewiß. Du wirst's auch tun! ... Nicht wahr, mein Idol?"

Ich sandte meine Frau für einige Tage nach Grätz, wo sie mit offenen Armen empfangen wurde, wo es ihr aber, aus Sehnsucht nach mir, nicht besser ging als der guten Marie. Dazu kam etwas anderes. Meine Frau hatte im April an meiner Seite das Bombardement von Krakau, dann in Prag ohne mich in ihrem

hoffnungsvollen Zustande die Schrecken und Beängstigungen der Pfingstwoche durchgemacht und sollte jetzt in der Hauptstadt der grünen Steiermark nicht minder Unerquickliches, wenn auch in kleinerem Maßstab, erleben. Die steirische Hauptstadt war im Jahre 1848 ein radikales Nest, besonders in der zweiten Hälfte August gab es einen Krawall nach dem andern. Vom 15. zum 16. wurde vor dem Polizeigebäude am Eisentor eine solenne Katzenmusik aufgeführt; in derselben Nacht fand ein blutiger Zusammenstoß in der Schmidgasse statt. Als dann Graf Nugent, der während der Umschließung von Treviso erkrankt war und die Führung in die Hände des Feldmarschallieutnants Grafen Thurn hatte abgeben müssen, auf seinen Grätzer Kommandoposten zurückkehrte, rottete sich das Gesindel vor seiner Wohnung und in den nächsten Straßen zusammen und begann eine Katzenmusik anzustimmen, als ein Piket Husaren, das im Hofe des Gebäudes in Bereitschaft stand, heraussprengte und den Haufen mit Säbelhieben auseinander trieb, wobei einer der Katzenmusikanten verwundet wurde. Am nächsten Abend sollte die Pöbel-Serenade erneuert werden, doch eine Kompagnie Heß sperrte die Gassen ab und säuberte den Platz. „So sehr mir die Stadt gefällt", schrieb mir am 20. meine Frau, „und so wohl ich mich unter den lieben Leutchen fühle, kann ich kaum die Stunde der Abreise erwarten. Jetzt habe ich wirklich schon genug von den immerwährenden Trennungen, ich fühle mich hier am glücklichsten wenn ich allein bin."

Drittes Buch.

Antrag Kudlich.

1.

In der Sitzung des Reichstages am 26. Juli wurde über Aufforderung des Präsidenten Schmitt vom Schriftführer Streit ein vom Abgeordneten Hans Kudlich am 24. eingebrachter Antrag (R. T. Nr. 66) verlesen, welcher lautete wie folgt:

> Die hohe Reichsversammlung möge erklären: Von nun an ist das Untertänigkeitsverhältnis samt allen daraus entsprungenen Rechten und Pflichten aufgehoben, vorbehaltlich der Bestimmungen, ob und wie eine Entschädigung zu leisten wäre.

Kudlich wurde sogleich zur Begründung seines Antrages zugelassen. Er sprach mit lebhafter Wärme, seine Rede war nicht ohne Geist, im ganzen maßvoll, wenn auch nicht ohne manche jugendliche Übertreibung. Die hohe Reichsversammlung solle die Schritte, welche Joseph II. begonnen habe, weiterführen: „Was ein Monarch seinen Untertanen getan hat, soll das österreichische Volk sich selbst tun, das sollen wir unseren Brüdern tun. Wir sollen die Bande lösen, die bis auf diesen Augenblick die gedrückteste Kaste der bürgerlichen Gesellschaft gefesselt halten". (Bei dieser Stelle flüsterte mir mein Nachbar Graf Gleispach zu: „Die gedrückteste Kaste der bürgerlichen Gesellschaft ist gegenwärtig die Aristokratie!") Er könne, fuhr der Redner fort, die beiden Begriffe „Untertan" und „Staatsbürger" nicht miteinander vereinigen: „Der Staatsbürger steht unter keiner Gewalt, außer der gesetzlichen, der Kammer; der Untertan aber unterliegt tausendfachen Beschränkungen, die tatsächlich und gesetzlich noch bestehen und die in irgend einem Winkel des Landes der erste beste kleine Dorftyrann noch ausüben kann." Wie wolle man von einem souveränen Volke reden, wo in allen Provinzen ein Zustand herrsche, der im wesentlichen von der alten Leibeigenschaft

nicht sehr verschieden sei?! Allerdings sei vonseiten der Regierung in früheren Zeiten, besonders seit der Kaiserin Maria Theresia, zur Linderung dieses Zustandes manches geschehen. Allein die bisherige Gesetzgebung habe sich nur mit dem Materiellen des ganzen Verhältnisses, mit dem Ausmaß der Robot, mit der Anzahl der Giebigkeiten und Lasten abgegeben, nicht aber mit dem Wesentlichen: „Diejenigen Gesetze sind nicht erörtert worden, durch welche die persönliche Freiheit der Untertanen noch in einer Weise beeinträchtigt wird, daß wir dies als einen Ausnahmszustand, als einen Belagerungsstand der persönlichen Freiheit betrachten können, was eine hohe Versammlung, die sich auf den Grund der Souveränität stützt, nimmer dulden kann." Deshalb müsse der Reichstag die Aufhebung des Untertänigkeitsverhältnisses aussprechen; es müsse das sobald als möglich, es müsse ohne Aufschub geschehen, es müsse geschehen durch eine feierliche Proklamation des österreichischen Volkes. In den gegenwärtigen Reichstag haben die Bauern mit Mißtrauen gewählt, wo sie konnten, haben sie einen der Ihrigen geschickt; erfülle man die Erwartungen des Landvolkes nicht, „so werden wir im künftigen Reichstag statt 70 Bauern 383 sehen, und das mit Recht. Denn durch die Verweigerung dieses Zugeständnisses könnte ein Brand entstehen, den wir zu löschen nicht mehr im stande wären". Er habe sich, erklärte der Redner zum Schlusse, „auf die Art und Weise, wie die Untertansverhältnisse abgestellt werden sollen, nicht eingelassen"; er könne auch nicht entscheiden, „ob diese Sache auf die künftig zu konstituierenden Provinziallandtage zu verweisen sei"; es sei ihm nur um den Grundsatz zu tun und in dieser Richtung habe er seinen Antrag so gestellt, „daß ihn die ganze Versammlung einstimmig annehmen kann; denn er bezweckt die Gleichstellung der Untertanen und Staatsbürger".

Kudlich's Rede wurde von der Versammlung mit wiederholtem und großem Beifall begleitet, und als er zuletzt an die Einstimmigkeit des Hauses appellierte, da erhob sich unter vielseitigem Zuruf die ganze Versammlung wie ein Mann von den Sitzen, so daß der Präsident die Unterstützungsfrage nicht erst zu stellen brauchte.

Nach der Geschäftsordnung mußte jeder Antrag zuerst den Abteilungen zur Vorberatung zugewiesen werden, ehe er zur Verhandlung im vollen Hause kam. Kudlich aber verlangte, daß nicht bloß die Zuweisung, sondern auch die Beratung im Hause unter-

bleibe und sein Antrag von der Versammlung sogleich zum Beschlusse erhoben werde. Die unerfahrene und im parlamentarischen Leben noch ungeübte Versammlung, die sich mit naiver Impetuosität den Eindrücken hingab, welche die zündenden Worte des jugendlichen Redners in ihr erregt hatten, willfahrte nicht bloß in ihrem stürmischen Enthusiasmus dem Verlangen Kudlich's, von der Verweisung an die Abteilungen abzustehen, sondern als der Präsident diese Frage stellte, riefen mehrere Stimmen: „Keine Vollberatung, keine Debatte." Doch die Mehrheit der Versammlung mußte sich denn doch sagen, daß ein so hochwichtiger, dabei so verwickelter, tief und weit ausgreifender Gegenstand nicht mit einem Alexanderhieb zur Lösung gebracht werden könne, und als Schmitt die weitere Frage stellte, ob die Reichsversammlung sogleich zur Vollberatung schreiten wolle, wurde ihm von mehreren Seiten zugerufen „Nicht sogleich". Der Vorsitzende kam dadurch selbst zu einiger Besonnenheit und Überlegung und wies jetzt auf den in einer der letzten Sitzungen angenommenen § 49 der Geschäftsordnung, laut dessen die Abstimmung über einen eingebrachten Antrag „nicht vor drei Tagen geschehen kann". Das wurde denn auch angenommen, sehr zur Enttäuschung Kudlich's, der den unmittelbaren Beschluß der Versammlung im Sturm zu erobern gewünscht und gehofft hatte.

2.

Für mich war nunmehr der Anlaß gekommen und die Pflicht mir auferlegt, mich mit einem Verhältnisse, über das mir aus meinen Wählerkreisen so viele und so große Beschwerden zugekommen waren, näher vertraut zu machen, mich über die mir in zahlreichen Petitionen ans Herz gelegten Stimmungen und Zustände zu orientieren, für die ich als Vertreter so vieler untertänigen Gemeinden auf Abhilfe dringen sollte.

In Böhmen hatte sich seit langen Zeiten ein Unterschied zwischen einerseits gutsherrlichen, herrschaftlichen, obrigkeitlichen, anderseits untertänigen Grundstücken, zwischen Dominikalbesitz und Rustikalgründen entwickelt, eine Unterscheidung, die seit der theresiani-

schen Gesetzgebung so streng eingehalten wurde, daß jede Rücknahme untertäniger Gründe seitens der Gutsherrschaft und deren Einverleibung mit dem Dominikalbesitz verwehrt und verboten war. Selbst bezüglich der sogenannten uneingekauften Rustikalgründe war die Obrigkeit zwar befugt, den Untertan aus gewissen gesetzlich normierten Gründen abzustiften und den Hof einem andern Untertan zu verleihen, niemals aber zu eigenem Nutz und Vorteil einzuziehen. Die herrschaftlichen Gründe waren ein Gegenstand der königlichen Landtafel — daher „landtäflicher Besitz" —; die untertänigen, sowohl die eingekauften als die uneingekauften, standen unter obrigkeitlicher Gerichtsbarkeit und erlagen in den von dieser geführten Grundbüchern. Dem herrschaftlichen Obereigentum standen seitens der Rustikalisten vielerlei Verpflichtungen und Leistungen, Zehente, Zinsungen, Veränderungsgebühren u. a. gegenüber, Verpflichtungen und Leistungen, die sich im Laufe der Zeit hier in dieser, dort in jener Art herausgebildet hatten, für die aber nur in den seltensten Fällen ein anderer Beweis als deren herkömmliche Eintragung in die öffentlichen Bücher erbracht werden konnte.

In meinem Wahlbezirk befanden sich zwei Städte Plan und Tachau und mehrere Marktgemeinden, wie Alt-Zedlischt, Kuttenplan, deren Einwohner nicht eigentlich untertänig, aber weil sie unter obrigkeitlichem Schutze standen (Schutzstädte), gleichwohl zu einigen Leistungen verpflichtet waren; alles andere waren Dörfer, Weiler oder einzelne Häuser, sogenannte Einöden oder Einschichten. Unter ihren Bewohnern unterschied man nach dem Ausmaße ihrer Ansäßigkeit Vollbauern oder Höfer, Dreiviertel- Halb-, und Viertel-Bauern oder Höfer, Sechstelhöfer, auch Chalupner genannt (von chalupa = kleines Haus, Hütte), Achtelhöfer oder Häusler, Klein- und Tripf(Triepf)häusler, welch letztere auf Gemeindegrund größtenteils vom Taglohn lebten oder einen kleinen Zinsgrund von der Obrigkeit besaßen; dann bloße Inleute ohne allen Grundbesitz. Die Voll- oder ganzen Bauern waren in ihrer Gemeinde die reichen und großen Herren, zu denen die anderen, besonders Häusler und Kleinhäusler mit einem von Neid und kommunistischer Begehrlichkeit nicht freien Respekt hinaufblickten.

Unter den Leistungen an die Obrigkeit nahm die Robot die erste Stelle ein. Sie war teils Zugrobot mit zwei oder drei Ochsen, teils Handrobot. Zur Handrobot wurden auch Verbindlichkeiten ge-

rechnet, die, wie Botengänge, Dienstleistungen im herrschaftlichen Schlosse, Treiberdienste bei herrschaftlichen Jagden u. dgl. im Grunde als Fußrobot gelten konnten; doch dieser Ausdruck war, so viel mir erinnerlich, nicht in Übung. In der Dorfgemeinde Hals, Allodialgut gleichen Namens, hatten neun Rustikalisten die Nachtwache im Schloßhofe „ununterbrochen und unentgeltlich" zu besorgen. Auf manchen Herrschaften und Gütern meines Wahlbezirkes herrschte die Verpflichtung, ein bestimmtes Quantum Werg unentgeltlich zu verspinnen oder gegen Entgeld abzulösen. So hatte die Gemeinde Albersdorf, Herrschaft Tachau, jährlich aus herrschaftlichem Material 47 $^{3}/_{4}$ Flachsgarn zu spinnen oder pro Garn 1 kr. Konventionsmünze an die herrschaftlichen Renten abzuführen; in Gumplitz auf derselben Herrschaft mußten die Halbhöfer jeder 24, die Häusler jeder 6 bis 16 Flachsgarn spinnen, in Neu-Zedlischt jeder Halbhöfer 3, Viertelhöfer 2, Chalupner 1$^{1}/_{2}$, Häusler $^{1}/_{8}$ bis 1 Pfund Werg verarbeiten.

Die Handrobot drückte am meisten die Klein- und Tripfhäusler, meist blutarme Leute, „die oft wochenlang selbst keinen Bissen Brot in ihrer elenden Hütte sahen"(?!) und beispielsweise in einer Gemeinde jährlich mit 52 Handrobottagen und nebstbei 10 Holztagen in den herrschaftlichen Waldungen belastet waren, öfter Treiberdienste, „mithin im Jahre bei siebzig Tage Gratisarbeit", zu verrichten hatten.

Von der Handrobot waren auch jene Grundbesitzer nicht frei, deren Hauptlast die Zugrobot war. So wurden von jedem Bauer der Dörfer Punau, Tomaschlag und Hetschigau der Herrschaft Plan jährlich 156 zweispännige Ochsenzugtage und 13 Handrobottage, auf dem Allodialgut Neu-Zedlischt von jedem Halbbauer durch das ganze Jahr wöchentlich drei Tage Zugrobot „mit zwei starken Ochsen" und von Johanni bis Galli überdies wöchentlich ein Tag Handrobot gefordert. Auf dem Allodialgut Labant waren zwei Halbhöfern wöchentlich ein bis zwei Tage zweispännige Zugrobot und dreizehn Tage Hand-, sogenannte Johannis-Robot, acht Viertelhöfern ein Tag einspännige Zugrobot und zweieinhalb Tage, vierundsechzig Häuslern ein halber Tag Handrobot zugemessen. Im Dorfe Maschakotten, Herrschaft Tachau, zählte man jährlich 2340 Tage zweispänniger, 312 einspänniger Zugrobot und 286 Handrobot. Wurde die Robot nicht in natura geleistet, so war sie mit Geld abzulösen. In dieser Weise war die Gemeinde Mauthdorf auf Tachau, 45 Häuser und

260 Einwohner, mit jährlich 156 Tagen zweispänniger und 3276 (?) Tagen einspänniger Zugrobot à 36 und à 18 kr., dann 416 Tagen Handrobot à 15 kr. W. W. belastet. Die Pirkauer Hofbesitzer, Herrschaft Tachau, hatten wöchentlich drei Tage Zugrobot mit je zwei Ochsen zu leisten: „Da wir jedoch die Robot nicht in natura verrichten, wegen unserer geringen Ansässigkeit nicht mehr als zwei Ochsen halten können, da wir einen schlechten Boden besitzen und dieser zu viel Arbeit erfordert, so sind wir gezwungen, die Robot mit 33 kr. W. W. für jeden Tag zu bezahlen."

Auch für die Herstellung der herrschaftlichen Wege und Straßen, für deren Bepflanzung mit Bäumen und für deren Unterhaltung wurden die herrschaftlichen Untertanen herangezogen — „während die Stadt Tachau gar keinen Beitrag leistet", wie die von Uschau klagten —, was mitunter alljährlich zu Geld berechnet und unter die einzelnen Höfe aufgeteilt wurde. In der Petition der Gemeinde Gumplitz, Herrschaft Plan, hieß es nach anderen Beschwerden: „Nebstbei müssen wir den Bau und die Unterhaltung der Straßen sowie ihre Alleebaumbepflanzung mitbestreiten, was bei unserem geringen schlecht bestellten Viehstand sehr hart ist, indem wir einen sehr geringen Besitzstand haben und noch dabei sich sehr schlechte sandige unfruchtbare Felder befinden, folglich, wenn wir selbe nicht gehörig beurbaren können, einen großen Schaden erleiden".

Die Straßen und Wege, die in der Nähe gewisser Gemeinden liefen, kamen der Bewirtschaftung ihrer eigenen Grundstücke sehr wohl zu statten, und deshalb waren sie gern bereit, sie anzulegen und in gutem Stand zu erhalten. Die Rustikalisten sollten aber auch an solchen Straßen mitarbeiten, die von ihrem Wohnsitz weit entlegen waren, z. B. auf der Herrschaft Tachau von Galtenhof bis Paulusbrunn nahe der bayerischen Grenze reichten, Straßen, von denen viele Ortsgemeinden, wie Uschau, Maschakotten, Bernetzreuth keinen sichtlichen Nutzen hatten, so daß die Robotpflichtigen nicht selten durch Militärexekution zur geforderten Leistung verhalten werden mußten. Denn nach dem Spruche: „Wenn der Bauer nicht muß, rührt er weder Hand noch Fuß" fehlte es an Gewaltmitteln aller Art nicht, die säumigen oder widerspänstigen Bauern zu zwingen; es wurde ihnen eine Anzahl Soldaten ins Dorf gelegt oder Arrest andiktiert, auch Stockprügel kamen vor. „Der Mann muß gleichsam", beschwerten sich die Gut Halser Rustikalisten wegen

der Nachtwachen im Schloßhofe, „sein ganzes Hauswesen verlassen und allen Schicksalen preisgeben, um den sonst bevorstehenden empfindlichen Strafen zu entkommen.“

So viel von der eigentlichen Robot. Doch mit dieser war das Maß dessen, was den herrschaftlichen Untertanen aufgebürdet war, keineswegs erschöpft: in den meisten Fällen traten Naturallieferungen allerhand Art und Geldleistungen aus verschiedenen Titeln hinzu. So hatten in den Dörfern Tissa und Tirna, Herrschaft Tachau, der ganze Bauer 1 Strich Gerste, 4 Stück Hühner, 40 Stück Eier; der Dreiviertelbauer 6 Napf Gerste, 3 Hühner, 30 Eier; der Halbhöfer $^1/_2$ Strich Gerste, 2 Hühner, 20 Eier jährlich in natura an die Obrigkeit abzuliefern. Auf die Gemeinde Neudorf, Herrschaft Maierhöfen, entfielen unter dem Namen Metzgergetreide im Jahre je 4 Metzen und 9 Maßl Korn, Gerste, Hafer, und überdies als sogenannter Hundshafer 10 Metzen und 10 Maßl.

Mit diesem Hundshafer, der in den meisten Fällen nicht in natura entrichtet, sondern in Geld reluiert wurde, hatte es eine eigene Bewandtnis. In alten Zeiten, wo noch Wölfe in den Waldungen hausten, die den Herden großen Schaden zufügten, wurden von den obrigkeitlichen Förstern zur Abwehr der Raubtiere Hunde abgerichtet, für deren Unterhaltung die Dörfler durch Lieferung eines gewissen Quantums von Getreide, das man darum Hundshafer nannte, gern beitrugen. Seither war lang kein Wolf mehr zu schauen und daher, wie die Rustikalisten meinten, die Notwendigkeit Hundshafer zu liefern geschwunden; allein wo einmal die Herrschaft eine Gerechtsame zu haben glaubte, da ließ sie nicht mehr los und forderte das Getreide in natura nach wie vor ein oder verlangte, was auf den meisten Gütern der Fall war, eine Umwandlung dafür in Geld, was man dann Hundshafer nannte.

Solcher Geldleistungen gab es aber noch manche andere. So entfielen in Neudorf, Herrschaft Maierhöfen, auf jeden Bauer neben wöchentlich zwei Handrobottagen 23 kr. Grundzins, 3 kr. $2^3/_4$ Pfennig Käßzins, 3 kr. $2^3/_{10}$ Pfennig Hühnerzins, 1 kr. $^1/_4$ Pfennig Eierzins, 3/8 Seidel Maurachen oder in Geld 1 kr. $^3/_4$ Pfennig Maurachenzins, 3/4 Seidel Kümmel oder $4^1/_2$ Pfennig, 11/16 Seidel Haselnuß oder 4 kr. $^1/_8$ Pfennig, ebensoviel Schwämme oder 2 kr. $1^1/_6$ Pfennig. An anderen Orten war ein Georgi- und Galli Zins

(2 fl. 39 kr.), ein Schaf- und Pfeffergeld (3 fl. 20 kr.) eingeführt. Die Gemeinde Hals klagte über die ungleiche Bemessung der Zimmersteuer im Ausmaße von 2 bis 4 fl. Konventionsmünze, die Gemeinde Neu-Zedlischt über den drückenden Hauszins u. dgl. mehr.

Neben diesen und anderen Leistungen an die Grundobrigkeit lagen den meisten Gemeinden gewisse Giebigkeiten an den Seelsorger ob. In dem Dorfe Schönbrunn hatte der Halbbauer 8 Napf Korn und 8 Napf Haber, der Viertelbauer und Chalupner die Hälfte an die Tachauer Dechantei; im Dorfe Tissa der Bauer je einen Strich Korn und Hafer in böhmischem Maß, der Häusler je einen bis eineinhalb Napf Korn und Hafer an den Ortspfarrer zu liefern; die Gemeinde Albersdorf führte alljährlich 33 Strich Hafer und 27 Läutgarben an ihren Geistlichen ab. Daneben hob der Seelsorger Stolgebühren für jede geistliche Funktion ein; für das Grab mußte eine Gebühr von 15—30 kr. Konventionsmünze (Grabstättengebühr) entrichtet, für die Instandhaltung der Friedhofmauer von den Ortsinsassen gesorgt werden. Die Pfarrlinge baten um möglichst baldige Abschaffung des Zehents, des sogenannten Käsgeldes und besonders der Stolgebühren der geistlichen Herren, „da diese Erpressungen der heiligen Religion großen Nachteil bringen."

Auch für den Schullehrer hatte die Gemeinde zu sorgen, so im Dorfe Tissa, wo der Bauer je zwei Läutgarben Korn und Hafer, zwei Napf „Urkorn" und einen Laib Brot, der Häusler eine Garbe Getreide und einen Viertellaib Brot abzugeben hatte. Die Gemeinde Hals beschwerte sich über „die alljährliche Kongrua-Ergänzung des Herrn Lehrers, der als Staatsbeamter nach unserer Einsicht doch vom Staate unterhalten werden sollte". Die Gemeindeinsassen von Purschau, Herrschaft Tachau, hatten bei Lebzeiten ihres Lehrers einen regelmäßigen Beitrag in den Prager Diözesan-Lehrerwitwen-Pensionsfonds gezahlt. Der Lehrer starb mit Hinterlassung von einer Witwe und vier Kindern; sie erhielt aus dem Pensionsfonds ein Viertel, die Dorfbewohner mußten drei Viertel (85 fl. 10 kr.) zahlen.

Zu allen den aufgezählten Leistungen und Abgaben kamen nun noch für den Bauer allerhand Gerichtsgebühren, wie das Laudemium bei Abverkauf oder Übergabe eines Hauses oder Hofes — in Schoßenreith, Herrschaft Tachau, 4 kr. vom Gulden — und die landschaftlichen Steuern, die im fortwährenden Steigen begriffenen

Domestikalbeiträge — z. B. in Heiligenkreuz im Jahre 1840 7 fl. 9 kr., im Jahre 1848 schon 19 fl. 15 kr. Konventionsmünze —; die nicht minder wachsenden Beiträge für das Prager Allgemeine Krankenhaus — in früheren Jahren 27, 30, 35 fl., jetzt 192 fl. W. W. —; die Vorspannsfuhren, Botenlohnkosten, „welche Abgaben uns jedoch nicht lästig sind; nur die Abgaben, welche wir alljährlich an die Grundobrigkeit und das Pfarramt leisten müssen, sind für uns drückend, und zwar aus der Ursache, weil selbe die landesfürstlichen Abgaben übersteigen und wofür wir gar keinen Nutzen erhalten" . . .

Wie spricht in „Wallensteins Lager" der Bauer zu seinem Buben? „Mußt dich nur recht erbärmlich stellen!" Das verstanden die bäuerlichen Beschwerdeführer aus dem ff. So die Bauern der Gemeinde Punau, Deutsch-Tomaschlag, Hetschigau, Herrschaft Plan, wo mancher „nur 16 bis 18, 20 Joch schlechten magern Sandboden besitzt, auf dem er kaum das Erträgnis der Aussaat nebst dem Lohn für Dienstboten und der sonstigen Auslagen baut und wo auf den 2, 3, 4 Joch Wasserwiesen so wenig wächst, daß mit der sparsamen Fütterung kaum die notwendigen Arbeiten bestritten werden können, welche jeden Tag der größten Gefahr ausgesetzt sind, durch einen starken Regenguß zerrissen, überschüttet und oft viele Jahre ganz unfruchtbar gemacht zu werden. Es wird sich wohl mancher Einsichtige wundern, daß eine so unbedeutende Wirtschaft so schwere Lasten zu tragen hat!" Albersdorf auf der Herrschaft Tachau war von den obrigkeitlichen Maierhöfen bei anderthalb bis zwei Stunden entfernt, „wo es daher geschieht, daß, wenn wir die Robot in natura zu leisten verhalten werden, im Frühling oder Herbst, wo kurze Tage sind, auch nicht eher als in der festgesetzten Stunde entlassen werden, und oft erst in später finsterer Nacht, wo der Weg auch noch durch einen Wald führt, mit Vieh und Rüstung oft verunglückt und bei rauher ungestümer Witterung auch durchnäßt zu Hause anlangen." In Heiligenkreuz, Herrschaft Kuttenplan, hatte ein Dreiviertelhöfer wöchentlich drei dreispännige Zugtage zu leisten: „Da er nun auf seinem Hofe nur vier Zugochsen halten kann, drei davon an die Obrigkeit, daher während dieser Tage nur einen für seine Wirtschaft zu verwenden hat, so ist es eine Unmöglichkeit, daß der Landmann sein Eigentum gehörig wie es sein sollte bearbeiten kann, indem

doch bei uns die Felder nicht nahe, sondern weit entlegen sind. Nicht genug, daß uns diese große Last der Herrschaft zu leisten aufgezwungen ist, haben wir noch in der Zeit von Johanni (16. Mai) bis Wenzelslei (28. September) zwei Handtage in der Woche zu verrichten. Also ist ersichtlich, daß wir fünf Tage der Obrigkeit zu arbeiten haben, und nur einer für uns übrig bleibt." Die aus Wußleben, Herrschaft Maierhöfen, drückte besonders der Pfarrzehent, da „jeder wirkliche Gemeindeinsasse" einen Strich Korn und einen Strich Hafer an den Seelsorger zu leisten habe, so daß „bei schlechten Kornjahren, welche bei uns gar nicht selten sind, der Bauer oft selbst kaum den Samen und so viel dazu erntet, um nur den Zehent abführen zu können, und es geschieht oft, daß mancher seinen Zehent im höchsten Preise zu bezahlen genötigt wird". „Wie kommt der Landmann dazu", so raisonierte der Schreiber für die Gemeinde Neudorf auf Maierhöfen, „daß er andern Menschen zu Gefallen durch den Wildschaden den empfindlichsten Nachteil für sich und seine Familie tragen soll? Bei diesen drückenden Verhältnissen unterliegt es keinem Zweifel, daß, insolang solche bestehen, die Gemeindeglieder von allen Seiten über ihre Kräfte in Anspruch genommen werden, daß sie, in ihrer bessern wirtschaftlichen Gebarung gehindert, ihr gesamtes karghältiges Erträgnis von ihrem Grund und Boden nur auf die Bestreitung ihrer enormen Schuldigkeiten verwenden und sonach stets ein armseliges Leben führen müssen." Die von Alt-Zedlischt beschwerten sich unter anderem über das, was sie jährlich nach Prag für das allgemeine Krankenhaus abzuführen hatten, wie auch über die Interessen des Armeninstitutes, „wodurch unser ganzer Ort selbst ein Armeninstitut ist."

Es ist ja nicht zu leugnen, daß die untertänigen Leistungen trotz der wiederholten gesetzlichen Regelungen und Ermäßigungen noch immer schwer zu ertragen waren und der Vollbauer bis zum Kleinhäusler und Inmann herab unter diesen verschiedenartigen Lasten empfindlich zu leiden hatten. Allein es waren die Gegenleistungen der Domänen, die den Untertanen zu gute kamen, dagegen zu halten, von denen die bäuerlichen Beschwerdeschriften wohlweislich keine Erwähnung machten. Nur in jener von Schönbrunn, Herrschaft Tachau, las ich mit Befriedigung, daß sich die Untertanen erboten, „die alljährliche Hand- und Zugrobot bis zur gehörigen Ausgleichung und Ablösung gern und willig zu leisten, weil wir überzeugt sind,

daß in keinem Falle eine ungebührliche Anforderung je verlangt, viel weniger geleistet wurde, und dieses hochfürstliche Haus durch Hunderte von Jahren zur Zierde des hohen Adels an der Spitze steht, indem es jedem bedrängten Untertan huldvollst die Hand reicht und in keinem Falle den Rechtschaffenen verläßt." Die Gemeinde Neu-Zedlischt, Allodialgut gleichen Namens, sprach ihre Überzeugung aus, daß „die gegenwärtigen Zeitumstände selbst recht dringend ein vertrauensvolles Einverständnis zwischen Obrigkeit und Untertanen gebieten" und „finden wir uns jederzeit als getreue nur Ruhe und Eintracht liebende Untertanen, die für ihre gnädige Obrigkeit bei jeder Gelegenheit ihre Liebe, Hochachtung und Anhänglichkeit an den Tag zu legen gewiß nicht verabsäumen, zu der aufrichtigsten Schlußbemerkung veranlaßt, daß wir mit gegenwärtigen Wünschen und Bitten keineswegs als Kläger gegen dieselbe aufzutreten die Absicht haben." In ähnlichem Sinne sprachen sich die Untertanen des Allodialgutes Hals in ihrer Petition aus.

Wie mir einen Monat früher in Tachau die Deputationen mündlich erklärt hatten, daß sie sich gegen eine billige Entschädigung nicht sträuben wollten, so war auch in mehreren Petitionen ausdrücklich zu lesen, ich möchte ihnen „eine gänzliche Entledigung oder doch eine Erleichterung" erwirken (Albersdorf), auf daß „die Zug- und Handrobot in natura aufhören möchte und zur Ablösung derselben ein angemessener Preis festgesetzt werde"; bei Aufhebung der Robot möchte jene Quote, welche die Obrigkeit an den Staat für die Robotnutzungen zu versteuern hatte, „die richtige Cynosur zur verhältnismäßigen Beitragsleistung der Untertanen sein" (Bruck, Herrschaft Plan).

* * *

In den Eingaben, die ich aus meinem Wahlbezirke in Empfang nahm, waren Beschwerden der verschiedensten Art enthalten, wo immer sie der Schuh drückte, alles mußte ich entgegennehmen und sollte es nach dem Wunsche der Petenten in Ordnung bringen.

Ein eigentümliches Verhältnis war das der herrschaftlichen Mühlen, deren Besitz und Gerechtigkeit, meist vor lang verflossener Zeit von der Grundherrschaft ihnen zugeteilt, in der Regel emphyteutischer Natur war und besondere Giebigkeiten und Leistungen zur Folge

hatte. Sie bestanden teils in Geldabgaben, Haus- und Grundzins, Hutweidezins, Wasserzins, Mühlzins, Schweinezins oder, statt des letztern wenn es die Obrigkeit verlangte, der Verpflichtung, ein Schwein vollkommen fett zu mästen; teils in Naturalgaben, z. B. bei der eingängigen Mühle in Tissa alljährlich 56 Metzen Getreide, 14 Strich Metzmehl in natura, 5 Strich Hundshafer, zwei Stück Hühner, dazu in der Schnittzeit wöchentlich drei Tage Robot; teils in gewissen gewerbsmäßigen Obliegenheiten, wie bei der Mauthdorfer Mühle jährlich 60 Stück Sägeklötze zu Pfosten, Falz- und Schlagbrettern, Latten zu schneiden. Die Gegenverpflichtung der Obrigkeit war die Instandhaltung der Wasserwehren und die Lieferung des für den Wehr- und Wasserbau nötigen Holzes.

Die Lage mancher Müller hatte sich, den mir gelieferten Schilderungen zufolge, im Laufe der Zeiten verschlimmert. So hatte Johann Georg Eberl in Groß-Gropitzreith an die Tachauer Herrschaft jährlich zu liefern: 105 Metzen und 4 Maßl Malzgetreide in natura, dazu 16 fl. 55 kr. W. W. Wasserzins und 1 fl. 26 kr. W. W. Monatsteuer für den Grund. Doch nach dem Urvertrage bestand für sein Gewerbe der Mühlzwang für die Gemeinden Groß-Gropitzreith, Maschakotten und Bernitzreith: der Mühlzwang hatte später aufgehört, allein die Leistungen wurden im alten Ausmaße fortgefordert. Auch bestand ursprünglich ein Schutzteich von 4 Joch 200 Quadratklafter, der sich aber mit der Zeit so verwachsen hatte, daß die Wasserfläche nur mehr 1 Joch 800 Quadratklafter betrug; das auf der verschwundenen Wasserfläche gewachsene Gras wurde von der Obrigkeit für eigenen Vorteil gefechset oder verpachtet. Der teilweise oder zeitweise Entgang des nötigen Wasserzuflusses bildete überhaupt eine mehrseitige Beschwerde der Mühlenbesitzer. So hieß es in der Petition der Neu-Zedlischter Alt- und Neumühle, „daß beide Müller ihre drückenden Lasten herzlich gern tragen möchten, wenn ein beständiges Wasser wäre und ihre Nahrungsquelle in stetem Gange sich befände"; allein bei trockener Witterung mußten ihre bloß eingängigen Mühlen oft in der besten Zeit wochenlang stehen, während ihnen „bei so traurigen Umständen eine Ermäßigung ihrer großen Abgaben nicht gewährt" werde.

Das Einst und Jetzt spielte überhaupt eine große Rolle in den Klagen, die mir von meinen Wählern vorgebracht wurden. So manches, behaupteten sie, was vor Zeiten freier Wille gewesen, sei

zu einer Schuldigkeit gemacht worden, wie in Langendörflaß, Herrschaft Tachau, wo die Gemeindeinsassen der Obrigkeit vor Zeiten Geflügelvieh als freiwilliges Geschenk darbrachten, das jeder geben oder nicht geben konnte: seither sei der Geflügelviehzins eine „standhafte alljährliche Einzahlung" geworden. Oder die frühere Leistung habe, ohne daß die Petenten Anlaß und Grund dafür wußten, eine merkliche Erhöhung erfahren: im Dorfe Labant sei „nach dem Robotpatent" der Halbhöfer nur zwei, der Viertelhöfer ein Garn aus obrigkeitlichem Material zu spinnen schuldig gewesen, jetzt aber seien ihnen acht und sechs Pfund Werg abzuspinnen auferlegt. Oder endlich, die untertänige Schuldigkeit bestehe fort, von der herrschaftlichen Gegenleistung aber sei schon lang keine Rede mehr. „Unsere Voreltern", versicherten die Wittingreither, hätten für den Hundshaber, den sie an die Jäger der Obrigkeit abführten, „durch eine Zeit, welche man Wintmiß nannte, in den Wald fahren können, um da ihr nötiges Brennholz unentgeltlich zu besorgen." In einer anderen Gemeinde hatten sie für den Holzhaber „die Erlaubnis, durch vier Wochen das gipfellose und dürre Holz aus dem obrigkeitlichen Wald einzusammeln". Wenn sich die Untertanen irgendwo in der Robot befanden, habe ihnen die Obrigkeit „die Kost neben andern Verabreichungen zu gute kommen lassen". Die Mühlenbesitzer in Tissa hatten in der Schnittzeit drei Tage Robot zu leisten, wofür ihnen in früheren Zeiten die Kost und für den Tag 15 kr. zu gute gekommen seien. All das, was ihnen für ihre Arbeit vergütet worden, habe längst aufgehört, während sie ihre Schuldigkeit, womöglich noch erhöht, fortleisten müßten. Die Insassen von Hetschigau hatten nebst der Robot 47 Strich $6^1/_4$ Napf Gerste, 115 Strich 1 Napf Haber in natura oder nach dem jedesmaligen Durchschnittspreise des Planer Wochenmarktes zu Galli den Ersatz dafür in Geld zu leisten, wofür sie, so lang sie zur Prämonstratenser Stiftsherrschaft Tepl gehörten, jährlich vier Faß Bier erhielten; als ihr Dorf später an die Herrschaft Plan verkauft wurde, sei ihre Leistung dieselbe geblieben, mit der Gegenleistung des Bieres aber habe es ein Ende gehabt. Das Dorf Uschau habe für die Unterhaltung eines Gemeindestiers, den die Obrigkeit unter die Herde der Ortsinsassen treiben lassen, ihr den Nutzgenuß einer Wiese und eines Stück Feldes eingeräumt: die Obrigkeit habe seither Wiese und Feld zu ihrem Eigentum gemacht, ohne einen Stier wie früher für die

Gemeinde zu unterhalten. Eine Beschwerde ähnlichen Inhalts erhob die Gemeinde Langendörflaß.

Viele Gemeinden besaßen nicht unbeträchtlichen Eigenwald, in welchem sie in früheren Zeiten nach Gutdünken wirtschaften, sich daraus Bau-, Brenn- oder Klaubholz sowie Waldstreu als gutes Düngungsmittel unentgeltlich oder gegen einen geringen Preis holen, und nebstbei freiere Strecken als Hutweide benützen konnten. Es war gewiß nur in ihrem eigenen sowie im Interesse der Allgemeinheit, wenn solch regellosem Gebaren ein Ende gemacht, der Wald auf Kosten der Gemeinde vermessen und forstmännisch eingeteilt wurde. Doch gefiel es ihnen nicht, daß jetzt der einzelne, dafern er Holz oder „Einstreu" benötigte, sich beim obrigkeitlichen Forstamte melden und für das von ihm gewünschte Quantum ein „Anweisgeld" entrichten mußte und daß ihnen das unentgeltliche Weiderecht entzogen war. Sie verlangten, daß „ihr rechtmäßiges Waldeigentum", für das sie die Steuern zahlten, ganz oder wenigstens zur Hälfte geteilt und an die einzelnen Gemeindeangehörigen überlassen werde.

Auf verschiedenen Domänen gab es Neusiedelungen, die den eingeborenen Hofbesitzern mitunter recht unbequem wurden. Die Obrigkeit brauchte Arbeitskräfte, baute auf ihrem Grund neue Häuschen oder vergab Hinterstübchen als Wohnungen an fremde Leute und erteilte ihnen Ehebewilligungen, „bloß aus der Ursache, um mehr Handrobot zu erhalten". Es waren das zumeist, wie die Gemeinden klagten, „unbegüterte und herberglose Individuen, ohne Rücksicht darauf, ob diese Ankömmlinge religiöse Beweise liefern und ihren Erwerbszweig aus redlicher Quelle schöpfen", Leute die, „ohne ein Stück Grund in Besitz erworben oder gepachtet zu haben, häufig der Gemeinde zur Last fallen, so daß die alten Dorfinsassen auch für diese die Gemeindelasten zu tragen haben." Manche dieser Habenichtse verlegten sich aufs betteln, wenn sie nicht gar, wie die vom Gute Hals vorbrachten, diebische Gelüste entwickelten und den eigenen sowie benachbarten Gemeinden „an Waldungen, Feld- und Wiesengründen" Schaden zufügten, worüber wiederholt beim obrigkeitlichen Wirtschaftsamte Klage geführt wurde. Deshalb wünschten die alten Gemeindeglieder: erstens, daß solchen Neusiedlern etwas an Grund und Boden eingeräumt werden möchte, „damit sie doch zum Teil eine Nahrungsquelle haben"; zweitens, daß Ortsinsassen, die an ihren Wohngebäuden Hinterstübchen haben, fremde Unter-

tanen nicht aufnehmen dürfen „und sonach die mittellosen bettelarmen Menschen nicht überhandnehmen"; drittens, daß künftig keine neuen Häuser erbaut werden, weil solche Erbauer größtenteils keinen oder keinen ausreichenden Erwerbszweig haben, um sich und ihre Familien zu versorgen.

Die Kontributions-Getreideschüttböden, deren auf jedem Gutskörper mindestens einer bestehen sollte, waren eine josephinische Einrichtung. Sie hatten die Bestimmung, das von den einzelnen Hofbesitzern, „Kontribuenten", in fetten Jahren aufgeschüttete Getreide aufzunehmen und in gesundem Stande zu erhalten, um ihnen dann, wenn magere Jahre kämen, vorzüglich für den Anbau, nach Bedürfnis Aushilfe zu leisten. Die Verwaltung und Leitung hatte die Obrigkeit, das herrschaftliche Rentamt führte die Rechnungen, ohne daß die Rustikalisten irgend einen Einfluß darauf nahmen. Die Schüttböden, raisonierten die Rabulisten in der Gemeinde, hätten sich im Hingang der Jahre „mehr zu einer Last als zu einem Nutzen qualifiziert. Aufgeschüttet muß fortwährend werden; tritt aber der Fall ein, daß ein und der andere Hilfe in Anspruch nimmt, so erhält er entweder gar nichts oder unbedeutend wenig, wodurch ihm gar nicht geholfen wird. Ist ein Vorrat über Bedarf auf dem Lager, so wird Getreide verkauft und der Erlös dafür nach Gunstermessung der Beamten verwendet, wovon die Gemeinde, da es doch ihr Eigentum ist, gar keinen Nutzen hat. Besser wäre es für uns, wenn wir das auf den Schüttböden liegende Getreide für unsern eigenen Bedarf ausgefolgt erhielten, statt daß die Obrigkeit über unser Eigentum nach freier Schaltung und Waltung verfügt". Als 1846 ein großer Notstand eintrat, war im Schüttboden von Heiligenkreuz kein Körnchen Getreide vorhanden; die Obrigkeit streckte den Untertanen „mit großen Unkosten" 2376 fl. Konventionsmünze vor, gegen grundbücherliche Versicherung und Verpflichtung der Rückzahlung binnen sechs Jahren. Die Schlußbitte war: Auflassung der Schüttböden und Verteilung des in ihnen aufgehäuften Getreides und des angewachsenen beim Steueramt erliegenden Kapitals unter die einzelnen Kontribuenten. Das gleiche verlangten die Rustikalisten bezüglich der sogenannten Bonifikationen, d. i. jener Vergütungen, die ihnen für Naturallieferungen und geleistete Transportfuhren während der französischen Kriege zugesichert waren und deren Beträge,

wie sie behaupteten, beim herrschaftlichen Oberamt erlagen, anstatt daß jedem Dorfinsassen der ihm zukommende Betrag ausgezahlt werde.

Das herrschaftliche Wild gab Anlaß zu gegenseitigen Vorwürfen. Die Rustikalisten verlangten Verminderung des Wildstandes, weil ihnen „durch das Hochwild die Feldfrüchte nicht bloß abgefressen, sondern auch zertreten und sonst verwüstet werden", während die Gutsbesitzer unter dem allerorts eingerissenen Jagdfrevel litten, da sich ihre Untertanen „der freien Jagd bedienten und auf ihren Feldern und Fluren das Wild niederschossen".

Außer diesen mehr oder minder gemeinsamen Beschwerden hatten einzelne Gemeinden noch ihre besonderen Schmerzen. Die „Waldhäusler" — Ringelberg, Brand, Tiergarten, Paulusbrunn, Galtenhof, Neu-Losymtal — behaupteten, ihre Vorältern hätten die frühere Wildnis urbar gemacht, zu Feldern und Wiesen umgeschaffen, daher rechtmäßiges Eigentum daran erworben, das jedoch später von der Obrigkeit in Anspruch genommen und ihnen eine Zinspflicht für jeden Strich Ausmaß abgefordert worden sei. Den Heiligenkreuzern machte ein mit einem großen Schutzteich versehenes Eisenwerk zu schaffen, da in trockenen Zeiten ihnen das Wasser für den Mühlenbetrieb vorenthalten werde, während es, wenn starke Regengüsse aufeinander folgten, ihre Wiesen überschwemme und das etwa schon gemähte Gras mit sich fortreiße. Die Alt-Zedlischter sahen sich auf ihrer Hutweide durch das herrschaftliche Schafvieh, gewöhnlich zwischen vier- bis sechshundert Stück, benachteiligt: „da unser Rind- und Schafvieh, das oft kaum ein Drittel in der Anzahl so stark ist, auf der Weide nur hungrig zu stehen oder zu liegen genötigt ist". Der Häusler Konskriptionsnummer 6 in Mittel-Brand, Herrschaft Plan, verlangte, daß ihm das Recht Bier in seinem Hause auszuschänken wieder zugesichert und der Genuß einer Waldwiese, sogenannter Bierrang, zurückgegeben werde.

Zumutungen ganz eigener Art stellte an mich die Gemeinde Roßhaupt, deren Mitvorstand Wenzel Rasel ich übrigens als einen sehr verständigen einsichtsvollen und gemäßigten Mann kennen und schätzen lernte. Sie verlangte nichts weniger als eine Pfarr- und Schul-Regulierung. Die Lokalie Neuhäusl sei bloß deshalb errichtet worden, weil die dort eingepfarrten Reichentaler, meistens Hammerschmiede in obrigkeitlichen Diensten, beim sonntägigen Kirchengang

nach Bayern Eisen dahin verschleppten, „sonach die Religion zu Privatzwecken entweihten". Neuhäusl mit Reichental zähle 993 Seelen mit zwei Geistlichen, Roßhaupt mit Türkenhäusl 1185 Seelen, dazu Ströbl mit 160 Seelen, das näher an Roßhaupt als an Neuhäusl liege, habe nur einen Priester: „Wäre es daher nicht recht und billig, wenn in Roßhaupt einer der Neuhäusler Geistlichen verwendet würde?!" Roßhaupt habe eine Schule „im miserabelsten Zustande", es seien 221 Schulkinder da, von denen das Schulgebäude kaum die Hälfte bequem fasse. „Bisher mußte die Gemeinde den Lehrer aus eigenem dotieren. Es ist daher leicht begreiflich, daß bei der größtenteils unbemittelten Bevölkerung der Lehrer für seine große Mühe und Anstrengung schlecht bezahlt werde". Die Roßhaupter baten daher um Herstellung eines größeren Schulgebäudes und um Anstellung von zwei Lehrern und zwei Geistlichen.

3.

So konnte ich mir denn aus diesen verschiedenseitigen Darstellungen ein beiläufiges Bild von den Zuständen machen, wie sie sich in meinem Wahlbezirk im Laufe der Zeit auf dem Lande entwickelt hatten; ein „beiläufiges", weil es ja, um dieses Bild richtig zu stellen, einer eingehenden Untersuchung bedurft hätte.

Es war übrigens klar, daß viele der mir auseinandergesetzten und um Abhilfe erbetenen Angelegenheiten mit dem Untertänigkeitsverhältnis nichts zu tun hatten oder nur in sehr entferntem Zusammenhange standen und daß sie darum vor ein ganz anderes Forum gehörten, vor welchem nicht bloß die vorgebrachten Beschwerden zu vernehmen, sondern auch die Einwendungen der andern Seite abzuhören und abzuwägen waren.

So kam mir unter anderem eine Darstellung aus dem Marktflecken Alt-Zedlischt zu, worin von Leistungen an die Obrigkeit keine Rede war, doch über Verhältnisse anderer Art geklagt wurde. Die Ortsbewohner besaßen ein „bürgerliches Brauhaus", dessen jährliches Erträgnis ehedem unter die einzelnen Brauberechtigten verteilt, einen Gemeindegrund, der einzelweis an die Insassen vergeben und von ihnen versteuert wurde, endlich einen Gemeindewald, aus welchem sie nach Belieben Holz und Streu bezogen. Da unter solchen Umständen von einer geregelten Wirtschaft keine Rede sein konnte, so

waren vor etlichen dreißig Jahren auf kreisamtliche Anordnung das Brauhaus und der Gemeindegrund an die Obrigkeit verpachtet und das jährliche Erträgnis nicht zur Verteilung an die einzelnen Berechtigten, sondern zur Ablieferung an die Gemeindekasse bestimmt worden, und ebenso wurden Holz und Streu mittels Lizitation an die Meistbietenden vergeben und das erzielte Erträgnis gleichfalls der Gemeindekasse zugewiesen. Die Alt-Zedlischter verlangten nun nicht bloß die Wiederherstellung der frühern Gepflogenheit, sondern auch den Rückersatz des durch so viele Jahre den einzelnen Besitzern entgangenen Nutzens. Für die Erlangung des Bürgerrechtes, bei Verehelichungen, beim Ankauf von Grundstücken waren Taxen in die Gemeindekasse zu erlegen, was die Alt-Zedlischter gleichfalls abgeschafft wissen wollten. Die Gemeinde hatte einen Steuereinnehmer mit 100 fl. jährlich zu besolden: „da die Grundobrigkeit die Konkurrenzsteuer abliefert, soll sie auch für die Einhebung auf eigene Kosten sorgen". Endlich beschwerten sie sich über die Kommissionen ob dem Rathause, wo sie ihre Zeit versäumten, ohne daß ihnen eine Vergütung dafür zu gute komme. Der Eingabe war die Bitte beigefügt, meine Antwort an den Mitvorsteher ihrer Gemeinde Joseph Wach zu adressieren, „weil der bei uns bestehende Grundbuchführer mit an der Seite unserer Gegner, nämlich beim Amte steht, und dasselbe vorderhand nicht erfahren möchte, inwieweit als wir unser Recht wieder erlangen werden".

Es war klar, daß derartige Angelegenheiten, welche wohl die Rustikalisten, aber nicht in ihrem Verhältnisse als robotpflichtige Grundholden, sondern in ihrer Eigenschaft als vermeintliche Eigentümer, berechtigte Nutznießer u. dgl. betrafen, vor ein anderes Forum als das der politischen Behörde gehörten. Wenn die beschwerdeführenden Rustikalisten behaupteten den Grund ihrer Verpflichtungen nicht zu wissen, da „über diese Giebigkeiten eine vertragsmäßige Nachweisung oder sonst eine wie immer beschaffene Pflichturkunde" nicht bestände, und deshalb verlangten, es solle „vonseiten der königlichen Kreisämter bei den Domänen mit Zuziehung der Dorfgemeinden eine Untersuchung in den daliegenden alten Akten und Grundbüchern veranlaßt werden, um die allseitige Beruhigung und jederzeitigen Beweis der Richtigkeit herauszubringen", so bestanden ja noch andere Rechtstitel, die sich von der Gutsherrschaft für ihre Berechtigung ins Treffen führen ließen. Das sahen denn manche

Gemeinden ein und stellten an mich das Begehren, daß bezüglich der Hutweiden, Wald- und anderen Gründe „eine Kommission von seiten der Zentralregierung zusammengestellt werde, die in Prag bei der Landtafel die dort liegenden uralten Schriften von jeder Domäne zu untersuchen hat, weil doch, wenn Obrigkeiten mit ihren Untertanen Gründe getauscht oder auf welche Art immer an sich gebracht haben, das jedenfalls dort vorfindig sein muß".

Was das eigentliche Untertänigkeitsverhältnis und die daraus abgeleiteten Forderungen und Schuldigkeiten betraf, so fehlte mir zwar auch hier das Audiatur et altera pars. Allein hier kam es auf das mehr oder minder nicht an, das mußte etwa von Fall zu Fall erwogen und entschieden werden. Hier handelte es sich für die gesetzgebende Versammlung, der ich angehörte, um das Prinzip, um den ausschlaggebenden Grundsatz der Entlastung des rustikalen Besitzes von den ihm auferlegten und dessen freie Entwicklung hemmenden Lasten.

Viertes Buch.

Untertansverhältnis und Robot.

1.

Eine der Allerhöchsten Entschließungen nach dem politischen Umschwung war das kaiserliche Manifest vom 28. März, welches „die Verbindlichkeit zur Robot" mit dem Befehle aufhob, daß dieser Grundsatz „binnen einem Jahre, und daher längstens mit dem 31. März 1849" zur vollständigen Durchführung gebracht sein und deshalb die dazu erforderlichen Bestimmungen „im gesetzlichen Wege mit tunlichster Beschleunigung erfolgen" müßten. Allein bei dem Schwall von Kundmachungen aller Art, die gerade in jenen Tagen einander in stürmischer Hast förmlich jagten, war die einschneidende Verfügung vom 28. März fast unbeachtet geblieben, und wie die Regierung in der Flut der sich überstürzenden und sie allseits bedrängenden Ereignisse nicht dazu kam, die zur Durchführung des ausgesprochenen Grundsatzes erforderlichen Vorbereitungen und Einleitungen zu treffen, so war nicht bloß im Publikum, sondern auch bei den nunmehrigen Gesetzgebern jenes kaiserliche Wort geradezu in Vergessenheit geraten, so daß es einer Erleuchtung, einer Entdeckung, einem kühnen Griffe gleichkam, als in der Sitzung vom 26. Juli Hans Kudlich die unvorbereitete Versammlung mit seinem Antrag überraschte.

Der Antrag sollte im Sinne der Geschäftsordnung und nach dem Beschlusse des Reichstages nach Ablauf von drei Tagen, also ehestens am 30. Juli, zur Verhandlung kommen. Doch die noch im Zuge befindliche Prüfung der Wahlen, die fortgesetzte Beratung der Geschäftsordnung, der Beschluß einer nach Innsbruck abzusendenden Deputation und dazwischen die von der italienischen Armee eintreffenden Siegesnachrichten führten einen Aufschub nach dem andern herbei. Radetzky hatte mit seinen getreuen Tapferen am

6. Mai den sieghaften Kampf bei Santa Lucia bestanden, hatte am 29. die feindlichen Linien von Curtatone erstürmt und das toskanische Kontingent außer Tätigkeit gesetzt, hatte am 10. Juni den römischen General Durando in Vicenza zur Kapitulation und die Stadt zur Übergabe gezwungen — wahrlich Kriegstaten, die der vollsten Anerkennung seitens des österreichischen Parlaments wert und würdig waren. In der Sitzung vom 25. Juli nun hatte der Professor an der orientalischen Akademie Dr. Engelbert Maximilian Selinger (für Mährisch-Sternberg) den Antrag gestellt:

> Die erste österreichische Reichsversammlung schreitet gleich am Beginn ihres erhabenen Wirkens zur dankbaren Anerkennung der heldenmütigen Tapferkeit, der opferfreudigen Vaterlandsliebe und aller rühmlichen Eigenschaften, wodurch die österreichische Armee die Bewunderung der unbefangenen und gerechten Welt erregt.

Auf die Frage des Präsidenten, ob die Verhandlung über diesen Antrag nach drei Tagen stattfinden sollte, war von mehreren Seiten nein, nein! gerufen und zuletzt beschlossen worden, ihn erst nach Vollendung der Geschäftsordnung in Verhandlung zu nehmen. Die Beratung über die Geschäftsordnung zog sich aber in die Länge, während aus Lombardo-Venetien eine Siegesbotschaft nach der andern einlief. Am 27. Juli trat, während unter dem Vorsitze Schmitt's eben die Abstimmung über den § 33 der Geschäftsordnung im Zuge war, der Kriegsminister in freudiger Aufregung in den Saal und erbat sich vom Präsidenten das Wort, da er soeben vom italienischen Kriegsschauplatze eine telegraphische Depesche erhalten habe, deren Inhalt er der Versammlung nicht vorenthalten dürfe. Gleichzeitig war an das Präsidium vom Bankier Baron Eskeles eine Zuschrift gelangt, enthaltend einen Bericht aus Verona, der umständlicher zu sein schien als die telegraphische Depesche, und den Schmitt, da das Schriftstück in italienischer Sprache abgefaßt war, dem Vizepräsidenten Hagenauer mit der Bitte übergab, ihn vorzulesen und zu übersetzen. Beides, die Depesche und die Zuschrift Eskeles' betrafen den großen Erfolg bei Custozza am 24. und 25. Juli. Vom Reichstage wurde beschlossen eine Siegesfeier abzuhalten, die am 28. unter festlicher Ausrückung der bewaffneten Macht auf dem Glacis begangen wurde. In der Sitzung des folgenden Tages bestieg Graf Latour abermals die Rednerbühne und verlas unter großem Beifall der Versammlung eine neuerliche Depesche über den erfochtenen Sieg.

Als er die Verlesung mit dem Rufe schloß: „Es lebe unsere tapfere Armee!“ erbrauste ein Sturm von Beifall, von dem sich nur die Männer der äußersten Linken fernhielten. Im Gegenteil, Violand fand sich berufen, an den Kriegsminister eine Interpellation zu richten, da er bemerkt habe, daß, als der Reichstag am 28. in seiner Gesamtheit durch den innern Burghof zur Siegesfeier geschritten und die wachhabende Nationalgarde zur Salutierung angetreten sei, der k. k. Offizier, eine Zigarre im Munde, mit seinen Kameraden, als ob ihn die ganze Sache nichts anginge, sich gesprächsweise unterhalten habe. Latour versprach der Sache nachzugehen.

Überhaupt lagen den Radikalen andere das Heerwesen betreffende Angelegenheiten viel näher am Herzen als die ruhmvollen Taten der Armee: die Beeidigung des Heeres auf die Verfassung (Klaudy) und die Anheftung der deutschen Kokarde neben der österreichischen bei den in den deutschen Erbländern konskribierten Regimentern (Scherzer). Der Kriegsminister beantwortete die Interpellation Klaudy's ausweichend: der Gegenstand werde der Beratung unterzogen werden, und machte dem Abgeordneten Scherzer ein teilweises Zugeständnis: das gemeinsame Bundeszeichen deutscher Truppen, „nicht als nationales Zeichen“, werde von jenem Teile des österreichischen Heeres, der zur deutschen Bundesarmee gehört, „im Bundesdienste“ getragen werden (vielseitiger Beifall). Als Latour einige Tage später eine neue Depesche, die ein k. k. Kurier über Cilli gebracht hatte, dem Hause mitteilte: „Sonntag*) mittags ist Mailand von unserer Armee besetzt worden“, wurde die Nachricht mit stürmischem Beifall begrüßt. Allein der Abgeordnete für Kuttenberg war so naiv, zu bemerken, daß nach diesen entscheidenden Siegen in Italien eine Reduzierung der Armee „wünschenswert“ erscheine, was der Kriegsminister mit der Hinweisung ablehnte: „So lang nicht die Gefahr neuerlicher Angriffe seitens unserer Feinde völlig beseitigt ist, könnte ich es nicht verantworten, unsere Streitkräfte zu vermindern“.

Am 5. August war der Abgeordnete für Troppau**) auf den Antrag Selinger zurückgekommen und hatte vorgeschlagen, „weil der Antrag Kudlich mehr Zeit erfordern wird und der Antrag Selinger die Priorität hat“, letztern früher vorzunehmen, was von der Majorität angenommen worden war. Jedoch der Linken behagte

*) 6. August 1848.

**) Dr. Hein.

diese Anordnung nicht und in der Sitzung vom 7. August wurde über Antrag des Abgeordneten Brestel der zwei Tage früher gefaßte Beschluß umgestoßen und dem Antrage Kudlich der Vortritt eingeräumt.

Die Sitzung am 8. eröffnete Strobach mit der „sehr erfreulichen Nachricht“ von der bevorstehenden Rückkehr des Kaisers; er ließ den Reisebericht der Deputation, darauf eine authentische Abschrift der Antwort des Kaisers vorlesen und sagte unter großem Beifall des ganzen Hauses: „Ich halte es für ein glückliches Prognostikon, daß der erste entscheidende Schritt des Reichstages mit einem so glücklichen Erfolge gekrönt ist. Ich spreche meinen Glückwunsch zu künftigen gleichen Schritten aus.“ Es folgten Wahlen in den Petitions-, in den Finanzausschuß und darnach Interpellationen. Auf eine Anfrage des Abgeordneten für Gonobitz in Steiermark*), welchen Erfolg die von Erzherzog Johann versuchte Pazifikation zwischen Ungarn und Kroatien gehabt habe und welche Stellung die Regierung diesen beiden Ländern gegenüber einzunehmen gedenke, antwortete Doblhoff: das Ministerium habe bisher keine Gelegenheit gehabt sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und sei darum nicht in der Lage, auf die gestellte Frage eine bestimmte Antwort zu geben. Nur einige von ungarischer Seite gegen das Wiener Ministerium erhobene Anklagen und Vorwürfe könne er nicht unberührt lassen. Im Pester Reichstage sei gesagt worden, erstens, daß das Wiener Ministerium auf die Reaktion losarbeite, und zweitens, daß es planlos, charakterlos, ohne zielbewußte Politik vorgehe. „Meine Herren“, sprach Doblhoff, „was den Punkt der Reaktion betrifft, wenn einer von Ihnen auch nur die geringste Besorgnis in dieser Beziehung hegen sollte, so sind wir bereit, augenblicklich von dieser Stelle zu weichen“. Viele Rufe: Nein, nein! Großer Beifall. „Was den zweiten Punkt betrifft, so ist unsere Überzeugung die, daß in unseren Tagen die Politik nicht auf der Ministerbank, daß sie nicht auf der Rednerbühne gemacht wird: der Weltgeist macht die Politik“, (Beifall) „er ruft den Völkern zu: ihr seid frei, ihr seid wieder im Besitze eurer angeborenen Rechte“ (großer Beifall). Der Minister fuhr in diesem Tone fort, wiederholt unterbrochen von dem Beifall der — Unverständigen. Denn was war es mit solchen Phrasen?

*) Karl Sturm, „Realitätenbesitzer“.

Seifenblasen, außen schimmernd und schillernd mit lockenden Farben, innen hohl und leer! Denn was sollte das heißen: „der Weltgeist macht Politik"? Also nicht wir, Seiner Majestät verantwortliche Räte. Auch ihr Volksvertreter, was strengt ihr eure Lungen an, was nützt ihr euer Mundwerk ab? Der Weltgeist macht doch was er will, Regierung und Parlament lassen ihn gewähren, schauen einfach zu, was dabei herauskommt! . . .

Hans Kudlich wurde nunmehr zur Begründung seines Antrages zugelassen. Es war aber nicht mehr sein ursprünglicher Antrag vom 26. Juli, den er jetzt befürwortete. Der junge Mann, kaum den Studien entwachsen, hatte nicht einen klaren Begriff von dem Gewicht und Umfang dessen, was er so kurzweg der Versammlung hatte aufdringen wollen. Es zirkulierte in Abgeordnetenkreisen eine Anekdote, deren buchstäbliche Wahrheit ich nicht verbürgen will, die aber jedenfalls bezeichnend für die Meinung ist, die man von ihm hatte. Als einer der Abgeordneten, hieß es, ihn fragte, wie er es denn bei seinem Antrage mit den Schutzstädten zu halten gedenke, habe sich Kudlich, ohne über seine Unkenntnis sonderlich in Verlegenheit zu geraten, an seinen neben ihm stehenden Kollegen gewandt: „Ja du, Violand, was ist es denn mit den Schutzstädten?" Tatsächlich war über seinen ersten Antrag eine Reihe von Verbesserungs- oder Zusatzanträgen eingelaufen, die er berücksichtigen zu müssen glaubte, so daß er, ehe noch in der Kammer in dieser Sache andere Worte gesprochen waren als die seinen, mit einem von ihm selbst „verbesserten" Antrag auftrat, für den er dasselbe Vorrecht der unmittelbaren Vollberatung in Anspruch nahm wie für den ersten.

Der „verbesserte" Antrag Kudlich's zerfiel in fünf Absätze, deren erster und zweiter das „Band der Untertänigkeit" für aufgelöst, „Robot und Zehent samt allen anderen nicht privatrechtlichen Lasten des bäuerlichen Grundbesitzes" für aufgehoben erklärte; über eine „etwaige Entschädigung" sollte eine aus Vertretern aller Provinzen zusammengesetzte Kommission mit Zuziehung des Ministeriums entscheiden, Absatz 3; „die Gerichtsbarkeit und politische Geschäftsführung" seien von den Patrimonialämtern einstweilen noch fortzuführen; der fünfte und letzte Punkt betraf eine „feierliche Proklamation", die vom Reichstag an die Völker Österreichs ergehen sollte.

Es entstand nun vorerst eine Debatte über die Frage, ob der jetzige Antrag Kudlich's als ein neuer oder, wofür er selbst sich ausgab,

als ein bloß verbesserter anzusehen und darnach zu behandeln sei. Cavalcabó verlangte die Verweisung an die Abteilungen, Peitler berief sich auf § 48 der Geschäftsordnung, nach welchem jeder Gesetzentwurf, und das sei der vorliegende Antrag, dreimal verlesen werden müsse, ehe er in Beratung gelange. Das bestritt Kudlich: er sehe keinen Grund dazu und könne nicht begreifen, wie eine solche Frage nur erhoben werden könne; wenn schon vor vierzehn Tagen sein Antrag als für die Vollberatung reif erkannt worden sei, so sei dieser seit jener Zeit nicht unreifer geworden; er könne nicht glauben, daß inzwischen, wo die Stimmung in den Provinzen noch viel gefährlicher geworden, die Ansicht der hohen Versammlung sich geändert habe. Löhner und der bäuerliche Abgeordnete Kratochwill traten Kudlich bei, letzterer, indem er sich auf beunruhigende Nachrichten aus seinem Wahlbezirke (Březnic) berief, wohin man zwei Kompagnien Soldaten geschickt habe, um die stützigen Untertanen zum Frohndienst zu zwingen. Als sich gegen solch überstürzte Eile Graf Adam Potocki erhob, aber während seines Vortrages durch eine Unterbrechung etwas aus dem Kontexte kam, stand Kudlich, ohne sich zum Worte zu melden, neuerdings auf und rief höhnend: „Ich danke dem Abgeordneten Potocki für die klare Unterstützung meines Antrages."

Überhaupt zeigte sich Kudlich bei dieser Diskussion so recht als das, was er im Grunde war, ein vorlauter Junge. Als ihm dann, nachdem die Versammlung durch Stimmenmehrheit entschieden hatte, daß sein Antrag nicht als ein neuer, sondern nur als ein verbesserter zu behandeln sei, von Strobach geschäftsordnungsmäßig das Wort erteilt wurde, berief er sich auf die, „ich möchte sagen historische Begeisterung", mit der sein Antrag am 26. Juli aufgenommen worden, und zog gegen jene „Feinde der Volksfreiheit" los, die sich hinter den Einwurf verschanzten, eine so wichtige Frage, „obwohl sie schon lange reif ist", dürfe nicht im Sturm gewonnen werden. „Meine Herren", fuhr er fort, „alle Versammlungen, welche eine Verfassung für das Volk aufzustellen haben, müssen damit anfangen, die Menschenrechte anzuerkennen. Das gleiche Recht für alle muß einem Volke zuteil werden, das mit einem Fuße auf der Spitze der demokratischen Freiheit, mit dem andern auf dem schmalsten schön gewichsten Boden der Aristokratie steht, es muß mit beiden Füßen auf den Rechtsboden gestellt werden. Es ist notwendig, die

Ruinen der düstern Vergangenheit, die noch mit moderndem Dufte unseren Atem erfüllt, wegzuräumen. Wir müssen ein Haus bauen, wohnlich für alle Staatsbürger, nicht bloß wie früher ein Haus mit einer prächtigen Front, ein Asyl für einige privilegierte Faulenzer, die behaglich im ersten und zweiten Stocke in Wollust schwelgen, während in den Kellergemächern und Dachstübchen das Volk, für sie arbeitend, zusammengepfercht lebt". (Stürmischer Beifall aus den Bänken der Linken). Man möge sich doch, fuhr er fort, mit Weitläufigkeiten nicht aufhalten: „Meine Herren, es wäre unverantwortlich, wenn wir durch Zögern von einigen Tagen es darauf ankommen lassen wollten, daß endlich die Geduld des Bauern reißt und die Leidenschaft seine Hände zur Tat spornt. Wir stehen auf einem vulkanischen Boden, wollen wir warten bis sich der Untertan, unserem eigenen Beispiele folgend — und wir sind stolz darauf! — mit Gewalt das nimmt, was ihm von rechtswegen gebührt?! Wir haben es dem Kaiser ins Gesicht gesagt, daß es so ist, wir können es unter uns auch sagen. (Beifall). Wenn einmal die Anarchie in hellen Flammen auflodert, wer kann dann den Staat retten? Der Sklave, der mit gebeugtem Rücken einhergeht, der kann nicht Wächter der Freiheit sein; er geht wieder hinein in den Stall, wenn es der Herr gebietet. Der freie Mann allein kann Wächter der Freiheit sein und deswegen müßt ihr den Bauer frei machen!" (Anhaltender Beifall, wobei sich die Galerie bemerkbar macht, an die der Vorsitzende eine ernste Mahnung richten muß). „Meine Herren", so rief er zum Schlusse, „was Sie heute aussprechen sollen, ist kein Paragraph der Geschäftsordnung, es ist die Thronrede des österreichischen Volkes, die Sie in einem großen Worte aussprechen sollen. (Beifall). Sprechen Sie ein großes, ein gewaltiges Wort zu den armen Gedrückten, damit sie aus diesem Donnerschall wissen, was Freiheit ist! Sprechen Sie ein Wort, das nicht bloß ein Wort des Friedens sein soll, sondern ein Donnerwort in die Paläste der Großen, die noch immer auf unsere Schwäche und Unentschiedenheit fort lossündigen!" . . .

Kudlich endete unter großem anhaltenden Beifall. Allein das Wort, das eine, das gewaltige Wort, so schnell wie er es verlangte, wurde es doch nicht gesprochen. Noch in derselben Sitzung erhoben sich Anstände gegen diesen oder jenen Punkt seines verbesserten Antrages: Peitler, Haimerl, Vacano, Zimmer und andere traten mit Verbesserungsanträgen auf, die sämtlich Unterstützung fanden.

Nur der Abgeordnete für Imst in Tirol Dr. Joh. Georg Wörz, Archivdirektor in Innsbruck, fiel mit seiner Aufforderung an Kudlich, er möge die Stilisierung seines Antrages rechtfertigen oder fallen lassen, unter dem Gelächter der Versammlung durch. In der folgenden Sitzung kam es noch ärger, es gab einen wahren Platzregen von Abänderungs-, Zusatz-, Verbesserungsanträgen; schon am 9. gab der Vizepräsident der Versammlung bekannt, es seien bereits zwanzig Amendements angemeldet und fünfzehn neue eingereicht, eine Mitteilung, welche die Versammlung „mit Bewegung" entgegennahm.

Die eingebrachten Amendements machten teils Gegenstände und Verhältnisse namhaft, auf welche die Kammer bisher nicht aufmerksam gemacht war und welche die Antragsteller in die Verhandlung mit einbezogen oder aus derselben hinausgehalten wissen wollten, wie z. B. die aus privatrechtlichen Titeln herzuleitenden Dienstbarkeiten. Auch die von Land zu Land wechselnden Ausdrücke und Begriffe bedurften einer Klärung. In manchen Gegenden verstand man unter Ganz-, Halb- und Viertel-Lehen bäuerliche Ansässigkeiten, die mit der Natur eines Feudum durchaus nichts zu schaffen hatten; der Professor des Lehenrechtes an der Prager Universität Haimerl verwahrte sich darum ernstlich gegen eine derartige Vermengung wesentlich verschiedener Verhältnisse. Auch der Abgeordnete für Imst belehrte die Versammlung, daß die tiroler „Lehen" durchaus einem andern Rechtsgebiete angehören als jenem des Untertanverbandes. In gleichem Sinne führte Baron Ingram, Abgeordneter für Bozen, aus, daß die dortigen Zehenten und Giebigkeiten mit dem Untertänigkeitsverhältnisse nichts zu schaffen haben. „So wenig wir fordern", fügte der Innsbrucker Dikasterialadvokat Haßlwanter bei, „daß für einzelne Lasten, die wir in Tirol haben, ein allgemeiner Grundsatz für alle Provinzen aufgestellt werde, ebenso wird dies auch in anderen Ländern der Fall sein". Der Abgeordnete Kral aus Czernowitz hob hervor, daß die Untertänigkeitsverhältnisse in der Bukowina ganz andere seien als jene in Galizien, und ähnliches betonte Kautschitsch für sein Heimatland: „Sie sprechen von Zehent, von Laudemium, diese Abgaben haben wir nicht in Krain, und mein Gewissen sagt mir, wir sollen uns in eine Angelegenheit, die wir nicht verstehen, nicht einlassen, mischen Sie sich nicht in die unseren, die Sie nicht verstehen". Auch in Galizien gab es weder Zehente noch Laudemien und deshalb verwahrte sich der Lemberger

Advokat Marian Dylewski fast mit den gleichen Worten wie Kautschitsch.

Die Frage der Entschädigung für die den Gutsherren zu entziehenden Nutzungen trat allmählich in den Vordergrund, allerdings nur schüchtern und nicht ohne gewisse Verklausulierungen. So deutete Dylewski die wirtschaftlichen Nachteile an, die daraus für das Ganze entspringen müßten, wenn man die großen Grund- und Kapitalienbesitzer, die es nun einmal gebe, durch Entziehung eines erheblichen Teiles ihrer Einnahmsquellen plötzlich aufs Trockene setzte. Kautschitsch statuierte einen wesentlichen Unterschied zwischen Robot und Zehent. Die Robot entspringe teils aus dem Untertänigkeitsverhältnisse, sei also öffentlichen Rechtes, teils aus Abmachungen zwischen dem erteilenden Gutsherrn und dem empfangenden Grundholden, was privatrechtlicher Natur; der Zehent aber sei entweder dem römischen Recht entlehnt oder „durch irische und schottische Bekehrer" eingeführt worden, beides also öffentlichen Rechtes. Die Leistung einer Entschädigung lasse sich vom Verpflichteten nur aus privatrechtlichem Titel verlangen: wie aber komme der Untertan dazu, Entschädigung für Verpflichtungen zu leisten, die öffentlichen Rechtes seien und die nun aus öffentlichen Gründen, um des Staatswohles willen aufzuhören haben? Hier könne nur der Staat selbst eingreifen und der Redner wies, wenn dies nicht geschähe, auf die Gefahr hin, der die Unzahl von Sparkassen, die auf herrschaftlichen Gütern haftenden Witwen- und Waisenkapitalien ausgesetzt wären. Mit der Austragung dieser Angelegenheit möge daher, wie Dr. Ganzwohl, Tomiček u. a. verlangten, vom Reichstage eine eigene Kommission betraut werden, in welche aus jedem Gouvernement drei Abgeordnete zu wählen wären. Alle diese Anträge fanden die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung, mit Ausnahme jenes des Abgeordneten Andreas Dominkusch für Pettau, der verlangte, daß in diese Kommission „weder ein Berechtigter noch ein Verpflichteter" aufzunehmen wäre.

Mehrere Abgeordnete waren des Erachtens, daß die Provinziallandtage zur Lösung dieser Aufgabe berufen seien, was sich schon durch die in dieser Hinsicht von Land zu Land obwaltenden Verschiedenheiten rechtfertige, und Dylewski war vielleicht der erste, der im konstituierenden Reichstage den Begriff und Ausdruck von „föderativen" Einrichtungen aufs Tapet brachte. Am eingehendsten sprach über diesen Punkt der Abgeordnete für Ungarisch-Hradisch Dr. Aloys

Praschak — so schrieb er sich damals. Einzelne Landtage, bemerkte er, hätten sich mit dieser Frage beschäftigt; der mährische Landtag habe den Grundsatz vollständiger Entlastung von Grund und Boden bereits ausgesprochen, vielfache Einigungen zwischen Gutsherren und Grundholden hätten zum Nutzen beider Teile stattgefunden; und überhaupt seien die Landtage, wo Berechtigte und Verpflichtete in zahlreicher Vertretung miteinander berieten, der geeignete Ort zur Entwirrung dieser verwickelten Frage. Doch eine solche Vorkehrung widerstrebte der Linken. Für Löhner, Zimmer, Umlauft u. a. war nicht bloß der böhmische Landtag das Schreckbild, das sie in eine gelinde Wut versetzte; sie wollten überhaupt von Landtagen nichts wissen, „da wir", wie Löhner sagte, „die Erfahrung haben, daß die Landtage ebenso eifrig waren, die Freiheit der Fürsten zu verteidigen als die Freiheit der Völker zu beschränken".

Überhaupt waren die Abgeordneten der Linken gegen jede Entschädigung, mindestens soweit sie den Untertanen zugemutet werden wollte. „Wer gab dem Grundherrn das Recht", so las Herndl — denn er hatte seine Rede aufgeschrieben und erklärte, als ihn der Vorsitzende aufmerksam machte daß dies nach der Geschäftsordnung nicht angehe, er habe dies getan, „bloß um sie etwas zu stilisieren" — „den Untertan zu knechten, und wie kann derselbe fordern, daß diese Gaben abgelöst werden? Meine Herren, jetzt wäre die Zeit da, gleiches mit gleichem zu vergelten. Wäre denn der Bauer frei, wenn er für seine Befreiung erst zahlen müßte? Und hat er nicht sein untertäniges Gut durch so lange Zeit und so viele Arbeit und Gaben schon mehr als einmal in die herrschaftliche Rentkasse bezahlt?" „Alle diese Bezüge müssen ohne Entschädigung aufgehoben werden," sagte der ungehobelte Kajetan Nagele (für St. Veith in Kärnten), „weil sie ohnedies auf kein gesetzliches Recht gegründet, sondern nur mit Zwang und Gewalt den Untertanen abgedrückt wurden". Zugleich verlangte er für die Abstimmung Namensaufruf, „damit man auch weiß, wer diese Unterdrücker noch in der Zukunft unterstützen will". (Bravo). Man berufe sich auf Ersitzung, meinte der Abgeordnete für Čáslau, Magistratsrat Matthias Hawelka; doch wie sei diese entstanden? Durch das Recht des Stärkern! „Wir wissen schon, wer sich leicht in den Besitz setzen konnte. Soll nun aus einem solchen Titel erworbene Robot nicht aufhören? Es ist der Menschenwürde zuwider, daß sich jemand auf ewige Zeiten als

Sklave verkauft". Die Robot, führte Kautschitsch aus, sei eine Frucht brutaler Gewalt: „Meine Herren, das Blut, das damals vergossen wurde, wird auf die Urheber zurückfallen!" „Es ist die geschändete Menschenwürde, die uns anruft um Anerkennung", rief Umlauft. „Darum weg mit allen Einwendungen und Einzelheiten! Sprechen wir es aus in feierlicher Proklamation, daß wir die Überzeugung in uns tragen, das Menschenrecht sei ewig und unveräußerlich gewesen, wenn es auch von der Tyrannengewalt zu Boden getreten wurde". (Stürmischer Beifall). „Wir sind ein souveränes Volk", hieß es in dem Antrage des galizischen Bauern Barth. Gabrys und Genossen, „das anmaßende Wort Untertan soll ferner in keinem Bescheide mehr vorgebracht werden". Löhner wies darauf hin, daß den Belastungen des Landvolkes gewisse Vorteile und Rechte gegenüberstehen, ja „daß es ganze Distrikte gibt, wo der Untertan durch die sogenannten Dienstbarkeiten, wie das Holzungsrecht, mehr erhält als er leistet"; darum müsse er, Löhner, sich „für die augenblickliche Aufhebung der Rechte der Herren aussprechen, ohne diese zugleich ihrer Pflichten zu entbinden". Auf die Einwendung von der andern Seite, daß bei Wegfall der Leistungen und Giebigkeiten an die Obrigkeiten diese ihrerseits die Gegenleistungen, z. B. die Pflege der Gerichtsbarkeit einstellen würden, antwortete Kudlich grob: „Meine Herren, ich habe zwar von den guten Eigenschaften unserer Aristokratie keine zu hohen Begriffe; allein so viel Verstand müssen wir ihnen doch zutrauen, daß sie, wenn sie durch Schließung ihrer Gerichtsverkaufsanstalten Anarchie herbeiführen würden, diese Anarchie zuerst gegen sie austoben würde."

2.

Am 7. August hatte mir mein Schwager Heinrich Fügner geschrieben: „Wann wirst Du einmal etwas reden? Ich warte darauf mit Ungeduld, weil ich in der Zeitung las, daß Du witzig seiest. Aber ich bitte Dich, nur gescheit reden, sonst verleugne ich Dich. Wenn Du nicht bald etwas redest, so machen Dir die Tachauer einen Abzug bei der Rechnung" . . . Nun, die Zeit war gekommen, wo ich reden sollte: ob „gescheit", das mußte sich zeigen!

Unter den Verbesserungsanträgen zum Antrage Kudlich befand sich auch der meinige. Ich unterschied drei Maßregeln: die Auf-

hebung des Untertänigkeitsverhältnisses und aller aus diesem als solchem entsprungenen Rechte und Verbindlichkeiten wäre nach dreimaliger Lesung zum Gesetze zu erheben und in üblicher Weise kundzumachen; an die ländliche Bevölkerung wäre ein Aufruf zu richten, ihr der Beschluß des Reichstages bekanntzugeben, mit dem „Vorbehalt der dem betroffenen Teile vonseiten der entlasteten Teile gebührenden Entschädigung“ und mit der einstweiligen Aufrechthaltung der Gerichtsbarkeit und politischen Geschäftsführung „im Namen und Auftrage der Staatsverwaltung gegen eine verhältnismäßige Entschädigung“; endlich Bestellung einer aus drei Abgeordneten jedes Gouvernements zusammengesetzten Kommission behufs „Vorlage eines umfassenden Gesetzes über Aufhebung oder Ablösung der sämtlichen den ländlichen Besitz belastenden Einschränkungen“.

Am 10. August sollte ich eben zu Worte kommen, als aus der durch die lange und zum Teile langweilige Sitzung ermüdeten Kammer Rufe „Morgen“ zu hören waren, worauf Strobach die Tagesordnung für den nächsten Tag festsetzte und die Sitzung schloß. Nachdem in der folgenden Sitzung am 11. einige laufende Geschäfte abgetan waren, wollte Strobach mich zur Begründung meines Antrages zulassen. Doch siehe da, Hans Kudlich meldete sich mit einem neuen Antrage, den er mit einigen der früheren Antragsteller wie Löhner, Vacano, Hein, Umlauft zusammengeschmiedet hatte. Es war dies nun schon der dritte Antrag Kudlich's, so daß Borrosch in einer der folgenden Sitzungen bemerkte, Kudlich habe „sein Lorbeerblatt in ein Kleeblatt umgewandelt“, was er jedoch nicht „satyrisch“ gemeint haben wollte; doch die Linke faßte es so auf und unterbrach den Redner mit einem Oho! Kudlich wollte ohneweiters zu der Begründung seines nunmehr zum zweitenmal verbesserten Antrages schreiten; doch diesmal war es nicht Beifall, der ihm seitens der Versammlung zu teil wurde, sondern unverhohlene Unruhe, so daß ihm, als er sich wieder in seinen schönklingenden Redensarten ergehen wollte, ein lautes „Zur Sache“ zugerufen wurde. Ich aber erklärte: wenn es mit dem vom Abgeordneten für Bennisch Gesagten auf einen neuen Antrag hinauslaufe, so müsse ich für den meinigen die Priorität in Anspruch nehmen, und der Vorsitzende gab mir recht. Allein Kudlich gab sich noch nicht zufrieden, er wollte für seinen neuerdings verbesserten Antrag den gleichen Vorzug wie für den ursprünglichen gelten lassen, nur daß er diesmal, eingeschüchtert durch

die Ungeduld der Versammlung, nicht stürmisch und herausfordernd auf seinem Verlangen bestand, sondern dieses in die Form einer Bitte kleidete: daß die Herren, welche das Recht haben zu sprechen, die Güte haben wollten, ihn seinen Antrag vorlesen zu lassen, der ihnen vielleicht gefallen und sie bestimmen würde, die ihrigen zurückziehen. Ich aber zeigte mich nicht geneigt, einer so rechthaberischen Zumutung nachzugeben, was die Versammlung begreiflich fand; Strobach beschied Kudlich, den geschäftsordnungsmäßigen Gang einzuhalten, und erteilte das Wort mir.

Die Begründung gestellter Anträge fand vom Sitze des Abgeordneten aus statt, erst die Reden bei der eigentlichen Verhandlung gingen von der Tribüne aus. Hinweisend auf den ganzen Vorgang, der bisher rücksichtlich des Antrages Kudlich eingehalten worden, sprach ich mich gegen die Vernachlässigung des vorgeschriebenen Verhandlungsganges aus: „Das hieße den Völkern, die wir hier vertreten, ein schlechtes Beispiel, das hieße ihnen ein großes Ärgernis geben, wenn sie uns nachsagen dürften, wir hätten vierzehn Tage über eine Geschäftsordnung beraten, bloß um uns nicht daran zu halten." Ich wies die unstatthaften Mittel zurück, die von einigen Seiten angewendet würden, um unsere Entschließungen zu erzwingen: „Man wage nicht, uns einschüchtern zu wollen durch Drohungen, mögen sie von außen her gegen diese hohe Versammlung kommen oder aus ihrem Schoße selbst". (Zischen aus den Bänken der Linken). Es sei nicht erlaubt, den Namensaufruf benützen zu wollen „zur Zensur, inwiefern ein Mitglied dieses Hauses nach dem Belieben oder dem Mißbelieben dieser oder jener Partei zu stimmen die Schwäche oder den Mut habe" („Das ist eine Verdächtigung!"). Ich zitierte zu meiner Rechtfertigung das Wort des Abgeordneten für St. Veit. „Das ist keine Begründung", wurde von der Linken gerufen, „das ist eine Widerlegung", und auch der Vorsitzende ersuchte mich, meine Worte auf die Begründung meines Antrages zu beschränken. „Als gehorsames Mitglied dieses Hauses werde ich mich dem fügen, was der Herr Präsident bestimmt hat". Gleichwohl konnte ich mich meiner gewohnten Polemik nicht völlig enthalten: „Das verehrliche Mitglied für Saaz*), welches jetzt nicht gegenwärtig ist, von dessen Geist und Einsicht ich sonst alle Achtung habe, hat vor einigen Tagen uns eine

*) Löhner.

Begriffsbestimmung des Untertänigkeitsverhältnisses geben wollen, der zufolge dieses und noch vieles andere darunter mitbegriffen sein soll, eine Begriffsbestimmung, die er uns aber, so viel ich mich erinnere, schuldig geblieben ist, was wir umsomehr zu bedauern haben, als sie dem größten Teile dieser Versammlung gewiß völlig neu gewesen wäre". (Heiterkeit). Ich hob nun die Vielfältigkeit und Vielseitigkeit der Verhältnisse hervor, mit denen man es in dieser verwickelten Angelegenheit zu tun habe, der Rücksichten vom wirtschaftlichen Standpunkte, die von Provinz zu Provinz verschiedene seien, so „daß es eine bewundernswerte Unkenntnis dieses schwierigen Gegenstandes beweist, wenn man sich schmeicheln will, sich mit einem Sprunge darüber hinwegzusetzen". (Beifall). Was den Kern der Sache betreffe, so bestehe ich auf dem Rechtsstandpunkte: „Ich habe in dieser hohen Versammlung schon sehr viel von Freiheit reden hören, aber etwas, wovon ich noch sehr wenig oder nur nebenbei habe reden hören, das ist vom Rechte". (Seitens der Linken Zeichen des Mißfallens). „Unser guter Stern wende es ab, daß wir je den lockenden Tönen der Freiheit folgen, ohne zugleich die ernste Stimme des Rechtes zu hören. Wir müssen das Recht allen spenden, nach allen Seiten hin, und wenn wir von diesem Gesichtspunkte ausgehen, so kann gar kein Zweifel sein, daß wir das Recht der Entschädigung demjenigen zusprechen, der verliert und daß wir jenem, der gewinnt, eine jedenfalls billige Schadloshaltung auferlegen müssen". . . Auf die Frage des Präsidenten: „Wird dieser Antrag unterstützt", erhob sich eine mehr als hinreichende Anzahl von Mitgliedern.

Der Erfolg dieser meiner ersten Rede, zu deren Schlusse sich weder Beifall von der zahmen Rechten, noch Zischen von der gereizten Linken vernehmen ließ, war dessenungeachtet ein bedeutender. Daß die Radikalen von da an in mir ihren ausgesprochenen Gegner, wie die Konservativen ihren willkommenen Kämpen erkannten, war selbstverständlich. In letzterer Hinsicht wurde mir eine Kundgebung zu teil, die entscheidend für meine ganze künftige Laufbahn werden sollte. Als ich am andern Tage im Hause erschien, trat Graf Stadion heran, nahm auf einem leeren Sitze in meiner Nähe Platz und sagte: „Nun, ich gratuliere Ihnen, Sie sind der erste, der den Leuten die Wahrheit ins Gesicht gesagt hat, jetzt fange ich an zu hoffen!" Er fragte mich, ob ich den heutigen Artikel der „Presse"

gelesen. „Es ist das einzige von allen Wienern Blättern, das Ihnen Gerechtigkeit widerfahren läßt"; es sei wohl der Mühe wert, daß ich einen Blick hineinwerfe. Natürlich war das erste, daß ich, nachdem mich Stadion verlassen, in den Lesesaal eilte und mir die „Presse" heraussuchte und da las ich denn: „Die Rede dieses Abgeordneten müssen wir als eine ausgezeichnete erkennen: einmal, weil die rechtliche Begründung und logische Schlußfolge eine solche ist, wie wir sie bisher in der Kammer nicht gehört haben; zum andern durch den Mut, womit er seine Überzeugung geltend zu machen sucht." Nach einer kurzen Skizze meines Vortrags kam Zang auf meine Entgegenstellung von Freiheit und Recht: „Ich habe in dieser hohen Versammlung" ꝛc. und sagte zuletzt: „Helferts Worte betrachten wir als einen Wendepunkt in der Verhandlung, weil vor ihm niemand mit solchem Takt und so offen für das Recht gesprochen*).

Nur in einem Punkte hatte Stadion Unrecht: die „Presse" war nicht das einzige Wiener Blatt, das meiner Leistung, wie er meinte, gerecht wurde. Auch der aus Bäuerles Theaterzeitung hervorgegangene „Österreichische Courier" Nr. 193 war voll des Lobes: „Helfert ist ein tüchtiger Redner, nächst Pillersdorff der talentvollste des Zentrums. Er sprach gewichtige Worte, die der äußersten Linken, die allein das Privilegium zu haben scheint zu sagen, was sie will, durchaus nicht konvenierten. Ihre Vertreter Goldmark, Umlauft, Füster ꝛc. wiederholten daher mehremals den Ruf ‚Zur Sache', ‚Zur Ordnung', obwohl der Redner durchaus nichts Anstößiges sagte. Unter allen Anträgen ist der berücksichtigenswerteste der des Abgeordneten Helfert." Ja, selbst „draußen im Reich" wurde mein Lob gesungen. In der „Nürnberger Zeitung" vom 17. wurde ich „der talentvollste Redner des Zentrums" genannt; ich habe den Artikel nicht zu Gesicht bekommen, ich habe nur davon gehört. Die Wiener Blätter, außer der „Presse" und dem „Courier", erwähnten mein Auftreten nur mit einigen Worten, die „Wiener Zeitung" Nr. 221 Seite 382 in nicht sehr freundlicher Weise, oder verschwiegen es ganz, und Niederhuber sprach in der „Konstitution" Nr. 117 Seite 1215 über die Sitzung im allgemeinen aus: „Die Wortmacherei über Kudlich's Antrag war so tötlich ermüdend, daß wir es nicht verantworten könnten, sie wiederzugeben. Wenn doch alle diese Herren

*) „Presse" Nr. 10 vom 12. August, Seite 160.

bedenken möchten, daß sie sich selbst den schlechtesten Dienst erweisen, wenn sie ihre totale Unfähigkeit an den Tag legen. Es ist wirklich unbegreiflich, daß jemand von einer wahren Wut ergriffen sein kann aus reiner Eitelkeit, sich lächerlich machen zu wollen".

Um auf Stadion zurückzukommen, so halte ich mich überzeugt, daß er selbst es war, der Zang auf die Bedeutung meines Auftretens aufmerksam gemacht und den Artikel inspiriert hatte. Denn Stadion, der mich bis dahin wenig oder gar nicht beachtet hatte, begann mich von diesem Zeitpunkte mehr und mehr an sich heranzuziehen. Er hatte eine verlassene Wohnung, an denen in Wien kein Mangel war, in einem der damals neuen Häuser am Leopoldstädter Donaukai bezogen, große lichte Zimmer, aber mit der magersten Einrichtung, die sich denken ließ. Dort suchten ihn ergebene Freunde aus der Zeit seiner küstenländischen Statthalterschaft auf: Hagenauer aus Triest, Obrist Catinelli aus Görz, der gewesene Generalpolizeidirektor von Venedig Ritter Aloys von Call. Dort erschienen ab und zu Leopold Neumann, Graf Heinrich Clam, der Getreue aus Stadion's Lemberger Periode, Graf Friedrich Thun. In diesen Kreis gereifter Männer wurde nun auch ich Flaumbart von Stadion eingeführt und nahm Teil an den Besprechungen, die über den Gang der Dinge, über die Verhandlungen des Reichstages gepflogen wurden. Auch den Meister journalistischen Stiles, den hochbegabten Eduard Warrens lernte ich kennen. Stadion hatte ihn vermocht, mit seinem „Journal des Österreichischen Lloyd" aus Triest nach Wien zu übersiedeln, was sich im kommenden Herbst vollziehen sollte. Warrens selbst war schon im August in Wien und mietete sich in einem Hause am Neuen Markt, ich glaube in der sogenannten Mehlgrube, ein, wo das Programm für das neue Blatt, das seinen alten Titel beibehalten sollte, festgestellt wurde. Das Programm war in großösterreichischem Geiste gehalten; außer Stadion nahmen Hagenauer, Leopold Neumann und noch ein Dritter, dessen Persönlichkeit mir entfallen ist, an der Beratung teil.

3.

In der Sitzung vom 11. August war vom Reichstage unter allgemein begeistertem Beifall der Antrag Strobach's angenommen

worden, den Kaiser, der am nächsten Tage aus Innsbruck eintreffen sollte, in corpore in Schönbrunn zu empfangen.

Am 12. August fuhren Doblhoff mit den Abgeordneten des Sicherheitsausschusses und der Bürgermeister Dr. Seiller mit einer Deputation des Gemeindeausschusses dem Gütigsten der Monarchen bis Stein entgegen. Um 5 Uhr nachmittags verkündeten der Donner der Geschütze und das Glockengeläute von allen Kirchtürmen die Ankunft des Monarchen in Nußdorf. Vom Landungsplatze bis zur Sankt Stephanskirche und von da bis Schönbrunn machten Nationalgarden Spalier; viele hatten in die Gewehrläufe Blumensträußchen gesteckt, was der militärischen Huldigung einen freundlich-fröhlichen Ausdruck gab. Vor dem Landungsplatze in Nußdorf harrten des Kaisers das Ministerium und die Generalität, im Stephansdome, wo auf seinen Wunsch ein Tedeum gesungen werden sollte, die Geistlichkeit im vollen Ornate und die Mitglieder des konstituierenden Reichstages, die am Vormittage eine gewöhnliche Sitzung abgehalten hatten.

Nach geendeter Feierlichkeit bei St. Stephan fuhren wir Abgeordnete vier und vier in den vom Präsidium beigestellten Fiakern dem Kaiser voraus in das kaiserliche Lustschloß, in welchem eine sehr gemischte Gesellschaft das Erscheinen des allgeliebten Kaisers erwartete. Die Reichstagsabgeordneten und die Mitglieder des Sicherheitsausschusses, der in der Stadt noch immer die zweite Rolle spielte — die erste war, obwohl ohne autoritative Beglaubigung, bei den Studenten —, nahmen im großen Empfangssaale Aufstellung. Nach kurzer Begrüßungsansprache des Reichstagspräsidenten Schmitt und des Vizepräsidenten des Sicherheitsausschusses Wessely zog sich der Kaiser, ermüdet und erschöpft von den nahezu dreistündigen Huldigungen, die er von Stein bis Schönbrunn hatte über sich ergehen lassen müssen, in seine Gemächer zurück.

Meine persönliche Erinnerung an diese feierlichen Vorgänge wurde ein halbes Jahrhundert später in eigentümlicher Weise aufgefrischt. Bei einem Delegationsdiner des Ministers des Äußern saß ich zur Linken des Grafen Eduard Taaffe, der sich, im Jahre 1848 ein Bürschchen von achtzehn Jahren, an der Seite seines Vaters, des Grafen Ludwig, unter den ins Innere des Schlosses eingelassenen Zuschauern befunden hatte. „Wissen Sie“, fragte er mich, „wo ich Sie zum erstenmal gesehen habe? Bei der Ankunft des Kaisers Ferdinand im Schönbrunner Schloß, wo mein Vater, da wir die

über die große Treppe hinaufschreitenden Deputierten musterten, Sie mir zeigte und nannte. Und was mir am meisten an Ihnen auffiel? Der Hemdknopf vor Ihrer Brust, ein großer Diamant!" Ich weiß nicht, was mich abhielt ihm zu gestehen, daß es ein falsum war, eine pierre de Strass, allerdings eine sehr gelungene, weil er einen jungen Mann, der doch gewiß von Kindesbeinen an viel echte Brillanten gesehen hatte, in solchem Grade täuschen konnte!

* * *

In der Sitzung vom 14. August verkündete der Kriegsminister Graf Latour den Abschluß eines „für die kaiserlichen Waffen sehr ehrenvollen" Waffenstillstandes mit dem Königreiche Sardinien, und der Abgeordnete für Mährisch-Sternberg wurde zur Begründung seines am 25. Juli gestellten eine huldigende Anerkennung für die Armee betreffenden Antrages zugelassen. Selinger sprach wie das erstemal mit patriotischer Wärme. Er verlangte, der konstituierende Reichstag habe auszusprechen: „Die österreichische Armee in Italien und in Tirol hat sich um die Ehre des Vaterlandes verdient gemacht", und schloß mit dem begeisterten Zuruf: „Es lebe die Freiheit, es lebe die tapfere österreichische Armee in Italien und Tirol!" Das Zentrum und ein großer Teil der Rechten erhoben sich mit lebhaftem Beifall von ihren Sitzen. Als jedoch der Präsident konstatieren wollte, der Antrag Selinger sei mit Akklamation angenommen worden, leugnete dies die Linke und widersprach laut. Das sei bloß eine Begründung des Antrages gewesen, hieß es von dieser Seite, aber keine Debatte, für die sich ein Redner geschäftsordnungsmäßig anmelden müsse. Das war aber nicht im Sinne Selinger's, der zum Schlusse der Sitzung erklärte: „Zu einer Debatte will ich es nicht kommen lassen, lieber nehme ich meinen Antrag zurück."

Die Haltung der Kammer, strenggenommen doch nur eines Teiles und zwar des kleinern der Versammlung, hat nicht bloß im Heere Radetzky's eine tiefe Verstimmung, ja Verbitterung erregt, sondern auch in andern Teilen der kaiserlichen Armee eine mit Haß gemischte Verachtung des Wiener Reichstages hervorgerufen. Um so gepriesener war bei ihnen der Name Selinger, dem sich von da an in Militärkreisen, sobald er seinen Namen nannte, alle Türen öffneten, um ihn mit Ausdrücken vollster Achtung und Dankbarkeit zu empfangen.

In derselben Sitzung, wo die patriotische Begeisterung Selinger's bei der Linken ein so klägliches Echo fand, richtete der Abgeordnete für Saaz an das Ministerium drei Interpellationen: Erstens über den Ankauf der Herrschaft Plaß durch den Fürsten Metternich, der dafür, wie das Gerede gehe, nichts bezahlt habe; ob die Regierung Sorge dafür getragen habe, die Ansprüche des Staates sicherzustellen? Zweitens über die Landtage, von denen einige jetzt noch, gleichzeitig mit dem konstituierenden Reichstage, beisammen säßen; Löhner verlangte die Schließung sämtlicher Landtage, bevor nicht der Reichstag seine Aufgabe vollendet habe. Drittens über die Prager Swornost, deren Wiederherstellung in Aussicht stehe, worüber ein großer Teil der Prager Bevölkerung von Furcht und Schrecken befallen sei: ob die Regierung den Willen habe, neben der Nationalgarde kein Sonderkorps, mit Ausnahme der akademischen Legion, bestehen zu lassen? Doblhoff beantwortete die erste Frage ausweichend, die zweite ausweichend, die dritte ausweichend. Ein markig entschiedenes Wort war ja von einem Minister, der den nebelhaften Weltgeist zu seiner Egeria erkoren hatte, nicht zu erwarten.

* * *

Nach § 18 der reichstäglichen Geschäftsordnung war das Präsidium alle vier Wochen zu erneuern, doch war Wiederwahl gestattet. Am 17. August war die Frist Schmitt's abgelaufen, die Vormittagssitzung füllten die gewohnten Verhandlungen aus, die Abendsitzung war für die Vornahme der Neuwahlen bestimmt.

Schmitt leitete den Akt in würdiger Weise ein, indem er mit wenig Worten für das ihm bisher geschenkte Vertrauen dankte. (Beifall). Sodann wurde zur Wahl des Präsidenten geschritten. Anwesend waren 313 Abgeordnete, die absolute Mehrheit betrug 157, das Skrutinium ergab 181 Stimmen für Strobach, was mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Strobach dankte von seinem Sitze aus: Er habe seine zeitweise Stellvertretung des Präsidenten nach bestem Wissen und Gewissen geführt (stürmischer Beifall); Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, strenge Gerechtigkeit werde auch fernerhin der Leitstern seiner Amtsführung sein (stürmischer Beifall). Auf die Einladung Schmitt's schritt er nun zum Präsidentensitz hinan, den Schmitt verließ; die beiden Männer umarmten sich herzlich im An-

gesichte der Versammlung, die dabei in neuerlichen lebhaften Beifall ausbrach.

Strobach verdankte seine Wahl der Rechten und dem Zentrum, die deutsche Linke mochte keinen slavischen Präsidenten, ihre Stimmen verteilten sich auf den Troppauer Hein mit 103, den gewesenen Präsidenten mit zwölf, und auf Dr. Franz Schuselka mit zehn Stimmen; 29 Stimmen waren zersplittert. Die Zersplitterung war noch größer bei der Wahl der beiden Vizepräsidenten. Anwesend waren 302 Mitglieder, absolute Mehrheit 152. Hagenauer erhielt 124, Smolka 115 Stimmen, es mußte also ein zweiter Wahlgang erfolgen, und hier vereinigten sich 176 auf Hagenauer, während 115 Smolka treu blieben, dem noch eine neue Stimme zufiel, also 116 Stimmen. Das Ergebnis der Wahl war folglich im Grunde eine Vorrückung: der bisherige zweite Vizepräsident wurde zum ersten.

Für die Wahl des zweiten Vizepräsidenten waren nur mehr 289 Abgeordnete anwesend: auf Smolka fielen 136, auf den Tiroler Strasser 105, auf Schuselka 39 Stimmen, folglich keine absolute Majorität. Die Wahl der Vizepräsidenten interessierte viele Mitglieder nicht besonders, so daß für den zweiten Wahlgang die Zahl der Anwesenden auf 234 herabsank, absolute Mehrheit 118. Smolka, dem beim ersten Wahlgang nur neun Stimmen zur erforderlichen Stimmenzahl gefehlt hatten, bat jetzt seinen Anhang, auf ihn nicht weiter zu reflektieren. Gleichwohl hielten 104 Mitglieder an ihm fest, aber Strasser ging mit 125 Stimmen als Sieger hervor. Unter den verzettelten Stimmen waren manche eigentümlich: so fielen auf Stadion eine, auf Füster zwei, auf Herndl bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten zwei, bei der des zweiten eine Stimme.

In der Sitzung des 18. meldete sich der ehrenhafte Schmitt zum Worte, um für das ihm geschenkte Vertrauen noch einmal zu danken. Er sei, sagte er, der erste Präsident des ersten österreichischen Reichstages gewesen, eine Ehre, die er sich Zeit seines Lebens zu schätzen wissen werde; er bitte die Versammlung, „stets das große Gesetz des Rechtes, das Gesetz der Tugend im Auge zu behalten: Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem andern zu!" (Warmer anhaltender Beifall).

Für den 19. August war große Ausrückung der Garnison und der Nationalgarde und feierliche Feldmesse, „welche der nahen Aus-

sicht eines ehrenvollen Friedensschlusses in Italien gewidmet ist", anberaumt. Es wurde die Anwesenheit des Kaisers Ferdinand erwartet und der konstituierende Reichstag durch eine Zuschrift Doblhoff's eingeladen. Die imposante Feierlichkeit lief in aller Ordnung ab, nur zwei Umstände verrieten in recht auffallender Weise, daß man sich nicht in normalen Verhältnissen befinde. Das eine war die demonstrative Huldigung, die von der Zuschauermenge der vor dem Kaiserzelte defilierenden Nationalgarde und ganz besonders der akademischen Legion mit jubelnden Hochrufen gebracht wurde; das zweite Wahrzeichen war das sogenannte Fuchslied („Was kommt dort von der Höh'" rc.), welches die von Kossak dirigierte Musikbande der Studenten statt der üblichen Volkshymne angesichts des Monarchen aufspielte, eine Taktlosigkeit oder Ungezogenheit, die bei allen, die auf Sitte und ehrerbietigen Anstand hielten, der bereits hochgestiegenen Erbitterung gegen das herausfordernde Gebaren der Studenten neue Nahrung zuführte.

* * *

Der Finanzminister brauchte Geld. Er stellte dem Reichstage die Wahl zwischen drei Maßregeln: Hinausgabe verzinslicher Kassaanweisungen; Aufnahme eines Staatsanlehens; Benützung des Kredites der Nationalbank. Pillersdorff hatte als Berichterstatter des Finanz-Ausschusses in der Sitzung des 16. August auf die Bewilligung von 20,000.000 fl. angetragen, die durch Hinausgabe von Kassascheinen oder durch Aufnahme eines Anlehens oder durch beide Mittel nach Verhältnis des eintretenden Bedarfs hereinzubringen wären. Die Debatte über diese Angelegenheit fand am 21. statt und endete mit der Bewilligung des 20,000.000-Kredites durch eine geschlossene Mehrheit, zum großen Verdrusse der radikalen Presse, die es nicht verschmerzen konnte, daß nicht die Einziehung der Kirchengüter als Universalmittel vorgeschlagen worden sei.

Aber auch im Saale selbst zeigte sich die Linke ungehalten über das Ergebnis der Abstimmung. Alexander Borkowski legte Verwahrung gegen einen Beschluß ein, der „mit Sturm genommen" wurde, ohne über die einzelnen Absätze des Gesetzentwurfes eine Debatte zu eröffnen, und eine Anzahl von achtundzwanzig Abgeordneten, darunter die meisten Polen im Frack und drei deutsche Bauern — Teufel, Krause, Redl —, meldete einen Protest gegen den

Vorgang bei der Abstimmung an, der gleich einem abgesonderten Proteste Klaudy's zu Beginn der nächsten Sitzung vorgelesen und zu Protokoll genommen wurde.

4.

Alle Sitzungen und alle Stunden der Sitzungen, die nicht von unaufschiebbaren anderen Angelegenheiten in Anspruch genommen waren, füllte die Beratung über den Antrag Kudlich aus, wobei manche neue Seite ins rechte Licht gesetzt, aber bedeutend mehr längst Gesagtes und Bekanntes zum so und so vieltenmal wiedergekäut wurde. Auch das, was man neu vorbrachte, war zu einem großen Teile nichts Wesentliches, da die einzelnen Arten der Untertansleistungen der Form oder der Benennung nach von Gegend zu Gegend, oft von Herrschaft zu Herrschaft wechselten. Der Bauer Johann Kaim aus Meiselschlag wollte das auf der Herrschaft Krumau in natura zu leistende Hirschenheu, der Magistratsrat Johann Chota aus Náchod den dort üblichen Weber- und Garn- sowie den Feder-Zins abgeschafft wissen. Der pensionierte Oberamtmann Ligor Sadil aus Polna versuchte in seinem Antrage alle möglichen Ausstrahlungen des obrigkeitlichen Herrenrechtes aufzuzählen, darunter das Jagdrecht auf den nicht eigentümlichen Gründen und das Fischereirecht in den nicht der Obrigkeit gehörigen Gewässern, den Bezug von Laudemien, Mortuar- und Abfahrtsgeldern, aber auch die Verbindlichkeit der Juden zur Zahlung des sogenannten Schutzgeldes, und P. Kratochwill aus Altsattel verlangte die Aufhebung auch aller die Freiheit des Gewerbes beschränkenden nicht rein privatrechtlichen Lasten. Der uns schon bekannte Realitätenbesitzer Kajetan Nagele formulierte den zweiten Absatz seines Antrages in den Worten: „Auch das gräßliche Laster" — Präsident: „Soll wohl heißen Last?" (allgemeine Heiterkeit) — „des Bier- und Branntweinzwanges möge alsogleich aufgehoben werden".

Die Redner der Linken waren unerschöpflich in der grellsten Ausmalung des Verhältnisses zwischen Obrigkeit und Untertan. „Alle untertänigen Lasten", sagte der Bezirkskommissär Anton Goriup aus Parenzo, „sind ein Geschwür, das ausgeschnitten werden muß". „Die Phantasie schaudert", meinte Umlauft, „wenn sie die Summe all der

Gräuel und Schändlichkeiten überblickt, die an diesem fluchwürdigen Verhältnisse haften. Es gibt kein Verbrechen, keine Untat, die nicht unter dem Mantel der obrigkeitlichen Hoheitsrechte verübt worden sind, und diese Hoheitsrechte schweben noch immer wie ein Damokles-schwert über den Häuptern von Millionen Untertanen". Er ereiferte sich gegen jene — ich war gemeint — die der Freiheit das Recht entgegenhalten wollen: „Meine Herren, ich antworte darauf: Recht und Freiheit sind identisch. Es gibt nur ein Recht, und dieses Recht ist die Freiheit". „Die Aristokratie und das Feudalsystem", rief der Bezirksaktuar Joseph Cerne, „sind zwei Tyrannen gegen den Geist und das Eigentum der Menschheit, indem sie den Geist unterdrückten, das Eigentum ausbeuteten und den leiblichen Körper zur Sklaverei erniedrigten". Und wie seien diese Verhältnisse entstanden? „Der Bauer, der Häusler, die Inleute sind nur mit Zwang und Waffengewalt unterjocht und in Sklaverei gebracht worden." (Nagele.) „Eine unbezweifelte geschichtliche Tatsache ist die, daß in den Zeiten des Faustrechtes die Raubritter ganze Gemeinden, physische und moralische Personen unmittelbar durch Zwang in ihre Botmäßigkeit gebracht haben. Wer das in Abrede stellt, dem ist nicht zu helfen (Gelächter). Dasjenige, was durch das Faustrecht begründet worden, kann im Laufe der Zeiten noch weniger zu einem Rechte erwachsen. Ich weiß nicht, wie eine Gewalt, die durch Jahrhunderte dauert (großer Beifall von den Sitzen der Linken unterbricht den Redner), die schreiendste Ungerechtigkeit in ein Recht umstempeln kann" (Goriup).

Eine eigentümliche Färbung gewann die Debatte seitens der galizischen Abgeordneten durch den Gegensatz der „Polen im Frack" und der zahlreichen Polen in der Halena.*) Es war ein Kampf aufs Messer zwischen den beiden. Die Krakauer Edelleute konnten es Stadion nicht verzeihen, daß er Urheber oder doch Mitwisser und Teilnehmer jenes Patentes vom 18. April war, durch welches das Ministerium die Befreiung des Bauernstandes ihnen entwunden und in die eigene Hand genommen hatte. Sie nannten dies ein „Verbrechen" und die heftigste Gereiztheit gegen die Regierung sprach aus ihren Reden. „Die Regierung hat in dieser Sache als Kommunist gehandelt", rief Dylewski, einer ihrer beredetesten Kämpen. Auch

*) halena = böhmischer Bauernkittel.

auf die Vorgänge von 1846 kamen sie wiederholt zurück: „Das Blut, das damals geflossen, wird auf die Urheber zurückfallen!"

Aber nun sollte man die Vertreter des Bauernstandes hören! Das ganze Slavenland, meinte Michael Popiel aus Kulczyce, hätten Wojwoden, Kniazen, Starosten und Bojaren beherrscht; „alles übrige war Bettelvolk, vom Himmel heruntergefallen (Beifall), nicht Menschen, die den besagten Herren zu Füßen krochen und sie demütigst um einige Joch Grundes gegen bestimmte Robotleistungen anflehten, was ihnen huldreichst zugestanden wurde. Aber, wo sind die Bevorrechtigten in den ewigen Gesetzen der Natur? Kommt etwa jemand bespornt auf die Welt oder wird er höher geboren als ein anderer?" (Beifall.) Am schärfsten setzte den galizischen Edelleuten der Bauer Ivan Kapuszczak aus Lachowice, Abgeordneter für Sołotwina und Bohorodczany, zu. „Wir hatten 100 Tage Robot zu leisten, der Gutsherr hat aber 300 Tage gefordert, weil er drei bis vier Tage nur für einen gerechnet hat; meine Herren, hat hier der Bauer oder der Gutsherr zu entschädigen? An Sonn- und Feiertagen hat der Gutsherr den Bauer in seine Kost genommen, d. h. er hat ihm Eisen anlegen und ihn in einen obrigkeitlichen Viehstall einsperren lassen, damit er die nächste Woche fleißiger bei der Robot sei, und dafür soll der Gutsherr Entschädigung erhalten? Der Edelmann hat den ermüdeten Bauer mit Peitschenhieben zur Arbeit aufmuntern lassen und, wenn sich einer beklagte, sein Zugvieh sei zu schwach, welche Worte mußte er da hören? ‚Spann dich und dein Weib ein!' Ich bitte die hohe Versammlung: für was sollen wir entschädigen? Die Peitschen und die Knuten, die sich um unsere Köpfe, um unsere ermüdeten Körper umgewickelt haben, damit sollen sich die Edelleute begnügen und das soll ihre Entschädigung sein!" (Großer anhaltender Beifall der Linken).

Dem sarkastisch-leidenschaftlichen Kapuszczak erwiderte in ruhigem Tone Smolka: Der Abgeordnete für Bohorodczany habe schauerliche Sachen erzählt, die, wenn sie erwiesen wären, die Gutsherren zu verruchten Verbrechern stempeln würden. Aber das seien einzelne selten vorkommende Fälle, die er vorgebracht, aber nicht erwiesen und zu wahrheitswidrigen Anschuldigungen gegen die Gesamtheit der galizischen Gutsbesitzer benützt hat. „Meine Herren, wollten Sie den Kaufmannsstand für ehrlos erklären, weil es einen verbrecherischen Bankerottierer gegeben hat?! Meine Herren, wir wollen Gesetze machen,

geben wir sie mit klarem ungetrübten Urteil nach Recht und Gerechtigkeit, aber hüten wir uns, Leidenschaften zu Hilfe zu rufen, die nur dazu dienen, uns in Haß und Zwietracht zu erhalten!" (Großer Beifall.)

Allein derartige Erwägungen und Mahnungen verfingen nicht bei der Partei der Unversöhnlichen.

Fünftes Buch.

Entschädigungsfrage.

1.

Daß die Robot aufhören, das Untertänigkeitsverhältnis gelöst werden müsse, darüber war im Grunde alle Welt einig, im ganzen Hause war nicht einer, der sich herausnehmen wollte, den Fortbestand jener Zustände zu befürworten. „Wer noch das Untertänigkeitsverhältnis verteidigen will", sprach Popiel, „der trete vor und spreche aufrichtig: ,Es ist so schön, wenn fremde Hände für uns arbeiten (Heiterkeit), es läßt sich so bequem ohne Sorge und Anstrengung leben (Heiterkeit), und man ist überall der erste; aber durch diese fatalen Neuerungen sinken wir als unbedeutende Einheiten unter das Volk herunter und das wollen wir nicht'. Das würde ich glauben, das wäre wahr gesprochen; alles übrige, was von den Gegnern gesagt wird, ist blauer Dunst". (Beifall). Auch wurde tatsächlich die Robot, wohl seit dem kaiserlichen Patent vom 28. März, weitaus nicht mehr geleistet. Borrosch berief sich, allerdings nicht ohne Widerspruch aus dem Zentrum, auf fünfzig Gutskörper in Böhmen, wo die Untertanen für ihre Herrschaft nicht mehr die Hand rührten.

Der Widerstreit der Meinungen in der Kammer drehte sich nur mehr um die Frage der Entschädigung, um das „ob" und „wie", eine Frage, die Kudlich in allen seinen Anträgen offengelassen hatte. Daß die Männer der Linken von einer Entschädigung überhaupt nichts wissen wollten, war von ihrem Standpunkte von vornherein ausgemacht. Kudlich selbst stellte jene, die eine Entschädigung forderten, als „Feinde der Volksfreiheit" hin und Cerne, Popiel u. a. wollten deshalb den Hinweis auf eine „etwaige Entschädigung" einfach gestrichen wissen. Violand verlangte, „daß der Bauer augenblicklich, ohne jede Entschädigung freizugeben sei. Der Mann

der Revolution erkennt kein historisches Recht als solches an: das historische Recht ist meiner Ansicht nach nichts anderes als das mit juristischen und philosophischen Floskeln verbrämte Faustrecht. (Beifall). Ob der Gutsherr sein Gut erst unlängst gekauft hat und jetzt Schaden erleidet, geht mich gar nichts an, ebensowenig als wenn der Käufer meiner entwendeten Uhr verhalten wird, mir sie zurückzustellen". Med.-Dr. Johann Bittner aus Rohle in Mähren leugnete, daß sich die Robot auf irgend ein Recht, sei es ein natürliches, sei es ein historisches, stütze: „Wenn ursprünglich die Verbindlichkeit zu gewissen Leistungen für den Schutz eingegangen wurde, den der Gutsbesitzer oder Ritter oder wie er sonst geheißen haben mag, seinen Untertanen verlieh, so hat dieser Schutz längst aufgehört; es ist also, was aus dem Titel dieses Schutzes gefordert wird, widerrechtlich, und die Gutsherren wären eigentlich zum Ersatze dieses durch so lange Zeit bezogenen Schutzgeldes verpflichtet". Die Gegner, raisonnierte Goriup, behaupteten, das Eigentum sei heilig und zögen daraus den Schluß, man dürfe es nicht antasten. „Allein, wenn dieses Eigentum heilig ist, was berechtigt Sie dann, meine Herren, in dasselbe einzugreifen? (Beifall). Und wie kann etwas, was auf der einen Seite als unnatürlich, als widerrechtlich anerkannt und verworfen werden muß, auf der andern Seite als ein wohlerworbenes Recht und noch dazu als ein heiliges Eigentum erklärt werden? (Beifall). Die Prämisse der Gegenseite ist: das Eigentum ist heilig und der Schlußsatz lautet: daher schützen wir alles, was die Herrschaft besitzt; aber die zweite Prämisse, daß das, was die Herrschaft vom Untertan fordert, Eigentum sei, ist bei diesem Raisonnement ausgelassen". Was braucht der Gutsherr eine Entschädigung, fragte Popiel: „Er ist ja entschädigt genug durch den Wegfall der Lasten, die er bisher getragen, der Gerichtsbarkeit, der Vormundschaft über seine Untertanen, der Sorge für ihre Gesundheit (Heiterkeit), der hergebrachten Verpflichtung, sie zu unterstützen; er wird auch nicht mehr nötig haben, als Landstand in goldverbrämter Uniform in großen Kaleschen alljährlich in der Hauptstadt pflichtgemäß zu paradieren".

Ja, nicht genug, daß die Gutsherren nach der Auffassung der Linken, was ihnen bisher zukam, ohne allen und jeden Ersatz verlieren sollten, viele drehten sogar den Spieß um und verlangten, wie ja Bittner andeutete, Entschädigung seitens der bisherigen Be-

rechtigten. „Der Untertan wird sagen: Mein Gegner hat mich geknechtet am Geiste, tyrannisiert am Körper, ausgeraubt am Vermögen, ich fordere Rückstellung" (Cerne). Der Bukowiner Bauer Basil Kirsti trat mit der Forderung auf, „daß die Grundherren dem Bauer jeden Robottag vergüten, den sie mehr abgefordert haben als die alten Urkunden oder Kontrakte nachweisen". Eine Gegenrechnung anderer Art stellte Borrosch auf. Er ereiferte sich gegen die „Peiniger und Dränger des Volkes", die „Gelderpresser" und meinte: „Viele haben jetzt schon die Krallen eingezogen, sie gleichen Wölfen mit ausgerissenen Zähnen; aber manche von ihnen können doch noch schnappen und zwicken". (Heiterkeit). Gegen sie möge „im Sinne der Anerkennung der Menschenrechte und einer konstitutionellen Volksfreiheit" im gerichtlichen Wege vorgegangen werden. Jene Beamte, „die sich als unwürdig erwiesen haben mit der Ausübung der Patrimonialgerichtsbarkeit ferner betraut zu bleiben", wären nicht bloß unverzüglich ihrer bisherigen Amtswirksamkeit zu entheben und durch neue Beamte zu ersetzen, sondern über sie „das folgende gesetzliche Verfahren" einzuleiten: erstens, daß die Mehrheit der vormaligen Untertanen hierüber den Beschluß fasse; zweitens, daß „eine durch unverdächtige Zeugenaussagen tatsächlich begründete Anklage" gestellt werde; drittens, daß „ein nach dem provisorischen Gesetze gebildetes Geschwornengericht eines Nachbar-Dominiums das ‚Schuldig' ausspreche."

„Wissen Sie, meine Herren", drängte der heftige Violand, „was geschehen wird, wenn wir diese Angelegenheit noch länger verzögern? Es kann geschehen, daß die uns feindselige Partei, der durch die Einnahme von Mailand der Kamm gewachsen ist, den Bauer durch Exekution, wie es unlängst auf einer Herrschaft in Böhmen geschehen ist, zu einem Aufstande reizt, um dann mit Militärgewalt einschreiten zu können, wo dann die Siege in Italien nicht bloß Niederlagen der italienischen Unabhängigkeit, sondern auch Niederlage unserer, der demokratischen Freiheit werden dürfte". (Stürmischer Beifall).

Deshalb forderte Bittner am 16., wie es Nagele ein paar Tage früher getan, Namensaufruf für die Abstimmung: sollte das, was die Verteidiger der Freiheit verlangen, nicht geschehen, „so sind ihre Köpfe doch noch mehr wert, als die Anatomie dafür zahlt". Zischen der Rechten, Rufe „zur Ordnung"; der Redner „excusiert"

sich und tritt ab, begleitet vom Beifall der Linken und der Galerie und von Ausrufen des Unwillens und der Entrüstung aus den Bänken der Rechten.

* * *

Daß das „ob" und die „etwaige Entschädigung" aus den Kudlich'schen Anträgen weggelassen werde, verlangte die konservative Partei ebenso wohl wie die radikale, nur selbstverständlich aus anderen Gründen und im gerade entgegengesetzten Sinne. „Ob" eine Entschädigung zu leisten sei, sagten die Konservativen, könne gar nicht in Frage kommen, und statt „etwaige" Entschädigung müsse es heißen gegen eine „billige" — Trojan, Doliak, Hein — oder gegen „spätere" Entschädigung (Trzecieski).

Die Redner dieser Richtung hatten fürs erste die mitunter recht argen Übertreibungen und Verdrehungen zu bekämpfen, deren sich jene der Linken in ihrem Übereifer schuldig machten. Der Bauer soll frei sein, ja! so setzte Dylewski seinen Gegnern auseinander. Aber sei der Bauer der einzige in der menschlichen Gesellschaft, der Ursache habe, mit seinem Lose nicht immer zufrieden zu sein? Gebe es nicht andere Klassen, die nicht weniger Ursache hätten, nach einer Erleichterung des auf ihnen lastenden Druckes zu seufzen? „Denken Sie an die Inleute, die Taglöhner, die Bedienten, die Armen in den Städten und, meine Herren, das Elend in den Städten ist weit größer als das auf dem Dorfe! Wie mancher dieser städtischen Bedrückten würde mit Freuden mit dem Bauer tauschen, würde die Gründe mit all den Lasten, die der Bauer bisher tragen muß, gern übernehmen! Nicht bloß die Großgrundbesitzer haben ihren Rustikalisten, wie ein Redner von der Gegenseite sich ausgedrückt hat, die Hälse so eng zusammengeschnürt, daß man zum Messer greifen muß, um den Knoten zu zerschneiden: es haben noch viele andere anderen die Hälse zusammengeschnürt." Er berief sich auf ein Wort, das Adolfe Thiers in diesen Tagen in der französischen Kammer gesprochen hatte: „Wenn jemand dies Heilmittel, dieses Wünschelrütlein weiß, jedem menschlichen Elend auf einmal abzuhelfen, der möge es sagen, ich weiß es nicht!"

Die Gegner, sagte Ritter v. Lasser in seiner nüchternen trockenen Weise, verdammten die Robot, weil es schmählich, entehrend sei, weil es sich mit der Menschenwürde nicht vertrage, andere für

sich arbeiten zu lassen, fremde Arbeit für sich zu benützen. Aber benütze nicht jeder Mensch vom frühen Morgen bis zum späten Abend, bei jeder Speise, die er genieße, bei jedem Kleidungsstück, das er anlege, fremde Arbeit und begehe daher nach den Anschauungen der Gegner durch seine ganze Lebenszeit eine fortwährende Ungerechtigkeit?! „Wenn man aber diesen Satz bloß auf die agrarischen Verhältnisse, auf das Bearbeiten des fremden Grund und Bodens anwenden will, so steckt dahinter eine für die Bauerngutsbesitzer selbst keineswegs liebsame Konsequenz. Wenn wir diesen sagen, es sei widersinnig und rechtswidrig, daß einer für den andern arbeite und schwitze, was würden wir sagen, wenn nun die agrarischen Taglöhner, die Inleute, die Bauernknechte ihrerseits vor die Bauerngutsbesitzer hintreten und etwa folgendermaßen reden würden (Heiterkeit): Ihr habt uns bisher dazu benützt, daß wir mit unserer Handarbeit euren Grund und Boden für euch bebauen, mit unserem Schweiß euren Acker düngen, dafür habt ihr uns kaum so viel gegeben, daß wir, wenn die Landluft nicht so nahrhaft wäre (Gelächter), keiner hätten existieren können. Nun hören wir aber, daß es widerrechtlich und vernunftwidrig ist, für jemand andern zu arbeiten und sich zu plagen, daher werden wir in Zukunft euren Grund und Boden nicht mehr für euch bebauen, sondern als den unseren für uns selbst benützen. (Heiterkeit). Wenn ihr uns entgegenhaltet, daß ihr euren Grund mit eurem Geld erkauft habt, so wenden wir ein, daß uns das gar nichts angeht; denn es war nur eine wucherische Spekulation auf fremden Fleiß und Schweiß, die der Vernunft widerstrebt". (Gelächter).

Auch das rückten die Zentrumsredner ihren Nachbarn von der Linken mit vollem Rechte vor, daß sie nur von den Lasten und Leistungen der Untertanen zu reden wüßten, aber die Gegenleistungen der Obrigkeiten, ja die wirklichen Wohltaten, die jene von diesen genössen und die ihnen bei einer bedingunglosen Lösung des Untertanbandes entgehen müßten, mit keinem Worte berührten. Der Iglauer Magistratsrat Streit wies auf Mähren hin, wo die ärmeren Leute das Recht, Streu im Walde zu klauben und für den Winter, der in Gebirgsgegenden fast acht Monate dauere, Holz um geringe Beträge zu beziehen und wo die Einwohner, die sich durch Spinnen das Nötige zu erwerben suchten, der größten Not, ja der Gefährdung ihrer Existenz preisgegeben wären, wenn die Rechte auf

die herrschaftlichen Meldungen, die meist in dem Untertänigkeitsverhältnisse ihren Grund haben, ihnen entzogen würden. Ähnliches führte der Kammerprokuratursadjunkt Dr. Karl Ullepitsch aus Krain an: „Die Landleute in den Hochbergen meiner Heimat, in den steinigen Klüften des Karstes, haben meist einen so geringen Grundbesitz, daß er nicht hinreicht die Menschen zu ernähren; aber sie haben zwei höchst wichtige Nutzungsrechte, nämlich das Recht der Beholzung und der Weide, und werden insbesondere durch das letztere in die Lage gesetzt, die Viehzucht zu betreiben und so sich und die Ihren zu ernähren. Für diese Leute sind die besagten Rechte Lebensfragen: nimmt man ihnen diese Nutzungen, so nimmt man ihnen das Nötigste, sie werden nicht mehr im stande sein sich zu erhalten." Daher sollte, fügte er bei, die rechtliche und staatswirtschaftliche Regelung dieser Verhältnisse Gegenstand eines besondern Gesetzes sein.

„Ich glaube", sprach der Edle v. Thinnfeld aus Steiermark, „wenn wir dem einen recht tun, müssen wir gegen den andern billig sein, eine ungleiche Wagschale wird niemals Segen bringen". Die Berechtigungen der Obrigkeiten, führte er weiter aus, repräsentierten in der ganzen Monarchie ein ungeheures Kapital, ein Eigentum von mehr als zweihundert Millionen; durch die Frage, „ob" eine Entschädigung dafür zu leisten sei, werden diese Werte in die Luft gesetzt; übrigens seien die grundherrlichen Bezüge in die öffentlichen Bücher eingetragen, seien vererbt, verkauft, vertauscht worden, somit als Recht und wahres Eigentum anerkannt. Auch Klaudy und Trojan von der Rechten wiesen auf den in Böhmen landtafelmäßig sichergestellten Wert der Güter und Herrschaften hin, wovon die Robot einen ansehnlichen Teil ausmache; für die Entziehung dieser Werte müsse Entschädigung geleistet werden, „wenn wir das Eigentum in allen Beziehungen für heilig halten". Eine besondere Rücksicht verlangten jene Gutsherren in den ober- und inner-österreichischen Landen, deren Bezüge in Zinsungen und sogenannten trockenen Gefällen bestanden; nähme man ihnen diese, betonte Dr. Wiser aus Linz, so seien sie an den Bettelstab gebracht: „Wenn man Mitleid mit der bisherigen Lage der Grundholden hat, so muß man auch Mitleid mit der bedrohten Lage der Bezugsberechtigten haben."

Den entschiedensten und schärfsten Ausdruck fand die Behandlung dieser Frage in der Rede des Wiener Advokaten Dr. Andreas

Grebler, eines Tirolers von Herkunft, der als Abgeordneter die Stadt Schwaz vertrat. Als Rechtsmann ließ er sich weniger auf die Art des Entstehens der Gutsuntertänigkeit, als auf die Rechtswirkungen seit dem Bestande und der mehrhundertjährigen Dauer dieses Verhältnisses ein, zufolge dessen der jetzige Besitzer nicht bloß den territorialen Umfang, sondern auch den Inbegriff der sämtlichen diesem Gute als solchem anklebenden Präſtationen rechtsförmlich überkommen und übernommen habe. Darum möge die hohe Reichsversammlung zwei Prinzipe unter einem und gleichzeitig aussprechen:

Aufhebung des Untertänigkeitsverhältnisses mit all seinem Anhang —

Recht der Entschädigung derjenigen, denen bisher die Bezugsberechtigung zugesprochen war.

„Oder soll uns wirklich zugemutet werden können, daß das erste bedeutende Lebenszeichen, welches diese hohe Versammlung bezüglich ihrer legislativen Tätigkeit ins Leben treten läßt, der Ausspruch der Konfiskation des Vermögens einer so bedeutenden, einer so namhaften Klasse von Mitbürgern sein soll?!" Wie man bei privatrechtlichem Übergange eines Gutskörpers von einer Hand in die andere die demselben zu gute kommenden Forderungen und Vorteile mit in Anrechnung ziehe, so würden anderseits die darauf haftenden Lasten und Schuldigkeiten in Abrechnung gebracht. „Sie sehen demnach, meine Herren, daß die Rechtsgrenze sowohl in Ansehung des Berechtigten als des Verpflichteten streng gezogen ist. Jeder hat seine angewiesene Sphäre, jeder weiß, daß er nach Rechtsgesetzen nur auf so viel gesetzmäßigen Anspruch hat, als er durch einen gültigen Titel an sich gebracht hat". Nach einer längern Ausführung dieses Satzes schloß der Redner mit der Frage, was dann folgerichtig geschehen müßte, wenn man die Entschädigungspflicht nicht anerkennen wollte: „Dann, meine Herren, bleibt uns nichts anderes übrig als die Kapitel von Diebstahl und Raub aus den Gesetzbüchern sofort zu streichen (Zischen) und zu den Gefängnishäusern hinzueilen und diejenigen in Freiheit zu setzen, die wegen Verletzung des Eigentums büßen". Der Redner verließ unter fortwährendem Zischen der Linken und Rufen „Zur Ordnung" die Rednerbühne.

Daß man die Gutsherren nicht ohne allen Ersatz ihrer seitherigen Genüsse und Vorteile entkleiden dürfe, gaben selbst die billiger Denkenden der Gegenseite zu. Borrosch, der zwar nicht nach seinem

Sitze im Hause, aber nach seiner politischen Gesinnung zur Linken zählte, berief sich auf das „Heilig ist das Eigentum“, das man in den Wiener Maitagen an Haus- und Gewölbetoren angeschrieben fand: „Arbeiter waren es, die ihre Seelengröße dadurch bekundet haben, und wir, die Arbeiter des Reichstages, sollten ihnen darin nachstehen? Hüten wir uns, unserem noch unverdorbenen Volk in den erregten Gelüsten der Eigentumsberaubung eine für die Volksfreiheit tödtliche Pestbeule einzuimpfen!“ . . Allein nicht der bisherige Untertan hätte nach Ansicht der Linken diese Entschädigung zu leisten. So war Schuselka für eine billige Entschädigung, „wenn sie möglich ist, ohne daß der Bauer dem Belasteten etwas dafür zahlt“. Peitler nannte „Staats- oder ständische Mittel“, die für diesen Zweck in Anspruch zu nehmen wären; die meisten seiner Partei aber nannten geradezu den Staat, weil dieser „durch seine Willkürgesetze an dem Elende der Untertanen Schuld trägt“ (Demel), „und weil wir nicht mehr unterscheiden können, welche Bezüge rein privatrechtlicher Natur sind und welche nicht“ (Borrosch). „Der Bestand des Untertänigkeitsverhältnisses ist ein Übel, ein langjähriger Krebsschaden, man schneidet diesen Krebsschaden aus — wie kann dafür ein Recht der Vergütung vorhanden sein?“ Es könne sich höchstens um Heilungskosten handeln, und diese seien nur dem Staate aufzulasten, der dieses Übel großgezogen habe (Goriup). Auch die Polen im Frack, selbst jene, die mit der Linken gingen, sprachen sich, da sie fast durchaus Gutsbesitzer waren, für Entschädigung aus, und zwar durch den Staat, einmal weil dies in dem Patente vom 18. April ausgesprochen war, und mehr noch deshalb, weil sie die Bauern fürchteten und diesen nicht neuen Stoff zur Erbitterung geben wollten.

Die Redner vom Zentrum und von der Rechten sprachen sich zwar mit großer Entschiedenheit für den Grundsatz der Entschädigung aus, ließen sich aber auf die Fragen wie? und von wem? in der Regel nicht ein, sondern stellten diese Lösung entweder einem aus dem Schoße der Versammlung zu wählenden Ausschusse — drei Mitglieder aus jedem Gouvernement — oder einer aus einer Anzahl von Abgeordneten und von Vertretern der Regierung zu bildenden Kommission anheim. Den Satz, den ich in meinem Antrage ausgesprochen und begründet hatte: „Entschädigung dem, der verliert, durch den, der gewinnt“, wagte keiner nackt und klar hinzustellen,

wenn es auch an Andeutungen in dieser Richtung nicht fehlte. So berief sich Trojan auf seine Welwarner Kommittenten, die sich ihm offen für eine billige Abfindung mit ihrer Obrigkeit erklärt hätten. Ähnliches bezeugten andere Redner von der Rechten, und Baron Ingram vom Zentrum sprach für Bozen und dessen Umgebung: „Meine Herren, ich vertrete auch den Bauernstand, keiner meiner Kommittenten hat mir zugemutet, auf gar keine Entschädigung anzutragen, und hätte man mir dies zugemutet, ich hätte mein Mandat nicht angenommen (Beifall). Keine Entschädigung wäre eine Ungerechtigkeit, die wir nicht aussprechen dürfen".

Doch was entgegnete Vorbringungen solchen Charakters der Abgeordnete für Perchtoldsdorf?! „Wenn die Bauern des Herrn Abgeordneten Trojan", sagte Schuselka, „so großmütig sind (Heiterkeit), daß sie von ihrer Grundobrigkeit nichts geschenkt haben wollen, dann bin ich vollkommen einverstanden, und in manchen Gegenden wird es großmütige Bauern geben, die etwas hergeben werden, um nur der Sache ein Ende zu machen". Allein nicht Sache des Reichstages könne es sein, dieses Vorgehen zum Grundsatz zu erheben. „Wir sagen dem Bauer: Du hast bisher etwas gezahlt, was du vor Gott und der Welt nicht verpflichtet warst zu zahlen, und zu gleicher Zeit sagen wir demselben Bauer: Du mußt aber, um jetzt endlich aufhören zu dürfen die ungerechten Abgaben zu zahlen, dich loskaufen. Es ist dies doch ein allzu greller Widerspruch, und ich glaube, es kann dies niemand von uns beschließen wollen" (Großer Beifall).

2.

Wie verhielt sich diesem nun schon viele Wochen andauernden lebhaften und mitunter hitzigen parlamentarischen Kampfe gegenüber das Ministerium? Es schwieg! Was sollte es auch tun? Und was mühten sich die Volksvertreter mit ihren Reden pro et contra ab? Zuletzt kam es ja doch auf den „Weltgeist" an, der allein die Politik mache! Wohin aber zielte dieser? Nach Doblhoff's Auffassung unverkennbar nach der radikalen Seite. Am Tage nach Gredler's geharnischter Rede trat Aloys Fischer, damals Ministerialrat für das Innere, zum Sitze seines Landsmannes und Freundes und teilte

ihm mit, Doblhoff habe gesagt: „Der Gredler bereitet uns nur eine Verlegenheit! Durchsetzen läßt sich's ja doch nicht!"

Ich zweifle, daß dieser Orakelspruch in weiteren Kreisen bekannt wurde, ich selbst habe ihn erst später, nachdem längst alles abgetan war, erfahren. Jedenfalls hat er auf die Entschädigungspartei nicht den geringsten Einfluß geübt. Sie hielt zäh und wacker aus. Es fanden häufige Zusammentretungen der Unsrigen im Kasino — wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, im Hotel „zur Kaiserin von Österreich" in der Weihburggasse — statt, die zahlreich besucht waren und wo die verschiedenen Phasen der Verhandlung sowie der Vorgang, den man ihnen gegenüber zu beobachten hätte, mit lebhaftem Eifer besprochen wurden.

Die Haltung des Ministeriums, wenn anders die Mitteilung Fischer's als der Ausdruck desselben gelten konnte, war auch deshalb schwer begreiflich, weil es denn doch schon die Stärke der miteinander im Streite befindlichen Parteien einigermaßen abwägen konnte. Gegen die Entschädigung war nur die Linke, und selbst bei dieser machten die polnischen Edelleute, die dort saßen, aber als bezugsberechtigte Gutsbesitzer ins Mitleid gezogen waren, eine Ausnahme. Für die Entschädigung waren das Zentrum und die Rechte mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen. Spaltungen gab es hier nur über das Wie und Wieweit. Einige Redner wollten die ganze Angelegenheit vom Reichstage ausgeschieden und den Landtagen zugewiesen wissen. Namentlich Brauner war es, der diesen Satz mit sehr gewichtigen auf die eigentümliche Natur des österreichischen Staatskörpers hinweisenden Argumenten verfocht, was der Linken durchaus nicht behagte und Murren und Zischen aus ihren Bänken hervorrief. Andere wollten gewisse Personen, z. B. Häusler und Inleute, die nicht mehr als fünf (Zimmer) oder neun (Lhota) Metzen Grund besäßen, oder gewisse Angelegenheiten, z. B. Laudemialgebühren beim Einkauf von Gemeindeparzellen (Mokrý), von jeder Entschädigungspflicht freigehalten haben.

Gewiß zeugte die große Anzahl von Zusatz-, Verbesserungs- und Abänderungsanträgen für die allseitige und rege Teilnahme, welche die Mitglieder des Reichstages einer Angelegenheit von so hervorragender Bedeutung entgegenbrachten. Auch hatte dieselbe durch die vielfache Beleuchtung, die sie bald von dieser bald von jener Seite erfuhr, unleugbar an Klarheit gewonnen. Allein dies wäre ohne Frage auf

geeigneterem Wege erzielt worden, wenn man sich von allem Anfang an die Bestimmungen der Geschäftsordnung gehalten und den von Kudlich eingebrachten Antrag an die Abteilungen verwiesen oder einen eigenen Ausschuß dafür eingesetzt hätte. Der Amendements wurden zuletzt so viele, daß Zweifel auftauchten, ob man das Recht zu amendieren nicht einer Beschränkung unterwerfen sollte. Das ließ sich denn doch nicht tun. In der Sitzung vom 9. August hatte Umlauft beantragt, daß eine eigene Kommission sich mit Zuhilfenahme aller bis dahin eingebrachten Anträge über eine neue Textierung des Kudlichschen Antrages einigen sollte. Der Vorschlag war nicht angenommen worden.

Versuche, die Verhandlung zu beschleunigen, waren die kombinierten Anträge, womit Kudlich selbst bei seinem zweiten Verbesserungsantrag den Anfang gemacht hatte. Einen gemeinschaftlichen Antrag hatten fünf „Grundwirte", d. h. Bauern aus Galizien eingebracht: Gabrys, Storc (spr. Storz), Pietrowski, Stasiowski, Drauß. Der Abgeordnete für Saaz brachte einen Aufsatz, dessen erster Punkt die Anträge Klaudy, Polaczek, Binninger, Gleispach, Storc und Lhota, der zweite die Anträge Neuwall und Kautschitsch, der dritte die Anträge Praschak, Trojan, Peitler und Trzecieski in sich aufnehmen sollte. Allein es war eben ein Antrag wie ein anderer, der ebenso wie dieser begründet werden mußte. Am 12. August hatte Violand „Schluß der Debatte" verlangt, allein Mayer hatte ihm mit Recht die Frage entgegengesetzt, wie etwas geschlossen werden könne, was noch nicht begonnen habe; denn man befinde sich ja noch nicht im Stadium der Debatte, sondern erst in jenem der Begründung der eingebrachten Anträge. Als Brestel dies in Abrede stellen wollte: es sei ja eine „vollkommene Diskussion des Gegenstandes" in der man sich bewege (Nein, nein! von der Rechten), erinnerte ich ihn, er selbst habe mich am Tage zuvor mit der Bemerkung unterbrochen: es sei hier keine Verhandlung, es sei sich auf die Begründung der gestellten Anträge zu beschränken. „Ich bin ebenfalls der Ansicht", fuhr ich fort, „daß wir rasch wie Jünglinge ans Werk schreiten sollen; aber ich bin nicht minder der Ansicht, daß wir besonnen wie Männer das Werk ausführen sollen. Jene ewig denkwürdige Versailler Nacht vom 4. August 1789 darf uns nicht zum Vorbilde, sondern muß uns zur Warnung dienen. Die Männer von Frankreich haben jene Nacht in einem politischen Rausche verbracht, und vielleicht die

Hälfte von ihnen ist am andern Morgen mit einem politischen Katzenjammer aufgewacht" (Rufe zur Sache). . . . Das schließliche Ergebnis war, daß man zur Tagesordnung überging, d. h. daß die Verhandlung in der bisherigen Weise fortgeführt wurde.

In derselben Sitzung vom 12. August war die Begründung der gestellten Anträge geschlossen. Borrosch mit einem sehr weitläufigen Vorschlage war der letzte; er war der sechzigste Redner. Unmittelbar an diesen Abschluß reihte sich der Beginn der Debatte, welche der Abgeordnete für Brandeis a. d. Elbe (Jonák) und der für Welwarn (Trojan) eröffneten und denen Sitzung für Sitzung die weiteren eingeschriebenen Redner folgten, zeitweise unterbrochen durch nachträglich eingebrachte Amendements, von Pitteri aus Triest, von Feifalik aus Mährisch-Sternberg, die eine geschäftsordnungsmäßige Begründung erforderten. In solcher Weise eröffnete sich der Ausblick auf abermalige endlose Verhandlungen, was neue Vorschläge zur Abkürzung und Beschleunigung hervorrief. Am 16. machte Klaudy aufmerksam, es seien an die vierzig Redner eingeschrieben: wollte sie der Präsident nicht auffordern, aus ihrer Mitte eine bestimmte Anzahl zu wählen — also das, was wir heute Generalredner heißen — die allein über den Gegenstand noch zu sprechen hätten? (Beifall). Am Tage darauf schlug Praschak vor: unbeschadet des Fortganges der Debatte sämtliche Abänderungsanträge an die Abteilungen zur Berichterstattung zu verweisen. Borrosch, Vacano regten andere Heilmittel an. Schuselka rief: „Machen Sie sich los vom Gängelbande der Geschäftsordnung!" Dem radikalsten Gedanken gab Pitteri Ausdruck, der in gebrochenem Deutsch — er war Italiener von Herkunft — die Versammlung unterrichtete: „In meinem Mandate steht, daß ich soll in die konstituierende Versammlung gleich eingehen, um die Konstitution zu entwerfen, nicht um Gesetze zu machen!" (Ein „Bravo", begleitet von vielseitigem Gelächter). Pitteri hatte im Grunde recht, nur hätte er darauf früher kommen sollen: hatte er doch selbst ein Amendement eingebracht! So wurde denn über seine Mahnung wie über alle anderen Vorschläge zur Tagesordnung übergegangen, und alles blieb beim alten.

* * *

Die Debatte über den Antrag Kudlich hatte am 20. und 21. August, wo über den Zwanzigmillionenkredit verhandelt wurde,

gegen welchen Smolka unter dem Beifall der Linken und dem Murren des Zentrums eine einschneidende Rede hielt*), eine Unterbrechung erfahren: eine weitere Unterbrechung drohte ihr von außen durch das, was in Arbeiterkreisen vorging.

Es waren jene Arbeiter, mehr als 14.000 an der Zahl, die für Erdaushebungen und Aufschüttungen auf dem Glacis, im Prater, auf dem Bründlfeld, in der Brigittenau, an der Triester Straße am Wienerberg, an der Linzer Straße bei Ried auf öffentliche Unkosten gedungen**) und eigentlich Nichtarbeiter zu nennen waren, weil ihre Tätigkeit gar sehr an jene auf Staatskosten ins Werk gesetzten Unternehmungen erinnerte, die Louis Reybaud in seinem „Jérôme Paturot à la recherche de la meilleure des républiques", das zu damaliger Zeit erschienen war, mit so köstlichem Humor zu schildern verstand. Die öffentlichen Kassen zahlten 40.000 fl. für Dienste, die kaum 15.000 fl. wert waren, und es wurde berechnet, daß die Kubikklafter Erdaushebung, die im Akkordwege mit 2 fl. zu erzielen war, bei dem saumseligen Schlendrian der jetzigen Herren Arbeiter auf 28 fl. zu stehen kam, so daß der Arbeitsminister v. Schwarzer beschloß, diesen kostspieligen Unfug in engere Schranken zu verweisen. Er setzte ein provisorisches Komitee für Arbeiterangelegenheiten zusammen, um „die Arbeiter zur organischen Freiheit zurückzuführen und sie der gegenwärtigen traurigen Lage zu entreißen, damit sie nicht des Schutzes vonseiten des Staates bedürfen". Es wurde beschlossen, zunächst alle Fremden, alle leichtfertigen Dirnen und herumlungernden Müßiggänger von den Arbeitsplätzen zu verweisen, und den Taglohn für Weiber und für Jungen unter fünfzehn Jahren um 5 kr. herabzusetzen, also für jene von 20 auf 15, für diese von 15 auf 10 kr.

Am 19. August, einem Samstag, wurden diese Bestimmungen auf allen Arbeitsplätzen in Wien und Umgebung bekanntgemacht. Darüber große Aufregung und Erbitterung unter den Arbeitern. Massen, darunter zumeist Weiber, stürmten vor das provisorische Komitee, das nichts besseres zu tun wußte, als sie an den Minister

---

*) Widmann, Franz Smolka (Wien Konegen 1887) S. 53—58.

**) Übersicht der auf Staatskosten unter der Aufsicht der k. k. Provinzial-Baudirektion in der Ausführung stehenden öffentlichen Baulichkeiten und der hiebei verwendeten Arbeiter; „Wiener Zeitung" Nr. 220 vom 11. August. Die Zahl der Arbeiter 14.402; in einem spätern Ausweise Nr. 228 vom 20. August 14.247.

zu verweisen. Der Sicherheitsausschuß beschickte Herrn v. Schwarzer mit der dringenden Aufforderung die Maßregel zurückzuziehen. Eine Deputation vom Bründlfeld erschien im Vorraume des reichstäglichen Sitzungssaales, die den Arbeitsminister hinausrufen ließ und ihm, da er bei dem gefaßten Beschlusse zu bleiben erklärte, eine Szene machte.

Am 21. gab es massenhafte Ansammlungen der Arbeiter, lärmende Auftritte, Katzenmusiken an verschiedenen Orten. Tausende von Arbeitern zogen mit wildem Geschrei gegen die innere Stadt, deren Tore gesperrt wurden. Die Nationalgarde wurde aufgeboten, Kanonen wurden aufgeführt, Sicherheitswache zu Fuß und zu Pferd erschien zur Unterstützung der Bürgerwehr. Es kam an einzelnen Orten zum Handgemenge, wobei die Sicherheitsmänner alles Erdenkliche zu erdulden hatten, Faustschläge, Versuche ihnen die Waffen zu entreißen, Steinwürfe, so daß sie zuletzt, ohne höhern Befehl, von ihren Säbeln Gebrauch machten, während die Nationalgarde das Bajonett fällte und die Haufen der Tumultuanten auseinander trieb. Verhaftungen wurden vorgenommen. Um 4 Uhr nachmittags war die Ruhe hergestellt.

In der Sitzung des folgenden Tages brachte der Abgeordnete Thinnfeld diese Vorfälle zur Sprache. „Dem Reichstage", sagte er, „der sich bei Sr. Majestät für die Ruhe der Stadt verbürgt hat, können solche Bewegungen nicht gleichgültig sein". Ihm antwortete der Arbeitsminister: Jene Leute hätten vorgezogen im Prater und in der Brigittenau nichts zu tun, als sich durch redliche Arbeit ihr Brot zu verdienen; dem massenhaften Zuströmen von Weibern und halbwüchsigen Jungen habe ein Ende gemacht werden müssen, umsomehr, als von den Gewerben, vorzüglich in den Vorstädten und auf dem Lande, über Mangel an Hilfskräften geklagt werde; er habe übrigens seinen Beschluß nicht für sich allein, sondern im Einvernehmen mit seinen Kollegen gefaßt. „Das Ministerium ist mit Kraft und Energie den Ausschreitungen der Arbeiter entgegengetreten und hat nichts zurückgenommen (Großer Beifall). Ich glaube, daß dieses seit Monaten das erstemal ist, wo das Ministerium einer Volksbewegung nicht nachgegeben hat" (Beifall). Auch der Justizminister erhob sich: „Meine Herren, wir müssen uns hier offen darüber aussprechen, daß wir auf dem konstitutionell-monarchischen Boden stehen und daß wir anarchische und republikanische Be-

wegungen nicht dulden werden" (Anhaltender Beifall des Zentrums und der Rechten).

Am 22. schien im großen ganzen die Ruhe hergestellt zu sein, obwohl es an einzelnen Neckereien und kleineren Zusammenstößen nicht ganz fehlte. Leute von der Kommunalgarde durften sich in der Nähe von Arbeitern nicht blicken lassen, ohne von diesen aufs Korn genommen, verhöhnt und selbst mißhandelt zu werden. Es kamen Fälle vor, wo die Wüteriche sich anschickten, ihren Opfern auf kannibalische Weise ein Ende zu bereiten, als sie noch zu rechter Zeit daran gehindert wurden. Im Grunde galt die scheinbare Ruhe nur Vorbereitungen für einen neuen Kampf. Es gab Zusammenrottungen im Prater, in der Brigittenau, bei der Taborlinie. Die Arbeiter verfertigten Popanze aus Lehm und Stroh, die den „Fünfkreuzer-Minister" vorstellen sollten. Sie steckten ihnen einen Kreuzer in den Mund: „Vier hat er verschluckt, am fünften ist er erstickt", und veranstalteten einen Leichenzug mit Trauerfahnen und spöttischem Klaggesang. In der Brigittenau gruben sie drei Gräber, in dem mittlern brachten sie „die fünf Kreuzer" zur Ruhe, für deren „arme Seelen" sie bei den Zuschauern Geld sammelten; die beiden anderen ließen sie offen, um darin zwei Munizipalgarden lebendig zu begraben. Dabei schärften sie ihre Hauen und Krampen, versahen Stangen mit langen Eisenspitzen, die sie mit Essig und Schwefelsäure bestrichen, um die Wunden gefährlicher zu machen; auch Flinten wußten sie sich zu verschaffen. Die bewaffnete Macht sah dem kommenden Tage mit aufs höchste gestiegener Erbitterung entgegen. Die Sicherheitswache lechzte nach einer Gelegenheit, den Arbeitern die in den Vortagen erlittenen Beleidigungen und Mißhandlungen heimzuzahlen. Nicht minder war die Nationalgarde durch die unausgesetzten Bereitschaften und Alarmierungen, durch den Schimpf und den Hohn, den sie bei Ausrückungen hatte hinnehmen müssen, ohne vom Leder ziehen zu dürfen, aufs äußerste gebracht.

So kam der 23. heran, an dem es zur Entscheidung kommen sollte. Aus den Praterauen heraus bewegte sich gegen Mittag ein langer Zug von Arbeitern, in der Mitte eine Bahre, auf welcher eine aus Lehm geknetete in Lumpen gehüllte Puppe lag, auf der Brust mit einem Papierstreifen: „Der Fünfkreuzer-Minister". Die Aufwiegler zielten nach der innern Stadt, deren Straßen sie mit diesem Afterkondukt durchziehen wollten. Doch der Eingang in die

Jägerzeile war von einer starken Abteilung Nationalgarde abgesperrt. Sie lenkten in die Franzensalleegasse ein, wo sich ihnen Sicherheitswache, 160 Mann zu Fuß und 15 Reiter, entgegenstellten, die sie in der empörendsten Weise beschimpften und verhöhnten, wobei sich entartete Weibsbilder durch die rohesten unsittlichsten Gebärden hervortaten. Es erfolgten Tätlichkeiten, Steine wurden geschleudert, es kam zu erbittertem Handgemenge, als im Sturmschritt 40 Mann Leopoldstädter Nationalgarde heranrückte. Da krachte — es war zwischen ein und zwei Uhr nachmittags — der gewisse verhängnisvolle Schuß, der bei solchen Gelegenheiten nie ausbleibt, und nun drangen Munizipalgarde und Volkswehr mit ungezähmter Wut vor und drängten die Arbeitermassen in den Prater zurück.

In der Stadt herrschte die größte Aufregung, es hieß, die Arbeiter hätten die Sicherheitswache zurückgedrängt und zögen durch die Jägerzeile heran. Die Alarmtrommel ertönte, Haustore und Gewölbetüren wurden in angstvoller Hast geschlossen, die Nationalgarde eilte auf ihre Sammelplätze, berittene Munizipalgarde sprengte durch das Roteturmtor über die Ferdinandsbrücke gegen die Jägerzeile, wo ihr bereits Transporte von Verwundeten und Abteilungen der Nationalgarde mit eingefangenen Meuterern in der Mitte entgegenkamen. Denn schon hatte die bewaffnete Macht die Oberhand gewonnen und jetzt gab es im Prater eine wilde Jagd nach den versprengten Arbeitern. Die Municipalisten schlugen erbarmungslos nieder was ihnen in den Wurf kam und fuchtelten Arbeiter, die sich unter die Tische der Praterschenken verkrochen hatten, mit Säbelhieben heraus . . .

In dieser Stimmung und Lage hielt der konstituierende Reichstag seine Sitzung ab. Dr. Brauner hielt eine lange gediegene Rede, wie er selbst sagte „unvorbereitet"; denn nach einer sechswöchentlichen Gefangenschaft, während der ihm das Lesen von Zeitungen sowie der Gebrauch von Schreibmaterialien verweigert war, hatte er erst vor einem oder zwei Tagen beim Reichstage einrücken können. Doch er sprach über einen Gegenstand, mit dem er sich seit Jahren sowohl praktisch als literarisch beschäftigt und sich darin die volle Sachkenntnis angeeignet hatte. Brauner war kein Schönredner, er sprach ohne oratorischen Aufputz bedächtig und nachdrucksvoll, er fesselte die Hörer einzig durch das Gewicht dessen, was er vorbrachte. Er hat mir als Redner immer den Eindruck eines Bauführers gemacht, der

mit ruhigem Ernst Quader zu Quader fügt und so sein Werk langsam aber sicher in die Höhe bringt. So war er auch im Gespräche, das ich stets mit Aufmerksamkeit verfolgte; seine Vergleiche, seine Bilder treffend, nicht ohne Humor, aber alles ernst und trocken, man könnte sagen, schwerfällig vorgebracht: es war die Kraft, die sich, in allem was er zum besten gab, äußerte. Brauner war für die länderweise Behandlung der Grundentlastungsfrage, was den einen gefiel, den anderen mißfiel, von jenen mit Beifall, von diesen mit Murren und Zischen angehört wurde. Auf Brauner folgte Lasser, dessen eingehende Ausführungen nur mit geteilter Aufmerksamkeit angehört wurden, und dann gab es wieder einmal einen Strauß wegen Übergangs zur Tagesordnung, der von einer Seite verlangt wurde und den Strobach nach Vorschrift der Geschäftsordnung vor den übrigen Anträgen zur Abstimmung bringen wollte. Brestel widersprach und gebrauchte dabei irgend einen mir nicht erinnerlichen unpassenden Ausdruck; in den stenographischen Bericht ward er nicht wörtlich aufgenommen, so sehr hielt man damals auf Reinhaltung des Protokolls von unanständigen Zutaten! Strobach forderte den Sprecher auf, das Wort zurückzunehmen, was Brestel tat. Bei einer ähnlichen Gelegenheit sagte Gleispach zu mir: „Ich sage Ihnen, ich werde noch ganz Tscheche, denn ich finde, daß sich die Deutschen auf eine beispiellos dumme Art benehmen."

Gegen halb drei Uhr nachmittags erfolgte unter allgemeiner großer Aufregung Schluß der Sitzung. Wir wußten bereits, daß nicht der Aufstand, sondern die gesetzliche Macht gesiegt hatte. Ich und viele meiner Kollegen eilten in die Jägerzeile, die wir ihrer ganzen Länge und Breite nach von einer gedrängten Menge erfüllt fanden. Jetzt wurden vom Praterstern her über den Köpfen des harrenden Gewoges mit grünen Reisern geschmückte Helme berittener Munizipalisten und erbeutete Arbeiterfahnen mit revolutionären Aufschriften sichtbar, Bravo- und Hochrufe hörbar, die sich durch die Jägerzeile, wo die Munizipalgarden an den Leuten vorbeikamen, fortsetzten, von Beifallsklatschen und Tücherschwenken begleitet, was die Reiter, ihre Säbel senkend, dankend erwiderten. Es war der ungekünstelte, fast unwillkürliche Ausbruch der Befriedigung und der Freude, daß endlich einmal dem andauernden Übermut, den zügellosen Ausschreitungen und Gesetzwidrigkeiten der Umsturzpartei eine wohlverdiente Züchtigung zuteil geworden war! Als trauriges Gegenstück zu diesem Triumphe

folgten Karren und Tragbahren mit den Opfern des wüsten Kampfes. Die bewaffnete Macht zählte 5 Tote und 56 Verwundete, die Aufrührer 18 Tote und 282 Verwundete . . .

* * *

Die Debatte über den Antrag Kudlich währte — mehrere Unterbrechungen am 13., 15., 20., 21. abgerechnet — über acht Tage. Die Radikalen drängten auf Beschleunigung, ja auf einen Gewaltstreich. „Meine Herren", sagte der mundfertige Schuselka — er war einer der Quäler der Stenographen —. „Sie wollen den Knoten sorgfältig auflösen; aber ehe Sie ans Ziel kommen, wird der arme Mann erstickt sein (Beifall). Ergreifen Sie eine Schere und schneiden Sie den Knoten durch, und der arme Mann wird frei aufatmen und sein erster Atemzug wird ein Dankgebet für seine Retter sein". Gesprochen hatten mehr als zwanzig Redner, einige hatten auf das Wort verzichtet, was jedesmal mit lobendem Beifall aufgenommen wurde. Ich selbst, von den eingeschriebenen Rednern der fünfundzwanzigste, hatte Zeit, mich über das Für und Wider der Entschädigung, die den Angelpunkt meiner Ausführungen bildete, ausreichend zu orientieren. Auch kamen mir von verschiedenen Seiten Mitteilungen zu, die mich in meiner Auffassung zu bestärken geeignet waren.

So machte man mich aus dem Wittingauer Bezirke mit dem Inhalt eines Schreibens bekannt, das der dortige Amtsschreiber oder Grundbuchführer (listovní) Leopold Proházka an alle Gemeinden des Wittingauer Bezirkes gerichtet und worin er sie zu einer Zusammenkunft am 16. August eingeladen hatte, um über die Entschädigungsfrage schlüssig zu werden. Laut des über diese Verhandlung aufgenommenen Protokolls erklärten die Vertreter der Gemeinden: „Daß wir von der Robot und anderen Verpflichtungen unentgeltlich (neodplatně) befreit werden, verlangen wir nicht"; sie erwarteten nur, hieß es weiter, daß die Ablösung eine billige sein und daß dabei das, was von der Obrigkeit über das gesetzliche Maß ihnen abgedrungen worden, in Abzug gebracht werde.

Was die „billige" Entschädigung betraf, so wurde ich auf folgenden Fall in Mähren aufmerksam gemacht. Vor einigen Jahren hatte ein wohlhabender Bauer der Obrigkeit das Anbot gemacht,

seine Schuldigkeit um fünfhundert und etliche Gulden abzulösen, worauf aber diese nicht hatte eingehen wollen. Nach dem vom mährischen Landtage jetzt angenommenen Maßstabe würde sich derselbe Bauer für einige vierzig Gulden von der Robot befreien. Nun also, so durfte ich schlußfolgern, wenn es gestern nicht unbillig war die Grundlast um so und so viel hundert Gulden abzukaufen, so soll es heute unbillig sein, nicht einmal so und so viel zehn Gulden dafür zu bestimmen? Wenn sich gestern der Bauer herbeiließ, für die Entlastung seines Grundes eine namhafte Summe zu zahlen, so soll es heute schreiendes Unrecht sein, wenn man dem Gutsherrn den zehnten Teil jenes Betrages als Entschädigung zusprechen würde?! Das hieße denn doch, meinte ich, um einen Ausdruck Kudlich's zu gebrauchen, „den Einfluß des Wiener Klimas" etwas zu stark benützen.

Einer meiner Kollegen — ich besitze seine Handschrift, habe aber leider unterlassen, darauf seinen Namen anzumerken — übergab mir eingehende Bemerkungen über ihm näher bekannte Verhältnisse zwischen Herrschaft und Untertan seiner Heimat. Er erinnerte mich an jenen bäuerlichen Abgeordneten, „der uns beweisen wollte, die Obrigkeiten hätten den Bauern den letzten Blutstropfen abgezapft, während ihm in seinem selbstsüchtigen Eifer bei diesen Worten zehn Seidel Blut ins Gesicht schossen". Popiel hatte am 18. August behauptet, das Proletariat gehe soweit, als Bauern im österreichischen Staate unter dem gegenwärtigen Drucke leben. „Es ist kaum möglich", schrieb mein Gewährsmann, „beleidigender und herzloser gegenüber dem wahren Proletariat zu sprechen. Das wahre Proletariat steht hinter dem besitzenden Bauer, vor dessen Türe es die hinausgeworfenen Kartoffelschalen zur Stillung seines Heißhungers auflieſt". Die Obrigkeiten hätten der Armut durch die Gestattung des Holzklaubens, durch Bestellung von Bezirksärzten und unentgeltliche Verabreichung von Arzneien Hilfe geleistet: „diese Armen verlieren während der Übergangsperiode zur neuen Ordnung der Dinge ihre letzte Zuflucht, die Hilfe, die ihnen vordem die Obrigkeit zuteil werden ließ." Das so pomphaft ausgerufene „tausendjährige Unrecht", fuhr mein Kollege fort, „ist weder tausendjährig noch ein Unrecht. Wie sind die gegenwärtigen Bauern in ihren Besitz gelangt? Sie haben ihn entweder geerbt oder gekauft. Im letztern Falle konnten und mußten sie den Wert berechnen; im andern Falle wurde auf jene Lasten zum Nachteile der Geschwister und Verwandten des Besitzers häufig nur zu

sehr Rücksicht genommen. Ich kenne Bauernwirtschaften, die gegenüber ihren Geschwistern um einen Preis übernommen wurden, der im freien Verkaufswege vielmal höher zu erzielen war. Sollen nun, wenn die Entschädigung vom Staate zu leisten wäre, die mit einer Kleinigkeit abgefundenen und daher verkürzten Geschwister noch einmal belastet und daher noch einmal verkürzt werden, um ihrem begünstigten Bruder ein Geschenk zu machen?!" . . .

3.

In solcher Weise mehrseitig belehrt und aus den wochenlangen Verhandlungen, die ich mit Aufmerksamkeit verfolgte, über das Für und Wider des von mir eingenommenen Standpunktes sattsam unterrichtet, war mir zugleich die Muße gegeben, mich auf die Rede, die ich in dieser wichtigen Angelegenheit halten wollte, sorgfältig vorzubereiten.

Ich muß etwas vorausschicken. Seit meine Frau bei Schreiner in Grätz war, hatten sie und meine Schwester nicht aufgehört in mich zu dringen, daß ich sie besuche oder zum mindesten abhole. Besonders das Herannahen des 15. August, des Geburtstags Mariens, wurde von ihnen ausersehen, mich mit Bitten zu bestürmen. Allein meinerseits ging es einmal nicht. Wichtige Angelegenheiten, namentlich der Antrag Kudlich, waren in vollem Zuge, denen ich mich, wie ich meinen Teuren schrieb, nicht entziehen zu dürfen glaubte. Einen oder zwei Tage, bevor ich als Redner an die Reihe kam, traf meine Mina in Begleitung meiner Schwester, die nach so langer Abwesenheit vom Hause nach Prag zurückkehren wollte, in Wien ein, und ich verschaffte ihnen für den 24. zwei Sitze auf der Zuschauergalerie, von wo sie den ganzen Saal bequem übersehen und mich sprechen hören konnten.

Die Sitzung begann in gewohnter Weise. Auf die Verlesung des letzten Protokolls folgten einige geschäftliche Mitteilungen des Präsidiums, darunter ein Protest des Abgeordneten Brestel über einen nach dessen Auffassung ungehörigen Vorgang des vorigen Tages, und sodann Fortsetzung der Debatte über den Antrag Kudlich. Es



Sitzungssaal des Wiener konstituierenden Reichstages.

sprachen die galizischen Abgeordneten für Lancut und für Jaslo*) und der Illyrier Kautschitsch, worauf die Verhandlung durch einen Bericht des Ministers des Innern über die Vorfälle des gestrigen Tages, durch Beantwortung einer Löhner'schen Interpellation seitens des Finanzministers und einer andern seitens des Ministers für öffentliche Arbeiten unterbrochen wurde. Nachdem dies abgetan, griff Strobach die Tagesordnung wieder auf und erteilte mir das Wort.

Die Rednerbühne befand sich unterhalb des Präsidentensitzes und etwas vor den sechs Sitzen der Schriftführer, drei rechts drei links, und so betrat ich denn diesen Standplatz perorierender Parlamentarier. Meine Rede wurde, obwohl ich kein Schnellsprecher à la Schuselka war, von den damals minder geübten Stenographen sehr mangelhaft zu Papier gebracht und ist daher, da ich es unterlassen hatte mir das Manuskript zur verbessernden Durchsicht vor dem Abdrucke vorlegen zu lassen, in der amtlichen Aufnahme vielfach unrichtig wiedergegeben. Ich lasse sie hier in ihrem richtigen Wortlaute folgen:

„Meine Herren, wenn ich neulich nicht das Unglück gehabt hätte, in meiner Rede öfter unterbrochen zu werden, würde ich Ihnen heute nicht mit meiner Bitte zur Last fallen mich nochmals anzuhören. Man hat damals gesagt, es gehöre nicht zur Sache, heute gehört es zur Sache und ich werde auf diesem meinem guten Rechte bestehen. Ich werde ferner darauf bestehen, daß, wenn die Worte gewisser Herren Redner vor mir angehört und folglich als zur Sache gehörig angenommen worden sind, auch meine Worte, wodurch ich jenen entgegnen will, angehört und als zur Sache gehörig angenommen werden.

„Meine Herren, ich beharre auf meinem Antrage, ich beharre erstens darauf, daß sich diese hohe Versammlung in bezug auf das, was sogleich aufgehoben werden soll, auf jene Rechte und Verbindlichkeiten beschränke, die aus dem Untertanverhältnisse als solchem entspringen. (Ein Bravo). Wenn ein verehrtes Mitglied**) nicht weiß, welche Rechte aus dem Untertanverhältnis als solchem entspringen, wenn es mich nicht verstanden hat, was ich damit gemeint und nicht gemeint habe, so ist das nicht meine Schuld; ich muß

*) Lubomirski, Trzeciески.
**) Löhner, 19. August.

dagegen offen erklären, daß ich jenes verehrte Mitglied auch nicht verstanden habe rücksichtlich der Theorie, die es aufgestellt hat. Was ich nicht verstehe, davon pflege ich nicht zu sprechen. Erwarten Sie daher nicht von mir, meine Herren, daß ich etwas sagen werde von der Theorie des Staates als Assekuranzgesellschaft, weil ich in die Tiefe dieser Theorie noch nicht gedrungen bin. Erwarten Sie nicht von mir, meine Herren, daß ich etwas sagen werde von der Auffassung dieser Reichsversammlung als Jury, denn eine gesetzgebende Jury ist etwas, was über den Bereich meines Wissens hinausgeht.

„Ich beharre ferner darauf, daß die Bestimmung: ‚Die Untertansverhältnisse mit allen daraus entspringenden Rechten und Verbindlichkeiten haben aufzuhören‘, nur in der Form eines Gesetzes aus unserer Mitte hervorgehen kann. Ein verehrliches Mitglied dieses Hauses*) hat uns zugerufen, wir sollen uns freimachen vom Gängelbande der Geschäftsordnung. Meine Herren, diesen Ausdruck muß ich mit Entschiedenheit zurückweisen. Wir sind nicht unmündige Kinder, die eines Gängelbandes bedürfen (ein Bravo); wir sind freie Männer, die keinen Schritt tun, der nicht auf der gesetzlichen Bahn wäre (ein Bravo). Einem freien Volke muß das Gesetz über alles heilig sein; denn ein freies Volk kennt nichts über sich als das Gesetz, und wir, die Vertreter des freien Volkes, sollten ein Gesetz das uns bindet, für ein Gängelband erklären? Wollen wir, meine Herren, dem Krebs in der Fabel gleichen, der seinen Jungen den Rat gibt vorwärts zu kriechen, während er selbst, der Krebsvater, nach rückwärts kriecht? (Heiterkeit.)

„Der dritte Punkt, über welchen ich mich weiter einlassen muß, betrifft die Entschädigungsfrage. Die Entschädigungsfrage zerfällt in drei Unterfragen, in die Frage: ob? in die Frage: wie? und in die Frage: von wem?

„In Bezug auf die Frage ‚ob‘ teilen sich die Herren Redner vor mir und überhaupt die verehrlichen Mitglieder dieses Hauses in zwei Klassen, die wir kurz die Entschädiger und die Nicht-Entschädiger nennen können. Ich gehöre bekanntlich zur ersten Klasse, ich gehöre also unter diejenigen Leute, deren Kopf, wie ein Herr Redner vor mir**) gesagt hat, nicht mehr wert ist als die Anatomie dafür zahlt (Heiterkeit.) Nun, meine Herren, ich bin genügsam, ich bescheide mich

*) Schuselka, 16. August.

**) Bittner, 16. August.

und bin froh, wenn ich nur nicht unter jene Leute gehöre, deren Kopf nicht einmal so viel wert ist, als die Anatomie dafür bezahlt. (Gelächter).

Abg. Borrosch. Wollen entschuldigen! Jener Redner hat das auf sich bezogen und auf seine Partei (Ruf: Nein! Zischen). Borrosch nahm das stenographische Protokoll zur Hand und sagte: „Ja wohl, ich bitte es nur zu lesen“ *).

Ich fuhr in meiner Rede fort:

„Es ist hier bereits von mehreren Herren Rednern die Heiligkeit des Eigentums angerufen worden; ich glaube das verehrliche Mitglied für Kuttenberg**) war es zuerst, das auf diesen Punkt hingewiesen hat. In einer andern Sitzung hat das verehrliche Mitglied für Čáslau***) mit schlagender Schärfe hervorgehoben, daß es sich bei unserer Frage um ein doppeltes handle: um ein persönliches und um ein sachliches Element, daß das persönliche Element in das verwerfliche Kapitel der Leibeigenschaft, das sachliche Element hingegen in das unantastbare Kapitel des Eigentums gehört. Nach ihm ist ein Herr Redner gekommen, welcher gesagt hat, es sei zwar in dieser Versammlung schon oft behauptet worden, es handle sich im gegenwärtigen Falle um das Eigentum, aber man sei den Beweis schuldig geblieben†). Nun, meine Herren, wer nicht sehen will, der hat seine Ursachen warum er nicht sehen will, und des Menschen Wille ist sein Himmelreich. Ich kann mich daher nur an diejenigen Herren wenden, die sehen wollen. Wir haben in derselben Sitzung sehr viel vom bürgerlichen Gesetzbuche verdauen müssen, man hat uns eine Menge gesagt, was darin steht und was nicht darin steht, weil sich das bürgerliche Gesetzbuch geschämt haben soll, es hineinzusetzen. Nun, ich will Sie auf etwas Praktischeres aufmerksam machen als das bürgerliche Gesetzbuch ist, ich verweise Sie, meine Herren, d. h. diejenigen, welche sehen wollen, auf die Landtafel, auf die Stadt- und Grundbücher, auf jeden bücherlichen Extrakt; sehen Sie jede Urkunde an, die über irgend ein Grundstück geschlossen wird, die irgend ein unbewegliches Gut, sei es dominikal oder rustikal, betrifft, und dann leugnen Sie, daß es sich hier um Eigen-

---

*) Borrosch hatte recht, das Mißverständnis war auf meiner Seite

**) Klaudy, 19. August.

***) Hawelka, 18. August.

†) Gorinp, 18. August.

tum handle. Man hat uns gesagt, die obrigkeitlichen Forderungen rühren aus der Zeit des Faustrechtes oder vielmehr des Faustunrechtes her; ja! Man hat uns gesagt, die bäuerlichen Giebigkeiten verdanken ihren Ursprung einem Schutze, welcher in den gegenwärtigen Verhältnissen dasteht wie ein Ofen im Sommer; ja! Man hat uns gesagt, die bäuerlichen Lasten seien Überreste einer Leibeigenschaft, die sich mit einem freien Staate nicht mehr vertragen. Ja! ja! und nochmals ja! Aber folgt daraus irgend etwas für die gegenwärtigen Verhältnisse? Nein! Folgt daraus etwas für den gegenwärtigen Besitzer eines Dominikalgrundstückes, das er mit Berücksichtigung dieser obrigkeitlichen Forderungen, qua Rechte, gekauft hat? Nein! Folgt daraus etwas für die gegenwärtigen Besitzer der bäuerlichen Grundstücke, die ihre Grundstücke gekauft oder aus Privattiteln übernommen haben nach Abschlag der darauf haftenden Lasten? Nein! nein! und abermals nein! Oder will man den gegenwärtigen Besitzer eines Dominikalgrundstückes bestrafen für dasjenige, was vor vielen hundert Jahren seine vermoderten Ahnen, die vielleicht nicht einmal seine Ahnen waren, begangen haben? Oder will man den gegenwärtigen Besitzer eines Rustikalgrundstückes belohnen für dasjenige, was vor vielen hundert Jahren seine Väter, die vielleicht nicht einmal seine Väter waren, erlitten haben?

„Ich sehe sehr wohl ein, daß man in einem freien Staate den Gutsherrn derjenigen Befugnisse für verlustig erklären müsse, deren Gebrauch, wie dies eine stetige Erfahrung bewiesen hat, nur zu leicht in Mißbrauch ausartet. Daß man ihn aber dieser Rechte, die er unter einem Privatrechtstitel übernommen und die er ohne seine Schuld vorgefunden hat, daß man ihn dieser Rechte ohne alle Entschädigung für verlustig erklären müsse, das sehe ich nicht ein. Ich sehe sehr wohl ein, daß man den Besitzer eines bäuerlichen Grundstückes derjenigen Lasten, welche der freien Bewirtschaftung seiner Gründe im Wege stehen, entheben müsse; daß man aber diesem bäuerlichen Grundbesitzer ein Geschenk machen müsse, ein Geschenk, welches im Jahre 1789 in Frankreich auf 133 Millionen berechnet worden ist, das, meine Herren, sehe ich wieder nicht ein.

„Ich bin bisher von der Voraussetzung ausgegangen, als ob wir schenken könnten. Das ist aber gar nicht wahr! Wir von unserem Standpunkte aus können die Frage ‚ob‘ gar nicht aufwerfen. Wir müssen uns für die Entschädigung aussprechen, weil

es nicht unser Eigentum ist um das es sich handelt. Meine Herren, das wäre ein sehr wohlfeiler Liberalismus, etwas wegzuschenken was eines Andern Eigentum ist. (Beifall und Zischen). Die Gutsherrn können schenken, weil es ihr Eigentum ist worum es sich handelt. (Beifall und Zischen). Die feudalen Landtage können schenken, weil auf ihnen die Gutsherren als solche vertreten sind. Wir aber, die hohe Reichsversammlung, zusammengesetzt nicht nach gewissen Ständeklassen, sondern aus dem gesamten Volke hervorgegangen, wir können nicht schenken, wir können nicht Gnaden austeilen; wir können nur sprechen was Recht und Billigkeit ist.

„Ein verehrter Redner vor mir*) hat das Ansinnen, daß die Reichsversammlung die Robot ohne Entschädigung aufheben solle, mit einem etwas harten Ausdrucke als Diebstahl, als Raub bezeichnet. Dieser Redner hat eine bittere Wahrheit gesagt, aber immer eine Wahrheit. Wenn ich etwas nehme was nicht mir gehört, so ist das Diebstahl, und es hört nicht auf Diebstahl zu sein, wenn ich das Genommene nicht für mich behalte, sondern einem anderen zuweise. Es wäre dies eine neue Auflage von der Geschichte des heiligen Crispinus, von dem die Legende erzählt, daß er den reichen Leuten das Leder gestohlen habe um den armen Leuten Schuhe daraus zu machen. Das Leder, worum es sich hier handelt, sind die obrigkeitlichen Forderungen; dieses Leder beabsichtigt man den Gutsherrn zu nehmen um den Bauern Schuhe daraus zu machen".

Ich wurde durch heftige Aufregung der Versammlung, durch Zischen von der einen und Händeklatschen von der andern Seite unterbrochen. Vielstimmiger Ruf: „Zur Ordnung! Der Redner soll zur Ordnung gewiesen werden".

Kudlich. Ich fordere den Herrn Präsidenten auf, den Redner zur Ordnung zu weisen, weil er der Versammlung zumutet, sie könne im stande sein einen Diebstahl zu begehen.

Strobach verweigert den Ordnungsruf mit der Motivierung, daß sich der Redner nur auf die Worte eines früheren Redners bezogen habe.

Aber nun springen mehrere bäuerliche Abgeordnete, die meine Worte so auffaßten als hätte ich sie gemeint, die das Leder stehlen wollten, von ihren Sitzen auf: „Die Herren haben uns die Haut vom Leibe geschunden und ihr Leder daraus gemacht. . . Wir sind

---

*) Gredler, 16. August.

keine Diebe, wir sind freigewählte Abgeordnete. . . Das bezeugen wir vor Gott im Himmel!" Sie stürmen aus den Bänken heraus und mit geballten Fäusten unter Schimpf und Drohungen gegen die Rednerbühne los. Strobach maltraitiert die Präsidentenglocke, er ruft in die Versammlung hinein: er unterbreche die Sitzung. Allein in dem Schreien und Toben, das mehrere Minuten währte, ist weder die Glocke noch seine Stimme zu vernehmen. Ich weiß nicht, wie es mir ergangen wäre, wenn sich nicht einige besonnenere Abgeordnete den Bauern entgegengeworfen und sie auf ihre Sitze zurückgedrängt hätten.

Meine Frau, wie sie das sah und hörte, fiel vor Schrecken von ihrem Sitze, meine Schwester zitterte am ganzen Leibe.

Ich auf der Rednerbühne wurde, wie mir meine Kollegen von der Rechten nachderhand erzählten, zuerst blaß, gewann aber bald meine Farbe wieder. Meine Stellung und Haltung habe ich nicht einen Augenblick geändert, während aus den Bänken der Schriftführer in meinem Rücken — es war, wie mir schien, die Stimme des Streit oder des Ullepitsch — mir halblaut zugerufen wurde: „Bravo, bravo, nur so fort!" Noch ehe der Tumult zu Ende, war ich wieder gefaßt. Nachdem die Ruhe eingetreten, sprach ich, bevor ich den Faden meiner gewaltsam unterbrochenen Rede wieder aufnahm:

„Da mich bereits der Herr Präsident verteidigt hat, halte ich es nicht für nötig mich selbst zu verteidigen. Ich habe mich darauf berufen, was von einem andern Herrn Redner gesagt wurde. Ich glaube, die hohe Reichsversammlung kann Wahrheit anhören, wenn sie auch in eine etwas bittere Schale gehüllt sein sollte, und ich frage nur, ob die Versammlung schon so souverän ist, daß man ihr nur Schmeicheleien sagen darf?!

„Ich habe mich auf das Recht berufen, ich habe damit nicht, wie ein verehrtes Mitglied unverkennbar auf mich angespielt hat, in die juridischen Explikationen geschaut, nicht das Schulpferd geritten, ich habe nicht jenes trockene pedantische Paragraphenrecht gemeint, obgleich ich selbst Professor des pedantischesten aller Juristenrechte bin; ich habe jenes ewige lebendige natürliche Recht angerufen, das in jedes Menschen Brust liegt, und von diesem Rechte habe ich gesagt, es müsse mit der Freiheit Hand in Hand gehen.

„Nun sollte ich zwar neulich belehrt werden, Recht und Freiheit seien ein und dasselbe*); ich muß aber gestehen, daß ich wenigstens

*) Umlauft, 17. August.

in dieser Beziehung ein ungelehriger Schüler bin. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben, es gibt eine Freiheit ohne Recht — das ist die Willkür! Und wohin kommen wir, wenn wir den Weg der Willkür betreten und, wie ein Herr Redner vor mir*), schon trefflich hingewiesen hat, konsequent auf diesem Wege fortfahren? Heute nehmen wir den Gutsherren ihre eingekauften Rechte ohne Entschädigung, car tel est notre plaisir; morgen nehmen wir den Kirchen und Klöstern die Güter, die ihnen von frommen Stiftern hinterlassen worden sind, car tel est notre plaisir; übermorgen nehmen wir den spießbürgerlichen Gemeinden die Güter, die sie mit dem Schweiße ihrer Ahnen erworben haben, car tel est notre plaisir; über-übermorgen legen wir den Schätzen der Reichen, wie es schon in Frankreich versucht wurde, eine Milliarde Sondersteuer auf, car tel est notre plaisir (Eine Stimme: „Wir sind Deutsche!"), es macht uns Vergnügen, denn so ist's uns gefällig; am fünften Tage bringt ein neuer Gracchus ein neues agrarisches Gesetz und es geht in der Versammlung durch, denn so ist es uns so gefällig"; am sechsten Tage werfen wir den übrigen Plunder auch noch zusammen, und so können dann am siebenten Tage, wie Gott nach seinem sechstägigen Schöpfungswerke, wir nach unserem sechstägigen Zerstörungswerke ausruhen — ausruhen wie Marius auf den Trümmern von Karthago. (Beifall).

„Ich komme zur Frage ‚wie?' und habe hierüber nur zwei kurze Bemerkungen: Erstens spreche ich es noch einmal aus, daß ich vollkommen die Ansicht teile, es gebe gewisse Lasten, die unbedingt und ohne alle Entschädigung aufzuhören haben, nämlich die auf keinem Rechte begründet sind oder auf solchen Rechten, die unser Zeitalter nicht mehr anerkennen kann. Ich glaube, das verehrte Mitglied für Bozen*) war es, welches hierüber drei treffliche Grundsätze aufgestellt hat, die ich nicht erst wiederholen will, sondern auf die ich mich einfach berufe.

„Was nun aber für die andern Rechte, die nicht in jene Kategorie gehören, das Maß der Entschädigung betrifft, so spreche ich mich für eine billigste und für eine Entschädigung aus, die den Landmann auf möglichst wenig empfindliche Art trifft. Der Vorwurf des ver-

*) Lasser, 23. August.

**) Ingram, 18. August.

ehrten Mitgliedes von Korneuburg*), als ob diejenigen, welche das Prinzip der Gerechtigkeit in einer möglichst billigen Entschädigung aufrecht zu erhalten suchen, gerade gegen dies Prinzip verstoßen, trifft nicht. Wer da weiß, wie an einem Robottage gearbeitet wird, muß zugeben, daß ein solcher Robottag bei weitem nicht mit einem andern Arbeitstage zu vergleichen und in gleichem Preise anzuschlagen ist. Wer ferner bedenkt, daß mit den obrigkeitlichen Rechten auch die obrigkeitlichen Pflichten aufhören, daß folglich diese gleichfalls, wenn man nach allen Seiten gerecht sein will, in die Entschädigung einzurechnen sein werden, der wird in der Tat gestehen müssen, daß ein solcher Robottag nach seinem reellen Werte nicht einen Gulden, sondern nur ein paar Kreuzer wert ist. Die billigste Entschädigung ist also gerade die allein gerechte Entschädigung (Beifall).

„Ich komme zur dritten Frage, von wem die Entschädigung geleistet werden soll? Ich will vorher bemerken, daß ich nur über solche Verhältnisse sprechen will, die ich aus eigener Anschauung und näher kenne, nämlich über jene meines besonderen Vaterlandes Böhmen, und daß ich das, was ich hierüber sagen werde, auf andere Provinzen nicht bezogen wissen will. Überhaupt bin ich der Ansicht, daß man die Entschädigungsfrage sowie die gesammte Untertänigkeitsfrage nicht wird gleichmäßig in allen Provinzen beantworten können. Man mag dies eine Kirchturmpolitik nennen; ich sage aber, hüten wir uns, daß wir durch Vernachlässigung der provinziellen Eigentümlichkeiten nicht den Staat mit einer Stephansturmpolitik zu grunde richten. In Galizien stehen die Verhältnisse so, daß die Entschädigung von niemand anderem als vom Staate ausgehen kann. In meinem Heimatlande Böhmen hingegen muß ich feierlichste Verwahrung dagegen einlegen. Soll der Städter dafür zahlen, daß der Bauer seiner Lasten frei wird? Sollen die kärglich abgefundenen Geschwister noch etwas von ihrem Wenigen beitragen, damit ihr vom Glück begünstigter Bruder seinen Wohlstand vermehre? Soll der Gutsherr sich teilweise selbst entschädigen und es so machen wie jener geizige Arzt, der, wenn er krank wurde und sich selbst behandelte, das Geld aus einer Tasche herausnahm und als Honorar in die andere Tasche steckte? Sollen diejenigen, welche vor mehreren Jahren mit schwerem Gelde ihr Gut entlastet haben, jetzt

*) Violand, 16. August.

neuerlich beitragen, um auch den übrigen für eine viel geringere Summe zu helfen? Ich glaube, es wäre die schreiendste Ungerechtigkeit. Für mein Heimatland Böhmen muß ich ausdrücklich sagen, der Bauer kann zahlen, der Bauer will die Robot ablösen, und der Bauer muß sie sogar ablösen. (Murren von der Linken). Ich bitte, dies nur auf meine Provinz zu beziehen.

„Mir scheinen mehrere Herren Vorredner zwei Stände vermischt, in Bausch und Bogen in den Bauernstand einen Stand einbezogen zu haben, der bei weitem nicht dazu gehört. Was der dritte Stand sei, weiß seit der Flugschrift des Abbé Sieyès jedermann. Manche unterscheiden davon den vierten Stand, den Bauernstand; daß es aber überdies einen fünften Stand gebe, den Stand der Häusler und der Inleute, weiß unter hundert von den sogenannten Gebildeten vielleicht nicht einer. Es gibt nicht nur eine Aristokratie des Adels, nicht nur eine Aristokratie der Städte, ein städtisches Patriziertum, es gibt auch eine Dorf-Aristokratie, und diese ist in manchen Gegenden bei weitem drückender als jede andere. (Beifall). Der Bauer, ich spreche nur von meinem Heimatlande (Heiterkeit), ist ein wohlhabender oft reicher Mann, der einen einträglichen Grund von 60, 80, 100 und noch mehr Strich besitzt; diesen einen Proletarier nennen, seinen Stand mit einer Pariaskaste vergleichen zu wollen, ist eine reine Lächerlichkeit; denn wer das behauptet, der beweist damit, daß er noch in seinem Leben in keinem Bauernhofe war, daß er noch nie einen Bauer in all der patriarchalischen Würde, in all der Behäbigkeit gesehen hat, welche diesem Stande eigen ist.

„Der Bauer in Böhmen kann die Robot ablösen, und so viel ich mich bei meinen landsmännischen Kollegen erkundigt habe, habe ich überall dasselbe vernommen: der Bauer will die Robot ablösen, nur erwartet er, daß dieses geschehe auf eine möglichst billige und für ihn möglichst wenig empfindliche Weise (Bravo). Wenn das verehrte Mitglied von Perchtoldsdorf*) mit schlecht verhehlter Ironie dies als Großmut persiflieren will, so bleibt es ihm unbenommen: mir aber wird es ebenso unbenommen bleiben, es aus zwei anderen Motiven herzuleiten: einerseits aus dem Rechtlichkeitssinne und anderseits aus der Klugheit dieser ehrenwerten Klasse von Staatsbürgern (Hein: Bravo). Aus der Klugheit; denn meine Herren, ich habe drittens gesagt, der Bauer muß sogar die Robot ablösen, um

*) Schuselka.

seiner eigenen Sicherheit willen muß er es. Wissen Sie, meine Herren, daß jetzt schon in Böhmen der Häusler mit scheelen Blicken auf den Bauer sieht, von dem er glaubt, daß er die Robot geschenkt bekomme? Wissen Sie, meine Herren, daß in Böhmen der Häusler jetzt schon mit Unmut fragt: Der Bauer bekommt die Robot geschenkt, aber was bekomme ich? Wissen Sie, meine Herren, daß in einigen Gegenden Böhmens der Häusler jetzt schon die Berechnung macht: Der Bauer gewinnt durch die Aufhebung der Robot bei 100 Strich 30 Strich, diese muß er mir geben? Wissen Sie das, meine Herren, und brauche ich noch weiter zu erklären, wenn ich sage, in meinem Heimatlande Böhmen muß der Bauer die Robot ablösen um seiner eigenen Sicherheit willen? (Beifall).

„Ich habe noch einige Worte über den Antrag eines verehrten Mitgliedes dieser Kammer zu verlieren, das, obgleich zu wiederholten Malen, und zwar auf ganz unparlamentarische Weise mit Namensausruf angegriffen, doch im Interesse der Sache auf sein Wort verzichtet hat. Da er mit Namen angegriffen worden ist, glaube ich ihn auch mit Namen verteidigen zu müssen oder vielmehr seinen Antrag; es ist das verehrte Mitglied Haimerl. Angegriffen wurde der erste Satz: ‚Die hohe Reichsversammlung wolle beschließen, daß das bisher in den meisten österreichischen Staaten bestandene Untertansverhältnis mit allen Folgen jedenfalls aufzuhören habe, so wie nach und nach die nötigen Einrichtungen getroffen sein werden, unter deren Voraussetzung diese Aufhebung im Interesse der Untertanen Platz greifen kann‘.

„Das ist nun bedeutend angefochten worden; man will nicht so lang warten, bis diese Anstalten getroffen sind, man kann nicht so lang warten; wir sollen ohne alle Rücksicht, mit Beiseitesetzung aller Bedenklichkeiten sogleich zu Werke gehen. Ich will, meine Herren, von den vielen Umständen, die hier zu berücksichtigen wären, nur einen hervorheben. Es gibt Gegenden in meinem Heimatlande, es ist das im Erzgebirg, wo kaum der Zweihundertste das Glück hat, selbständiger Besitzer von Grund und Boden zu sein. Ein König ist dieser Grundbesitzer unter den übrigen zweihundert; hinter ihm steht ein Proletariat in großer täglich anwachsender Zahl, ein Proletariat, Mitleid, ja Schauder erregend, wie nur irgend eines sein kann, ein Proletariat, das aus den Kellern des Bauers die sauer gewordene

Milch erbettelt zur Linderung seiner dahinschmachtenden Kranken. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, meine Herren, daß dieses Proletariat durch die Aufhebung, die plötzliche Aufhebung aller obrigkeitlichen, aller Untertansverhältnisse nichts gewinnt. Ich werde Ihnen aber noch mehr sagen, meine Herren, dieses Proletariat verliert sogar, durch den plötzlichen Umschwung in der Zwischenperiode bis zur neuen Gestaltung der Dinge, es verliert den einzigen Schutz, den es in seiner Not hat, den obrigkeitlichen. Zu den obrigkeitlichen Verbindlichkeiten gehört, wie bekannt, das Sanitätswesen; die Obrigkeit muß die Ärzte unterhalten, und tausend und abermal tausend Arzneien werden in jenen Gegenden auf obrigkeitliche Kosten an die armen Leute verteilt. Wenn wir die Robot und überhaupt die Untertänigkeitsverhältnisse plötzlich aufheben, wenn wir die Obrigkeit aller Rechte für verlustig erklären, so wird sie sich schön bedanken, wenn sie die Pflichten, die ihr obliegen, noch weiter erfüllen soll. Sie wird die herrschaftlichen Ärzte einziehen, und was wird die Folge sein für das ungeheure Proletariat in der jetzigen Zeit, wo die asiatische Brechruhr im Anzuge ist?! Können wir also diese Verhältnisse aufheben, ohne etwas anderes an die Stelle gesetzt zu haben? Ist es daher mutwillig, wenn man zur Besonnenheit mahnt? Geschieht es ohne Grund oder nur um das wahre Gute, worin wir alle einverstanden sind, aufzuhalten, wenn wir sagen, man soll nicht mit Vernachlässigung all dieser vielen Verhältnisse, die dabei inacht zu nehmen sind, man soll nicht mit Hintansetzung aller dieser Rücksichten, sondern man soll mit Besonnenheit zu Werke gehen?!

„Ich kann nicht besser schließen, als mit den Worten eines verehrten Sprechers vor mir*), dem nur im Feuer seiner Begeisterung das Unglück widerfahren ist, daß er aus sehr wahren Prämissen sehr falsche Folgesätze ableitete. Dieses verehrte Mitglied hat eben so schön als wahr darauf hingewiesen, daß wir aus dem Volke hervorgegangen sind, daß wir daher die Interessen des Volkes zu vertreten haben. Ja, meine Herren, aber eben weil wir aus dem Volke, aus dem gesamten Volke hervorgegangen sind, müssen wir über allen Parteien stehen. Weil wir aus dem Volke, aus dem Gesamtvolke hervorgegangen sind, dürfen wir nicht, indem wir nach dem Beifallsjauchzen eines Teiles der Staatsbürger haschen, den

*) Mathias Brandl (Neufelden, Oberösterreich), 22. August.

Fluch eines andern Teiles der Staatsbürger auf unser Gewissen laden. Weil wir aus dem Volke, aus dem Gesamtvolke hervorgegangen sind und weil die Gutsherren zufälligerweise auch zum Volke gehören, so müssen wir ihre Interessen ebensogut bewahren als die Interessen derjenigen, mit deren Last gewiß jeder von uns das aufrichtigste Mitleid hat. Das verehrte Mitglied hat ferner mit Recht hingewiesen, daß dieser Schritt, den wir tun, der erste ist, der aus unserer Mitte in die Öffentlichkeit hinaustritt. Ja, meine Herren, das ist er, aber eben deshalb wollen wir mit diesem ersten Schritte keinen Akt der Willkür, sondern einen Akt der Gerechtigkeit begehen. Wir wollen, daß das ganze Volk mit Vertrauen auf uns hinblickt und mit Vertrauen der Vollendung des so großen Werkes entgegensieht, das wir vor uns haben. Wir bauen ein Haus, in welchem alle Staatsbürger jedes bisherigen Standes und jeder Klasse sich wohnlich zurechtfinden sollen". (Beifall von der Rechten, Zischen von der Linken).

4.

Mein Vortrag war zu Ende und ich kehrte zu meinem Sitze zurück, ich wußte nicht ob mir von der Rechten und aus dem Zentrum applaudiert wurde. Von der Linken aber — Goldmark, Brestel, Löhner, Scherzer, Violand, Kudlich, Kaim, im ganzen dreiunddreißig — wurde noch in derselben Sitzung wegen des vom Präsidenten verweigerten Ordnungsrufes ein Protest eingereicht, weil ich mir erlaubt hatte, „jene Fraktion der Mitglieder, die sich gegen die Leistung einer Entschädigung aussprachen, geradezu des Diebstahls zu beschuldigen". Die Aufregung unter ihnen, besonders unter den bäuerlichen Abgeordneten, währte über das Ende der Sitzung hinaus fort. In der Mitte des Saales bildeten sich lärmende und durcheinanderschreiende Gruppen mit lautem Geschimpfe über mich und mit drohenden Gebärden, die jeden Augenblick in Tätlichkeiten überzugehen drohten. Einige wollten mir an den Leib und lauerten mir unten vor dem Ausgange aus der Winterreitschule auf; mehrere meiner Freunde, die mich darauf aufmerksam machten, nahmen mich zu meinem Schutze in ihre Mitte, so daß nichts vorfiel.

In besonneren Kreisen wirkte der Eindruck, den meine Rede gemacht hatte, noch lange nach. Nach dem aufregenden Intermezzo, dem ich meine Ruhe entgegengesetzt, hatte Pillersdorff zu dem neben ihm sitzenden Thiemann geäußert: er bewundere den Mut dieses jungen Mannes. Ein Abgeordneter aus dem Süden — ich hatte ihn früher nicht bemerkt und habe leider seinen Namen nicht behalten — kam im Lesesaal auf mich zu und machte mir eine achtungsvolle Verbeugung. „Ich war in Frankfurt", sagte er, „und habe dort manche bedeutende Rede angehört, aber die Ihrige kann sich mit jeder messen". Dann fügte er bei: „Ihre Rede würde im englischen Parlament oder in der französischen Kammer Anerkennung finden; hier heißt es Perlen vor die Säue werfen". Ein biederer Graukopf aus dem Zentrum sprach zu mir: „Von jetzt an setzen wir alles Vertrauen in Sie", und in der Tat sahen seit jenem Tage meine gesinnungstreuen, doch mitunter mutschwachen Nachbarn aus dem Zentrum nach mir, so oft es im Saale zu einem ernstern Zwischenfalle kam. Aber selbst die von der Linken, so sehr sie mich anfeindeten und haßten, wurden still und aufmerksam, wenn es hieß: „Der Abgeordnete Helfert hat das Wort". Eine Anerkennung eigentümlicher Art wurde mir von dieser Seite, als eines Tages der Abgeordnete Herndl an meinen Sitz herantrat und mürrisch zu mir sagte: „Ich weiß nicht, was die Leut' immer gegen den Stadion haben? Der Herr Helfert ist viel ärger!" Wenn er in späteren Sitzungen bemerkte, daß ich mich zum Worte meldete, winkte er mir kameradschaftlich zu — er saß nur zwei Plätze von mir —: „Herr Helfert, bleiben S' sitzen, 's geht doch nicht durch!"

Auch außerhalb des Reichstages wurden mir Lob und Auszeichnung zu teil. Als ich einen oder zwei Tage nach meiner Rede über den Kohlmarkt schritt, kamen mir drei elegante junge Herren entgegen, die ich nicht kannte und die, als sie an mir vorbeischritten, freundlichst den Hut zogen; einer von ihnen war, wenn ich mich nicht täuschte, Graf Heinrich Clam, mit dem ich nachmals in nahe Berührung trat. In diesen Tagen kam Theodor Karajan, der Akademiker, von der deutschen Nationalversammlung für einige Tage nach Hause; er gehörte dem Historikerkränzchen an, Feil, Sava, Wolfskron, Birk u. a., mit denen ich im Jahre zuvor viel verkehrt hatte. Am 29. August wurde eine freundschaftliche Zusammenkunft im Gasthause „zur goldenen Glocke" am Neubau veranstaltet,

wo sie mich herzlich begrüßten und mich für meine Erfolge beglückwünschten.

Aus der Ferne erhielt ich ein Schreiben des FML. Grafen Schlick, Militärkommandanten in Krakau, mit dem ich damals persönlich noch nicht zusammengetroffen war. „Sehen Sie, verehrter Herr Landsmann", so begann er seinen vom 27. August datierten Brief, „diese Zeilen als eine Dankadresse an! Wie ich denke und schreibe, bin ich sicher, die meisten Landsleute stimmen mit mir überein. In Böhmen finde ich Unterschriften genug. Wie sehr haben mich die freien ehrlichen Worte, die Sie in der Reichsversammlung gesprochen, erfreut! Endlich einer, dem Wahrheit mehr gilt als die Bravos der Massen, die sich so leicht durch schöne Worte und so selten durch gute Gedanken bewegen lassen!" Er schilderte mir dann sachlich die Dienstverhältnisse auf seiner Herrschaft, die dadurch entstanden seien, daß er einige Dominikalgründe, die er nicht verwendete, um armen Leuten zu helfen und sich Arbeitskräfte zu sichern, auf ihr Ansuchen gegen einen Jahreszins von 4—6 fl. und die Verpflichtung, durch achtundzwanzig Tage unentgeltlich für die Herrschaft zu arbeiten, überlassen habe, was daher, wie er meinte, keineswegs nach dem gewöhnlichen Maßstabe der Robot behandelt werden könne. Übrigens, so schloß er seine Zeilen, „die Sache mag nun ausgehen wie sie will, so erkenne ich doch in Ihnen einen Kämpen für Wahrheit, Billigkeit und Recht, und freue mich, ein gutes Schwert in einer guten böhmischen Faust zu wissen" . . .

Wenn mich ein Unbekannter in solcher Weise pries, was bekam ich erst von Freunden zu hören! „Es war mir eine wahre Wohltat", ließ sich der Prager Buchhändler Friedrich Tempsky vernehmen, „nach den einfältigen bloß auf den Beifall der Masse berechneten Reden so mancher Reichstagsmitglieder Ihre Worte zu lesen. Die Erbitterung Ihrer Gegner ist begreiflich; denn Sie haben sie an der empfindlichsten Seite getroffen. Die Zahl Ihrer Gegner ist freilich groß, doch ist, wie ich glaube, die Zahl der Gerechten und Billigdenkenden noch größer; die Abstimmung wird dies hoffentlich beweisen". Mein Mitschüler Joseph Peter lobte mein „mutiges Auftreten, was unter gegenwärtigen Umständen wirklich keine Kleinigkeit ist. Jeder der nicht gerade Parteimann ist, muß Deiner Ansicht sein. Du hast Dir hier in Prag viel Anhang gemacht und wenn auch die Deutschen Dich zu den Konservativen zählen, so rechnen Dich

die Tschechen zu den Liberalen". Mein trefflicher P. Athanasius in Leitmeritz versicherte mich, mit welch gespanntester Aufmerksamkeit er meine Worte verfolgt habe: „Gott wolle Ihren Mut aufrecht halten und Ihre Anstrengungen segnen, damit unser liebes Österreich wenigstens einigen Boden behalte, auf welchem eine Reform aufgeführt werden kann, und nicht auseinandergesprengt werde". Einen ausführlichen Brief erhielt ich von Eduard Brzorád, worin es unter anderem hieß: „Ohne Dir schmeicheln zu wollen, glaube ich, daß Du am besten gesprochen hast; denn selbst Brauner hat die Verhältnisse und die darnach zu bestimmenden Maßregeln nicht so entwickelt, wie ich es bei seiner Sachkenntnis erwartet hätte. Möglich, daß dies in seiner Ansicht, die Angelegenheit sei den Landtagen zuzuweisen, begründet ist". Überschwänglich und dabei hyperhöflich wie immer, drückte sich der gute Dechant Macan aus: „Jeder Rechtdenkende, Rechtschaffene und Biedere, mit denen ich ins Gespräch komme, kann Hochdieselben nicht genug dafür loben und preisen, und haben sich ganz gewiß in der Weltgeschichte einen großen Ruhm und Namen dadurch auf immerwährende Zeiten erworben; der Dank dafür wird Ihnen im Herzen eines jeden Edeldenkenden gezollt".

Von den Wiener konservativen Blättern war es diesmal nicht Zang's „Presse", die mir die wärmste Anerkennung zollte, sondern Bäuerle's „Österr. Courier": „Helfert's geistvolle Rede ist ohne Frage die entschiedenste, überzeugendste, gelungenste in dieser Angelegenheit". Der Schreiber fand sich dabei veranlaßt, „die Namen der ärgsten Schreier der Nachwelt aufzubewahren". Da er dabei neben Kudlich, Nagele, Brandl, Teufel auch den Dr. Polaczek aus Reichenberg nannte, kam dieser am andern Tage auf mich zu, um mich zu versichern, er sei nicht unter den Schreiern gegen mich, sondern im Gegenteil unter jenen gewesen, welche die Bauern abgehalten und auf ihre Sitze zurückgebracht hätten.

Selbst im Auslande fanden meine Worte Anklang. Ein mir unbekannter Schriftsteller lieferte der Brockhaus'schen „Gegenwart" einen Artikel „Österreich vor Eröffnung des Reichstages" rc., worin er meine Laufbahn und meine Stellung im Reichstage in anerkennender Weise charakterisierte (Seite 244 f.) und dann sagte: „Helfert übernahm die undankbare Rolle, die konservativen Interessen zu vertreten und das häufig nur allzu verzagte Ministerium zu

verteidigen. Er tat es mit schonungsloser Härte und oft übermütigem Trotze gegen die siegträumenden Gegner, mit offener Verhöhnung der demokratischen Glaubensartikel und verstimmender Spottlust; er tat es aber konsequent und mutig. Die Frage, welche von den Vorrednern entweder unberührt geblieben oder mit Phrasen verkleistert worden war, die Entschädigungsfrage, bildete den Mittelpunkt seiner Rede", aus welcher der Schilderer die Stelle von dem heiligen Crispinus wörtlich folgen ließ.

Dieses Geschichtchen, das ich vor Jahren aus dem Munde meines Mitschülers Moritz Berger vernommen, hat überhaupt am stärksten eingeschlagen. In der preußischen Nationalversammlung gab es am 27. Oktober eine stürmische Debatte über die unentgeltliche Aufhebung gewisser Zehenten. Der radikale Waldeck forderte die Aufhebung aller, und nur für die Kirchenzehente eine durch das Gesetz zu bestimmende Entschädigung. Es wurde ihm nicht undeutlich zu verstehen gegeben, daß er damit die Bauern und die katholische Geistlichkeit, deren Stimmen er bedürfe, gleichzeitig gewinnen wolle, und ein Abgeordneter verglich ihn mit dem heiligen Crispinus.

Wen dieses mein Gleichnis aufrichtig wurmte, war der fromme Kanonikus Pessina in Prag. Er sandte mir einen Band einer Heiligen-Geschichte, in welcher das Leben des heiligen Crispinus dargestellt war und wo von jener Lederlegende nichts vorkam. Ich selbst aber fand es am 29. August nötig, gegen den Protest der Linken eine Gegenerklärung einzulegen, worin ich gegen die unparlamentarische Unterbrechung meiner Rede Protest erhob und mich dagegen verwahrte, daß man mich der Beleidigung eines Teiles der Versammlung zeihen wolle. „Ich habe", sagte ich, „dem Reichstage bei dem Umstande, als in ihm die Berechtigten als solche nicht vertreten sind, in einem Gleichnisse nur unsere Unberechtigung, über diesen Gegenstand anders als nach Recht und Billigkeit zu sprechen, vor Augen gehalten".

* * *

Will mich der geneigte Leser ruhmrediger Eitelkeit beschuldigen, daß ich so ausführlich alles registriere, was mir zu Preis und Ehren nachgesagt wurde? Aber durften mich damals jene Lobeserhebungen, und darf mich noch heute die Rückerinnerung daran nicht mit Freude

und Stolz erfüllen, und habe ich in einer Selbstlebensbeschreibung nicht das Recht davon Akt zu nehmen? Ja gewissermaßen die Pflicht, da mein Auftreten in dieser Streitfrage den Grund zu meiner sonst unerklärlichen raschen Erhebung gelegt hat. Wurde es mir doch gleich damals prophezeit! Zu Viktor Obermayer, jüngerem Bruder meines Jugendfreundes Peter Eugen, trat der Vater ins Zimmer, ein Zeitungsblatt in der Hand: „Da hat sich wieder einmal einer bemerkbar gemacht, der junge Helfert! Der hat Courage und vortrefflich gesprochen. Du wirst sehen, der wird sehr bald auf einem hohen Posten sein; denn solche Männer braucht man jetzt!" . . .

Ich will nun mit gleicher Gewissenhaftigkeit hersetzen, was mir aus dem Anlasse meines Auftretens Widriges, Feindseliges, ja Gehässiges erwachsen ist, und dessen war wahrhaftig nicht wenig! Von der Aufregung gegen mich in der Kammer, von den Bedrohungen meiner Person während und nach meiner Rede habe ich schon gesprochen. Die Wiener radikale Journalistik verhielt sich eigentümlich. Die „Konstitution" brachte eine kurze Notiz: meine „Ausfälle auf die Redner der Nichtablösung" hätten „Entrüstung in der Versammlung" hervorgerufen. Andere Blätter, wie die „Allg. Österr. Ztg.", beobachteten die Taktik, während sie alle andern Reden in kürzeren oder längeren Auszügen brachten, die meinige vollständig todtzuschweigen. Nur Siegmund Kolisch im „Radikalen" ließ sich herab, meiner mit einigen Worten zu gedenken: „Mit welch künstlicher Verdrehung hat Herr Helfert das Falsche, das Unrichtige verzeichnet! Wie spitzfindig ging der Professor zu Werke, um der Wahrheit eine Nase zu drehen! Wir wollen nicht in den dunklen Schlund tauchen, zu welchem sich der ehrenwerte Abgeordnete mit so viel Selbstverleugnung herabläßt. Wir wollen lieber ganz schweigen über diese Zierde des Reichstages, über einen Abgeordneten, der im Monat August des Jahres 1848 vielleicht in keinem Parlamente der Welt (in Rußland und in China gibt es keines) seinen erbaulichen Sermon zu Ende gesprochen hätte".

Außerhalb Wien waren es begreiflicherweise die Robotpflichtigen, aus deren Reihen sich ein wahrer Sturm gegen mich entlud. Mein Jugendfreund Peter teilte mir „par curiosité" einen Auftritt mit, den er auf der Prager Militärschwimmschule erlebte. Mein früherer Schwimmeister Korporal Schmutzer fragte ihn: „Das ist doch nicht derselbe Helfert, der in meiner Abteilung war? Das muß sein

Vater sein!" Auf Peters Versicherung, eben der Schwimmer sei es, brach Schmutzer los: „Wer hätt' in ihm das gesucht! Er hat nicht danach ausgesehen! Der Teufel soll ihn holen! Ich hab' ein Häusel und werde jetzt die Robot ablösen müssen".

* * *

Wie sah es bei meinen Wählern aus, die mir doch erklärt hatten, eine billige Entschädigung wollten sie sich gefallen lassen? Und mehr als eine solche nahm ich doch nicht in Anspruch! Nach meiner ersten Rede, wo ich doch bereits diesen Grundsatz hervorgehoben hatte, war alles ruhig. Nur wegen meiner politischen Gesinnung wurde von auswärts in meinem Wahlbezirke geschürt. Schon einige Tage nach meiner Abreise von Tachau waren Briefe aus Prag und vom Aussiger Wahlkomitee gekommen, daß man mich unter keiner Bedingung hätte zum Abgeordneten wählen sollen. Rat Nadler legte es mir in einem Schreiben vom 17. August ans Herz, „dem verbreiteten Rufe, daß Sie der Sache der Tschechen zu sehr und der Deutschen gar nicht zugetan sind, entgegenzutreten". Der Verdacht sei angeregt, daß der Aufsatz gegen die Männer von Aussig von mir sei: „Sollte dieser Verdacht unbegründet sein, so haben Sie die Güte, mich hievon zu verständigen, um dieserwegen das Geeignete zu veranlassen". Er sprach die Hoffnung auf Besserung der politischen Zustände aus, Friede mit Italien, die Ungarn würden zur Vernunft kommen, „dann werden wohl die bisherigen Übergriffe der Tschechen nichts mehr bedeutendes besorgen lassen". Worin diese „Übergriffe" bestanden, darüber blieb er mir die Erklärung schuldig. Etwa darin, daß sie dasselbe verlangten was die Deutschen längst besaßen?! . . . Mittlerweile war jedoch ein aufklärender Artikel der „Prager Ztg." gekommen — ohne Zweifel meines Freundes Hasner Geschoß! — und bald darauf wurde meine Lobpreisung in der „Nürnberger Ztg." bekannt, und nun herrschte, wie mir mein Tachauer Vetter Ferdinand Helfert schrieb, Zufriedenheit unter meinen Wählern und das Wahlkomitee sei „fast stolz" auf seinen Abgeordneten geworden.

Das änderte sich mit einem Schlage nach meiner Rede vom 24. Der bäuerliche Abgeordnete Leberl aus Metzling schrieb nach Hause einen erbosten Brief, den ein Lohgärber in Ronsperg seinem

ehemaligen Tachauer Lehrmeister zur Kenntnis brachte; der Schreiber erklärte darin, ich sei bestochen, und er wolle die Wähler über ihren Abgeordneten aufklären, „was das für ein Vogel ist". Ein anderer Brief voll von Ausfällen gegen mich kam aus der grünen Steiermark nach Wittingau. Ein dritter mit der Unterfertigung „Euer wahrer Freund und Landmann" gelangte nach Maierhöfen. Der Helfert, hieß es in diesem letztern, „sagte öffentlich im Reichssaale, daß die Bauern wie Diebe zu betrachten sind, wenn sie ihren Herrschaften nicht mehr roboten und auch keine Vergütung leisten wollen . . . Macht dieses überall bekannt in euerer Gegend und schreibt dem Helfert her, er soll nicht so schlecht gegen die Bauern reden und handeln; denn so handelt ein solcher Mensch ohne Gewissen, und tut nur was den großen Herren recht ist. . . . Vielleicht ist gar der schlechte Mensch vom Windischgrätz gewählt, weil Windischgrätz Tachau gehört. Ich war auf der Galerie im Reichssaale und habe die Niederträchtigkeit von dem schlechten Menschen nicht mehr anhören können . . . Zu einem solchen Lumpen helfen die großen Herren und der Bauer muß dann schweigen. Also nehmt euch an. . . Die Bauern sollen den Helfert nicht mehr als ihren Deputierten anerkennen, sondern herschreiben, daß er Schläge genug bekommt, wenn er so schlecht fortreden und nur Schaden fürs Land bringen will".

Das anonyme Schreiben war vom 27. August aus Wien datiert, wo folglich unter den bäuerlichen Abgeordneten die Aufreizung noch fortdauerte. In meinem Wahlbezirke ließen sich viele Leute die aufreizende Mahnung gesagt sein. Von dem Briefe wurden Abschriften veranstaltet und in alle Gegenden herumgeschickt, eine soll auch dem Fürsten Windischgrätz zugekommen sein. In Maierhöfen kamen die Bauern zusammen, „um solches, welches uns Schaden bringen könnte, zu verlautbaren, daß diesem Übelstande beizeiten möchte noch abgeholfen werden". Es wurde verabredet, das Schreiben auch bei anderen Gemeinden bekannt zu machen und an einem der nächsten Tage zusammenzukommen, um zu beraten „was hierüber zum besten tunlich ist". Der schließliche Erfolg soll ein Mißtrauensvotum mit dem Begehren meiner Abberufung gewesen sein, das an den Reichstag abgesandt wurde. Ich habe es aber in den Verzeichnissen der zahlreichen Eingaben, die der stenographischen Aufnahme zeitweise beigedruckt waren, vergeblich gesucht, und ich glaube mich zu erinnern, daß mir ein Mitglied der Redaktionskommission

gesagt hat, die Kommission habe den Wisch in den Papierkorb geworfen. Das war doch nicht in der Ordnung!

Der brave Kasel aus Roßhaupt war der einzige, der unaufgefordert meine Verteidigung übernahm. Die Verständigen, schrieb er mir, seien so weit mit mir zufrieden, „da Sie einer der ersten Redner sind; die Unverständigen lassen sich einreden, daß Sie die Bauern Diebe genannt hätten, wo Sie aber gesagt haben: Wir sind Diebe, wenn wir den einen nehmen und den anderen geben". Übrigens meinte er, mit der Ablösung in seiner Gegend werde es schwer halten: „Der böhmische Bauer im Lande, der hundert Strich jährlich verkaufen kann, ist wohl fähig zu zahlen. Aber wir Gebirgsbauern, die kaum soviel bauen als wir selbst brauchen, wie können wir ablösen, da bei uns fast durchschnittlich Mißernten sind, besonders dann, wenn die Kartoffeln mißraten, und jeder in Schulden steckt". Das gleiche Argument gebrauchten die Richter und Geschworenen der Gegend von Wittingreuth, Herrschaft Tachau, indem sie mir vorhielten: ich sei doch nicht für den Saazer und Leitmeritzer Kreis gewählt, wo vermögliche Bauern seien, „sondern für den Hayder Vikariatsbezirk, wo die armen Gebirgsbewohner durch den Ertrag ihrer Felder nicht im stande sind die Robot abzulösen. Wir erwarten deshalb baldmöglichst ein Schreiben von Ihnen und ersuchen Sie schriftlich, bei den Reichstagssitzungen im Interesse des Landmannes zu sprechen und zu handeln". In Neu-Zedlischt versammelten sich die Vertreter von achtzehn Gemeinden, die mir „wohlmeinend" den Rat erteilten, eine Rechtfertigung einzuschicken, weil sonst Unruhen entstehen könnten, „da es bei solchen Anlässen jetzt nie an Leuten fehlt, die durch Hervorrufung künstlicher Krawalle die verschiedenartigsten Absichten verfolgen".

Sechstes Buch.

Das kaiserliche Patent vom 7. September.

1.

Die schier endlose Verhandlung über den Antrag Kudlich nahte ihrem Ende. Am 25. August sprachen noch der Sparkassensekretär Ignaz Paul (für Gabel), Podlewski, Cerne und jener Georg Meyer, der aus dem Wahlkampfe mit dem von den polnischen Gutsbesitzern gefürchteten Sawka als Sieger hervorgegangen war. Am 26. kam noch einmal Kudlich — zum so und so vieltenmal! — als Antragsteller und letzter Redner zum Worte. Der Justizminister erhob sich. Der Knabe Kudlich wollte Verwahrung einlegen, da die Debatte geschlossen sei, als ihm Strobach den § 31 der Geschäftsordnung entgegenhielt: „Die Minister können, so oft sie es wünschen, das Wort ergreifen". Bach schritt auf die Rednerbühne zu und hatte bereits zwei Stufen unter sich, als ihn Kudlich anrief: „In welcher Eigenschaft wollen Sie reden? Als Abgeordneter oder als Minister?" Bach wandte sich halb um, entgegnete dem Frager in entschiedenem Tone: „Als Minister!" und betrat nun vollends die Tribüne.

Die Regierung hatte sich, wie früher erwähnt, in dieser ganzen, nun schon in die sechste Woche sich hinziehenden Angelegenheit bisher mäuschenstill verhalten; aus dem was Aloys Fischer dem Gredler gegenüber aus der Schule geschwatzt hatte, war sogar zu entnehmen, daß sie den Posten der Entschädigung als einen verlorenen ansah. Jetzt sollte Bach die Kammer mit der Erklärung überraschen, daß die Regierung die Entscheidung über diesen Punkt zu einer Kabinetsfrage mache. Er begann mit einer Auseinandersetzung, warum das Ministerium über die Frage der Grundentlastung so lange stumm geblieben sei; es habe bei seiner Übernahme der Geschäfte nicht die nötigen Vorarbeiten für eine so verwickelte Angelegenheit vorgefunden;

dieselbe gestalte sich von Land zu Land so verschieden, daß eigentlich die Provinzial-Landtage dafür einzutreten hätten, wie sich einzelne von ihnen tatsächlich damit beschäftigt hätten. Der Reichstag könne daher nur den Beruf haben, allgemeine Grundsätze auszusprechen und in dieser Hinsicht habe sich dieser über die beiden Prinzipien der Robotaufhebung und der Grundentlastung mit seltener Einstimmigkeit ausgesprochen. Was aber die Entschädigung betreffe, so sei diese Frage nach der einstimmigen Ansicht des Ministeriums eine Frage des Rechtes, der Billigkeit, der politischen Klugheit und der Nationalehre (Beifall vom Zentrum und von der Rechten): „Das Ministerium wird im Prinzipe mit der Entschädigungsfrage stehen oder fallen" (Beifall). Er berief sich dabei auf den Vorgang, den man in dieser Sache in den deutschen Staaten, namentlich im Verfassungsausschuß des Frankfurter Parlaments eingehalten habe, „und Deutschland soll uns ja in dieser Beziehung vor allem vor Augen schweben".

Bach ging sodann auf die finanzielle und volkswirtschaftliche Seite der Frage über, in die sich der Finanzminister Kraus, der nach ihm das Wort ergriff, mit großer Ausführlichkeit einließ. Aber auch Kraus legte auf den Rechtsstandpunkt das meiste Gewicht: „Mein Kollega, der Herr Justizminister, hat damit seine Rede geschlossen, daß wir gerecht sein sollen. Mir scheint auch, daß die Gerechtigkeit die Grundlage und die Grundbedingung jeder Finanzmaßregel sein soll". Kraus wies dann sehr geschickt nach, daß, wenn man diesen Standpunkt verlasse, wenn die Berechtigten durch schonungslose Entziehung der ihnen bisher zu statten kommenden Vorteile zu Schaden kämen, die daraus entspringenden üblen Folgen nicht bloß sie, sondern auch die anderen Faktoren treffen, daß die Allgemeinheit darunter leiden würde. Er schloß seine Rede unter dem Beifall der großen Mehrheit und dem Zischen der Linken.

Noch ein dritter Minister sprach in derselben Sitzung, doch in einer andern Angelegenheit und in einem andern Geiste als seine beiden Vorgänger. Es waren die Folgen der Praterschlacht am 23., welche die von der Linken nicht ruhen ließen. Doblhoff hatte gleich am Tage darauf dem Sicherheitsausschusse bedeutet, daß dieser seine Rolle ausgespielt habe, da „die gegenwärtigen außerordentlichen Umstände die Konzentrierung der exekutiven Verwaltung in den Händen des Ministeriums" nötig machten, und der Ausschuß hatte gleich am 25., also gerade an dem Tage, mit dessen Verhandlungen wir

uns jetzt beschäftigen, seine letzte Sitzung abgehalten. Doch das Publikum verlangte mehr: die Auflösung der akademischen Legion, in der es mit vollem Grund den Ausgangspunkt und den Rückhalt aller Unruhen erblickte. Allein zu einer Maßregel solcher Strenge war Doblhoff nicht zu bewegen. Auf eine Interpellation Umlauft's rechtfertigte er das Verhalten der bewaffneten Macht am 23., wofür ihm der laute Beifall der Majorität zuteil wurde. „Was aber die Auflösung der akademischen Legion betrifft", schloß er seine Auseinandersetzung, „so fragen Sie auf der Aula selbst nach, wie wir miteinander stehen", und nun war das Beifallklatschen, und ein stürmisches und anhaltendes, Sache der Linken.

Mir machte diese ministerielle Erklärung einen eigentümlichen Eindruck: der Minister Hand in Hand mit der unantastbaren Studentenschaft, und über beiden die schützende und segnende Hand des Doblhoff'schen Weltgeistes! Im übrigen war die Freude des Radikalismus über jenen partiellen Sieg gar sehr getrübt durch den Gedanken an die Niederlage, die sie durch die Aufhebung des Sicherheitsausschusses, dem das „Zopfzentrum" seine ausgesprochene Billigung zugesprochen hatte, erleiden mußte. „Die Revolution hat das Ministerium geboren, das Ministerium hat seine Mutter verleugnet, und die beleidigte fordert Rechenschaft! ... Der Minister hat den Brudermord verteidigt, die Vertreter des souveränen Volkes haben ihn durch ihre stürmische Zustimmung geheiligt. Wir sind wieder vor dem 13. März! Es ist gleichgültig ob der Tyrann Reichstag oder Metternich, ob seine Helfershelfer verantwortliches Ministerium oder Sedlnitzky heißen" *).

2.

Wir kehren zur Verhandlung über den Antrag Kudlich zurück. Die von der Linken, der Antragsteller voran, erblickten in der entschiedenen Aussprache des Justizministers eine Drohung, und die Fülle ihres Zornes ergoß sich über den Mann, mit welchem sie als einem der Ihrigen in das Parlament getreten waren, über Bach, den „ewig Lächelnden", der sie nun „verraten und verkauft" habe.

*) Niederhuber in der „Konstitution" Nr. 127 vom 25. August Seite 1296, Nr. 128 vom 26. Seite 1303 f.

Es jagten in dieser und den folgenden Sitzungen ein Protest den andern, Verwahrungen der Radikalen, Erklärungen und Gegenerklärungen der Konservativen, darunter auch, wie Niederhuber in der „Konstitution" (Nr. 151 vom 30. August, Seite 1326) boshaft bemerkte, Leopold Neumann's, desselben „welcher einmal irrtümlich Lewi genannt wurde".

Man stand vor dem Hic Rhodus hic salta, vor der Frage der Abstimmung, und das war in der Tat keine leichte Sache. Es lagen im ganzen 74 Anträge vor, darunter viele recht umfangreiche, wahre Gesetzentwürfe; der Antrag Musil zählte zwölf Punkte, der Antrag Peitler vierzehn, der Antrag Borrosch fünfzehn. Einige der eingebrachten Anträge waren allerdings im Gang der Verhandlung zurückgenommen worden, eine Anzahl bezeichnete Strobach als durch andere ersetzt und folglich entfallen. Allein es blieben noch immer fünfundfünfzig übrig, ein wahres Labyrinth, aus welchem der Präsident in sorgenvollen Nächten den geschäftsordnungsmäßigen Ausweg suchte. Er glaubte ihn dadurch zu finden, daß er die Anträge in einzelne Fragen zerlegte, über deren jede, hundertneunundfünfzig an der Zahl, mit Ja oder Nein das Urteil gesprochen werden sollte.

Gegen dieses Abstimmungsungeheuer, dessen Formulierung sechs halbbrüchige Druckbogen füllte, erhoben sich Bedenken von allen Seiten, da nicht abzusehen war, wie man damit zu Ende kommen sollte. Gleich am 29., wo dieses Fragenschema zuerst vorlag, entspann sich eine Debatte darüber, was an dessen Stelle zu setzen wäre. Man verlangte eine vereinbarte Fassung seitens der einander gegenüberstehenden Hauptparteien, der Entschädiger und der Nicht-Entschädiger; Borrosch war der einzige, der für das so peinlich gewissenhafte Operat Strobach's eintrat. In unserer Kasino-Versammlung wurde gegen den Strobach'schen Vorschlag der Einwand erhoben, daß durch die Zerlegung in einzelne Sätze die Anträge um ihren Zusammenhang gebracht würden; jeder Antrag müsse als Ganzes zur Abstimmung gebracht und mit dem am weitestgehenden begonnen werden; dies sei aber jener, der alle Einzelanträge zur Vorberatung an eine Kommission verweise. Zuletzt wurde von uns beschlossen, das Verhalten der Gegenpartie abzuwarten und unserseits nur bei der Entschädigungsfrage die Abstimmung durch Namensaufruf zu verlangen. Ein fünfgliedriges Komitee, in welches per acclamationem

Mayer, Vacano, Brauner, Gredler und ich berufen wurden, sollte den Fortgang der weitern Verhandlung im Auge halten.

Es kam indes anders und leichter. Fünfundzwanzig Antragsteller des Zentrums und der Rechten einigten sich mit Lasser auf einen gemeinschaftlichen Antrag und in ähnlicher Weise brachte Kudlich einen Kollektivantrag der Linken zu stande. Der Lasser'sche Antrag bestand aus acht Positiv-Sätzen: Die Untertänigkeit ist aufgehoben. Grund und Boden ist zu entlasten ꝛc. Kudlich dagegen stellte sieben Fragen: Erstens. „Soll die Untertänigkeit, nexus subditelae, aufgehoben werden? . . . Drittens. Soll für die aufgehobenen Lasten gar keine Entschädigung geleistet werden?" ꝛc. Die negative Fassung dieser dritten Frage war charakteristisch; sie konnte, wenn es zur Abstimmung kam, verwirrend wirken, und vielleicht hoffte die Linke auf diesem Wege das Entschädigungsprinzip zu Fall zu bringen.

Es war in der Sitzung vom 30. August, wo diese beiden Vorschläge eingebracht wurden und wo nun vor allem zu entscheiden war, welcher von ihnen zuerst zur Abstimmung gelangen sollte. Lassen wir hierüber unsern Freund Niederhuber zu Wort kommen: „In einer unerquicklichen Debatte, worin die Redner des Zentrums ihre totale Unfähigkeit, die Rechte selbst ihren Mangel an parlamentarischer, stellenweise selbst an gesellschaftlicher Bildung beweist, wird endlich Lasser's — eines Mannes der Entschädigung! — Antrage die Priorität der Abstimmung eingeräumt. Sollen wir die einzelnen Plumpheiten der Redner, den Windfahnencharakter der ganzen Versammlung beschreiben? Eine traurige Mühe, denn beide sind unverbesserlich" *).

Die Verhandlung bezog sich zum Teil auf die Frage, welchem von den beiden Kollektiv-Anträgen der Vortritt zugestanden werden solle, zum Teil auf einzelne Zusatz- oder Verbesserungs-Anträge sowohl zu dem Lasser'schen als zu dem Kudlich'schen Entwurfe. Bezüglich der Priorität der Abstimmung entschied die Majorität für den Lasser'schen Entwurf, über den in der folgenden Sitzung abgestimmt werden sollte. Das fand denn am 31. statt. Die ersten drei Absätze des Antrages — Auflösung des Untertänigkeitsbandes, Grundentlastung, Aufhebung der Robot — gingen einstimmig, die folgenden, nicht ohne allerhand Widerspruch der Linken, mit Mehrheit der

*) „Konstitution" Nr. 132 vom 31. August, Seite 1334.

Stimmen durch; Namensaufruf wurde nur bei dem fünften Absatze — billige Entschädigung — verlangt und dieser mit 174 gegen 144, also mit einer Mehrheit von 30 Stimmen, zum Beschlusse erhoben.

Was sollte nun mit den sieben Kudlich'schen Fragen geschehen? Auf Klaudy's Antrag wurden die ersten vier Kudlich'schen Fragen als durch die Annahme der Lasser'schen acht, respektive neun Punkte beantwortet und somit erledigt erklärt, nur über die drei letzten bedürfe es einer besondern Abstimmung. Sie betrafen die Leistung der Entschädigung für alle nicht auf Privatverträgen beruhenden Lasten durch den Staat; die Einsetzung einer Kommission von drei Mitgliedern aus jedem Gouvernement; die Proklamation. Alle drei Fragen wurden bejahend beantwortet, obwohl eine und die andere mit geringer Majorität; gegen die erste legten sechs böhmische Abgeordnete, darunter Brauner und Klaudy, Protest ein. Nun aber verlangten Thinnfeld und Borrosch, daß über die drei Kudlich'schen Fragepunkte „als ein Ganzes" abgestimmt werde, und dabei fielen sie mit 152 gegen 148, also mit einer Mehrheit von nur vier Stimmen, wogegen Goldmark, Violand, Kudlich &c. sogleich einen Protest anmeldeten.

Die Linke gab sich damit nicht zufrieden und machte am 1. September alle Anstrengungen, die in der Sitzung des vorigen Tages erfolgte Abstimmung um ihren Erfolg zu bringen. Umlauft legte gegen die Abstimmung über die Lasser'schen Absätze vier bis neun Verwahrung ein. Ambrosch verlangte, daß die Abstimmung ganz unterbleibe und daß diese Punkte einer besondern Kommission zugewiesen werden. Löhner widersprach dem Beschlusse, daß durch die Annahme des Lasser'schen Antrages die meisten der Fragepunkte Kudlich's indirekt erledigt seien; es hätten, meinte er, alle Kudlich'schen Fragen sowie alle folgenden Amendements zur Abstimmung gebracht werden sollen. Kurz, es entstand ein solches Gewirre, daß Strohbach endlich der Geduldfaden riß: „Unter solchen Umständen hört jede Leitung einer Debatte auf, ich lege meine Stelle nieder!" Er wollte den Präsidentensitz verlassen, als von allen Seiten „Bleiben, bleiben!" gerufen wurde. Strobach erklärte auf seinem Entschlusse verharren zu müssen, bis Lasser rief: „Ich beantrage den Herrn Präsidenten durch Akklamation wieder zu wählen", was unter einem Sturme von Beifall geschah.

Als Kudlich und Anhang abermals Zweifel gegen die Rechtmäßigkeit des Vorganges anregten und neue Einstreuungen versuchten, meldete ich mich zum Wort, um darauf zu bestehen, daß es bei dem endlich einmal ordnungsmäßig gefaßten Beschlusse verbleibe: „Oder wollen wir der Welt wiederholt das Beispiel geben, daß wir Beschlüsse nicht nur von einer Sitzung zur andern, sondern in einer und derselben Sitzung fassen und wieder umstoßen?!" Es folgte eine lebhafte, zum Teil erregte Debatte, bis zuletzt mein Antrag durch die Majorität zum Beschlusse erhoben wurde und es bei der Annahme des Lasser'schen Kollektivantrages verblieb.

Noch machten einige Einzelbestimmungen zu schaffen, die teils in das allgemeine Gesetz einzubeziehen, teils aus demselben herauszuhalten wären. Letzteres betraf besonders den Bier- und Branntweinzwang, dessen Aufhebung die Abgeordneten Latzel und Zimmer verlangten. Der Antrag wurde, da einmal das Abschaffungsgeschäft in munterem Gange war, mit Stimmenmehrheit angenommen, über welchen Vorgang am Abend in unserer Kasinogesellschaft lebhaft verhandelt wurde. Der Brünner Praschak hob hervor, daß bei der im Zuge befindlichen Verhandlung nur solche Zusatz- oder Abänderungsanträge in Betracht kommen können, die sich auf das Untertänigkeitsverhältnis beziehen; die Propination aber trete nicht bloß zwischen Obrigkeit und Untertan ein, sie sei privatrechtlicher Natur, insbesondere in königlichen und anderen Städten, in denen durchaus keine Untertänigkeit und daher kein Getränkezwang als Folge dieses Verhältnisses bestehe; auch könne darüber nicht ohne Rücksicht auf die in dieser Sache von Land zu Land obwaltenden Verschiedenheiten vorgegangen werden; es könne darüber im Reichstage wohl eine Debatte eröffnet, aber nicht zur Abstimmung gebracht werden. Da tatsächlich in der Sitzung eine eingehende Besprechung dieses Gegenstandes nicht stattgefunden hatte, so erklärte es Lubomirski für unsere Pflicht, gegen diese und ähnliche Vorgänge zu protestieren, „indem wir es mit der Würde des Reichstages nicht vereinbaren können, über undebattierte Angelegenheiten abzustimmen". Ich wurde von meinen Klubgenossen mit der Aufgabe betraut, einen in diesem Sinne abgefaßten Protest zu formulieren, der dann in der Sitzung des folgenden Tages zur Verlesung kam. Unterzeichnet waren einundsechzig Mitglieder unserer Genossenschaft.

3.

Doch ohne allen Vergleich bedeutungsvoller als dieser Zwischenfall war ein anderer, den dieselbe Sitzung vom 2. September brachte. Hatte Minister Bach, dieser klarste Kopf und entschlossenste Wille in dem ganzen schwachmütigen Weltgeist-Ministerium, am 26. August die Versammlung mit der ministeriellen Kabinetsfrage überrascht, so sollte unsere Überraschung noch größer über die Erklärung sein, mit der er uns jetzt beschenkte.

Unter den Anträgen, die im Laufe der Verhandlungen über den Antrag Kudlich zur Sprache gekommen waren, befand sich auch der, daß die zu beschließende Auflösung des Untertänigkeitsbandes den Völkern Österreichs vom Reichstage bekanntgemacht werden sollte. „Diese Proklamation“, hatte Umlauft am 10. August ausgerufen, „soll die Thronrede des österreichischen Volkes sein“. Baron Ingram hatte zwar in der Sitzung darauf den Einwand erhoben, daß ein solcher Schritt in der Geschäftsordnung nicht begründet und daß eine derartige Kundmachung überhaupt nicht Sache des gesetzgebenden Reichstages, sondern der exekutiven Gewalt sei. Doch Ingram's Meinung war so ziemlich vereinzelt geblieben und der Proklamationsgedanke hatte in der Versammlung mehr und mehr Anklang gefunden. Die Überzeugung von der Souveränetät des konstituierenden Reichstages hatte so feste Wurzel geschlagen, daß selbst Männer von ausgesprochen konservativer Richtung, den höchst ehrenwerten Abgeordneten für Tachau nicht ausgenommen, den Faktor der Krone völlig aus den Augen verloren hatten, und daß es wahrhaftig eine ebenso rechtzeitige als mutige Tat Bach's zu nennen war, der Kammer den monarchisch-konstitutionellen Standpunkt zum Bewußtsein zu bringen und in ganz entschiedener Weise auf dessen Beachtung zu bestehen.

Der Abgeordnete für Gablonz*) hatte über die Ausführung des Beschlusses vom 31. August einen Antrag eingebracht, dessen 5. Punkt die Erlassung einer Proklamation an das Landvolk betraf. Strobach hatte hiegegen die Versammlung aufmerksam gemacht, daß dieser 5. Punkt durch die Annahme des Lasser'schen Kollektiv-Antrages erledigt sei und hatte, als Borrosch ihn schulmeisternd eines andern belehren wollte, diesem das Wort entzogen. Da erhob

*) Polaczek.

sich der Justizminister unter allgemeinem Stillschweigen der Kammer, die gewohnt war aus Bach's Munde nur bedeutsames zu vernehmen, und erklärte, daß er sich „im Namen des Ministeriums" verpflichtet fühle „die Stellung, die es in diesem Stadium gegenüber der hohen Kammer einzunehmen gedenkt, offen auszusprechen". Ihr Beruf sei es ohne Frage, als konstituierend die Verfassung festzustellen und als gesetzgebend Gesetzentwürfe zu behandeln; allein „in dem einen wie in dem andern Falle können die Beschlüsse der Kammer nur durch die Sanktion des Monarchen Gesetzeskraft erlangen" und könne die Kundmachung des sohin sanktionierten Gesetzes „nicht unmittelbar von der hohen Kammer, sondern nur durch die Organe der Regierung veranlaßt werden".

Die Verdutztheit der Anwesenden über dieses unerwartete Auftreten der Regierung war im ersten Augenblick allgemein. Indes waren die Rechte und das Zentrum bald gefaßt, sie erkannten die konstitutionelle Richtigkeit dessen, was ihnen der Großsiegelbewahrer des Reiches auseinandersetzte, und zollten ihm zum Schlusse seiner Ansprache Beifall, während aus den Bänken der Linken heftiges Zischen zu vernehmen war. Violand meldete sich zum Worte und kündigte, als ihm der Präsident dieses entzog, gegen die Erklärung des Ministers sogleich einen Protest an, dem sich Füster, Umlauft und andere, im ganzen bei fünfzig Abgeordnete, anschlossen.

Im großen Publikum machte der Zwischenfall im allgemeinen weniger Eindruck als es die hohe Wichtigkeit der Sache verdiente. Es gebe ja noch immer eine Menge solcher Leute, schrieb mir Eduard Brzorad aus Prag, „welche die Regierungsform am liebsten sähen, die allein bei einem idealen Zustande der Menschheit möglich wäre, auch für die Streichung der monarchischen Gewalt stimmen möchten, doch gegenüber dem geschlossenen Auftreten der böhmischen Deputierten dies nicht zu tun wagen. Mich hat dieses Verhalten außerordentlich gefreut, weil ich es für das größte Unglück angesehen haben würde, wenn die Linke in dieser Frage gesiegt hätte".

Im gegnerischen Lager war man sich über die Bedeutung der parlamentarischen Majorität und des ministeriellen Schrittes viel eher klar. Schon nach der Abstimmung am 31. August hatte von dieser Seite die Klage ertönt: „Der heutige Tag ist ein trauriger; denn Deutschtum und Demokratie haben einen Todesstreich erhalten,

der Antrag Kudlich ist verworfen". Über die Erklärung Bach's am 2. September brach die radikale Presse vollends den Stab. „Soll der Begriff einer konstituierenden Kammer eine Wahrheit und kein bloßes Gaukelspiel sein, so muß dieser Versammlung allein das Recht zustehen, zu bestimmen ob und innerhalb welcher Grenzen dem Staatsoberhaupt das Recht der Sanktionsverweigerung hinsichtlich der ihm vorgelegten Reichstagsbeschlüsse zustehe" *). Tausenau, der rede- und federgewandte Mitarbeiter Becher's erklärte die Sitzung des 2. „prinzipiell für die wichtigste seit der Eröffnung des konstituierenden Reichstages" und setzte seinem Artikel die Worte der französischen Verfassung von 1791 vor: Le principe de toute souveraineté réside essentiellement dans la nation. „Herr Justizminister Bach", hieß es weiter, „hat in Komplizität mit seinen Kollegen die aus dem Boden der Revolution selbständig und naturwüchsig geborenen Rechte der konstitutionellen Kammer aus ministerieller Machtvollkommenheit beschränkt, er hat der Kammer, der demokratischen Presse, dem Staatsrecht, den Völkern des österreichischen Länderkomplexes seinen Hohn ins Antlitz geschleudert, er hat den 15. Mai und das durch diesen historischen Tag gewonnene kaiserliche Manifest geleugnet, er hat die Kontrerevolution offiziell proklamiert. Herr Alexander Bach ist durch seine Erklärung von der Volkssache nicht abgefallen, weil er ihr nie angehört hat und weil nur ein komischer Verzückungstaumel der radikalen Presse ihn und seine ministeriellen Konsorten zu Demokraten lästern konnte. Ein anderes ist jedoch die Frage, ob denn die Kammer, ob vor allem die österreichischen Völker dem Fanatismus des Gehorsams bereits so weit verfallen sind, daß sie sich ein unantastbares von bloßer Ministerwillkür angegriffenes Recht mit sklavischer Widerstandslosigkeit stehlen lassen werden". Zum Schlusse rief er: „Das Vaterland erwartet, daß die Linke ihre Schuldigkeit tue"**). „Mit seiner Auffassung", ließ sich Niederhuber vernehmen, „hat Bach die Souveränetät des Volkes geleugnet. . . Nicht für eine zu vereinbarende Verfassung gab es einen 15. und 26. Mai. Was damals das Volk errungen, es hat die Pflicht es ganz und ungeschmälert zu erhalten"***).

---

*) „Wiener Postillon" Nr. 55 vom 3. September.

**) „Der Radikale" Nr. 67 vom 3.

***) „Konstitution", Nr. 135 vom 3. September, Seite 1360.

Bach war von da an der bestgehaßte Mann des Wiener Radikalismus, und was diesen in die ärgste Wut versetzte, war Bach's stets lächelnde Miene, jenes „vornehme Lächeln, das diesem Emporkömmling der Wiener Umwälzungen, diesem Mephistopheles der Gerechtigkeit so eigentümlich ist. . . Wir begreifen dieses Lächeln, es hat seine guten Gründe. Mit einem ministeriell parteiischen Präsidenten, dem Bündnis der Tschechen und den deutschen Zöpfen der Kammer, der überwiegend schwarzgelben Majorität des Hauses und einer allzeit getreuen Presse, mit Radetzky, WindischGrätz und Jellačić, mit den Kosaken im Hintergrunde, kann Bach über jene schwächlichen Proteste an dem Tage allerdings lächeln, wo Dr. Vivenot zur Unterzeichnung einer Petition um Aufhebung der akademischen Legion an allen Straßenecken auffordert"*).

Doch alles Eifern und Geifern der Linken war vergeblich. Im großen wie im kleinen erlitt sie eine Niederlage nach der andern. Als es sich in der Sitzung vom 7. September um eine Note an das Ministerium handelte, wollte Kudlich das Höflichkeitswort „löblich" ausgemerzt wissen, was, wie kaum gesagt zu werden braucht, von seinen Leuten zahlreich unterstützt wurde. Doch sie blieben zu ihrem nicht geringen Ärger in der Minorität.

* * *

Mit dem Datum des 7. September erschien das kaiserliche Manifest: „Wir Ferdinand I., konstitutioneller Kaiser von Österreich ꝛc., haben über Antrag Unseres Ministeriums in Übereinstimmung mit dem konstituierenden Reichstage beschlossen, und verordnen wie folgt". Und nun kamen die einzelnen Artikel, im Sinne und fast durchaus im Wortlaute des Lasser'schen Kollektivantrages:

Erstens. Die Untertänigkeit und das schutzobrigkeitliche Verhältnis ist samt allen diese Verhältnisse normierenden Gesetzen aufgehoben.

Zweitens. Grund und Boden ist zu entlasten, alle Unterschiede zwischen Dominikal- und Rustikal-Gründen werden aufgehoben.

*) „Der Redelsführer (sic!) des berichtigten (sic!) Vereines der Auflösung der akademischen Legion, Dr. Rudolf Vivenot". Unterzeichnet H. L., datiert vom 6. September, gedruckt bei Franz Edlen v. Schmid.

Drittens. Aufhebung aller daraus fließenden Dienstleistungen, Giebigkeiten, Gebühren rc.

Viertens. Für einige der aufgehobenen Lasten soll eine Entschädigung geleistet werden, für andere nicht.

Fünftens bis Zehntens Detailbestimmungen.

Eilftens. Auch der Bier- und Branntweinzwang mit den ihm anhaftenden Verbindlichkeiten hat wegzufallen . . .

d. h. nicht wie das Untertansverhältnis „ist aufgehoben", hat also einfach und sogleich aufzuhören, sondern bleibt weiteren Erörterungen und Verhandlungen vorbehalten.

Der achte Punkt enthielt die Bestimmung, daß die Ausarbeitung des bezüglichen Gesetzentwurfes durch eine reichstägige Kommission erfolgen solle, über deren Zusammensetzung, fünf aus jedem Gouvernement, in den Sitzungen vom 11. und vom 13. September verhandelt wurde.

* * *

Der Abgeordnete für Tachau aber fand es jetzt an der Zeit, an seine Wähler ein offenes Schreiben zu richten, um seine Haltung in der großen Frage, deren Entscheidung den Herrschaften wie den Untertanen seines Wahlbezirkes so nahe ging, zu rechtfertigen und den vielen Verdächtigungen und Verleumdungen, die darüber in Umlauf gesetzt waren, entgegenzutreten. Vetter Ferdinand Helfert aus Tachau hatte mich schon lang aufs dringendste dazu aufgefordert; „denn Sie werden sich nicht vorstellen können", betonte er, „was für Beschimpfungen hin und wieder geschehen, ich würde Ihnen jetzt unter keiner Bedingung raten, in der hiesigen Gegend öffentlich zu erscheinen, um nicht den gröbsten Insulten ausgesetzt zu sein".

Ich machte in meiner Ansprache kein Hehl daraus, daß ich im Reichstage mit aller Entschiedenheit gegen die unentgeltliche Aufhebung der Robot gesprochen habe. Aber warum tat ich das? Einmal, weil gleich nach meiner Wahl, als ich den Vertretern einzelner Gemeinden gegenüber diesen Punkt berührte, mir von diesen erwidert wurde: das sähen sie wohl ein, daß sie nicht ganz umsonst von ihrer Schuldigkeit loskommen könnten, nur wünschten sie, daß die Ablösung auf eine billige Art geschehe: „Wenn ich also auf dem Reichstage für eine billige Robotablösung sprach, so habe

ich nur das getan, was ich Eueren Abgeordneten in Tachau und Plan offen und ehrlich im voraus sagte und was Ihr selbst als recht und billig zugestanden habt. Vor den versammelten Vertretern der Völker Österreichs habe ich mich laut und offen auf diesen Euren gesunden Sinn, auf dieses Euer Rechtlichkeitsgefühl berufen. Wollt Ihr mich jetzt Lügen strafen? Soll ich vor den Völkern Österreichs das Lob zurücknehmen, das ich Eurer Ehrenhaftigkeit öffentlich gezollt habe und das von der Reichsversammlung mit lautem Beifalle aufgenommen worden ist?"

Ich ging nun in gemeinverständlicher Weise auf die Rechtsfrage ein, berief mich auf mein Gewissen, das mich nach meiner ehrlichen Überzeugung sprechen hieß, erläuterte dann mit einiger Ausführlichkeit, in welcher Art und Weise ich mir die Ausführung denke; wie es viele untertänige Leistungen gebe, die unbedingt und ohne alle Entschädigung aufhören sollen; daß man aber für die anderen, die man den bisher Berechtigten nicht einfach wegnehmen könne, eine solche Entschädigung ausmitteln werde, welche den Landmann auf möglichst wenig empfindliche Art treffe.

Ich stellte ihnen sodann vor Augen, was eintreten könnte, wenn das, was sie bisher der Obrigkeit zu leisten hatten, dieser ohne allen Ersatz einfach weggenommen würde. „Glaubt Ihr, daß die Herren Grafen und Fürsten sich das gefallen lassen, daß sie über einen so ungerechten Beschluß nicht Zetter und Mordio schreien, daß sie alles aufbieten würden, ihn zu nichte zu machen? Und meint Ihr, es würde ihnen unmöglich sein dies auszuführen? Ihr wisset doch aus den Zeitungen, daß in Italien ein kampfgeübtes Heer von beinahe 200.000 Mann steht, daß in Ungarn der Banus von Kroatien mit 180.000 Mann gegen Pest vorrückt, daß überdies in jeder Provinz mehrere tausend Soldaten liegen. Ihr wisset ferner, daß die hohen und höchsten Offizierstellen fast durchaus von Herren vom hohen und höchsten Adel besetzt sind. Zweifelt Ihr, daß es an der Spitze einer halben Million Truppen möglich wäre, daß die Herren Grafen und Fürsten wieder zur Macht gelangen? Und würden Eure bisherigen Herren nicht mit Grund sagen können, man habe ihnen auf widerrechtliche Weise, ohne alle Vergütung einen Teil ihres Vermögens entrissen? Würden sie dann nicht Euch neuerdings unter das Joch der Robot zu bringen suchen, oder doch eine bei weitem größere Vergütung Euch abfordern, als wir Euch

bemessen werden?!" Gebiete es, stellte ich meinen Wählern vor, bei solcher Bewandtnis der Dinge nicht die Klugheit, sich dem was Recht und Billigkeit heischen, nicht zu widersetzen? „Denn was recht ist, ist auch gut; aber unrecht Gut, daß wisset Ihr wohl, gedeiht nicht".

Ich kam dann auf die Geschichte vom heiligen Crispinus, die gegen mich so boshaft und verleumderisch ausgebeutet wurde. Ich wiederholte ihnen die Stelle in ihrem ganzen Zusammenhange und sagte: „Ihr sehet daraus, daß ich niemanden einen Dieb geheißen habe, am allerwenigsten den ehrenwerten Stand der Bauern. Ich habe nur die Worte eines andern Redners angeführt und daran ein Gleichnis geknüpft, um zu zeigen, daß die Reichsversammlung als solche gar nicht befugt sei die Robot aufzuheben, ohne zugleich jenen, die durch diese Aufhebung verkürzt werden, Entschädigung zu gewährleisten". Zum Schlusse forderte ich meine Wähler auf, mir den Namen des „schändlichen Verleumders", der mich einen erkauften Anwalt der großen Herren genannt, bekannt zu geben, damit ich von ihm verlange „seine Anschuldigung zu beweisen oder mir öffentliche Genugtuung vor Euch allen zu leisten. Denn es kann Euch nicht gleichgültig sein, ob Ihr zu Eurem Vertreter einen unbestechlichen Ehrenmann oder einen käuflichen Schuft habt" . . . Mein Sendschreiben war vom 15. September datiert, wurde in einer großen Anzahl von Exemplaren gedruckt und machte in der zweiten Hälfte des Monats die Runde in meinem Wahlbezirke. Besonders tätig um dessen Verbreitung und richtiges Verständnis war der Roßhaupter Gastwirt Rasel, der mich bald darauf brieflich versicherte, meine Ansprache habe überall „einen großen Eindruck hervorgebracht".

Siebentes Buch.

Ipsissima.

1.

Daß ich in meinem Berufe als Abgeordneter lau sei, durfte mir niemand nachsagen. Ich lebte in ihm, ich war unausgesetzt in ihm, er hielt meinen Geist in fortwährender Spannung. Mich beschäftigten ohne Unterlaß Anträge oder Interpellationen, die ich stellen, Reden die ich halten wollte. Ich warf einzelne Gedanken, wie sie mir zuflogen, aufs Papier oder arbeitete sie skizzenhaft aus, wovon sich bei Gelegenheit Gebrauch machen ließe.

Hier einiges von jenen gleichzeitigen Anmerkungen, viele nur mit Bleistift aufgezeichnet. Es sind membra disjecta, meist ohne geordneten Zusammenhang untereinander, wie sie mir nach Laune und Muße auftauchten und wiederkehrten, proteusartig wechselnd in der Form, doch in ihrem Inhalt nicht ohne den stetig sich durchziehenden roten Faden. Von allen diesen Notaten ist eine einzige mit einem bestimmten Datum versehen, gleich aus den ersten Tagen meines Eintreffens in Wien. Bei zweien ließ sich nach ihrem Charakter und Ziele die ungefähre Zeit ihrer Abfassung bestimmen. Alle anderen bieten dafür keinen Anhaltspunkt, sie stehen beliebiger Aneinanderreihung offen, so daß nichts hindert sie in verwandte Gruppen zusammenzustellen.

Der kochend heiße Sprudel, welchem manche dieser Kundgebungen ihren Ursprung verdanken, hat sich seither bedeutend abgedämpft, wohl ganz und gar verflüchtigt. Gleichwohl habe ich an dem Inhalte nichts ändern zu sollen geglaubt. Auch an dem Ausdrucke nicht; nur habe ich hin und wieder mich jenes Rechtes bedient, das jedem Herausgeber einer zweiten Auflage zusteht: die Fehler der ersten zu verbessern.

Seinerseits wolle der geneigte Leser nicht außeracht lassen, welcher Zeitlage und Stimmung und welchen Lebensjahren des Schreibers die folgenden Gedankensplitter ihren Ursprung verdanken. Es waren durchaus, wie man es heute in der Photographie heißt: Momentaufnahmen.

* * *

Preisfrage: Die zahllosen Kannen, die heutigen Tages immerfort und allerorts gegießert werden, welchem Zwecke dienen sie? Welchen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen sie?

Das Institut der Katzenmusiken, im Jahre des Heils 1848 auf eine so hohe Stufe der Vollendung gebracht und zu einer so reichen Fülle der Anwendung ausgebildet, ist nach seinem Ursprunge keineswegs so neu, als Staatsmänner und Rechtskundige insgemein des Glaubens sind. Wenigstens scheint aus der erhabenen Ode Horaz III 3 wo er singt:

Justum et tenacem propositi virum
non civium ardor mente quatit solida . . .

mit einiger Sicherheit hervorzugehen, daß, wenn auch der Name, doch nicht das Wesen der Sache der leidenschaftlich erregten Masse der Römer — mobilium turbae Quiritium — fremd gewesen sei.

In meinem politischen Glaubensbekenntnisse kenne ich keinen Artikel von der Unfehlbarkeit der Minister. Ich bin überzeugt, daß das frühere Ministerium eine große Anzahl von Böcken geschossen hat; ich bin aber ebenso überzeugt, daß die Böcke des gegenwärtigen Ministeriums, wenn sie Fleisch und Blut hätten und auf den Markt gebracht würden, den Preis der Ware gewaltig herabdrücken müßten. Und ich bin nicht minder überzeugt, daß es kein Ministerium der Welt gäbe, das in der gegenwärtigen so unendlich schwierigen Zeit des gärenden Übergangs und der zu erwartenden Neugestaltung nicht oft genug dem berufmäßigen Jäger ins Waidwerk pfuschen würde. Ich erblicke Herren in der Partei, deren politische Ansichten den meinigen zuwiderlaufen, Persönlichkeiten von hohem Geiste, von glühendem Eifer und von anerkennenswerter Ausdauer bei der

Sache, der sie sich gewidmet haben. Doch es mögen sich diese Männer auf die Ministerbank setzen und sie werden, ehe acht Tage vergehen, mit den Früchten ihrer venatorischen Leistungen dem Wildbretmarkt eine ganz artige Bereicherung zuführen.

* * *

Vor sechs Jahren hat der „große Ungar" einen akademischen Vortrag gehalten, in welchem jene merkwürdige Stelle vorkam, für die er in der Zeit darauf bei denen, die sich getroffen fühlten, verrufen und verfemt war. „Mir ist", sprach Stephan Széchenyi, „kaum ein wirklich eifriger Ungar bekannt, der, wie sehr auch sein Haar gebleicht sei, wie tief ihm Erfahrung und Lebensweisheit die Stirn gefurcht haben mögen, nicht gleich einem Verrückten, dessen fixe Idee berührt wird, sich den Regeln der gegenseitigen Billigkeit, ja sogar jener der Gerechtigkeit mehr oder weniger entzöge, wenn die Angelegenheit unserer Sprache und Nationalität aufs Tapet kommt. Bei solchem Anlaß wird der Kaltblütigste hingerissen, der Scharfsichtigste ist mit Blindheit geschlagen, und der Billigste, Gerechteste ist bereit, der ewigen Wahrheit unabänderlicher Regeln erste, die man bei keiner Gelegenheit aus den Augen verlieren sollte: ‚Was du nicht willst, daß man dir tu', das füg' auch keinem andern zu', zu vergessen, und vergißt sie wirklich. Fürwahr, ein trauriger Anblick!"

* * *

Wien, 16. Juli 1848.

Über die Verhandlungssprache der Reichsversammlung.*)

Ich glaube, um Begriffsverwirrungen hintanzuhalten, muß man zweierlei Fragen scharf von einander sondern; einerseits die Frage: Welcher Sprache hat sich dieser gegenwärtige konstituierende Reichstag zu bedienen? und anderseits die Frage: Welches soll die künftige Reichstagssprache sein? Was die letztere Frage betrifft, so

---

*) Konzept einer Rede, veranlaßt durch die Vorgänge in den ersten vorberatenden Sitzungen des konstituierenden Reichstages.

käme sie für jetzt schon aus dem Grunde zu früh, als wir ja noch gar nicht einmal wissen, wie der künftige Reichstag zusammengesetzt sein und ausschauen wird; namentlich ob derselbe, bei einer etwaigen Föderativverfassung des künftigen Gesamtstaates, nicht zu einem bloßen Reichsrate zusammenschrumpfen werde, an dessen wenigere und nach einem strengern Maßstabe auszuwählende Glieder man allerdings die Forderung wird stellen können, entweder daß sie alle insgesamt einer gemeinschaftlichen Reichstagssprache, oder aber daß jeder einzelne von ihnen der Hauptsprachen von Österreichs Völkerstämmen mächtig seien.

Hier und jetzt handelt es sich daher nur um die Beantwortung der ersten Frage: Welcher Sprache hat sich der gegenwärtige Reichstag zu bedienen?

Behufs deren Lösung glaube ich den Punkt der Rechtmäßigkeit von jenem der Zweckmäßigkeit unterscheiden zu müssen.

Was den Punkt der Rechtmäßigkeit betrifft, so ist es Kraft der staatlichen Gleichberechtigung aller Völkerstämme, welche in dieser Reichsversammlung vertreten sind, gewiß und außer Zweifel — und ich fordere diese Versammlung, so wahr sie ein Verein gerechter und freier Männer ist, auf, dies ausdrücklich anzuerkennen und auszusprechen — daß jede in dieser Reichsversammlung vertretene Nationalität als **Nationalität** das Recht habe, ihre Abgeordneten in der ihnen angeborenen Muttersprache reden zu lassen und daß kein Volksstamm in dieser Beziehung einen Vorrang oder ein Vorrecht vor dem andern habe.

Etwas anderes dagegen ist es, wenn es sich fragt, ob es auch zweckmäßig sei, wenn jede Nationalität von diesem ihrem Rechte Gebrauch machen wollte. Über diesen Punkt kann ebensowenig ein Zweifel sein, wie über den ersten, und ich überlasse es der Phantasie eines jeden von Ihnen, meine Herren, sich die Folgen, die daraus entspringen würden, auszumalen: entweder die endlose Ausdehnung der Verhandlungen, wenn man jeden Vortrag in mindestens fünf andere Sprachen dolmetschen müßte oder die babylonische Sprachenverwirrung, wenn man dies nicht tun wollte.

* * *

Unsere künftige Verfassung.

Die Anforderungen der Zeit sind nicht Etwaigkeiten, denen man gewähren oder nicht gewähren kann: die Anforderungen der Zeit sind Unerläßlichkeiten, denen sich gefügt werden muß, soll es nicht durch verstockte oder kurzsichtige Hintansetzung derselben dahin kommen, daß sie sich früher oder später in verheerendem Drange gewaltsam Bahn brechen.

Blicken wir auf Frankreich, das sich in diesem Augenblicke selbst zerfleischt und seinen einzigen notdürftigen Halt in einer militärischen Diktatur findet, die noch triefend von dem Blute der im Bürgerkampfe jüngst Erschlagenen schon vor einem neuerlichen Ausbruche der Volkswut zittert!? Wodurch ist es soweit gekommen? Anstatt der Idee der Freiheit und der Volksmündigkeit, denen die erste französische Revolution grausame Geltung verschafft hatte, sich vertrauensvoll hinzugeben, hat die Restauration in der Charte eine Verfassung geschaffen, hervorgegangen aus der schwachmütigen Abneigung gegen die Zeitforderungen, vor deren unheilvoller Überstürzung man zurückschauderte, eine Verfassung, durch und durch geschwängert mit Halbheiten und darum den innern Keim ihres Verfalles von vornherein in sich tragend. Und als nach sechzehn Jahren der Umsturz erfolgte, als Louis Philippe mit dem Versprechen, die Charte zur Wahrheit zu machen, den Thron seines verjagten Vetters bestieg, da begann ein neues System des Mißtrauens gegen die Gebote der neuen Ideen, ein System der gesellschaftlichen Versumpfung, der öffentlichen Verlogenheit und Bestechlichkeit, ein System, dessen Folgen wir in diesem Augenblicke vor uns sehen.

Blicken wir auf uns selbst, auf die Revolution inmitten welcher wir uns befinden, deren Flammen über uns zusammenschlagen! Ist einer unter uns, der nicht die Überzeugung teilte, daß diese Revolution nichts anderes ist, als der vulkanartige Ausbruch des neuen Zeitgeistes, dessen Mahnungen eine armselige Staatskünstelei durch drei Jahrzehnte auf die empörendste Weise Hohn sprach, dessen Wehen sie durch Schlagbäume und Bücherverbote, durch Absperrung von außen und Geistesdruck im Innern vermessentlich glaubte von unserem Vaterlande abhalten zu können?!

Wer von uns wollte es verkennen, daß, wenn seit jener Zeit, wo unter dem Einflusse der Aufklärungsperiode, an dem Beispiele

des erst revolutionären, dann konstitutionellen Frankreichs und anderer europäischen Staaten die sich eine Konstitution gaben, neue Gestaltungsideen zum Ausdruck kamen, wenn, sage ich, seit jener Zeit in gemäßigtem Gleichschritte mit den wachsenden Zeitforderungen das System des Absolutismus, der Aristokratie, der Soldatenherrschaft und der Bureaukratie allmählich hernieder gestiegen wäre zu dem Volke, daß dann nie jener gewalttätige Umschwung der Dinge eingetreten wäre, in welchem wir jetzt leben. Aber anstatt dem Zeitgeiste in allen seinen berechtigten Forderungen nachzugeben, hat man sich selbst gegen die bescheidensten gestemmt. Je dringender er wurde, desto hartnäckiger widerstrebte man ihm. Als die Julirevolution in Paris den blutigen Beweis lieferte, daß man mit den Bestimmungen der Charte von 1830 noch nicht weit genug den Zeitforderungen nachgegeben hatte, zog man in Österreich die umgekehrte Lehre daraus, daß man diesen Zeitforderungen noch weniger nachgeben müsse.

Wir Männer des österreichischen Reichstages, beauftragt mit der hohen Sendung, Ländern und Völkern, die bisher ein sklavisches Joch zusammengehalten, eine freiheitliche Verfassung zu geben, wir, die wir mit dem erhabensten Berufe zugleich die schwerste Verantwortlichkeit übernommen haben, in unsere Hände ist es gelegt, entweder Heil und Segen zu begründen, oder unabsehbares Unheil zu bereiten, den Segen oder den Fluch der künftigen Geschlechter auf uns zu laden.

Wir sehen zwei Möglichkeiten vor uns! Wir können den ohnehin schon hoch gediehenen Zustand der Ungewißheit, in welchem alle Verhältnisse in Frage gestellt sind, vollends verwirren, einen Bürgerstreit, einen Vertilgungskampf, einen Krieg aller gegen alle heraufbeschwören, in den gärenden Schlund des Staatsbankerotts allen Wohlstand, allen Handel und Verkehr hineinziehen. Wir können aber auch diesen heillosen Zustand der Dinge ausgleichen, die in Gärung begriffenen Elemente abklären, das gesunkene öffentliche Vertrauen wieder heben, Gesetzlichkeit und ruhige Ordnung der Dinge zurückführen.

Das erstere, der Umsturz aller Verhältnisse, wird früher oder später hereinbrechen, wenn wir, verstockt und blind gegen die Anforderungen der Zeit, den harrenden Ländern eine nach dieser oder jener Seite hin unbefriedigende, wohl gar verletzende Verfassung beraten: das zweite wird eintreten, die dauernde Begründung und

Sicherung der öffentlichen Zustände wird unser Werk lohnen, wenn wir uns vertrauensvoll jenen Ideen hingeben, die nun einmal zur Herrschaft gelangt sind und öffentliche Anerkennung und Folgeleistung heischen.

Welches sind die Anforderungen der Zeit, die sich als unerläßliche Grundlagen für die zu bildende Verfassung hervordrängen?

Es sind deren drei:

In nationaler Hinsicht macht sich in dem regen Selbstbewußtsein, zu welchem sich die einzelnen Völkerstämme wie durch einen Zauberschlag erwacht zeigen, die dringende Anforderung geltend, die künftige Verfassung der österreichischen Länder auf Grundlage der Eigenberechtigung jeder, beziehungsweise Gleichstellung aller der verschiedenen Nationalitäten, welche den gemeinsamen Staatsverband bilden, aufzubauen.

In politischer Beziehung tritt als Anforderung der Zeit das Prinzip der Volkshoheit hervor, die Unerläßlichkeit, den künftigen österreichischen Gesamtstaat nach dem Ideale einer volkstümlichen Monarchie einzurichten.

In administrativer Linie stellt das in den bisher als „Provinzen" behandelten Ländergebieten erwachte Bewußtsein ihrer geschichtlichen Eigenart und Selbstberechtigung an uns das Verlangen, dem Prinzipe der Selbstverwaltung zum Durchbruche zu verhelfen.

Die Vertreter der österreichischen Länder und Völker werden gegen die Aristokratie, die in unserer Mitte so schwach vertreten ist, nicht weiter vorgehen, als die Herstellung der ungeschmälerten Gleichheit vor dem Gesetze, die Ebnung aller wie immer gearteten Vorrechte erfordert.

Die Vertreter der österreichischen Völker, die mit ungeschwächter Liebe und Treue an dem angestammten Kaiserhause hängen, werden die Machtsphäre der geheiligten Person des Staatsoberhauptes nicht weiter einschränken, als dessen veränderte Stellung in dem auf Grundlage der Volkshoheit zu errichtenden Staatsgebäude erheischt.

Aber Dynastie und Aristokratie müssen vertrauensvoll die Vertreter des zum Selbstbewußtsein gelangten Volkes gewähren lassen, dürfen sich nicht darauf verlegen, den freien Beratungen Hemmnisse in den Weg zu legen, den Beschlüssen der Volksvertretung hindernd entgegenzuarbeiten.

———

Wollen wir den harrenden Ländern und Völkern eine Verfassung geben, die sie wahrhaft und dauernd beglückt, so kann dies nur eine solche sein, die den aus dem allgemeinen Volksbewußtsein hervorgehenden Wünschen und Bedürfnissen gerecht wird. Nicht metternich-sedlnitzkysch abschließen dürfen wir uns gegen jenes allgemeine Volksbewußtsein, nicht louis-philippisch ausbeuten dürfen wir es für selbstsüchtige Ziele und Zwecke, nein, völlig und ohne Verwahrung hingeben müssen wir uns dem Rufe der Zeit, und je größer das Mißtrauen ist, das gegenwärtig alle Kreise durchdringt, um so fester muß das Vertrauen sein, mit dem wir den Erwartungen unserer Vollmachtgeber, deren Gesamtheit das österreichische Volk bildet, entgegenkommen.

* * *

Belagerungsstand in Prag. Interpellation.

Den Gegenstand meiner Interpellation bildet die Aufhebung des Belagerungszustandes von Prag, beziehungsweise die Kundmachung des kommandierenden Generals Fürsten Windisch-Grätz über diese Aufhebung. Ich will über das Vergangene ganz hinausgehen, obwohl es darüber nur zu viel zu sprechen gäbe.

Ich will mich nicht in die Untersuchung einlassen, ob es nicht schon viel früher an der Zeit gewesen wäre, den traurigen Zustand außerordentlicher militärischer Gewalt aufzuheben. Es ist mir sehr wohl bekannt, daß 67 achtbare und ordnungsliebende Bürger von Prag sich in diesem Zustande so überaus wohl befinden, und daß sie ihn für die Hebung des allgemeinen Vertrauens, für die Sicherung von Handel und Verkehr für so überaus ersprießlich halten, daß sie um die Fortdauer des Belagerungsstandes, ich weiß nicht auf

wie lange, bittlich geworden sind. Es ist mir aber anderseits bekannt, daß nach Abzug dieser 67 achtbaren und ordnungsliebenden Bürger die übrige Bewohnerschaft von Prag keineswegs dieser Ansicht ist, daß vielmehr namentlich der wackere Bürgermeister zu wiederholtenmalen die Herren ob dem Prager Schlosse auf die schwer verantwortlichen Folgen aufmerksam gemacht hat, welche die längere Fortdauer eines öffentlichen Zustandes haben kann, der den materiellen Handel und Wandel hemmt und drückt, Unzufriedenheit, Mißtrauen und gefährliche Scheu nährt, der die Freiheit der Presse hemmt oder wenigstens zu hemmen sucht.

Ich will ferner kein Gewicht darauf legen, daß Fürst Windisch-Grätz in soldatischer Weise sich den Anschein gibt, als ob er die Aufhebung des Belagerungsstandes aus seiner Gnade und Geneigtheit gewähre, da ihm doch, so viel mir bekannt, eine ministerielle Weisung hierüber zugekommen ist.

Ich will endlich über die Unzartheit hinweggehen, mit welcher der kommandierende General von der einen Seite etwas gewährte, von der andern aber die Eigenmacht fühlen läßt, mit der er das Gewährte wieder nehmen kann und will.

Aber eines glaube ich mit gebührendem Ernste hervorheben zu müssen, und dieses ist: daß die Aufhebung des Belagerungsstandes, wie sie der kommandierende General gibt, keine wirkliche und wahrhafte, sondern eine illusorische ist.

Fürst WindischGrätz erklärt in seiner Kundmachung vom 20. Juli, daß „der geringste Versuch zu einem neuen Aufruhr das augenblickliche Eintreten der strengen militärischen Gewalt zur Folge haben wird"; der erste Kanonenschuß, den der Kommandierende gegen die Aufrührer zu richten bemüßigt wäre, würde als Publikation des Standrechtes zu gelten haben.

Ich behauptete nun, wenn das aufrecht bleibt, wenn sich Fürst WindischGrätz eine solche Macht vorbehält, so ist die Aufhebung des Belagerungsstandes eine Halbheit, so dauert der außerordentliche Zustand, der nun schon so viele Wochen über Prag verhängt ist, fort, und zwar auf eine völlig gesetzwidrige unrechtmäßige Weise.

Zweierlei muß ich in dieser Hinsicht hervorheben.

Erstens: Der kommandierende General läßt den Pragern seine Huld und Gnade für so lang zuteil werden, als nicht Aufwieglungen

stattfinden und kein tätlicher Angriff auf das Militär erfolgt. Was das letztere betrifft, so ist dies so allgemein gehalten, daß man nicht sicher ist, ob nicht etwa auch eine Wirtshausprügelei, an der ein Soldat beteiligt ist und dabei Schläge oder ein paar Püffe bekommt oder hinausgeworfen wird, darin begriffen sei. Die Aufwieglungen aber betreffend, hätte aus diesem Grunde Fürst Windisch-Grätz den Belagerungsstand überhaupt nicht aufheben können; denn ich bin überzeugt, daß es in dieser Zeit an fortwährenden Aufwieglungen in Prag ebensowenig fehlt, wie in irgend einer andern größeren Stadt von Mitteleuropa.

Zweitens: Wenn der kommandierende General den ersten Kanonenschuß, den er abzufeuern befiehlt, als Publikation des Standrechtes gelten lassen will, so ist dies etwas, was nicht nur unserer konstitutionellen Freiheit zuwiderlauft, sondern selbst unseren noch bestehenden alten und altersschwachen Gesetzen entgegen ist. Das Standrecht verhängen kann nur die Zivilbehörde, nicht aber die Militärgewalt; und verhängt kann es nur werden in der gesetzlichen Form, und diese gesetzliche Form ist nicht der Schuß einer Kanone, welche der kommandierende General abbrennen lassen will, wenn seine Auditore abermals einigen „Fäden der weit verzweigten Verschwörung" auf die Spur gekommen zu sein glauben oder wenn ein Soldat bei einer Wirtshausrauferei zur Türe hinausgeworfen wird.

Ich wiederhole daher, was ich gesagt. Wenn und so lang die Bestimmungen des Fürsten Windisch-Grätz zu Kraft bestehen, ist die Aufhebung des Belagerungsstandes von Prag eine Unwahrheit, so dauert nicht nur ein außerordentlicher, sondern ein völlig rechts- und gesetzwidriger Zustand fort. Der Belagerungsstand ist nur dann in Wahrheit behoben, wenn einerseits die militärische Gewalt vollkommen in jene Schranken, die ihr für ihren ordentlichen Wirkungskreis gezogen sind, zurückgetreten, und wenn anderseits die Nationalgarde, der bewaffnete Hüter der konstitutionellen Ordnung und Sicherheit, wieder in ihre Rechte und Tätigkeit vollkommen eingesetzt ist. Auch dieser Punkt, über welchen aus der Kundmachung nichts hervorgeht, verdient beachtet zu werden.

Wenn Fürst Windisch-Grätz die Nationalgarde nach gesetzlichen Normen hat reinigen und wiederaufrichten wollen, so ist das ganz löblich; aber dazu hat er in den vier bis fünf Wochen Zeit gehabt, um damit fertig sein zu können.

Ich erlaube mir daher, an den Herrn Minister des Innern die Anfrage zu richten, was er behufs Sanierung dieser Zustände vorzukehren gedenkt*).

* * *

Österreich und Deutschland.

Kein Österreich mehr, sondern nur ein einiges alleinherrliches großmächtiges Deutschland im Westen, ein einiges alleinherrliches großmächtiges Ungarn im Osten von Mitteleuropa! Kein Wien mehr als Schwerpunkt der mitteleuropäischen Politik! Dieser Schwerpunkt fällt von der einen Seite Frankfurt, von der andern Budapest anheim. Kein Schwarzgold mehr, sondern hier Schwarzrotgold, dort Rotweißgrün!

Die Frage über den Bestand oder den Nichtbestand Österreichs als Gesamtstaates ist im heutigen Geiste der Zeit weder vom Standpunkte dynastischer Sympathien, noch von dem diplomatisch-internationalen Standpunkte einer europäischen Großmacht, sondern in rein autonomistischem Sinne von dem Standpunkte des Wohles und Interesses der es bildenden Völker zu erfassen und zu beantworten.

Dürften und wollten sich die Deutsch-Österreicher aus dem bisherigen österreichischen Staatsverbande lossagen, dann hätten sie zweifelsohne das Recht, sich dem neu zu gestaltenden außer-österreichischen Deutschland anzuschließen; sie hätten aber nicht minder unbestreitbar kein Recht, den Anschluß an das politisch-nationale neu zu gestaltende Deutschland von den nicht-deutschen Volksstämmen zu verlangen. Denn soll „das deutsche Vaterland" gelten „so weit die deutsche Zunge reicht", so hat es dort nicht zu gelten, wohin die deutsche Zunge nicht reicht.

---

*) Der Vortrag dieser Interpellation entfiel durch die in der Sitzung des 24. Juli durch den Abgeordneten für Eisenbrod an den Justizminister in der gleichen Angelegenheit gerichteten Fragen.

In den teutonischen Kreisen Wiens waltet der Frankfurtianismus vor, und die gedankenlose Menge plappert es nach. Ist es in der Geschichte schon vorgekommen, daß die Hauptstadt eines großen Reiches darauf ausgeht und alles in Bewegung setzt, die Provinzialstadt eines andern Reiches zu werden?!

Es gibt Männer unter uns, die vom einseitig deutschen Standpunkte aus und mit rücksichtsloser Hintansetzung der gleichen Berechtigung aller nicht-deutschen Stämme ein unbedingtes Aufgehen von Halb-Österreich anstreben. Im schroffen Gegensatz zu diesen gibt es wieder solche, die vom einseitig nicht-deutschen Standpunkte aus und mit rücksichtsloser Hintansetzung der gerechten und billigen Anforderungen ihrer deutschen Staatsgenossen eine völlige Abkehr von dem außer-österreichischen Deutschland im Auge haben. Ich habe durchaus keinen Grund an der Gesinnungstüchtigkeit, an der politischen Ehren- und Wahrhaftigkeit der einen wie der andern zu zweifeln. Aber das leuchtet mir ein, daß, wenn es einer oder der andern dieser beiden extremen Parteien gelingen sollte, die Mehrheit unserer konstituierenden Versammlung zu gewinnen, dies von unberechenbar trüben Folgen sein würde, einen Kampf von unabsehbarer Heftigkeit und Dauer nach sich ziehen müßte.

Viele sprechen: „Wir gehören ja schon zu Deutschland!"

Das ist einmal geradezu nicht wahr, und anderseits nur teilweise wahr.

Geradezu nicht wahr ist es deshalb, weil wir wohl zu Deutschland gehört haben, aber augenblicklich durchaus nicht dazu gehören, zu einem alten Zwitterding von Bund, der anerkannterweise aufgehört hat, nicht aber zu dem auf freiheitlicher und einheitlicher Grundlage zu erbauenden neuen Bunde, zu dem wir, der konstituierende Reichstag, bis zu diesem Augenblicke nicht beigetreten sind, und gegen den sich unsere Staatsmänner ausdrücklich und wiederholt die Freiheit der Entschließung und Selbstbestimmung vorbehalten haben.

Nur teilweise wahr ist der obige Satz, wenn der neu zu gestaltende deutsche Bund auf nationaler Grundlage aufgerichtet

werden soll und man daher jedes national-deutsche Gebiet in ihn einbeziehen will. Denn dann können von den österreichischen Ländern nur die beiden Erzherzogtümer mit Salzburg in Betracht kommen, nicht aber Böhmen, Mähren und Schlesien, Tirol, Kärnten und Steiermark, die nur zur Hälfte deutsch sind, und noch weniger Galizien und Krakau, Krain, das Litorale und Dalmatien, die gar keine deutsche Bevölkerung oder nur minimale Bruchteile einer solchen besitzen.

Für das künftige Verhältnis Österreichs zu Deutschland hätten folgende Grundsätze zu gelten:

Erster Grundsatz.

Der Reichstag der unter dem Zepter des österreichischen Kaisers vereinigten Länder und Völker erklärt sich für selbständig und unabhängig, und erkennt keinerlei Oberhoheit über sich an.

Zweiter Grundsatz.

Der österreichische Reichstag spricht im Interesse der durch ihn vertretenen Länder und Völker das Verlangen nach einem dauernden und innigen völkerrechtlichen Verhältnisse zu dem durch die Frankfurter Nationalversammlung zu schaffenden neudeutschen Bunde aus.

Dritter Grundsatz.

Diesen beiden Grundsätzen gemäß hat der österreichische Reichstag im Sinne mit der deutschen Volksvertretung folgende Angelegenheiten in fortwährendem Einverständnisse zu ordnen und zu vereinbaren:

Erstens, das völkerrechtliche Verhältnis nach außen, d. i. zu den sowohl zu den österreichischen Landen als zu dem deutschen Bunde nicht-gehörigen Staaten, sei es im Frieden, sei es im Kriege.

Zweitens, gegenseitiger Schutz durch Hilfeleistung auf Begehren des in seinem Innern bedrohten Bundesgenossen.

Drittens, ausgleichende Übereinstimmung der materiellen Interessen in nachstehenden Punkten:

Gleichheit in Maß und Gewicht, Gleichheit der Münze.

Ineinandergreifen der Handelswege — Land- und Poststraßen, Eisenbahnen, Wasserstraßen, Rheden und Seehäfen — sowie des Telegraphennetzes.

Einheitliches Zollsystem.

Gemeinsame Seemacht in den österreichischen Häfen des adriatischen Meeres und in den deutschen der Nord- und Ostsee.

Übereinstimmendes Heimatsrecht, unbehinderte Ein- und Auswanderung.

Die Übereinstimmung in den bezeichneten Angelegenheiten wäre auf dem Wege freier Vereinbarung zu erzielen. Für diesen Zweck hätten zwei mit gleicher Kopfzahl vom österreichischen und vom deutschen Parlamente zu entsendende Ausschüsse zusammenzutreten, deren Anträge der Zustimmung der beiden von einander unabhängigen gesetzgebenden Körperschaften bedürfen.

* * *

Um die Mitte August.

Antrag des Abgeordneten Helfert.

Die hohe Reichsversammlung wolle beschließen:

Erstens: Der Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten hat hinfort nur als Ausschuß zur Wahrung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit für die Stadt Wien, keinesfalls aber als Ausschuß zur Wahrung der Volksrechte zu bestehen.

Zweitens: Der hinfortige Ausschuß zur Wahrung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Stadt Wien hat als Behörde nur insoweit zu fungieren, als ihm das verantwortliche Ministerium dies zuerkennt, und hat diesem in jedem seiner Schritte und Verfügungen zu unterstehen *).

* * *

Der Gesamtstaat und die Nationalitäten.

Man sagt „Schwarzgelb" und „Schwarzrotgold". Das ist inkonsequent. Entweder wenn Schwarzgelb gelten soll, muß es auch Schwarzrotgelb heißen, oder wenn Schwarzrotgold, dann auch Schwarzgold.

Der Pangermanismus ist so inkonsequent, daß er hier auf Grundlage der Nationalität zu dem Verbrechen der drei Teilungen Polens

*) Dieser Antrag wurde überholt durch die ministerielle Auflösung des Sicherheitsausschusses am 23., 24. August.

die Sünde einer vierten hinzugefügt; dort der polnischen Nationalität auf Grundlage des politischen Bestandes einen Landstrich entreißen will; endlich an einem dritten Orte auf Grundlage von gar nichts sogar die Bukowina in seinen Bund hineinzuziehen die Absicht hat.

Der Magyar ist als Eroberer ins ungarische Land gekommen und hat, vom hohen Magnaten bis zum Betyar herab, nie aufgehört den anderen Stämmen gegenüber dieses sein Herrentum übermütig herauszukehren. Wie den Griechen und Römern alle anderen Völker Barbaren waren, so ist dem magyar ember (Ungar-Mensch) der Slowak, der „Schwob", der Serbe nem ember (nicht Mensch) und er hat für jeden noch seine besondere Bezeichnung. Der Vollblutmagyar wird vom Deutschen nie anders als Foszos*)-Német sprechen, den Serben nie anders als Vad**)-Rácz nennen, und den Slowaken nie erwähnen ohne Kórólábú***)-Tót beizufügen. Das sind feststehende, immer wiederkehrende Epitheta, wie bei Homer „der mutige Renner Achilleus", „der Rufer im Streit Diomedes", „die lilienweiße Here". Der Magyar wird dabei nie irregehen, etwa den Deutschen Vad-Német, den Slowaken Foszos-Tót nennen, sowie die Ilias in ihren Eigenschaftsworten nie fehlgreift, etwa die „rosenfingerige" Eos mit der „silberfüßigen" Thetis verwechselt. Ein wahres Glück, daß Herr v. Szalay in Frankfurt seine Noten nicht ungarisch schreiben kann; denn sonst könnte es ihm passieren, daß er die deutsche Nationalversammlung der warmen Zuneigung und hohen Achtung versichert, von der sich seine Landsleute gegen das Brudervolk der „Foszos-Német" erfüllt zeigen.

Der Panmagyarismus, der folgerecht in seinem Umsichgreifen von dem Grundsatze des alleinseligmachenden Ungartums ausgeht, könnte, Hand in Hand mit dem Panteutonismus der hochherzig das für ihn unfaßbare Galizien preisgibt†), früher oder später einen

*) hosenbesch . . .

**) wild.

***) krumbeinig.

†) Siehe den Antrag Löhner: „Die dem deutschen Bunde nicht einverleibt gewesenen Länder Galizien und Dalmatien erhalten, obwohl unter derselben Dynastie und im regen Verbande mit Österreich verbleibend, eine von den deutsch-österreichischen Ländern gesonderte Verfassung."

Grund finden, auch den polnischen Anteil Österreichs in den Bereich seiner Machtsphäre hineinzuziehen.

Man hört Stimmen, die sich zu der Behauptung versteigen, es gebe schon jetzt kein Österreich mehr, es sei Wahnwitz an die Fortdauer eines solchen zu glauben. Doch der Wahnwitz ist vielmehr auf der Seite jener, welche diese Behauptung machen. Wenn die Völker Österreichs wollen, daß es fortbestehe, so wird es nicht bloß fortbestehen, sondern es wird aus der Asche des eingestürzten Alt-Österreich der Phönix eines Neu-Österreich hervorgehen, jugendfrisch, jugendkräftig und achtunggebietend in ungleich höherem Maße als jemals.

Wollen die Völker Österreichs den Fortbestand Österreichs? Stellen wir die Frage verneinend: welche österreichische Faktoren wollen dessen Fortbestand nicht?

1. Die Nobili von Südtirol und Lombardo-Venetien, während die Masse der Landbevölkerung in dieser Richtung mit ihnen nichts weniger als sympathisiert und das halb-italienische Triest in diesen ernsten Zeitläuften seinen alten Ruf des „allergetreuesten" neuerdings bewährt hat.

2. Die galizischen „Polen im Frack", denen gegenüber der Bauer durchaus eine rührende Anhänglichkeit an Kaiser und Reich bekundet, und der ruthenische Stamm, wohl die Halbscheid der Einwohner, sich entschieden unter Österreichs Schutz stellt.

3. Geteilt in ihrer Stimmung für den Fortbestand Österreichs als Gesamtstaates zeigen sich die Deutschen im Norden von Böhmen — Eger, Reichenberg, Aussig! — und in Schlesien, minder in Mähren, und entschieden gegen diesen Fortbestand sind die deutschen Wortführer Wiens, jenes Wien, in welchem die nicht-deutschen Landesfarben und Landesfahnen Hohn und Schimpf aller Art erfahren, während die Verhimmelung des deutschen Rotschwarzgoldes so weit geht, daß seine Abzeichen vor der Inszenierung jeder Katzenmusik eingezogen werden.

Die große Masse der Bevölkerung in allen zum früheren deutschen Bunde gehörigen Ländern hängt an Österreich, zum Teil aus altererbten Sympathien, zum Teil, wie bei den Führern der slavischen Stämme im Sinne Palacký's, in wohlverstandenem eigenen Interesse, weil sie in dem Fortbestande Österreichs die sichere Bürg-

schaft ihrer nationalen und, soweit es die Zugehörigkeit zu einem Großstaate zuläßt, selbst politischen Selbständigkeit erblicken.

Die Schwarzrotgoldenen haben stillschweigend mit den Rotweißgrünen einen Bund gegen die Weißblauroten geschlossen und sind übereingekommen, daß das slavische Küstenland zu einer Hälfte deutsch, zur andern ungarisch werden soll.

Der Kulturträger spricht zu dem Kulturbedürftigen: Hier hast du Kunst, hier hast du Wissenschaft; hier hast du enthüllt alle Geheimnisse der Natur und des Menschenlebens, so weit wir anderen selbst sie bisher enthüllt haben; hier hast du den Schlüssel, deinen Sinn zu erheben, deinen Geist zu bilden, dein Dasein zu veredeln, deine Kräfte, deine Macht, deinen Wirkungskreis zu verzehnfachen . . . hier hast du alles — aber höre auf d u zu sein, werde i ch!

Vorkämpfer des Deutschtums in Böhmen: Ziskra, Kuranda, Makovička, Šuselka, Klučák; Vorkämpfer des Slawentums: Rieger, Brauner, Strobach, Erben, Jungmann.

Die Deutschen in Böhmen haben den Vorzug des Einäugigen vor dem Zweiäugigen: dieser sieht bei jenem nur e i n Auge, jener bei diesem dagegen z w e i. Sich auf einen Vorzug solcher Art etwas einbilden, heißt aus der Not eine Tugend machen.

Es gibt Tschechoslawen mit deutschen Namen und deutschgesinnte Böhmen mit slawischen Namen. Aber der Unterschied ist der, daß jene ihre Stammesgenossen lieben, die anderen, deren Gepräge sie in ihrem Namen tragen, nicht hassen, z. B. Rieger; während sich diese, in echter Renegatenweise, von einem wahren Ingrimm gegen alles, was sie an ihre slavische Herkunft erinnert, erfüllt zeigen; wie mir Bergmann von dem Leitmeritzer Klučák erzählte, der des Teufels werden kann, wenn man ihn nicht „Klutschak" schreibt.

Für Österreich wird kein Heil sein, so lang seinen leitenden Staatsmännern die blöde Furcht vor dem Panslavismus, ein von

den Magyaronen ausgeheckte Gespenst, in den Gliedern steckt. Ein politischer Panslavismus existiert nicht, wie es Palacký ausgesprochen hat, der jede Universalherrschaft, also auch die russische, von vornherein perhorresziert und abweist. Ein literarischer Panslavismus aber schadet keinem Menschen, und auch dieser ist eine Schimäre unpraktischer Ideologen, weil jeder slavische Stamm, selbst der kleinste, an der Pflege seiner sprachlichen Eigenart hängt und sich ihr aufopfernd widmet.

Die nicht-deutschen Volksstämme, seit sie zu politischem Selbstbewußtsein und zu verfassungsmäßiger Freiheit gelangt sind, haben ein unantastbares Recht, die vollständige Gleichstellung mit den Deutschen zu verlangen, nicht bloß in der Schule, in der Verwaltung, vor Gericht, in der Volksvertretung, sondern in allem und jedem von unten bis hinauf, im Innern und nach außen. Wer dieses Recht nicht anerkennen will, der ist kein wahrer Freund der Freiheit, weil er kein wahrer Freund der Gerechtigkeit ist, weil er das, was er für sich in Anspruch nimmt, dem andern nicht gönnen will.

Die sprachliche Gleichstellung, soll sie kein leerer Schall sein, duldet es nicht, daß die Deutschen an ihre andersprechenden Mitbürger die Anforderung stellen, ihre, die deutsche Sprache zu erlernen, ohne ihrerseits diesen gegenüber die gleiche Anforderung einzuhalten. Das Band der Brüderlichkeit, das alle Stämme des Reiches umschlingen soll, fordert, daß sowie der Slave, der Romane, der Magyar dem Deutschen in dessen Muttersprache entgegenzukommen strebt, umgekehrt der Deutsche im Lande es sich angelegen sein lasse, den anwohnenden anderssprachigen Mitbürger in dessen Muttersprache zu begrüßen.

Vorteil und Interesse weisen darauf hin, daß jeder österreichische Staatsbürger, der nicht an die Scholle gebunden ist und sein Leben im engsten Kreise fortspinnen will, sich neben seiner Muttersprache wenigstens eine der europäischen Hauptsprachen, bei uns eine der österreichischen Landessprachen, eigen mache.

Für die Nationalitäten in allen Kronländern wird es zunächst die deutsche Sprache sein, deren Erlernung den anderssprachigen Stämmen neben der Pflege ihrer Muttersprache in mehr als einer Hinsicht angezeigt, ja geboten erscheint, was aber in keiner Weise als politisches Vorrecht der Deutschen vor ihren nicht-deutschen Mitbürgern und der deutschen Sprache vor den anderen Landessprachen gedeutet werden soll und darf, sondern einzig auf Zweckmäßigkeitsgründe zurückzuführen ist.

Schreiber dieses ist von deutscher Abstammung und ist Vertreter eines deutschen Bezirkes. Er hält sich darum in seinem Gewissen verpflichtet, das *deutsche* Interesse zu vertreten, von welcher Seite her es angegriffen werden sollte. Aber er hält sich eben so sehr verpflichtet, die *gerechte* Sache zu vertreten und Übergriffen, sollten sie auch von deutscher Seite her erfolgen, nicht nur nicht das Wort zu reden, sondern offen entgegenzutreten.

Wer frei sein will, muß vorerst gerecht sein, und was er für sich in Anspruch nimmt, das muß er auch dem andern zugestehen und einräumen. Kein Panslavismus, aber darum auch kein Panteutonismus und kein Panmagyarismus.

Die künftige Verfassung des österreichischen Gesamtstaates kann nur dann Heil und Frieden bringen, wenn sie in nationaler Hinsicht mit parteiloser Gerechtigkeit unverrückt die beiden Grundsätze im Auge hält:

1. Daß keiner der verschiedenen Nationalitäten über diese oder jene andere eine irgendwelche Suprematie zugestanden wird.
2. Daß jeder der verschiedenen Nationalitäten innerhalb ihres Kreises die freie und vollkommene Entfaltung und Entwicklung ihrer charakteristischen Eigenart gesichert bleibt.

2.

Im Sommer 1848 sagte ein Beamter: er für seine Person wisse von drei „Errungenschaften" zu erzählen: „Schnurrbart, Gehaltsabzug und Menschenverachtung". Es war nicht ganz ohne Grund, daß er also sprach. Mit der Beamtenhoheit von ehedem war es vorbei, die Autorität der Behörden, als deren Organ er wirken sollte, war aufs tiefste erschüttert. Aber auch die persönliche Zukunft des Beamten war in der neuen Ordnung der Dinge beunruhigenden Zweifeln ausgesetzt. Schon mit der Lösung des Untertansverbandes, der Aufhebung des nexus subditelae kamen verschiedene sehr wichtige damit im Zusammenhang stehende Verhältnisse in Frage, die nun gleichfalls geschlichtet werden mußten.

Was sollte aus den herrschaftlichen Beamten werden, in deren Hände bisher ein großer Teil staatlicher Funktionen, wie die Rechtspflege der unteren Instanzen, gelegt war? Sie waren für den Augenblick aufs trockene gesetzt und sahen einem trostlosen Schicksale entgegen, wenn sie vom Staate nicht übernommen wurden? Die radikale Opposition sah in ihnen nur gewesene Bauernschinder, Duodeztyrannen, Bedrücker der Untertanen, die ein besseres Los nicht verdienten. Als eine Deputation herrschaftlicher Beamten an Ernst von Violand herantrat, wußte ihr dieser wenig Erfreuliches zu sagen und riet von der Überreichung ihrer Petition ab. Doch jeder billig denkende Mensch mußte die Rücksichten anerkennen, welche die Regierung Personen schuldete, denen bisher Dienstleistungen in öffentlichem Interesse obgelegen hatten, die nun in anderer Weise geregelt werden sollten.

Es fanden Versammlungen, Beratungen der obrigkeitlichen Beamten statt; es wurden aus Böhmen, aus Niederösterreich, aus Steiermark Petitionen an den Reichsrat, an den Justizminister, an das Gesamtministerium abgefaßt; es erschienen Deputationen, die sich an einzelne Abgeordnete, wie Borrosch, Rieger, mit der Bitte wandten, ihre Angelegenheit vor dem Reichstage zu vertreten. An mich gelangten Hilferufe aus dem Kreise meiner Bekannten und Freunde, eines ehemaligen Mitschülers Joseph Herr, Justitiarius in Groß-Sieghart (Nied.-Öster.), des Tachauer herrschaft-

lichen Aktuars Johann Mayer u. a., ihnen zu einer Staatsanstellung behilflich zu sein. Auch die Journalistik wurde benützt, um die öffentliche Meinung für diese Sache zu gewinnen. Es sei Pflicht des Staates, wurde gesagt, für die Herrschaftsbeamten, im Verhältnis als sie bei der öffentlichen Geschäftsführung beteiligt waren, zu sorgen; nicht nur die Juristen, sondern alle, soweit sie fähig sind das zu leisten was Staatsbeamte zu leisten pflegen, wären in den Staatsdienst zu übernehmen, jene, für welche eine derartige Vorsorge sich nicht treffen ließe, zu pensionieren, die Witwen und Waisen würdiger Patrimonialbeamten nicht dem Elende preiszugeben*). Die Justiz- und politischen Beamten des Viertels O. W. W. hielten eine Versammlung ab und sandten eine Deputation nach Wien, die bei mehreren Abgeordneten vorsprechen sollte, um in dieser Angelegenheit, die eine Lebensfrage für die Landbeamten sei, einen Gesetzesvorschlag zu erwirken, daß sie, die sonst Gefahr liefen dem Proletariat anheimzufallen, als Staatsbeamte anerkannt und vom Staate übernommen würden. Der Oberamtmann Franz Hornsteiner von Scheibbs, von seiner mütterlichen Seite mit mir verwandt, überreichte mir ein in diesem Sinne abgefaßtes Promemoria.

Ein Beschluß von solcher Allgemeinheit konnte vom Reichstage wohl nicht gefaßt werden und auch die Regierung mochte sich in eine grundsätzliche Regelung solchen Charakters kaum einlassen. Allein es war vorauszusehen, daß bei der Fülle neuer Stellen, welche die Umstaltung sowohl der Rechtspflege als der Verwaltung auf neuer Grundlage nach sich ziehen mußte, für deren Besetzung der seitherige Status der im Staatsdienst stehenden Personen bei weitem nicht ausreichte, die Regierung von Fall zu Fall auf solche werde greifen müssen, die sich unter den früheren Verhältnissen in Privatdiensten bewährt hatten. Und so geschah es auch, und darf vielleicht hier schon bemerkt werden, daß tatsächlich bei dieser Übernahme aus dem privaten in den öffentlichen Dienst eine sehr große Zahl ehemaliger Patrimonialbeamten in Verwendung kam, von denen nicht wenige wahre Zierden ihres neuen Standes wurden, einzelne es zu den höchsten Rangstufen und Auszeichnungen brachten.

*) Über die Zukunft der Herrschaftsbeamten, „Constitution" Nr. 66 vom 10., Nr. 79 vom 28. Juni, Nr. 86 vom 7. Juli, Nr. 108 vom 2. August; unterzeichnet „J. H. Freimüthig", zunächst für die Verhältnisse in Niederösterreich berechnet.

Allein nicht bloß um Personen handelte es sich bei der unausweichlichen Neugestaltung aller öffentlichen Zustände, sondern auch um Anstalten, und da sollte ich für mein Tachau zu tun bekommen. An die Stelle der obrigkeitlichen Justiziariate und städtischen Magistrate sollten landesfürstliche Gerichte mit kollegialer Einrichtung treten, für deren Ubikation einzelne einen größern Bezirk beherrschende Städte auszuersehen waren. In meinem Wahlbezirk waren es Plan und Tachau, die um den Preis stritten. Plan war größer und bevölkerter, es war zudem der Geburtsort meines seligen Vaters. Allein bei der Wahl hatten mich die Planer im Stich gelassen, ich war den Tachauern zu Dank verpflichtet. Sie hatten für die Bevorzugung ihrer Stadt die ja schon als Wahlort Plan den Rang abgelaufen hatte, gewichtige Gründe geltend zu machen, denen ich meine Beachtung nicht vorenthalten konnte. Die bevorstehende Organisierung der k. k. Bezirksgerichte war in der amtlichen Prager Zeitung noch nicht ausgeschrieben, die Organisierungskommission noch nicht eingesetzt, als man schon, um nichts zu versäumen, von Tachau aus seine Schritte unternahm. Gegen Ende August begrüßte mich der Bürgermeister Cantzler mit sechs Wahlmännern in einem Schreiben, und wandten sich gleichzeitig an den Schutzherrn ihrer Stadt Fürsten WindischGrätz, der ihnen mit freundlichen Worten versprach, sich in ihrem Interesse zu verwenden. Einer meiner Tachauer Vettern Joseph Helfert, von mehreren seiner Mitbürger darum angegangen, ersuchte mich brieflich, die für ihre Stadt so höchst wichtige Angelegenheit zu unterstützen, und einige Zeit später, 24. September, sandten mir die Wahlmänner der Stadt eine Petition in diesem Sinne, der sie einen Situationsplan der Gegend um Tachau mit einer Erläuterung beilegten, aus dem ich die für diesen Zweck geeignete Lage ihrer Stadt ersehen sollte. Es war darin wohl manches günstiger dargestellt als es tatsächlich war. Tachau, meinten sie, sei nach Pilsen die größte Stadt des Kreises mit 3700 Einwohnern; Mies habe zwar mehr Einwohner, 4000, aber weniger Häuser. Plan übergingen sie mit Stillschweigen, das mindestens ebenso groß und bevölkerter war als Tachau. Für die Unterkunft wiesen sie auf das geräumige und solid gebaute Franziskanerkloster, das nebst den Wohn- und Wirtschaftsgelassen für die Mönche weitere Räumlichkeiten für Unterbringung des Bezirksgerichtes biete, und auf das städtische Rathaus mit einem großen Gerichtssaale und passenden Kassenlokalen hin; außerdem ständen

zwei Gemeindehäuser mit bedeutenden Räumlichkeiten zur Verfügung. Mittlerweile war es bereits bekanntgeworden, daß Hofrat Wenzel Kulhanek mit der Leitung der Organisierungskommission betraut werden sollte, und es reiste deshalb der Bürgermeister Cantzler nach Prag, wo Kulhanek für den Augenblick weilte, wobei er mich ersuchte, seine Mission durch ein Schreiben an den Hofrat zu unterstützen. Die schließliche Austragung dieser Angelegenheit lag indessen noch in weitem Felde, und ich erklärte mich meinen Wählern bereit, im entscheidenden Zeitpunkte meinen Mann zu stellen.

Eine Angelegenheit eigenen Charakters rief in den betreffenden Kreisen des ganzen böhmischen Landes eine tiefgehende Spannung hervor. Es war der Anschluß an den deutschen Zollverein, der von den einen ebenso gewünscht als von den andern gefürchtet wurde. An der Spitze der ersteren standen der Bankier Edler v. Lämel und der Kaufmann und Fabrikant chemischer Produkte Wenzel Batka in Prag, die einen großen Verkehr mit dem Auslande hatten. Im Pilsener Kreise gelangten anonyme Rundschreiben mit Umgehung der herrschaftlichen Ämter und Magistrate an die Vorsteher der verschiedenen Zünfte, bis zu einem bestimmten Tage, längstens 6. September, ihre zustimmenden Erklärungen nach Prag einzusenden. Ein Beuteltuchfabrikant aus meinem Wahlbezirke Franz Joseph Beer aus Sorghof nächst Tachau rief meine Hilfe an, da „der freie Zollverein für jene Prager Herren von unverkennbar großem Interesse sein dürfte, dagegen aber die ungleiche Mehrzahl des inländischen Handlungsstandes und aller Fabrikanten ganz sicher ihrem Verderben zugehen würde". Es fänden sich darum „nur in der mindesten Klasse der Professionisten, Schneider, Schuster, Weber, Schlosser" Anhänger jener Idee, wogegen „die kenntnisvollen erhabeneren Professionisten, wie Rot- und Weißgerber, Bäcker, Fleischhauer mit unzählig Tausenden inländischer Fabrikanten" entschieden dagegen seien. Auch diese Angelegenheit war zur Zeit bei weitem nicht spruchreif und ich hatte vorläufig keinen Anlaß, mich mit ihr zu beschäftigen.

* * *

Aus meinem lieben Prag brachte mir die Post Anliegen der verschiedensten Art, da Verwandte und Freunde, aber auch entferntere Bekannte von meinem Deputierteneinfluß alles Erdenkliche erwarteten,

oder sie steckten sich hinter meine Frau, daß sie bei mir für sie bäte. Unter anderem sollte ich mich beim Generalsekretär der Nationalbank Franz Salzmann Edlen v. Bienenfeld verwenden, um ihrem jüngern Bruder Ferdinand eine Stelle bei der Prager oder Olmützer Filiale zu verschaffen. Ein ehemaliger Mitschüler, jetzt Jur.-Doktor, erwartete von mir ein Darlehen von 500 fl. zu 6 Prozent zum Antritt seiner Advokatur. Als Dr. Horaczek in der zweiten Hälfte August sein Pisecker Mandat zurücklegte, kamen von dem Bewerber um den erledigten Posten Briefe an mich, aber auch an Palacký, Brauner, Klaudy &c., wir möchten auf die Wählerschaft zu seinen Gunsten einwirken.

Eine recht ärgerliche Sache warf mir mein Jugendfreund Joseph Peter an den Hals. Ob und inwieweit er sich in den Juniaufstand eingelassen habe, ist mir unbekannt. Ich habe nur erfahren, daß er inhaftiert werden sollte oder wirklich wurde, und bei dieser Gelegenheit dem Militär keine Kosenamen gab. Seit dem zählte er zu den Unzufriedenen und da gleiche Geister sich gegenseitig finden, so lag es nahe, daß sich ein ehemaliger k. k. Offizier, der sich mit seinen Oberen überworfen hatte, mit der Bitte an ihn wandte, daß er ihm durch meine deputierliche Reputation zu seinem Rechte verhelfe. Kaspar Nikodem, 1789 zu Prag geboren, hatte in den Napoleonischen Kriegen gedient und sich als „vor dem Feinde brav und unerschrocken" gezeigt. Allein er war eine unverträgliche und rechthaberische Natur und hatte, zuletzt Oberleutnant im Prager Regiment Latour, wegen fortwährender Anzeigen und Beschwerden über wirkliche oder vermeintliche Ungehörigkeiten in der Manipulation, in der Behandlung der Soldaten u. dgl., die nicht selten bis zum Hofkriegsrat hinauf gelangten, wiederholte Verhöre zu bestehen gehabt, hatte sich zeitweise Verhaftungen zugezogen, hatte für geisteskrank erklärt werden sollen, zu was sich aber die berufenen Ärzte nicht herbeifanden, bis er zuletzt wider seinen Willen, da er am Körper und Geist vollkommen gesund zu sein erklärte, in Pension versetzt wurde. Er unternahm nun allerhand Schritte, um seinen Willen durchzusetzen, benützte die Presse, um der ganzen Welt das himmelschreiende Unrecht, das ihm widerfahren, klar zu machen*), und wollte, als dieses Mittel nicht die

*) „Gerad' aus", Nr. 81 vom 15. und Nr. 83 vom 17. August. „Offenes Sendschreiben an das k. k. Kriegsministerium".

erwünschte Wirkung äußerte, seinen Fall im Reichstage zur Sprache gebracht wissen. Ich sollte, verlangte in Nikodem's Namen Freund Peter von mir, den Kriegsminister als Regimentsinhaber „öffentlich" interpellieren oder, wenn ich nicht wollte, Rieger oder Brauner oder Klaudy es auf sich nehmen, weil, wie Peter schloß, „Latour notwendigerweise durch einen solchen Skandalprozeß unmöglich werden und WindischGrätz an ihm seine Stütze verlieren dürfte". Zu einer Interpellation solcher Art mochte ich mich nicht herbeifinden; aber ich sprach mit Latour, aus dessen Äußerung ich entnehmen konnte, daß beim Kriegsministerium der klagende Offizier den Ruf eines Stänkerers hatte und für ihn nichts zu hoffen sei. Als Peter in Prag vergebens auf ein Lebenszeichen von mir wartete, ließ er mich durch unsern gemeinschaftlichen Freund Brzoráď an die Interpellation erinnern; Brzoráď, der ein ruhig überlegender Mann war, schrieb mir zwar nach Peter's Wunsch, fügte aber die Bemerkung bei, „dergleichen sei nur für Deputierte, die nicht auf bessere Art die Aufmerksamkeit erregen können . . ."

Auf solche Art konnte ich von den zahlreichen Briefen, die mir aus den Kreisen meiner Bekannten und auch mancher Unbekannten zukamen, mit Lessing's Prinzen sagen: „Klagen, nichts als Klagen! Bittschriften, nichts als Bittschriften!" Zu den wenigen, die hievon eine Ausnahme machten, gehörte mein edler priesterlicher Freund P. Athanasius Bernhard. Auch er hatte Klagen, auch er trug mir Bitten vor; doch sie betrafen nicht eigensüchtig seine Person, höchstens seinen Stand, seine Ordensbrüder und die Kirche, vor allem aber das Allgemeine. Vor Jahren, in der Periode meiner Freigeisterei, hatte ich mich, nachdem ich seinen Eintritt in den Zisterzienserorden erfahren, in einem Schreiben an ihn über Klostertum und Mönchswesen in einer Art geäußert, die ihm wehe tat. Seitdem war ich ein anderer geworden und er hatte die schwere Kränkung von damals, wenn nicht vergessen, doch längst vergeben, und seit dem politischen Umschwung gehörte ich zu jenen, vor denen er sein sorgenbeschwertes Herz ausschüttete. Er war jetzt Theologieprofessor an der bischöflichen Lehranstalt zu Leitmeritz und beteiligte sich schriftstellerisch lebhaft an den kirchlichen Streitfragen des Tages. Er sandte mir zwei Broschüren, eine, deren anonymer Verfasser er selbst war: „Aus dem Kloster. Ein Beitrag zum Verständnisse der Klosterfrage in Österreich", die andere von seinem Leitmeritzer Kollegen Professor Joseph Ginzel,

pseudonym: „Über die Zukunft der Kirche in Österreich. Von Dr. Sylvius", beide Regensburg bei Georg Johann Manz. Ich möge überzeugt sein, schrieb mir Bernhard am 7. September, „daß ich und meine Freunde der Sache der Freiheit und Reform ungeteilt anhängen, daß wir bereit waren und sind jedes mögliche Opfer zu bringen. Aber wahre Freiheit wollen und wünschen wir, Freiheit für alle, nicht bloß für den Pöbel. Wie schmerzliches müssen wir täglich über uns ergehen lassen, die wir, wie begreiflich, nicht unbedingt in das Tagesgeschrei einstimmen können. Als Reaktionäre, Finsterlinge, Wollüstlinge sich gebrandmarkt zu sehen, ohne sich auch nur verteidigen zu können, ist gewiß für jeden ehrlichen Mann übergenug". Dabei kam er auf die hohe Politik, er liebte sein Heimatland, er hing am Reiche, ihn beschäftigten die großen Gestaltungsfragen, deren befriedigende Lösung er bei einem Staate von so eigentümlicher nationaler Mischung wie Österreich als schwieriger erkannte als in irgend einem andern Lande. Er legte mir seine Zweifel vor, „ob ein solches Österreich auf dem Wege der Zentralisation, die den Tagesschreiern aller Farben als Abgott zu gelten scheint, oder auf dem einer innigen Föderation der verschiedenen Völkerstämme zu erreichen wäre?"

* * *

Die Zustände in meiner Vaterstadt waren in jeder Richtung von der unerfreulichsten Art. Seit den garstigen Junitagen und ihrem trübseligen Ende war die Scheidung zwischen Deutschen und Böhmen vollzogen und besiegelt. Die deutschen „Siebenundsechziger" fürchteten einen neuen Aufstand der bösen „Tschechen" und fühlten sich nur unter der Militärherrschaft sicher und wohl, deren Beseitigung die Nationalen mit allen erlaubten Mitteln, Adressen, Petitionen anstrebten. Von meinem lieben Pepi Fabian erhielt ich ein Schreiben, datiert vom 20. Juli „dem Belagerungsaufhebungstage", und Eduard Brzorád schrieb mir: „Unsere ‚Gutgesinnten' sind jetzt sehr gekränkt, weil die Mitglieder der weiland Svornost wieder in ihrem Kostüm einhergehen. Ein pensionierter Gubernialrat hielt sich in einem Kaffeehause sehr über den Erlaß Doblhoff's auf, daß nunmehr das Tragen der Podjebradka*) kein Polizeivergehen sei. Das politische

*) Eine nationale Kopfbedeckung.

Leben ist hier etwas flau. Die Deutschen sind teilweise zerknirscht über die Aufführung ihrer Brüder in Teplitz, welche in den Zeitungen stark verarbeitet wird"... Ein anderer meiner früheren Studiengenossen ließ mich durch einen gemeinschaftlichen Freund, der auf seiner Hochzeitsreise durch Wien kam, angelegentlich ersuchen, ihm zu einer Stelle in Wien zu verhelfen, da ihm der Aufenthalt in Prag verleidet sei, „wo Wirrnisse und Wühlereien alle Lebensverhältnisse so unsicher machen".

Auf dem Lande ging alles drunter und drüber. Die verkündete Freiheit wurde von vielen in dem Sinne aufgefaßt, daß sie nun tun könnten was sie wollten, und lassen könnten was ihnen lästig war. Es wurde von einem Häusler erzählt, der sich an kein Eheband mehr gebunden erachtete und sein Weib mit zwei Kindern verstieß. Aus Leitmeritz klagte mir Freund Bernhard, daß die Radonitzer — er war ein Schullehrersohn von dort — der Witwe seines Vaters, des langjährigen vielverdienten Erziehers ihrer Kinder, den kargen Pensionsbeitrag, den sie ihr nach den bestehenden Gesetzen zu leisten hatten, vorenthielten, „weil sie vermöge ihrer Freiheit nichts mehr zu zahlen hätten". Der Begriff von Jagdfrevel war verschwunden, der Bauer kannte nur Jagdfreiheit und machte von ihr den ausgedehntesten Gebrauch. Als aber die minderbegüterten Chalupner und Häusler gleichfalls von der verbotenen Frucht genießen wollten, erhoben die Bauern Einsprache, und es drohte darüber sowie über andere Punkte des Übermuts von der einen und des Neides von der andern Seite an manchen Orten zu einem förmlichen Kriege zwischen Bauern und Häuslern zu kommen.

Alles lief mit Gewehren herum, groß und klein, und versäumte bei dem neuen Vergnügen das gewohnte Tagwerk, wobei es nicht selten zu den sonderbarsten Zwischenfällen kam, oft komischer, aber auch tragischer Natur. Aus der Gegend von Teplitz wurde anfangs September erzählt, daß ein Bauer statt vermeintlichen Wildes eine Mutter von fünf Kindern niedergebrannt und so gut in den Kopf getroffen habe, „daß ihr das Gehirn wie Wasser herausspritzte"; es sei dies bereits der dritte Fall, wo die ungezügelte Jagdlust Menschenopfer kostete. Ja, die neuen Hubertusjünger hatten mit dem freien Feld nicht genug, sie unternahmen mitunter Einbrüche in die herrschaftlichen Tiergärten. Ich denke, der Chlumetzer Graf Kinsky war es, dem solches widerfuhr, einem rabiaten Herrn, der sich Recht

und Ruhe zu schaffen beschloß. Er berief die Gemeindevorstände und hielt ihnen die Vermessenheit ihres Gebarens vor; als diese trotzig erwiderten: „Tier ist Tier“, entließ er sie mit den Worten: „Gut, ich werde darnach handeln!“ Er machte sich und seine mit Gewehren bewaffneten Jäger beritten, erschien urplötzlich auf der Hutweide der Gemeinde und schoß zwei oder drei ihrer Rinder nieder. Nun war die Wehklage auf Seite der Bauern, denen er aber höhnisch erwiderte: „Ihr habt ja selbst gesagt: Tier ist Tier! Für jedes Stück, das ihr in meinem Wildpark tötet, werde ich euch eines aus euerer Herde niedermachen, das nächstemal trifft es den Stier!“ Die Lektion wirkte, und der Gutsherr hatte wenigstens in seinem umfriedeten Eigentume nichts mehr zu beklagen. Relata refero!

Unbotmäßigkeit und Willkür beschränkten sich übrigens nicht auf die unteren Klassen, sie traten selbst in höher gebildeten Kreisen vielfach zu tage. Es schien das ganze gesellschaftliche Gebäude aus den Fugen zu geraten. In einem Dorfe des nördlichen Böhmen lag der junge Kooperator mit dem Pfarrer und dem Schullehrer im Streit; der Pfarrer, der sich ungeschickt benommen hatte, wurde versetzt; nun verlangte aber der Kaplan, daß auch der Schullehrer entfernt werde, und dachte an der Spitze der örtlichen Nationalgarde an Eigenmacht.

In Zuständen so allgemeiner Zerfahrenheit hatte der Redakteur der Prager Regierungszeitung, mein Freund Leopold Hasner, gewiß einen schwierigen Stand. Er fahndete nach Mitarbeitern in seinem Geiste und Sinne, und konnte sich darauf berufen, wie er seinerseits keine Gelegenheit versäume, die mancherlei Angriffe, denen Persönlichkeiten solchen Charakters ausgesetzt waren, ernstlich zurückzuweisen. Insbesondere meine Verteidigung hatte er wiederholt übernommen, ich war ihm dafür Dank schuldig, und er hatte allen Grund mich aufzufordern, meinerseits für ihn und sein Blatt etwas zu tun. „Wenn Leute von Bildung“, klagte er mir, „und noch dazu Freunde, die so sehr dazu in der Lage wären, mich nicht unterstützen wollen, dann kam ich bei den unzureichenden Geldmitteln meines Blattes dieses nicht zu dem Punkte erheben, auf den es dem Lande, im Gegensatze zu so vielen schädlichen, von Nutzen sein könnte. Du wünschest doch gewiß nach Prag zu kommen“, fuhr er fort, „und wie

lieb würde es Dir dann sein ein vernünftig freisinniges Blatt zu besitzen, in welchem du Deine Meinung aussprechen könntest".

So richtig dies alles war, und so sehr mich zugleich Dankbarkeit bewegen sollte den Wünschen des wackern Freundes zu entsprechen, so wenig war ich in der Laune und Lage dies zu tun: in der erstern nicht, weil ich, Stunde für Stunde mit der Politik des Tages beschäftigt, nicht noch die wenige freie Zeit die sie mir ließ am Schreibtische dem gleichen Einerlei zu widmen mich entschließen konnte; in der andern nicht, weil ich ja neben meiner parlamentarischen Tätigkeit von anderweitigen Angelegenheiten mehr als hinreichend in Anspruch genommen war. Auch in literarischer Hinsicht! Für den Vertrieb der neuesten Auflagen von meines seligen Vaters „Kirchenrecht" und „Geistlichem Geschäftsstil" stand ich mit der Firma Gerold in Verhandlung, und nun kam eine Einladung des k. k. Kreiskommissärs Paul Aloys Klar, dessen Familie seit Jahren mit der meinigen innig befreundet war, für seine „Libussa" eine Lebens- und Charakterskizze meines Vaters zu schreiben, damit er umgehend für ein Stahlstichporträt in Leipzig sorgen könne. Schon aus Rücksichten der Pietät konnte ich einen so ehrenvollen Antrag nicht ablehnen, und ich begann meine vorbereitenden Studien dazu, die freilich erst nach mehreren Jahren zu erwünschtem Ende gediehen.

3.

Mit meinen in Krakau zurückgelassenen Freunden stand ich in lebhaftem Briefwechsel, d. h. sie schrieben mir häufig und ausführlich, was ich meinerseits nur selten und lässig erwidern konnte; dabei passierte mir einmal das Malheur, daß ich in der Zerstreutheit meinen Brief nach Prag adressierte, von wo ihn die Post nach Lemberg und von da erst nach Krakau spedierte, so daß es mehr als drei Wochen dauerte, ehe er in die Hände des Adressaten gelangte. Von meinem lieben Köstler kamen dann bittere Vorwürfe. „Da Du mir gar keine Neuigkeit geschrieben hast", hieß es in einem seiner Briefe, „so schreibe ich auch gar nichts, obwohl ich eine Menge weiß, auch noch genug leerer Raum da ist, um schreiben

zu können“. Auch an der Universität war ich nicht vergessen: ein vom 26. August datiertes lateinisches Schreiben meines Kollegen Felix Słotwiński teilte mir mit, daß die Krakauer Gesellschaft der Wissenschaften den Hofrat Kudler, den Regierungsrat und juridischen Studiendirektor Kremer und mich in die Zahl ihrer Mitglieder aufgenommen habe.

Mit meiner Krakauer Kollegenschaft sollte es übrigens bald zu Ende sein. Stadion's Resignation auf den galizischen Posten war endlich angenommen, die Krakauer Hofkommission aufgelöst und der Hofrat Joseph Ritter v. Zaleski zum Gouverneur des Königreichs ernannt. Zaleski traf in der zweiten Hälfte August in Krakau ein, wo sich die Polen um ihn drängten und ihn mit Anträgen und Bitten bestürmten. „Zaleski bewilligt alles“, schrieb Gabriel, der jetzt den auf Urlaub abwesenden Polizeidirektor Kroebl ersetzte, „und es wird über ihn von den hiesigen politischen Blättern dennoch jämmerlich losgezogen“. Unter den Forderungen, die an den neuen Gouverneur in erster Reihe gestellt wurden, war die der Fortschaffung der „deutschen“ Beamten, namentlich von der Polizei, also meiner persönlichen Freunde Gabriel, Dedera, Baron Päumann. Die akademische Jugend bat um Entfernung jener Professoren, die nicht im stande seien in polnischer Sprache vorzutragen; dahin gehörten Makowiczka, Michel, Jonak, Schmidt-Goebel und ich. Zaleski stellte sichere Gewährung in Aussicht. Hammer, ein gebürtiger Lemberger und der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, blieb dabei verschont.

Mein häusliches Leben lief ziemlich einförmig ab. Da ich von Haus-, Abteilungs- und Ausschußsitzungen oder Parteiversammlungen vollauf in Anspruch genommen war, so bildeten die Mahlzeiten oder nach getaner Arbeit ein kurzer Spaziergang das einzige, wo ich mit meinem lieben Weibchen beisammen sein konnte. Sonst saß sie, da ich ihr zuweilen zu ihrer Beschäftigung etwas abzuschreiben gab, allein zu Hause oder machte einen Besuch bei Mühlstein, bei ihren mütterlichen Verwandten Eibenstein u. a. Meine Schwester war bereits nach Prag zurückgekehrt, aus der liberalen, ja radikalen Luft, die sie im Hause unserer Cousins Adolf und Moriz Schreiner eingeatmet hatte, in die seit den Junitagen von fortwährender Aufruhrsangst erfüllte tschechenfeindliche Atmosphäre der Prager Siebenundsechziger, zu deren Hauptstützen das Haus Ellenberger gehörte. Freund Brzorad,

der ihr einen Besuch abstattete, fand sie sehr gut aussehend. „Sie scheint", schrieb er mir, „in der Grätzer Zeit eine außerordentliche Politikerin geworden zu sein, dabei sehr liberal. Wenn nicht andere Personen dabei gewesen wären, so würde ich ihr ans Herz gelegt haben, ihren Bräutigam Hermann und seine ‚gutgesinnte' Familie ein wenig zu bekehren".

Meine Frau und ich speisten zu Mittag meist im ersten Stock der Restauration „zum roten Igel" am Wildbretmarkt, abends im sogenannten Garten, einem großen mit vereinzelten Bäumen bepflanzten Hof des Gasthauses „zum weißen Roß" in der Leopoldstadt. Wenn wir von da bei schon eingebrochener Dunkelheit über die Ferdinandsbrücke nach Hause gingen, sahen wir regelmäßig in einem der die Rothethurmthor-Bastei überragenden Gebäude des Laurenziberges im obersten Stockwerke ein einsames Fenster beleuchtet, und es beschäftigte unsere Phantasie, wer es wohl sein möchte, der da noch wachte und weilte, ein stiller Denker, Leser, Schreiber, oder war es etwa die Nachtwache bei einem Kranken?!

Zum „roten Igel" kamen ab und zu Abgeordnete von der Rechten, aber auch sehr häufig die Geliebte oder Hausfreundin Julius Becher's, des Herausgebers des mir ganz besonders gewogenen „Radikalen". Sie war eine verwitwete Baronin Perin, „eine verblühte Frau, die durch auffallende Kleidung den Verlust ihrer ehemaligen Reize ersetzen zu wollen schien." Meine Mina, die sonst aller Welt gut war, konnte sie nicht ausstehen, besonders um ihres Söhnchens willen, des kleinen Toni, eines vorlauten kecken Knaben von quecksilberartiger Lebhaftigkeit, der sich oft genug in die Nähe unseres Tisches drängte.

Unsere Spaziergänge, wenn ich am späten Nachmittag freie Zeit hatte, beschränkten sich gewöhnlich auf die Basteien, wo mir allerhand durch den Kopf lief und ich ihr etwas vordeklamierte oder singend vorbrummte, was sie gern hörte: „Du bist wie eine Blume", „Ty pohájský kostelíčku", „Žežulinka kuká" —

A tak potom budem svojí,
Žádný nás víc nerozdvojí . . .

Aber den „König Wiswamitra" mochte sie nicht und noch weniger „Když jsem ja k vám chodívával . . . do komůrky jsem se dostal" a t. d. Da gab es ihr einen Ruck, und ich mußte aufhören oder sie mit etwas anderem wieder in versöhnliche Laune bringen.

Eine angenehme Unterbrechung, an die ich immer gern zurückdenke, bildete ein Ausflug, für welchen eine dreitägige Reichstagspause, 8. bis 10. September, Anlaß und Gelegenheit bot. Freund Anton Beck hatte die Adlitzgräben vorgeschlagen und machte unsern freundlichen wegkundigen Führer. Die Gegend um den Schneeberg war dazumal noch die reine Idylle, sowohl was die von der Heerstraße, geschweige denn von einer Eisenbahn undurchfurchte Natur, als was die in ihren erfrischenden und stärkenden Alpenwirtschaften lebenden Bewohner betraf. Diese ruhige Friedlichkeit nach den unausgesetzten Aufregungen, die mir die unleidliche Politik seit Monaten bereitete, wie wohltuend, wie erquickend wirkte sie auf mich! Mit vollen Zügen saugte ich die balsamische würzige Luft in mich ein, und welches Unbehagen bereitete mir der weilenweise wiederkehrende Gedanke, wieder zurück zu müssen in die leidenschaftlich geschwängerte Atmosphäre der Wiener Reitschule!

Wenn wir durch die stillen Täler wanderten, den imposanten Anblick der Raxalpe vor uns, oder wenn wir einen Bergsattel erstiegen, von wo wir über die niedrigeren Gipfel hinweg in das Labyrinth der sich kreuzenden Mulden und Schluchten zu unseren Füßen hinein sahen, wie war dann für den Augenblick alles vergessen, was uns drückte und trübte! „Es ist nicht das erstemal", spricht in der Goethe'schen „Novelle" die Fürstin, „daß ich auf so hoher weitausschauender Stelle die Betrachtung mache, wie doch die klare Natur so reinlich und friedlich aussieht und den Eindruck verleiht, als wenn gar nichts Widerwärtiges in der Welt sein könne. Und wenn man dann wieder in die Menschenwohnung zurückkehrt, sie sei hoch oder niedrig, weit oder eng, so gibts immer etwas zu kämpfen, zu streiten, zu schlichten und zurechtzulegen".

Achtes Buch.

Unruhen und Wirren.

1.

Der Himmel hat seine Sterne, das Meer hat seine Perlen, Wien im Sommer 1848 hatte seine — Krawalle. Unmittelbar auf die dreitägige Reichstagspause, auf das idyllische Intermezzo, das ich mit meinem Weibchen fern von der lärmenden unheilvollen Hauptstadt genossen, folgten innerhalb und außerhalb der Versammlung Auftritte aufregendster Art.

Ein gewisser August Swoboda, Uhrmacher seines Zeichens, ein blasses buckliges Männchen à la Häfner, hatte bald nach dem politischen Umschwunge, bei der einreißenden und rasch überhandnehmenden Geschäftslosigkeit und Verarmung unter den niederen Gewerbsleuten, den Plan gefaßt, ihnen auf die bloße Bürgschaft ihres Namens hin durch zinslose Darlehen aus der augenblicklichen Not zu helfen. Er dachte dies durch eine Ausgabe von 200.000 fünfprozentigen Aktien zu 20 fl. Konventionsmünze zu bewerkstelligen und führte sein Unternehmen unter günstigen Auspizien in die Welt ein. Doblhoff und Hornbostel zeichneten als Privatleute eine Anzahl von Aktien und erwirkten als Minister vom Kaiser eine Unterstützung von 10.000 fl., was dem Publikum in riesig großen Plakaten bekanntgegeben wurde. Als Swoboda eine Versammlung veranstaltete, in welcher er seinen Schicksalsgenossen seine Ideen auseinandersetzte, fand er stürmischen Beifall und Tausende traten seinem Vereine bei. Doch mit leeren Händen! Sie alle waren Hilfesuchende, nicht Beitragleistende; zur Zeichnung der Aktien erboten sich nur wenige, während das Unternehmen nur durch ausgedehnte Teilnahme glücken konnte. Es waren eben schwere Zeiten, wo jeder sein bißchen Geld lieber bei sich behielt, als es auf einen ungewissen Erfolg hin zu wagen. So trat denn

an die Stelle der freudigsten Hoffnungen bald beängstigende Unruhe, die einen verlangten Geld zur Unterstützung, die anderen forderten Sicherstellung für ihre Aktien.

Swoboda und sein Verein gerieten in arge Bedrängnis, aus der ihnen, wie sie meinten, nur von oben her geholfen werden konnte. Am 11. September abends bestürmten sie das nieder-österreichische Landhaus, wo eben der Gemeinderat eine Sitzung abhielt. Sie drangen in den Saal mit ungestümem Begehren, so daß die Väter der Stadt voll Schrecken auseinander stoben und ihr Heil in der Flucht suchten. Nun hieß es unten auf der Straße: „Zum Doblhoff!" und die ganze Masse strömte auf den Judenplatz, wo sie eine Deputation zum Minister hinaufsandten und staatliche Garantie für die Aktien verlangten. Doblhoff bedeutete ihnen, ihr Verein sei ein privates Unternehmen, für das der Staat nicht einspringen könne; er selber befinde sich ja, da er sich mit so viel Aktien beteiligt habe, unter den Verlusttragenden. Die Leute wollten nichts hören und es kam zu ernsten Auseinandersetzungen. Zuletzt versuchte es Doblhoff, sie durch das Versprechen zu beschwichtigen, daß eine Ministerialkommission die Angelegenheit in eine Beratung nehmen werde, deren Ergebnis sie am andern Tage abwarten sollten. Auch das wollten sich die Dränger, die einen unmittelbaren Bescheid verlangten, lang nicht gefallen lassen, bis sie zuletzt, da der Minister auf seinem Entschlusse beharrte, das Gebäude verließen. Es war gegen 10 Uhr nachts, ehe sich die unter steigernder Aufregung weilenden Gruppen nach und nach auflösten und es am Judenplatz wieder still und ruhig wurde.

Am 12. September morgens sah ich aus meinem Fenster einen von einer großen Menge begleiteten Zug sich über die Ferdinandsbrücke gegen die Jägerzeile bewegen. Ich hielt sie für ungarische Freiwillige; denn an ihrer Spitze befand sich ein Reiter, das rot-weiß-grüne Band um die Brust, als Vortrab eine Abteilung Studenten mit gezogenem Säbel, dann eine ungarische neue Fahne, ein weiterer Zug und eine zweite Fahne. Die Bursche, die im Zuge waren, hatten alle einen großen Zettel auf Hut oder Mütze, dessen Wortlaut ich natürlich nicht zu erkennen vermochte. Auch mehrere Frauenzimmer gingen mit. Von Zeit zu Zeit ertönte ein Zuruf; ob aus der gaffenden Menge oder aus dem Zuge selbst, konnte ich nicht entnehmen; wahrscheinlich aus beiden.

In dieser Zeit ging es auf dem Judenplatze bereits stürmisch her. Schon um 5 Uhr morgens hatten sich die Leute von gestern vor der weiland böhmischen Hofkanzlei zahlreich eingefunden, zu denen fortwährend neue Ankömmlinge stießen. Es war kein Gesindel, das Proletariat war kaum vertreten, es waren Handwerker, mindere Gewerbsleute, Kleinbürger, viele von ihnen in Nationalgarderöcken, doch ohne Waffen. Die Leute redeten sich von Stunde zu Stunde mehr in die Hitze hinein: „Den Arbeitern kann man fünf Kreuzer abziehen, dem Radetzky und dem Jellačić stellt man Millionen zur Verfügung, und für uns will man kein Geld haben!" Nationalgarde wurde aufgeboten; es erschienen Abteilungen von ihr, die aber, da sie in der Menge so viele in Uniformen erblickten, gegen ihresgleichen nicht vorgehen wollten und kehrt machten, was jedesmal von einem Jubel der Dränger begleitet wurde. Auf die Meldung von diesen Vorgängen sah sich der Nationalgarde-Oberkommandant Obrist Valentin Streffleur veranlaßt Militär zu requirieren.

Schon war die Torfahrt des Ministerialgebäudes von Leuten vollgefüllt. Da ging ein Schuß los, der einen der Eindringlinge verletzte. Darauf wütendes Geschrei: „Man schießt auf das Volk", und nun drang die Menge über die Stiegen durch die Gänge in die Bureaus, wo sie Aktenschränke erbrachen und plündernd leerten. Alle Räume vom Dachboden oben bis in die Keller hinunter wurden durchwühlt, um versteckte Wachen herauszuziehen, die sich aber nicht fanden. Bald waren die Wohnräume des Ministers überflutet. Die Türe des Saales, in dem er sich befand, war nicht bloß verschlossen, sondern verrammelt, gegen welche nun mit allen Kräften gearbeitet wurde, um sie einzustoßen oder die Flügel auszuheben. Doblhoff hat in diesem seine persönliche Sicherheit, ja sein Leben bedrohenden Augenblick Mut und große Standhaftigkeit bewiesen; den immer dringenderen Vorstellungen, ein Versteck aufzusuchen, setzte er entschiedene Weigerung entgegen. Endlich war Hilfe zur Hand. Der Legionskommandant Koller hatte Studenten aufgeboten. Auch sie wollten, da sie auf dem Platze so viele Nationalgardeuniformen gewahrten, umkehren; doch der Beredtsamkeit Koller's gelang es, sie zu halten und zur Rettung des Ministers herbeizueilen. Schon tobte es an dessen Türe mit verstärkter Wut, schon war ein Flügel ausgehoben und die Leute waren bereit, in den Saal zu dringen, als Koller mit seinen Studenten herbeikam und sich zwischen sie und

den Minister warf, der sich nun doch bereden ließ, von der Stelle zu weichen, die gleich darauf unter wüstem Treiben, unter Fluchen und Schimpfreden von der tobenden Menge erfüllt war.

Um 1 Uhr erschienen zwei Grenadierkompagnien am Hof, wo sie das bürgerliche Zeughaus besetzten und gegen den Judenplatz vormarschierten. Beim Anblick des Militärs erhob sich neues Geschrei, Ausrufe des Hohnes, Drohungen fürchterlicher Art. Die Soldaten drangen nicht vor, sie hielten am Eingang des Judenplatzes Stand. Es war nur die Legionsuniform Koller's, dieses bei der Masse der Bevölkerung so beliebte Wahrzeichen, die es ihm ermöglichte, den Leuten eindringlich ins Gewissen zu reden, und sie nach langen Verhandlungen zu bewegen, vom Toben abzulassen und auseinanderzugehen. Nach mehr als dreistündigem Biwakieren konnte das Militär, nachdem sich das Gros der Meute verlaufen hatte, in die Kasernen abrücken gemacht werden. Als am Abend die Mondscheibe aus dem Dämmergewölke hervortrat, fand sie den Judenplatz in gewohnter Ruhe und Ordnung.

2.

Die Reichstagssitzung des 13. September begann um 11 Uhr vormittags und schien sich in gewohnter Weise, d. h. mit Einschiebung von Zusatz- oder Verbesserungs-Anträgen, von Einsprachen und Protestanmeldungen, aber sonst in aller Ordnung abspielen zu wollen.

Zur Verhandlung kam zuerst ein Dringlichkeitsantrag von Brestel und Goldmark, der an die Ereignisse der beiden letzten Tage anknüpfte und einen Kredit von 2,000.000 fl. Konventionsmünze für unverzinsliche Vorschüsse an die Gewerbetreibenden Wiens verlangte. Sogleich erhob sich Pinkas und erklärte, wenn dieses Prinzip angenommen würde, müsste er eine gleiche Berücksichtigung der Stadt Prag in Anspruch nehmen. Von anderen Seiten wurden die Bedrängnisse in einigen Teilen Schlesiens, im böhmischen Riesengebirge, mit lebhaften Farben vor Augen geführt. Leopold Neumann entgegnete: „Gewiß hat man im Reichstage ein Herz für

dieſe Leute; allein die Verſammlung möge ſich gegenwärtig halten, daß die Bevölkerung Wiens zuerſt das Panier der Freiheit erhoben hat und daher in erſter Linie Rückſichtnahme verdient." Zuletzt wurde der Finanzausſchuß beauftragt, binnen vierundzwanzig Stunden über dieſe Angelegenheit Bericht zu erſtatten, wobei ſich eine kurze Debatte darüber entſpann, von welchem Momente die vierundzwanzig Stunden gezählt werden ſollten.

Den zweiten Gegenſtand der Tagesordnung bildete die vom Zentrum beabſichtigte Anerkennung der Leiſtungen der kaiſerlichen Armee in Italien. Der Abgeordnete für Mähriſch-Sternberg hatte, wie früher erzählt, einen Antrag ſolchen Inhaltes wiederholt eingebracht und ihn in dem Sinne gemeint, daß dieſe Anerkennung in einem begeiſterten Aufſchwung der Verſammlung zum Ausdruck gelange; in eine Debatte darüber wollte er ſich nicht einlaſſen und hatte darum, als von der Linken Einwendungen erfolgten, ſeinen Antrag einfach zurückgezogen. Den Antrag Selinger's nahm nun der Tiroler Straſſer auf, indem er erklärte, eine Debatte nicht zu ſcheuen. Er leitete ſeinen Antrag mit einer etwas ungeſchickten Parabel ein, an die er eine langgedehnte ermüdende Auseinanderſetzung knüpfte. Da er ein Papier vor ſich hielt, wurde ihm von der Linken zugerufen: „Nicht leſen!", da dies von der Geſchäftsordnung verwehrt war. „Ich habe mir Notizen gemacht, in die ich von Zeit zu Zeit hineinblicke, das heiße ich nicht leſen!" Die Debatte, die darauf folgte, bewies, wie ſehr der urſprüngliche Antragſteller im Rechte war, daß er ſich in kühle Erörterungen nicht einlaſſen wollte. Denn von den Rednern der Linken wurde recht kaltes Waſſer in die bezweckte Begeiſterung hineingeſchüttet. „Ich will die Tapferkeit und Aufopferung der öſterreichiſchen Armee nicht in Abrede ſtellen", meinte der Spötter Borkowski; „allein dieſe ſchönen Tugenden ſind vielmehr zu bedauern als zu beloben, wenn ſie ſchlecht angewendet werden. Wird man uns für eine Verſammlung von freien Männern halten, wenn wir erklären, daß die Unterjochung einer Nation mit unſeren Begriffen von Freiheit vereinbar iſt?!" (Bravo der Linken, Ziſchen der Rechten.) Violand wollte bloß ein „bedingt modifiziertes Lob über die Waffentaten in Italien" gelten laſſen, und Füſter gab ſelbſt dieſes nicht zu. „Die Dankeserklärung einer Kammer iſt der höchſte Lohn der bürgerlichen Geſellſchaft", ſprach er ſalbungsvoll, „und dieſer höchſte Lohn darf nur den größten

Taten zuteil werden, solchen Taten die nicht allein fleckenlos sind, sondern auch das Gepräge politischer Weisheit an sich tragen". Könne man dies von den Leistungen unserer italienischen Armee sagen?! „Sie hat nichts als ihre Pflicht getan, sie hat kein besonderes Werk getan, da sie bloß die Scharte auswetzte, welche unserem Kriegsschwert geschlagen war." Nebstbei habe sie sich durch manche Grausamkeiten befleckt; sie zeige sich feindselig gegen die neue Ordnung der Dinge, u. dgl. mehr.

Die Verhandlung über diesen Gegenstand war noch nicht zu Ende geführt, als der Kriegsminister in den Saal trat — es war gegen 2 Uhr nachmittags — und in erregter Weise sich zum Worte meldete, da er eine wichtige Mitteilung zu machen habe.

Schon während der aufregenden Vorgänge des gestrigen Tages hatte verschiedenenorts, zumal auf der Aula, das Losungswort erklungen „Wiederherstellung des Sicherheitsausschusses". Am heutigen war es von einer unruhigen Partei mit verstärktem Nachdruck hervorgeholt worden, und dazu trat die Forderung des Rücktrittes gewisser mißliebigen Personen; ein und der andere Minister war damit gemeint. In der Druckerei Jos. Keck & Sohn waren viele Tausend Zettel*) bestellt dieses Wortlautes:

Bürger Wiens! Eines kann Euch retten, die Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses. Hoch die freiheitbegeisterten Wiener!
Im Namen vieler Bürger, Nationalgarden und Studenten.

Es war nicht die akademische Legion als solche oder auch nur die Mehrzahl der Studenten, welche sich diesem Feldgeschrei anschloß. Gleichwohl erschien eine Deputation der Aula mit Professor Füster an der Spitze, alle mit den gedruckten Zetteln an ihren Hüten, bei dem Minister des Innern, um ihm ihr Begehren vorzutragen, das Doblhoff entschieden abweisen mußte. Er war blaß und abgehetzt von den Aufregungen des vorigen Tages; allein er blieb standhaft bei seiner Weigerung. In der Straße waren bereits Scharen zu sehen, welche an ihrer Kopfbedeckung die erwähnten Zettel trugen, einzelne Nationalgarden und Legionäre, darunter meist solche von

*) Man sprach von 12.000 Stücken. In meiner Sammlung befinden sich sechs Varianten, der Wortlaut überall derselbe. Ohne Zweifel waren es Zettel dieser Art, die ich am Morgen aus meinem Fenster an der Kopfbedeckung vieler Leute wahrgenommen hatte.

nicht sehr respektablem Aussehen, dann Kleinbürger, auch Proletarier, die meisten unbewaffnet.

Die Mitteilung nun, welche Latour zu machen hatte, war diese: Es sei ihm ein nicht unterfertigter Bericht zugekommen, daß man sich in der Aula zusammenrotte, um das Ministerium zu stürzen und den Reichstag zu sprengen; über Aufforderung des Nationalgarde-Oberkommandanten, fügte er bei, sei Militär requiriert, Abteilungen desselben sowie der Nationalgarde seien in der Ausrückung begriffen.

Alsbald erhob sich Löhner. Löhner war gewiß kein Radikaler von gemeinem Schlage, dazu war er zu gescheidt und zu vornehm, er war nur ein vorgeschrittener Liberaler. Doch Liberalismus in damaligem Sinne war im Grunde verschämter Radikalismus, und war in erregten Augenblicken immer bei der Hand, wo etwas gegen die Regierung, gegen das Ministerium, gegen die geregelte Ordnung der Dinge im Zuge war. So schlug jetzt Löhner vor, der Reichstag möge sich in Permanenz erklären, ein Antrag, für den sich, als der Präsident die Unterstützungsfrage stellte, nahezu das ganze Haus erhob. Bach durchschaute auf den ersten Blick die Bedenklichkeit eines Schrittes, dessen Bedeutung und Tragweite kaum dem Antragsteller selbst, und noch weniger denen, die ihn mit so unüberlegtem Eifer unterstützt hatten, klar vor Augen lag. „Der Antrag des Herrn Abgeordneten für Saaz", sagte Bach, „spricht nichts anderes aus, als die gesamte Exekutivgewalt in die Hände des Reichstages zu legen, es ist ein Antrag, das Ministerium aus seinen Funktionen zu entlassen". (Oh! oh! oh!) Wenn das gegenwärtige Ministerium, fuhr Bach fort, nicht länger das Vertrauen der Versammlung genieße, werde es nicht einen Augenblick zögern, seinen Rücktritt zu erklären. (Nein! nein!) So lang es aber am Ruder, werde es nicht ablassen von der Überzeugung, „daß Bewegungen, die darauf hinausgehen, auf ungesetzlichem Wege öffentliche Organe oder auch nur einzelne ihnen mißliebige Persönlichkeiten zu stürzen, geradezu von den Feinden der Freiheit ausgehen, und daß diese es sind, die das Grab der Freiheit graben". Stürmischer Beifall. . .

Bach und seine Kollegen verließen den Saal, weil ein Ministerrat einberufen war. Sie hatten dabei vor, den Reichstag durch Absendungen aus ihrer Mitte von Zeit zu Zeit von dem Stande der Dinge, wie er ihnen gemeldet wurde, zu unterrichten.

Dieser war für den Augenblick bedrohlich genug. Schon hatten starke Kolonnen der Garnison am Hof Stellung genommen, Kanonen fehlten nicht, was von der Linken mit steigender Unruhe vernommen wurde. Jonák schlug vor, daß der Reichstag erkläre, die beantragte Permanenz sei durch die Verhandlungen des Hauses als aufgehoben zu betrachten. Allein Schuselka und andere behaupteten im Gegenteil, der Antrag auf Permanenz sei durch die Einstimmigkeit, mit der er unterstützt wurde, als angenommen zu betrachten. Borrosch beantragte, nicht das Haus, aber einen aus allen Parteien und allen Nationalitäten zusammengesetzten Ausschuß des Hauses in Permanenz zu erklären. „Wenn der Herr Abgeordnete für Perchtoldsdorf die Gefahr wirklich für so nahe hält", sagte er nicht ohne einen Anflug von Hohn, „glaubt er, daß wir, unbewaffnet wie wir sind, auch nur einer halben Kompagnie widerstehen könnten?" Schuselka: „Ich protestiere gegen solche Witze in einem so verhängnisvollen Augenblick". Borrosch: „Es sind dies keine Witze, das sehen Sie an meiner Miene und an der Gemütsruhe, die ich beibehalte".

Der Abgeordnete für die Alservorstadt*) hatte sich auf die Aula begeben und zog, als er wieder in der Kammer erschien, die eingelaufenen Nachrichten ins lächerliche: „Ich habe es gehört, auf zweihundert Schritte weit, wie die Studenten Verschwörung treiben — es ist keine Silbe wahr". Als erwähnt wurde, ein Bezirk der Nationalgarde habe sich versammelt und unter Verwahrung gegen die Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses den Beschluß gefaßt, den Reichstag und das Ministerium zu schützen, vernahm man aus den Bänken der Linken höhnisches Gelächter. Brestel sagte: „Den Oberkommandanten der Nationalgarde betrachte ich nicht als ihren Repräsentanten, er ist ihr Befehlshaber, aber nicht Ausdruck ihrer Gesinnung", und Sierakowski stellte den Antrag, daß das Militär nur auf ausdrückliche Erlaubnis des Reichstages ausrücken dürfe. Im Zentrum erhob sich über diese Zumutung lauter Widerspruch, und Dr. Hauschild von der Rechten mahnte den Reichstag, er werde sich bald abnützen, wenn er jeden hindernden Zwischenfall für einen vollwichtigen erkläre, um zu außerordentlichen Maßregeln zu greifen. „Die Weigerung einzelner Kompagnien der Nationalgarde, ihre Pflicht zu tun", sagte er, „kann den bestimmten Auftrag

*) Adolf Purtscher.

des Oberkommandanten nicht ersetzen". In dieser Zeit überreichte Plaček dem Präsidenten einen jener gedruckten Zettel, dessen Wortlaut zur großen Erheiterung der Mehrheit des Hauses zur Verlesung kam.

Nach 3 Uhr nachmittags brachte Schwarzer aus dem Ministerrate die Mitteilung, daß am Hof Militär und Nationalgarde gemeinschaftlich standhalten und miteinander fraternisieren, worauf Strobach die Sitzung auf eine Stunde unterbrach, um weitere Meldungen abzuwarten.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung um $4^1/_2$ Uhr fand sich beim Reichstage eine Studentendeputation mit einer von einem gewissen Neußer als „Vorsitzenden" gezeichneten Adresse ein, laut welcher sich der Ausschuß dagegen verwahrte, als beabsichtige er den Sturz des Ministeriums oder eine Störung des Reichstages; doch sei laut die Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses verlangt worden. Die Versammlung befand sich in unausgesetzter Aufregung, denn die verschiedensten Gerüchte waren im Umlauf. So hieß es, als Straffleur bei einer der Nationalgardeabteilungen erschienen sei, habe ihn diese genötigt, den gedruckten Zettel auf seinen Tschako zu stecken; er sei darauf in der Menge verschwunden und das Ministerium, das ihn vorgefordert, könne ihn nicht finden. Nach anderen sei dem Nationalgarde-Oberkommandanten bloß angetragen worden, den Zettel aufzustecken, er habe es jedoch abgelehnt.

Nach einer neuerlichen Unterbrechung der Sitzung erschien der Minister Hornbostel mit der Meldung: in der Stadt sei alles ruhig, Abteilungen der Nationalgarde ständen auf ihren Sammelplätzen in Bereitschaft, das Militär sei bei seinem Erscheinen auf größeren Plätzen freudig begrüßt worden, das Volk zeige sich nicht feindselig gegen die Soldaten (Beifall und Zischen). Jonák glaubte seinen Antrag zurückziehen zu sollen, den aber der Abgeordnete Mokrý aufnahm.

Es liefen wieder bedenklichere Meldungen ein. Man sprach von Reibungen am Hof, ein Zug mit den bewußten Zetteln sei von der Nationalgarde aufgehalten worden; diese habe Verhaftungen vornehmen wollen, habe jedoch Widerstand gefunden, daraus sei ein Handgemenge entstanden, doch ohne Blutvergießen. Hornbostel kündigte das Erscheinen der Minister an, bis wohin Strobach die

Sitzung abermals unterbrach; denn die Versammlung hatte ja unter diesen Umständen nichts zu tun, als die weitere Entwicklung abzuwarten.

Gegen 6 Uhr erschien zwar nicht das Ministerium, aber in dessen Namen der Arbeiterminister Schwarzer. Eine Schar von etwa fünfzig Studenten, Arbeitern und Nationalgarden, berichtete er, habe sich mitten durch das aufgestellte Nationalgardekarree am Hof Bahn brechen wollen, einige seien festgenommen, die übrigen verjagt worden. Doch ein zweiter bei weitem stärkerer Haufe, dann ein dritter, mehr als fünfhundert Köpfe, habe mit der Front gegen das Kriegsgebäude Stellung genommen und sich ein paar Schritte vorwärts bewegt; das Ministerium habe einen Kommissär mit der Aufforderung hingesandt, jenes „revolutionäre Abzeichen" abzunehmen. „Oho, oho", von der Linken. Darauf Schwarzer: „Es kann nur ein revolutionäres Abzeichen genannt werden, wenn eine Fraktion der Gesellschaft sich anmaßt, an die Stelle der gesetzlichen Exekutivgewalt ein Revolutionstribunal zu setzen!" Anhaltender Beifall der Mehrheit der Versammlung.

Aus dem Schoße des Ministerrates traf ein Schreiben Bach's ein: Die Widersetzlichkeit eines Teiles der Nationalgarde, meist von Studenten geführt, dauere fort; über die Aufforderung des Ministeriums, die aufreizenden Zettel abzulegen, hätten einige sie herabgerissen, andere aber sie störrisch behalten; die Nationalgarde zeige im ganzen einen guten Geist, ihre immense Mehrheit schließe sich dem Militär an; von den Waffen sei bisher kein Gebrauch gemacht worden; es sei zwar ein Schuß gefallen, doch ohne Schaden zu tun; die Regierung werde nichts unterlassen, um dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Bravo vom Zentrum, Zischen der Linken.

Der breitschultrige Sierakowski erhob sich und verlangte mit seiner Stentorstimme: „Der Sicherheitsausschuß möge sich wieder organisieren als Vollstrecker der Weisungen des Reichstags". Kajetan Mayer beantragte, daß über die Frage, ob der Sicherheitsausschuß bestehen solle, namentlich abgestimmt werde, was von der Versammlung mit stürmischem Beifall entgegengenommen wird. Allein Sierakowski ließ sich nicht einschüchtern. „So lang der Sicherheitsausschuß bestand", schrie er, „hatten wir Ruhe in der Hauptstadt, erst mit seinem Schwinden folgt ein Krawall auf den andern". Doliak: „Was wären denn die Auftritte am 21. und 23. August

gewesen? Der Sicherheitsausschuß hat nicht für Ruhe und Ordnung gesorgt, sondern die Behörden in ihrer Amtswirksamkeit lähmen wollen! (Oh! oh! von der Linken.) In den Provinzen herrscht über den Sicherheitsausschuß nur eine Stimme, daß er aufgelöst werden soll. (Lärm, Zischen der Linken). Meine Herren, ich sage Ihnen nichts als die Wahrheit!"

Mittlerweile waren Abteilungen des Militärs vom Hof durch die Bognergasse und die Tuchlauben auf den Hohen Markt abgerückt, von wiederholten Vivats aus der Menge begleitet. Denn die städtische Bevölkerung verlangte Niederhaltung neuer Unruhen, es war eine Wiederauflage jenes Beifalls, der am 23. August abends die von dem erfolgreichen Kampfe mit den Arbeitern heimkehrende Munizipalgarde begrüßt hatte. Doch in der Aula gab es jetzt Lärm. Gedrängte Menschenmassen, Weiber und Kinder darunter, bewegten sich gegen die Universität und steigerten die dort herrschende Aufregung. Es gehe gegen die Legion, hetzten die Ungeduldigen; es sei darauf abgesehen sie aufzulösen, es stehe ein zweiter 26. Mai bevor. Man dachte an Barrikaden. Einige Mitglieder der dritten Kompagnie der Philosophenkohorte schleppten aus den Häusern Bretter, um unter dem Schwibbogen gegen die Wollzeile ein starkes Bollwerk zu errichten. Ein gewisser Sternberg, von besonnenen Nationalgarden unterstützt, bewog sie, von ihrem Vorhaben abzulassen und die Bretter zurückzutragen. Auch Professor Füster wirkte in beschwichtigendem Sinn. Vom Hohen Markt rückte, als man von diesen Vorgängen erfuhr, eine Kolonne gegen den Lugeck, wurde aber, auf die glaubwürdige Versicherung daß keine Barrikaden existieren, zurückgezogen.

In der Winterreitschule harrte man mit wachsender Unruhe des Ausganges. Man sah Löhner aus dem Vorraume zu dem Präsidentensitz eilen und Strobach eine Mitteilung machen, welche dieser der Versammlung nicht vorenthielt: Das Militär marschiere gegen die Aula, wo man an den Bau von Barrikaden schreite. Henryk Janko, Gutsbesitzer aus Hoszany, ein Herr, der sich bis dahin mit keinem Laute bemerkbar gemacht hatte, rief mit starker Stimme: „Es lebe die Freiheit!" Große Bewegung im Saale und auf der Galerie. Strobach forderte Löhner auf, seine Quelle anzugeben. „Ich habe es", erwiderte dieser, „dem Prä-

sidenten vertraulich mitgeteilt; er konnte damit machen, was er wollte".

Hornbostel brachte eine schriftliche Mitteilung aus dem Ministerrate: man fange in der Bäckerstraße an Barrikaden zu bauen, um 8 Uhr solle die Republik ausgerufen werden: „Wir bauen auf die Zustimmung der Reichsversammlung bei den Schritten, die wir im Interesse der Ordnung und der wahren gesetzlichen Freiheit unternehmen. Bach". Aus den Zentrum Ja! ja! Von der Linken Nein! nein! Die Mitglieder erheben sich von ihren Sitzen, große Aufregung, Strobach gebraucht die Glocke. Klaudy: das Ministerium habe das Militär und die Nationalgarde strengstens zu beauftragen, daß jeder Mann Sorge trage, daß kein Schuß aus Versehen falle. Stellenweise Heiterkeit. Kudlich spricht zur Verteidigung der Aula, nur das Militär trage die Schuld an der gegenwärtigen Aufregung. Goldmark ruft: „Mögen Sie beschließen was Sie wollen, meine Herren, Sie werden den Bau der Barrikaden nicht aufhalten. Das Volk weiß es, daß der Sicherheitsausschuß das Militär gegen den Willen des Volkes nicht hätte requirieren lassen". Er beantragt augenblickliches Zurückziehen des Militärs. Mehrere Abgeordnete verlangen das Wort. Stürmische Rufe: „Keine Debatte! Abstimmung!" Wiederholtes Glockenzeichen des Präsidenten. Minister Kraus erhebt sich. Unruhige Bewegung. Jonák ersucht den Präsidenten sein Ansehen in der Kammer zu wahren. Der Minister: „Man hat noch keine sicheren Nachrichten; der Beschluß das Militär zurückziehen zu machen greift in die Exekutive!" Es treffen Meldungen ein, Abteilungen der Legion seien auf den Hof marschiert und hätten der Linie gegenüber Stellung genommen; das Militär lade die Gewehre und führe Kanonen auf. Smolka beantragt, das Ministerium aufzufordern, daß es das Militär augenblicklich zurückziehe und in die Kasernen konsignieren lasse. Strobach läßt abstimmen. Strobach erklärt das Ergebnis für zweifelhaft. Mehrere Abgeordnete erheben sich zu den früheren. Strobach: „Ich halte es für die Majorität und nehme mein früheres Urteil zurück". Anhaltender Beifall.

Goldmark und Ambrosch begeben sich auf die Aula. Viele Studenten versichern mit ihrem Ehrenwort, republikanische Tendenzen lägen ihnen fern; nur gegen militärisches Einschreiten habe man sich erklärt. Als ihnen die beiden Abgeordneten den eben gefaßten Beschluß der Kammer mitteilen, tritt Ruhe ein; aber einige

verlangen Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses und Versetzung einiger Männer in Anklagestand. Es waren damit unzweifelhaft ein und der andere Minister, in erster Linie Bach, gemeint.

Im Reichstage gelangten nacheinander drei Anträge zur Abstimmung Bilinski: Einsetzung einer Kommission von fünf Mitgliedern, die dem Ministerium zur Seite stehen und dem Reichstag Bericht zu erstatten hätte. Majorität. Sierakowski: Deputation an das Volk, um es zu beruhigen und Blutvergießen zu vermeiden. Minorität. Scherzer: Absendung von fünf Mitgliedern an die Aula, um dort Erhebungen zu pflegen. Majorität. Strobach erbietet sich, da ein Skrutinium nicht zum Ziele führen würde, selbst die betreffenden Mitglieder zu benennen. Allgemeine Zustimmung. Er benennt für die Kommission zur Seite des Ministeriums: Scherzer, Lasser, Hein, Smolka, Pinkas, und für die Kommission in die Aula: Borrosch, Schuselka, Brauner, Violand, Cavalcabó. Angenommen.

Die letzteren fünf säumten nicht, ihre Mission anzutreten. In der Aula ergriff Schuselka das Wort und er hatte Erfolg. Die Studenten ließen sich's sagen; es seien, versicherten sie, nur einige gewesen, die den Sicherheitsausschuß verlangt hätten; da sie aber sähen, daß die Sache keinen Anklang und selbst im Reichstag nur geringe Unterstützung finde, wollten sie ihre Petition gänzlich fallen lassen.

Um ein Viertel nach 7 Uhr unterbrach Strobach aufs neue die Sitzung, um 8 Uhr eröffnete er sie wieder. Die an das Ministerium abgesandte Deputation berichtete: Die Minister Bach und Wessenberg beständen darauf, man müsse endlich den Unordnungen ein Ende machen, Lasser und Hein hätten ihnen beigestimmt; seitens des Militärs sei nur ein allmähliches Zurückziehen rätlich, da Deputationen aus der Bürgerschaft eingetroffen seien, die um Sicherungsmaßregeln für die Nacht bäten; man habe eine beruhigende Proklamation an die Bevölkerung beschlossen.

Neuerdings traf eine Mitteilung Bach's über die Vorgänge in der Stadt mit dem Beifügen ein: „Übrigens muß das Ministerium seine Überzeugung dahin aussprechen, daß die heutige Bewegung keine zufällige, sondern eine angelegte war, die nur durch das

kräftige Auftreten des Ministeriums, durch die ausgezeichnete Mitwirkung der hohen Reichsversammlung und durch das Zusammenwirken der Nationalgarde und der Linie an weiteren Auftritten verhindert wurde, die vielleicht unsere Stadt und den Staat in die größte Bedrängnis hätten stürzen können".

Abermalige Unterbrechung der Sitzung — nun schon die sechste oder siebente! — von ein Viertel nach neun bis drei Viertel auf zehn. Jonák greift seinen am Vormittag gemachten Vorschlag auf: „In Erwägung, daß der Grund der Permanenz entfallen ist, trage ich auf Aufhebung derselben an". Die Mehrheit der Stimmen fiel ihm bei. Gleichwohl fehlte es noch immer nicht an beunruhigenden Zwischenfällen. Goldmark brachte die Nachricht, auf dem Hofe stehe Militär und mache aus den Gewehren Pyramiden; das allmähliche Zurückziehen des Militärs könne drei bis vier Stunden dauern; der Beschluß des Reichstages laute jedoch auf unverweiltes Zurückziehen. Auch der Bauer Michael Thar aus Groß-Sierning, Abgeordneter für Mölk, erklärte, er habe sich überzeugt, daß auf dem Stephansplatz noch Militär mit Kanonen stehe. Doch die Geduld der Mehrzahl der Versammlung war erschöpft. Polaczek beantragte, die Herren ad latus des Ministers hätten dafür zu sorgen, daß der Beschluß der Kammer ausgeführt werde. Dies wurde angenommen und die Sitzung um ein Viertel auf 11 Uhr geschlossen.

In der Stadt zitterte die Bewegung des Tages noch eine gute Weile nach, aber auch hier stellte sich allmählich Ermüdung ein. Es waren Rufe zu vernehmen: „Hoch der Reichstag!", aber auch Stimmen: „Alles nach Hause!" Eine halbe Stunde vor Mitternacht war überall Ruhe.

Die Sitzung am 13. September hatte nahezu zwölf Stunden gedauert. Sie war nicht bloß die längste, sondern auch die aufregendste, die der konstituierende Reichstag bis dahin durchgemacht hatte. Sie war dabei in hohem Grade interessant und in ihrem Erfolge lohnend. Das Ministerium hatte Umsicht und Festigkeit, der Kammerpräsident Mäßigung und parteilose Gerechtigkeit bewiesen; in der Kammer hatte volle Freiheit gewaltet und war alles in regelrechter Ordnung vor sich gegangen. Mit dem Resultat konnte die konservative Majorität zufrieden sein: der Sturm war beschworen und bei der Auflösung des Sicherheitsausschusses blieb es.

3.

Mit dem 13. September war die vierwöchentliche Aktionsperiode des am 17. August gewählten Reichstagsbureaus abgelaufen, die Neuwahl wurde für den 14. angesagt.

Dem seitherigen Präsidenten Strobach wurde von einem sehr bedeutenden Teile des Hauses ein mächtiger Rivale an die Seite gestellt: Dr. Franz Smolka, Vertreter des Wahlbezirkes Lubaczów in Galizien, für den die „Polen im Frack" fast insgesamt aus landsmännischem Ehrgeiz und Sympathie und die Deutschen der Löhner-Gruppe aus Widerwillen gegen den „Tschechen" Strobach waren.

Smolka war als Politiker Pole durch und durch, als Mensch Ehrenmann durch und durch. Er hatte für seine Überzeugung vier Jahre in Untersuchungshaft gesessen und war wegen Hochverrats zum Tode durch den Strang verurteilt worden, hatte aber, durch die kaiserliche Amnestie vom 20. März 1848 in Freiheit gesetzt, nichts von jener Überzeugung abgegeben. In den konstituierenden Reichstag gewählt, stand ein großes mit Österreich und Deutschland verbündetes Polen an der Spitze seines Programms! Aber mit dem nach seinen Begriffen gereinigten Österreich! Denn er war für die Magyaren und deren Oberhoheit im Lande, weil er die polnische Oberhoheit im eigenen Lande anstrebte; er war für die Italiener, und darum für die Freigebung des lombardo-venetianischen Königreichs und für die Ausscheidung Dalmatiens aus dem österreichischen Staatsverbande; er war für den Frankfurtianismus. Er sprach von dem „Deutschenhaß" der Tschechen, von dem „Ungarnhaß" der Kroaten; nur von dem „Russenhaß" der Polen sprach er nicht. Als ersten Schritt für ein wiedererstehendes Polenreich suchte er eine Sonderstellung Galiziens zu erkämpfen: eigene Verwaltung mit nationaler Organisation; eigenen Landtag, durch den es sich selbst eine Verfassung gäbe; eigenes Ministerium, mit einem Worte ein ähnliches Verhältnis wie Ungarn zu dem übrigen Österreich. Dabei ging er aber mit seinen radikalen Landsleuten keineswegs durch Dick und Dünn und bekam ihre Vorwürfe zu hören, wenn er in gewissen Fragen für die Regierung stimmte. „Darum muß man sich nicht kümmern", sagte er, „nur immer seiner Überzeugung und seinem Gewissen folgen".

Und er war ehrlich in seinem Gewissen, in seiner Überzeugung! Er sprach nur dann, wenn er von seinem Standpunkte von der Unwahrheit oder Ungerechtigkeit dessen, was er bekämpfte, durchdrungen war. Er war neben Lubomirski von der Rechten und Dunin-Borkowski von der Linken der begabteste Redner unter den galizischen Abgeordneten. Er hielt zäh an seinem Mandat; „denn, falls ich ein Amt annähme, müßte ich mich einer Wiederwahl unterziehen, und wer weiß, ob man diese bei meinen Lubaczówer Wählern nicht hintertreiben würde. Und mir liegt mehr daran im Reichstage zu sitzen, als irgend etwas anderes zu werden". An die Präsidentschaft im Reichstage dachte er nicht; vielleicht weil er seine Zeit noch nicht gekommen glaubte.

Auch aus einem andern, edleren Grunde sträubte sich Smolka gegen die Annahme eines Staatsamtes. Die Diäten waren in dieser Zeit seine und seiner Familie einzige Subsistenzmittel. „Es kann sein", schrieb er im September an die Seinigen in Lemberg, „daß wir elend zugrunde gehen, doch immer mit reinem Gewissen! Anderseits bin ich überzeugt, daß ich heute einen ansehnlichen Posten bekäme, wenn mir etwas daran liegen würde. Aber ich will lieber Holz hacken und Euch in Not und Elend sehen — was mir das schmerzlichste wäre! — als die Unabhängigkeit meiner Überzeugung aufgeben". In der Tat wurde eine Zeit sehr davon gesprochen, daß er als Appellationspräsident in Lemberg an die Spitze der galizischen Justiz treten solle; doch sein Widerstand gegen den Zwanzigmillionenkredit und seine Sympathien für die Italiener schienen die Regierung von diesem Vorhaben abgebracht zu haben. Nur eine überzählige Advokatenstelle in seiner Vaterstadt, die ihm der Justizminister verlieh, nahm er an, einen Beruf, der seinem Unabhängigkeitssinn nicht nahe trat und in dessen Ausübung er seiner Überzeugung keinen Abbruch zu tun brauchte. Es war dies im Grunde eine Wiedereinsetzung in seine frühere Stellung; denn er war Advokat gewesen, hatte aber durch seine Verurteilung wegen Hochverrats sowohl sein Amt als seinen Doktortitel strafweise verloren.

In seinem Äußern war Smolka eine allgemein auffallende Erscheinung — durch seinen riesigen blondrötlichen Schnurrbart! In der Kerkerhaft, so hieß es, hatte, wie einstens Paganini sein Geigenspiel, Smolka seinen Schnurrbart unablässig auf das sorgfältigste gepflegt und zu einer solchen Dichtigkeit und Länge gebracht,

daß er ihn beiderseits um die Ohren winden und rückwärts über den Nacken in einen Knoten verschlingen konnte.

* * *

Die Vornahme der Wahlen fand gegen Ende der Sitzung des 14. September statt. Für die Präsidentschaft siegte Strobach mit 230 von 321 Stimmen; die große Mehrheit der ihm entzogenen Stimmen galten seinem galizischen Rivalen; Schuselka erhielt 85 Stimmen, etwa ein halbes Dutzend war zersplittert. Mit eminenter Stimmenmehrheit ging bei dem Wahlgang für die Stelle des ersten Vizepräsidenten Smolka's Name aus der Urne hervor. Allein die Zahl der Anwesenden war von 321 auf 288 herabgesunken und sank, da sich immer mehr Mitglieder aus dem Saale verloren, derart, daß die Wahl des zweiten Vizepräsidenten auf die nächste Sitzung, 16. September, verschoben werden mußte, wo Lasser aus dem Zentrum mit 183 gegen Brestel von der Linken mit 106 Stimmen gewählt wurde.

Einige Tage später, 30. September, fand die geschäftsordnungsmäßige Neuverlosung in die Abteilungen statt. Mein Name fiel der siebenten zu, wo ich unter anderen von meinen Landsleuten Jelen, Hawelka, Oheral, Jonák, von den Polen Lubomirski, Ziemiałkowski, von den Tirolern Stöckl und Aloys Hellrigl, aus dem Küstenlande Gorinp, aus den deutsch-österreichischen Gebieten Lasser, Kudler, Schmitt, Smreker zu Genossen hatte; zum Vorstand wurden Fürst Lubomirski, zum Vorstandstellvertreter Dr. Schmitt, der gewesene erste Reichstagspräsident, zu Berichterstattern Hawelka und ich gewählt.

* * *

Von den Reichstagsordnern hatte Dr. Gobbi Enthebung von seinem Posten verlangt und am 16. wurde an seine Stelle Aloys Jelen gewählt. Möglich, daß Jelen selbst es war, der den Triestiner zu dessen Rücktritte vermochte; möglich auch, daß das Ministerium Gobbi zu seinem Rücktritt bewog. Denn Jelen fühlte und das Ministerium erkannte, daß er für einen derartigen Beruf wie geschaffen war. Und darin hatten er und die Regierung recht; denn jetzt kam neues Leben in die bis dahin kaum beachtete Kategorie.

Vom ersten Augenblicke übte Jelen seine Mission mit einer Unermüdlichkeit und Entschlossenheit aus, daß die Bedeutung seiner Mitordner schier auf den Nullpunkt sank und er bald „der Ordner" kat' exochen wurde. Er war ein perpetuum mobile, er entfaltete eine quecksilberartige Tätigkeit, er war immer und überall und in kritischen Augenblicken stets mit energischen Auskunftsmitteln bei der Hand.

Ein Beispiel! An einem Tage war dem Ministerium daran gelegen, daß die bereits angesagte Sitzung nicht abgehalten werde. Jelen wußte sogleich Rat. Er verfügte sich in die Unterräume des Reichstagssaales und drehte von den Gasvorrichtungen einige Hähne unter den Sitzen der Linken auf, so daß mehrere ihrer Abgeordneten bald nach Beginn der Verhandlung sich über die schädliche Luft beklagten und den Wunsch äußerten, daß die Sitzung geschlossen werde. Borrosch wehrte sich; er sehe, sagte er, keinen Grund zu einem solchen Vorgang. „Počkej chlapíku, Wart Bürschchen!" sagte Jelen, ging noch einmal hinab und drehte einen Hahn unmittelbar unter dem Sitze des spracheifrigen Abgeordneten für Prag ab. Es dauerte nicht lang, so überkam diesen ein Hüsteln, er meinte nun selbst, daß es wohl besser wäre, die Verhandlung heute abzubrechen und die Sitzung wurde geschlossen.

* * *

Jelen sollte bald eine andere Gelegenheit finden, eine Probe seiner erfindungsreichen Energie zu liefern.

Die Journalistenlogen waren, wie früher erwähnt, auf der Galerie des Saales beiderseits oberhalb den Sitzen, hier der äußersten Rechten, dort der äußersten Linken angebracht und die Treppen zu denselben liefen von eben dem Vorraume aus, von welchem die Abgeordneten in den Verhandlungssaal gelangten. Da war es nun ein Übelstand zu nennen, daß während der Sitzung Abgeordnete die den Saal, und Reporters die ihre Loge verließen, in der gemeinschaftlichen Halle zusammenkommen und miteinander konferieren konnten, was sich besonders auf der linken Seite des Hauses bemerkbar machte, wenn bei wichtigeren Verhandlungen das Oppositionsfieber eine gereizte Stimmung erzeugte, welche die Abgeordneten unten und die gleichgesinnten Journalisten oben nicht ruhen ließ. Sie fanden sich in dem Vorraume zusammen und es spielte sich dann

eine förmliche politische Börse ab, wobei einzelne Journalisten in aufdringlicher Weise ihre Ansichten an den Mann zu bringen suchten, unschlüssige Abgeordnete in ihrem Sinne bearbeiteten, andere über von diesen ausgegangene Abstimmungen zur Rede zu stellen sich herausnahmen, Machenschaften, die sich weder mit der Stellung von Abgeordneten noch mit dem Berufe von Vertretern der Tagespresse in Einklang bringen ließen.

Da geschah es in der Sitzung vom 26. September daß, unmittelbar nachdem der Präsident sie eröffnet hatte, die Zeitungsreporter in ostentativ geräuschvoller Weise ihr Handwerkszeug zusammenpackten und die ihnen angewiesenen Sitze sowie den Saal verließen. Auf eine von Borrosch an den Präsidenten gerichtete Interpellation, was dies zu bedeuten habe, erklärte Strobach, es sei ihm „von dem Verschwinden der Journalisten und dessen Grund offiziell nichts bekannt" und er daher nicht in der Lage, die gewünschte Auskunft zu geben. Bald darauf wurde die Sitzung geschlossen, die nachmittags um 5 Uhr wieder eröffnet werden sollte.

Die Sache war diese. Es war schon wiederholt geplant worden, dem unparlamentarischen Verkehr von Abgeordneten und Journalisten während des Ganges der Verhandlungen ein Ende zu machen; man war aber aus allerhand Bedenklichkeiten über die zu ergreifende Maßregel zu keinem Entschlusse gekommen. Da war es nun Jelen, der Rat wußte und nicht säumte erwünschte Abhilfe zu treffen. Er hatte einen ebenerdigen verdeckten Gang gefunden, brachte ihn vom Michaelerplatze aus gegenüber der Hofapotheke mit den Journalistenlogen in Verbindung, schloß die aus dem Vorsaale zu diesen führenden Türen ab und machte dies aller Welt mit dem Beifügen kund und zu wissen, daß der Zutritt in die Vorhalle des Reichstagssaales fernerhin außer den Abgeordneten niemandem gestattet sei.

Die Nachmittagssitzung des 26. dauerte bis in den sinkenden Abend. Die Lichter brannten düster, ermüdend schleppte sich die Beratung über einen finanziellen Gegenstand fort, die ungewohnte Leere und Stille in den Journalistenlogen trug dazu bei, die unheimliche Schwüle im Saale noch peinlicher zu machen. Gegen acht Uhr beantragte ein Abgeordneter Schluß der Sitzung. „Den gleichen Antrag wollte ich stellen", erwiderte Strobach, „habe

aber noch einen Gegenstand zur Sprache zu bringen". Und nun holte er, anknüpfend an die vormittägige Interpellation des Borrosch, ein Schriftstück hervor, eine Eingabe der Zeitungsreporter „oder vielmehr einen Protest" — Lachen — der mit einer vorangegangenen Amtshandlung der „Herren Ordner" in Verbindung stehe. Er ließ nun den Bericht der Ordner und darauf den „Protest" der Journalisten vorlesen. Beides wurde von der ermüdeten Kammer ohne bemerkbare Teilnahme hingenommen, als sich der Abgeordnete für Saaz erhob und nach einigen befürwortenden Phrasen die „Hoffnung" aussprach, „die Herren Ordner würden im Geiste der Humanität" — Oho! oho! — „diese Sache so schlichten, wie es auch der Würde des Reichstages gegenüber der Presse gebührt".

In mir kochte es. Ich war empört über den fast gebieterischen Ton, in welchem die Eingabe der Journalisten abgefaßt war, und in nicht geringem Grade darüber entrüstet, daß ein Mitglied des Hauses sich herbeifinden konnte, einer so herausfordernden an die Reichsversammlung herantretenden Zumutung seinen Beistand zu leihen. Ich erhob mich und bat um das Wort. „Ich begreife wohl", sagte ich, „daß Abgeordnete gegen Handlungen, die in der Kammer vorfielen, Protest einlegen; wie aber Personen, die dem Hause nicht angehören, die, um mich so auszudrücken, nur physisch aber nicht juridisch in diesem Saale sitzen, einen Protest einlegen dürfen, ist mir neu. Und in welcher Fassung geschah dies?! Die Eingabe ist nicht einmal an die Ordner gerichtet, sondern unmittelbar an die Reichsversammlung, und es wird darin nicht vielleicht gebeten, sondern es wird ein Ausdruck gebraucht, über dessen Anmaßung ich keine Worte finde. Jede Körperschaft, jede Stadt, jede Provinz spricht dem Reichstage gegenüber mit der geziemenden Ehrerbietung, spricht gegenüber einer Versammlung, welche die Völker Österreichs vertritt, im Tone der Bitte, und jene Herren, welche der Presse angehören, der Presse als dem Ausdruck der öffentlichen Stimme, als der Leiterin der öffentlichen Meinung, diese wollen nicht bitten, sondern erwarten, daß wir ihnen Folge leisten?!" Ich beantragte daher, „daß dieser sein sollende Protest schon wegen der anmaßenden Sprache, mit der er der Reichsversammlung gegenüber auftritt, unberücksichtigt gelassen und ad acta gelegt werde". Aus den Nachbarbänken tönte mir schüchterner Beifall zu, und im Gedränge beim Auseinandergehen drückte mir einer meiner Kollegen seine Ver-

wunderung aus, wie ich eine Sprache zu führen mich getraue, die kein anderer zu gebrauchen sich entschließen könnte.

Welche geschäftliche Behandlung seitens des Bureaus dieser Angelegenheit zuteil wurde, ist mir nicht erinnerlich. Ich weiß nur von einer behördlichen Kommission, die vielleicht auf Jelen's Betrieb stattfand und worin er den Vertretern der Regierung an Ort und Stelle die von ihm getroffene Vorkehrung auseinandersetzte und rechtfertigte. Dabei kam es zu einem, für den Reichstagsordner kat' exochen recht charakteristischen Zwischenfall. Er war im Begriffe mit den Mitgliedern der Kommission den Raum zu verlassen, als ein paar Journalisten heranstürmten und die Herren zur Rückkehr aufforderten: „Ja, ja, sehen Sie sich nur alles an, was man uns bietet! Ist das nicht ein Viehstall?!" Jelen trat einen Schritt zurück, rückte an seinen Augengläsern, stemmte die Arme in die Seiten und sagte mit komischem Ernst: „Das ist doch merkwürdig! Hier ist der Herr Hofbaurat Sprenger, da ist der k. k Regierungsrat N., der Herr Bauadjunkt O., da bin ich, wir alle waren eben erst in diesen Räumen, und da war es kein Viehstall. Da kommen Sie, meine Herren, und jetzt ist es auf einmal ein Viehstall!" Alles mußte lachen, allein bei dem Beschlusse blieb es! Indessen zeigte sich Jelen in einigen Nebendingen bereit, ein anderes Arrangement zu treffen; der Zugang, der allerdings kein fürstlicher war, wurde anständiger hergerichtet, oder es wurde ein anderer Zugang, doch immer mit Ausschluß jeder Verbindung der Journalisten mit dem Reichstagssaale, ausfindig gemacht, und die Vertreter der Tagespresse mußten zuletzt gute Miene zum bösen Spiele machen.

Was mich betraf, so wurde ich von ihnen ziemlich glimpflich behandelt. Ein Blatt, wenn ich nicht irre, Zang's Presse, meinte nur, ob denn die Behandlung, die ich bisher von der Journalistik erfahren, ein so schroffes Auftreten von meiner Seite verdient habe, und in einem Feuilletonartikel des „Gerad' aus" Nr. 119 vom 28. zog C. Grüner die Sache in das Scherzhafte, indem er unter den mancherlei „on dit" des Tages auch das anführte: „Wie man vernimmt, soll Abgeordneter Helfert den Antrag gestellt haben, auch die Herren Abgeordneten der Linken sollen einen eigenen Eingang bekommen und nur dann sprechen dürfen, wenn zehn Mitglieder der Rechten dafür sind". Am Ende konnten die Herren Journalisten mit dem Abgeordneten für Tachau schon deshalb nicht zu scharf ins

Gericht gehen, weil sie, etwas nüchtern geworden, selbst fühlten, daß sie bei ihrem Auftreten gegen den Reichstag zu weit gegangen seien, und die herausfordernde Sprache ihres Schriftstückes teils beschwichtigend zu erläutern, teils als absichtloses Versehen zu entschuldigen suchten. Denn es falle doch niemand ein, hieß es in einem eigenen Leitartikel der „Presse“ (Nr. 80 vom 28.), „mit dem souveränen Reichstag als Gleichberechtigtem zu unterhandeln“. Für mich eine große Satisfaktion!

Neuntes Buch.

Res hungaricae.

1.

Um die Ordnerschaft Jelen's, des Allgewaltigen, zu charakterisieren, habe ich in der Zeitfolge um eine Anzahl Tage vorausgegriffen und muß nun nachholen, was sich in der Zwischenzeit begeben hatte, und das war ernst und wichtig genug. Die Jahreszeit neigte dem Herbste zu, die Tage, obwohl noch immer schön, wurden kürzer, die sommerliche Hitze nahm ab; allein die politische Atmosphäre trübte sich mehr und mehr, eine dumpfe Schwüle, Vorzeichen eines herannahenden Sturmes, lag beängstigend über den Gemütern und über den Geschäften.

Mit Ungarn kam es zum Bruche. Es war von der Wiener Regierung beschlossen, den immer weiter um sich greifenden Unabhängigkeitsgelüsten und Überhebungen der ungarischen Machthaber ein Ziel zu setzen. In der zweiten Hälfte August lag dem Pester Ministerium alles daran, für die bezüglich der Heeresbildung und der Finanzen gefaßten Beschlüsse Gesetzeskraft zu erlangen. Der Ministerpräsident Graf Louis Batthyány und Minister Deák waren nach Wien gereist, um die Sanktion zu erwirken, und in Pest hatte man mit fieberhafter Ungeduld ihre Rückkehr erwartet. Als Tag um Tag verstrichen war, ohne die gewünschte Lösung zu bringen, hatte Kossuth eine große Landtagsdeputation beantragt, hundert Mitglieder des Unterhauses unter Dionys Pázmándy's Führung, denen sich zwanzig Mitglieder der Magnatentafel anschlossen. Am 5. September waren sie auf dem Dampfschiff „Nador" nach Wien abgefahren, doch erst für den 9. zur Entgegennahme des königlichen Bescheides vorgeladen worden. Der in seinen Nerven aufs tiefste erschütterte Kaiser hatte mit unsicherer Stimme die Antwort

abgelesen: Es sei Sein fester Wille, die Gesetze und Rechte sowie die Integrität des Reiches Seiner ungarischen Krone Seinem königlichen Eide gemäß aufrecht zu halten; Seine Beschlüsse würden im Wege des Ministeriums in kurzmöglichster Frist kundgetan werden.

Der wichtigste und folgenschwerste dieser Beschlüsse war der vom 4. September, der einen Tag vor der Abfahrt der Landtagsdeputation nach Wien gefaßt, aber noch nicht publiziert worden war: die Wiedereinsetzung des Barons Jellačić in dessen im Juni ihm entzogene Banalwürde und in alle vordem innegehabten militärischen Bedienstungen. Als dies in Pest bekanntgeworden, hatte der ungarische Ministerpräsident seine Entlassung eingereicht, Kossuth aber den königlichen Erlaß, weil ohne ministerielle Gegenzeichnung, für nichtig erklärt. Das Abgeordnetenhaus war in ihn gedrungen, ein Ministerium zu bilden, während der Palatin den Grafen Batthyány mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut hatte. Am selben Tage, 11. September, wo sich in Pest diese Wirren abspielten, hatte Jellačić an der Spitze eines Armeekorps bei Warasdin die ungarische Grenze überschritten und vier Tage später hatte das Pester Parlament den Palatin zur Übernahme des Kommandos der ungarischen Armee aufgefordert, was vom Hofe genehmigt wurde, doch mit der geheimen Weisung an den Erzherzog, nicht feindselig gegen den Banus vorzugehen. Nun beantragte Kossuth einen letzten Schritt: „Schicken wir Gesandte nach Wien, aber an das Volk, an den Reichstag, nicht an den verräterischen Hof!" Auserlesen wurden zwölf Mitglieder aus beiden Tafeln, darunter Deák, Eötvös, Pulszky, Szemere.

Nicht mindere Leidenschaft und Aufregung als in den Reihen der magyarischen Opposition herrschte in jenen der parlamentarischen und der journalistischen Wiener Linken, die es von ihrem Frankfurter Standpunkte aus ganz offen mit der in Ungarn sich vorbereitenden Auflehnung hielt. Am 6. September rückte der steirische Abgeordnete Wojtech in einer Interpellation dem Ministerium vor, daß es zur Ermöglichung und ersprießlichen Führung des Bürgerkrieges zwischen Ungarn und Kroatien die von den k. k. Behörden verwalteten Kassen zur Verfügung gestellt habe, was der Finanzminister Kraus in ganz entschiedener Weise für unrichtig erklärte. In der Sitzung vom 11. lagen Exemplare einer ganz in magyarischem Sinne gehaltenen Druckschrift „Treue Darstellung der Angelegenheiten in Kroatien" auf, was Karl Hawliček zur Frage an das

Präsidium veranlaßte, wer dieses „Pamphlet“ habe verteilen lassen? Die Druckschrift war ohne Zweifel von der Pester Regierung an Franz Pulszky geschickt und von diesem dem ihm politisch eng liierten Abgeordneten für Saaz zur Verteilung an die Reichstagsabgeordneten übergeben worden. Die Wiener radikalen Blätter gerieten außer Rand und Band. Verstieg sich doch Niederhuber in der „Constitution“ zu dem Ausspruch: „Das Verschwinden einer Dynastie ist ein sehr geringfügiges Ereignis dem Weltgeschicke der Völker gegenüber“ — dieser ganze Satz mit fetten Lettern gedruckt! —; „es ist nicht notwendig, daß Österreich bestehe; aber unabweisbar ist der Bestand Deutschlands.“ Und an einer andern Stelle: „Das österreichische Ministerium unterstützt den noch nicht amnestierten Hochverräter Jellačić mit Geld nach seinem beliebigen Interesse, während es durch Jammer- und Elendsvorstellungen dem Reichstage 20 Millionen erpreßt“.*) In Wahrheit befanden sich Jellačić und seine Truppen in einer äußerst bedrängten Lage. Den kühnen Banus konnte für den Augenblick nur ein Sieg über die ihm entgegengesandten ungarischen Truppen und ein Einmarsch in die Landeshauptstadt, wo die zahlreichen, aber terrorisierten Anhänger der Dynastie schon kaiserliche Fahnen zum Ausstecken in Bereitschaft hielten, aus seiner Notlage befreien.

* * *

Am 19. September um halb 10 Uhr vormittags eröffnete Strobach die Sitzung mit der Erklärung: es sei ihm ein Beglaubigungsschreiben der ungarischen Deputation zugekommen, das er aber, da nach der Geschäftsordnung Deputationen nicht empfangen werden dürfen, an dessen Adresse zurückzusenden gedenke. Sogleich erhob sich Sierakowski mit dem förmlichen Antrage, daß diesmal eine Ausnahme von der Regel gemacht werde, und Borrosch sagte mit Emphase: „Die eine Hälfte des Reiches pocht an die Pforte der andern, hier kann nicht ein magerer Paragraph unserer Geschäftsordnung gelten; hier macht der Weltgeist die Politik, und auf diesen muß man horchen!“ Ein zweitesmal, wo er das Wort ergriff, wünschte er keine Debatte über die Zulassung der Deputation,

*) Nr. 138 vom 7. September S. 1382, Nr. 141 vom 12. S. 1405, 1407.

sondern, was das Ehrgefühl gebiete, „gastfreundliche Aufnahme!" Der galizische Abgeordnete Jur.-Dr. Fedorowicz meinte: Die Geschäftsordnung habe unverkennbar Deputationen von Vereinen, von Städten, von Gemeinden im Auge; jetzt aber handle es sich um die Deputation eines Volkes an die Vertreter der Völker Österreichs. Den gleichen Standpunkt nahm Brestel ein, nur daß er das eigentümliche Motiv einflocht: man sei schon so oft von der Geschäftsordnung abgegangen, warum nicht in diesem Falle?!

Der erste Gegenredner war Brauner. „Die Angelegenheit", sprach er, „hat eine formale und eine materielle Seite. Die formale Seite betrifft die Geschäftsordnung, die den Empfang von Deputationen verwehrt. Von der materiellen Seite handelt es sich mit nichten um eine Deputation der andern Reichshälfte, sondern um eine, die bloß aus einem Teile der Bevölkerung Ungarns hervorgegangen ist, die Slaven, die Wallachen, die Deutschen sind in ihr nicht vertreten". „Ist unser Reichstag", fragte Rieger, „dazu da, sich in diplomatische Verhandlungen einzulassen? Ist eine konstituierende Versammlung geeignet, mit den Abgeordneten eines fremden Volkes zu verhandeln? Ich muß leugnen, daß Ungarn einen Teil des Gesamtvaterlandes ausmacht; denn es hat sich von den anderen Ländern der Monarchie losgerissen. Auf solche Weise liegt ein Zwiespalt zwischen zwei Staaten vor, dessen Schlichtung einzig Sache der beiderseitigen Ministerien sein kann".

Als Palacký auf den Grundsatz der nationalen Gleichberechtigung hinwies, während man in Ungarn an deren Stelle einen nationalen Despotismus setzen wolle, meldete sich Borrosch neuerdings zum Wort, das ihm der Präsident mit der Motivierung abschnitt, daß es einem Abgeordneten nur zweimal gestattet sei, in einer und derselben Angelegenheit zu sprechen. Die Linke erhob heftige Einsprache und gebärdete sich dabei in einer so unbändigen Weise, daß sich Strobach mit Mühe Gehör verschaffen konnte. „Es steht", sagte er, „den Abgeordneten, die mit meinem Vorgehen nicht einverstanden sind, frei, einen Protest zu erheben, was einen Gegenprotest nach sich ziehen kann". Damit gab sich die Linke nicht zufrieden, die Stimmung wurde bei dem lauten Widerspruch der Rechten immer gereizter. Borrosch begehrt namentliche Abstimmung, Goldmark beginnt mit Leidenschaft zu reden, Hauschild fällt ihm ins Wort und verlangt vom Präsidenten den Ordnungsruf,

dem sich Goldmark nicht fügen will. Präsident: „Wer zur Ordnung gerufen wird, hat sich niederzusetzen!“ (Goldmark beharrt in seiner Widersetzlichkeit, worauf Strobach die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbricht.

Um ein Viertel auf 12 Uhr begann die Sitzung aufs neue. Brestel sprach zum zweitenmal. Die ungarische Deputation, wandte er gegen Palacký ein, könne nicht als die einer Nation angesehen werden, sie sei eine aller Ungarn bewohnenden Völkerschaften, mit Ausnahme der Kroaten und Slavonier. Trojan meldete sich, um eine Frage an das Ministerium zu richten, gegen was Borrosch, unter Billigung des Präsidenten, auf den § 83 der Geschäftsordnung hinwies, demzufolge es nicht gestattet war, eine Verhandlung durch Interpellationen zu unterbrechen. Was die Slaven und Wallachen betreffe, fuhr Brestel in seinen Ausführungen fort, so wolle er nicht leugnen, daß sie von den Magyaren ungerecht behandelt werden. Allein die Deutschen hätten sich nicht gegen jene aufgelehnt, und er erinnere an das traurige Ungemach, das über Weißkirchen, einen größtenteils von Deutschen bewohnten Ort hereingebrochen sei, und zwar nicht von Seite der Magyaren, sondern von jener der Gegenpartei. Der unvermeidliche Borrosch stellte nun vom Standpunkte der Humanität die Frage, ob es, trotz der seit vierzig Jahren verpönten Tierquälerei, jetzt nicht an der Zeit sei, der Völkerhetze Einhalt zu tun? Strobach: „Ich muß es der Kammer selbst zu beurteilen überlassen, ob es ihrer Würde angemessen ist, daß Anträge vor sie gebracht werden, denen Ironie zu grunde liegt?“ (Beifall der Rechten und im Zentrum.)

Trojan weist die Berufung Brestel's auf den Fall Weißkirchen zurück, dem sich gewiß ebenso viele Brände und Schandtaten, die im Gebiete der Serben vorgefallen, entgegenstellen ließen: „Ich will davon schweigen, daß ein kirchliches Oberhaupt nicht anstand, den Serben ins Gesicht zu sagen, es sei eine Schmach ihrem Volksstamme anzugehören!“ Übrigens sei der Reichstag ein konstituierender, der sich nicht mit Maßregeln der Exekutive zu befassen, sondern diese dem Ministerium zu überlassen habe. (Bravo, Zischen). Klaudy kommt auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung zurück und spricht seine Verwunderung aus, wie ein Jurist*) diese so auslegen könne, als ob ein Grundsatz, der im Gesetze allgemein lautet, will-

*) Dr. Fedorowicz

kürlich eine Ausnahme für einen besondern Fall erfahren könne: „Wenn wir jenen, die uns zu ihren Vertretern gewählt haben, das Beispiel einer Gesetzesverletzung geben, wie wollen wir von ihnen Achtung vor dem Gesetze erwarten? Deshalb fordert es die Billigkeit ebensowohl wie die Vorsicht, an den Bestimmungen der Geschäftsordnung festzuhalten". (Zeichen des Beifalles und des Mißfallens). Präsident: Falls das Zischen von der Galerie ausginge ... Löhner. Nein, nicht Zischen, sondern Beifall ist von den Galerien ausgegangen ... Strobach. Nun, ob es Beifall oder Mißfallen war, ich kann beides den Zuhörern nicht gestatten. (Heiterkeit).

Löhner kam als Redner an die Reihe. Ich hörte ihn nicht, ich hatte mich aus dem Saale entfernt, um meine Gedanken, was und wie ich sprechen sollte, zu sammeln und zu ordnen; aber Freunde versicherten mich nachderhand, Löhner habe hinreißend gesprochen, was ja immer der Fall war, wenn er, ergriffen von einem Gegenstande, den momentanen Eingebungen seines Genius folgte. Löhner nahm unumwunden die Partei der Ungarn. Er begann mit der Versicherung, so bedächtig und leidenschaftslos als möglich sprechen zu wollen: „Denn in diesem Augenblicke steht die Zukunft an der Schwelle dieses Hauses und wartet, ob wir sie wegweisen wollen oder nicht. Ich schwöre der Versammlung, daß ich in diesem Augenblick vergesse, welcher Nationalität ich angehöre, ich weiß nur das eine, daß ich dem Reichstage angehöre, der ein konstituierender, nicht bloß ein die Konstitution machender ist". Denn, wenn die Völker sich konstituieren, meinte Löhner, so komme ihnen doch wohl das Recht zu, „die Verbindungen zu untersuchen, die früher nur in dem Kabinete der Fürsten geschlossen wurden". In diesem Augenblicke wisse er nicht, „ob der Kaiser von Österreich gegen den König von Ungarn oder im Bunde mit dem König von Kroatien sei: „Ich weiß, daß Pest nur einige Tagereisen von Wien entfernt ist; ich weiß aber nicht, von welchem Volksrate der Patriot Jellačić sein Mandat hat, um nicht als Banus im eigenen Lande zu wirken, sondern als Feldherr gegen ein anderes Volk zu rücken". Und es sei ein gefährlicher Moment, jetzt einen Feldherrn an der Spitze eines blind gehorchenden Heeres zu sehen, „ohne zu wissen, welcher Minister uns dafür verantwortlich ist". Möge das Morden und Brennen endlich einmal aufhören: „Lassen Sie die Nationen sich frei ins Auge schauen und eine günstige Wirkung wird nicht aus-

bleiben, weil eben die Nationen mehr an die Ehrlichkeit der Völker als an die der Kabinete glauben. . . Wenn Ungarn unterliegt", damit schloß er seine wiederholt von lauter Zustimmung der Kammer begleitete Rede, „dann wird die Hand des Demokraten vergeblich in das Schwert fallen, das die Hand des Kriegers schwingt. Dann Freiheit verhülle dein Antlitz, dann Patrioten streuet Staub und Asche auf eure Häupter; es wird an Staub und Asche nicht fehlen, die zerstörten Städte, die verwüsteten Felder werden für Jahrhunderte sie liefern. Dann mögen die Vertreter der Völker, die hier im Kreise sitzen, beschämt sich aus ihm stehlen; denn man wird ihnen sagen: Ihr ließet ein Brudervolk morden, um bald alle geknechtet zu sein!" Anhaltender brausender Beifall von allen Seiten des Hauses.

Gegen Löhner sprach Hawelka, für ihn Schuselka. Jener legte Nachdruck auf das Argument, daß der konstituierende Reichstag nur die Verhältnisse und Angelegenheiten jener Völker, die ihre Vertreter in ihn gesandt, zu ordnen habe: „für etwas anderes haben wir kein Mandat". Der Abgeordnete für Perchtoldsdorf unterstützte den Antrag Sierakowski's; denn wenn man außerordentlichen Ereignissen mit Paragraphen der Geschäftsordnung entgegenträte, „dann würden wir uns zu Karrikaturen unserer Zeit machen" (Beifall). Den Kern der Sache erfaßte der Abgeordnete für Görz. Die Ungarn, führte Doliak aus, hätten eine Deputation an den König geschickt; als sie keine erwünschte Antwort erhielten, seien sie mit roten Fahnen abgezogen (Unwillensäußerungen der Linken); jetzt wollen sie den rechtmäßigen König, die Regierung umgehen, wollen sie überflüssig machen? Warum? Die Antwort überlasse er der Kammer . . .

Es war 2 Uhr nachmittags und noch immer tobte der parlamentarische Kampf, den Josephsplatz füllte eine aufgeregte Menge, die mit Unruhe und Ungeduld auf die Entscheidung wartete.

Als ich wieder in den Saal trat, war Schluß der Debatte beantragt worden und es hatten daher nur die bereits eingeschriebenen Redner zu sprechen, darunter ich. Ich verwahrte mich feierlich, daß die eine Hälfte des Reiches vor der Pforte der andern stehe, es sei nur eine Partei, und eine Partei könne man nicht empfangen, sonst mache man sich selbst zur Partei. Wenn man von einer Ausnahme von der Geschäftsordnung sprechen wolle, so bestehe sie nur darin,

daß sich die angekündigte Deputation nicht nach den Regeln unseres Hauses richten wolle, wie jede andere. Wolle man um jeden Preis die Grenzen des Wirkungskreises dieser Versammlung verwischen und einen Konvent aus ihr machen?! „Wenn einst die Magyaren durch die Tat sich als das bewähren werden, was sie jetzt mit Worten zu sein vorgeben, wenn sie durch die Tat beweisen werden, daß sie den Gesamtbestand der österreichischen Länder wahrhaft als ihr Vaterland ansehen, dann werde ich der erste sein, der ihnen, um mich der Worte eines Vorredners zu bedienen, die Türe dieses Hauses öffnet, der ihnen die Arme entgegenhält. Aber nicht als Deputierte werden wir sie dann empfangen, sondern unsere Plätze werden wir näher zusammenrücken und sie empfangen als Gleichberechtigte mit uns, damit sie mit uns tagen, damit sie mit uns beraten über das Wohl unseres österreichischen Gesamtvaterlandes, welches dann erst in Wahrheit ein österreichisches Gesamtvaterland auch für die Ungarn sein wird" (Beifall.)

Meinen Antrag formulierte ich wie folgt:

„In Erwägung, daß der Reichstag wesentlich ein konstituierender ist —

in Erwägung, daß die Angelegenheiten von Ländern, die hier nicht vertreten sind, nicht in den Wirkungskreis des Reichstages gehören —

in Erwägung endlich, daß die Beurteilung von Verhältnissen anderer hier nicht vertretenen Länder in den Bereich des ministeriellen Wirkens fällt —

stelle ich den motivierten Antrag:

Die hohe Reichsversammlung wolle beschließen, im Falle der gegenwärtigen magyarischen Deputation keine Ausnahme von den Regeln dieses Hauses eintreten zu lassen" . . .

Für die Verhandlungen des konstituierenden Reichstages war es anerkannter Grundsatz, daß Anträge rein aufhebenden, verneinenden Inhaltes nicht gestattet seien. Mein Antrag war im Grunde ein solcher. Sierakowski hatte beantragt, es möge eine Ausnahme von der Geschäftsordnung gemacht werden, ich beantragte, es möge keine Ausnahme von der Geschäftsordnung gemacht werden. Somit war mein Antrag als ein bloß negativer, nach einer bis dahin stets eingehaltenen Übung, einfach abzulehnen. Allein ich konnte auf

die parlamentarische Ungeübtheit der Versammlung, die aus dem Schwall der Worte meines Antrages nicht gleich den geschäftsordnungswidrigen Kern desselben herausfand und auch auf das, wohl absichtliche, Versehen des Präsidenten, der sichtlich froh war aus der unerquicklichen Affäre auf eine anständige Art herauszukommen, rechnen und ich sollte mich nicht täuschen. Mein Antrag wurde vom Zentrum und von der Rechten zahlreich unterstützt, ohne daß von der Linken ein Einwand in formaler Richtung erhoben wurde.

Wessenberg erhob sich mit der Erklärung, das Ministerium habe, weil auf seine entgegenkommenden Schritte, um das Band zwischen Ungarn und den übrigen Ländern festzuschließen, von der Gegenseite keine Erwiderung erfolgt sei, den Entschluß gefaßt, eine Staatsschrift zu verfassen, Sr. Majestät zu überreichen und Allerhöchsten Ortes an das ungarische Ministerium gelangen zu lassen. Wessenberg war kein Redner, er überließ die weitere Auseinandersetzung dem Justizminister. Die Staatsschrift, welche nun Bach vortrug, fußte auf der Pragmatischen Sanktion, deren Bestimmungen sowohl die am 11. April den Ungarn erteilten Zugeständnisse, als noch mehr die seither von ungarischer Seite beobachtete Haltung widersprächen. Man habe von Pest aus die Einheit der Armee durch Einführung eines neuen Fahneneides und eines neuen Kommandos zerstört; man habe die in den Kassen erliegenden Staatsgelder auf kurzem Wege in Beschlag genommen und eigenes Papiergeld auszugeben angefangen; man habe Gesandte für auswärtige Mächte beglaubigt. Das Ministerium habe sich die Frage vorlegen müssen, ob der Monarch berechtigt gewesen, Ungarn eigene Ministerien für die auswärtigen Angelegenheiten, für den Krieg, für die Finanzen zu bewilligen und habe diese Fragen verneinen müssen, da der Kaiser dies schon unter den früheren Verhältnissen nicht ohne Zustimmung der Stände der anderen Reichsteile hätte tun können, geschweige denn jetzt als konstitutioneller Monarch. Das Ministerium strebe nunmehr eine Vereinbarung durch eine von beiden Teilen zu beschickende Kommission an, Baron Jellačić sei für diesen Zweck nach Ungarn beordert. Eine Deputation sei nicht geeignet, die Angelegenheit zu schlichten, weil dem Reichstage jedes Substrat fehle. . .

Löhner unternahm es, dem Minister zu entgegnen, Richter beantragte eine motivierte Tagesordnung, es erhoben sich Stimmen dafür und dawider, es entstand abermals ein solcher Tumult, daß

sich niemand hörbar machen konnte und die Sitzung auf zehn Minuten unterbrochen wurde.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung sprachen erst Klaudy, dann Rieger in sarkastischer, fast höhnender Weise. „Was soll die Zulassung der ungarischen Deputation für einen Zweck haben?" sprach Rieger. „Sollen wir sie bloß herkommen lassen, um sie zu sehen? Sollen sie bloß eingelassen werden, damit wir die prächtigen Kostüme und schönen Bärte der ritterlichen Magyaren bewundern können?!" Anhaltendes starkes Zischen von der Linken, Rufe „Zur Ordnung!", heftige Bewegung. Man wollte zum Schlusse schreiten, wobei es neuerdings zu einem Meinungsstreit für und wider kam, bis zuletzt der Präsident die Oberhand behielt und mein Antrag in namentlicher Abstimmung mit 186 Stimmen gegen 108 — ein Abgeordneter enthielt sich seines Votums — zum Beschlusse erhoben wurde.

Noch lag ein Antrag Lasser's vor: „Die ungarische Deputation sei durch den Präsidenten einzuladen, ihre Mitteilungen durch das Vorstandsbureau an die hohe Versammlung gelangen zu lassen". Die ermüdete Versammlung nahm diesen Vorschlag, der die nackte Abweisung durch einen beschwichtigenden Zusatz abzuschwächen schien, mit großer Mehrheit an und um ein Viertel auf 8 Uhr konnte der Präsident die aufregende Sitzung für geschlossen erklären.

2.

Die nahezu zwölfstündige Verhandlung des 19. September, anscheinend ein Kampf der Gefühlspolitik mit der des Verstandes, war im innersten Grund und Wesen einer zwischen der Loyalität und der Revolution. Denn das leidet keinen Zweifel: wenn die Pester Deputation vorgelassen wurde, diese Ungarn in ihrer mannhaft schönen Erscheinung, mit ihrer angeborenen Zungenfertigkeit und bestrickenden Beredsamkeit, gegen die unsere gewandtesten Redner unerprobte Neulinge waren, so ging die Gesetzlichkeit und die staatsrechtliche Ordnung, um deren Aufrechthaltung oder vielmehr Wiedereinrichtung es der Regierung und den erhaltenden Elementen des Reichstages zu tun war, in die Brüche.

Auch sollten die aufregenden Vorgänge im Reichstagssaale ein Nachspiel auf der Straße haben. Karl Tausenau, vielleicht der begabteste und jedenfalls der gefährlichste Volksführer und Volks-

redner von Wien, hatte die sämtlichen demokratischen Vereine der Stadt eingeladen, den edlen Magyaren einen huldigenden Fackelzug zu bringen, der am späten Abend die Seilergasse und das Kupferschmiedgäßchen bis in den Mehlmarkt hinein vor dem Hôtel „Zur Stadt Frankfurt", dem Absteigquartier der Deputation, in dicht gedrängter Menge füllte. Tausenau sprach aus einem Fenster des Gasthofes und schilderte in grellen Farben den Verlauf der Verhandlung, wobei dem Grafen Stadion, der sich mit einigen anderen Abgeordneten, darunter Dr. Praschak, gleichfalls im Gasthofe eingefunden hatte, besonders der von Tausenau wiederholt angewandte Ausdruck im Gedächtnisse blieb: „Mit meinen eigenen souveränen Ohren habe ich es gehört, was für Ausdrücke da gefallen sind". Er verwünschte die „Schacherpolitik der volksverräterischen Minister" — „Nieder mit den Ministern!" rief man auf der Straße —; er zog gegen den „elenden" Reichstag los; er holte ein Blatt hervor, das die Pragmatische Sanktion vorstellen sollte, und zerriß vor den Augen der Menge diesen „vergilbten Pergamentfetzen". Zum Schlusse wandte er sich an die Ungarn selbst, die rote Federn an ihre Hüte gesteckt hatten: „Glaubt nicht, daß der Ausspruch des Reichstages der des freien Volkes von Wien und überhaupt der der Deutschen sei. Verkennet uns nicht! Wir, die wir zwei Revolutionen siegreich gekämpft, wir trauern mit Euch!" Der blinde Wesselényi dankte im Namen der Deputation und seines Volkes: „Es war unedel, es war des Reichstages unwürdig, uns abzuweisen, es war doppelt unwürdig wie er dies tat". Brausender Beifall unterbrach fortwährend die Ansprachen der Redner, als auf einmal in dem rückwärtigen Gedränge irgend ein falscher Lärm entstand, der sich panikartig durch die Menge fortpflanzte, worauf alles in fluchtähnlicher Hast auseinanderstob.

Ich aber saß mit meiner Mina, nach des Tages Qual und Mühe, friedlich in dem Speisesaal „zum roten Igel", als Jelen an unsern Tisch herantrat und mit einem „Grüß Gott, Bruder!" mir die Hand reichte. „Ja, schauen Sie nur, Herr v. Jelen", wandte sich mein sanftes Frauerl an ihn, „mein Mann, wie er sich aussetzt! Er macht sich immer neue Feinde! Heute wieder mit den Ungarn!". . . „Aber ich bitte, Euer Gnaden", gab Jelen zurück, „in Gold sollte man ihn fassen, er ist eine Perle! Wem's nicht recht ist, wir hauen sie alle zusammen, die Spitzbuben!" . . .

Was übrigens meine Frau von den stets neuen Feinden, die ich mir mache, geklagt hatte, damit hatte sie leider recht. In einem Feuilleton des „Radikalen" (Nr. 94 vom 4. Oktober, Seite 384) schilderte C. Grüner ein Gespräch auf der Galerie im Reichstage: „A. Kennen Sie den Herrn neben Gleispach? B. Das ist Herr Helfert, der Chorknabe des Zentrums, blinder Paßgänger in der Regierungsmanege, leidet an dem Wichtigkeitsfieber eines politischen Parvenüs, gibt sich ein Ansehen wie ein altes Tintenfaß und spricht in so erhabenen Ausdrücken, daß er gewöhnlich vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wird. Sonst gänzlich unbedeutend". Auch das war für die in radikalen Kreisen gegen mich herrschende Stimmung bezeichnend, daß es die „Reichstagsgalerie", eine bei Jasper Hügel & Manz heftweise erscheinende Reihe von Charakterschilderungen der Abgeordneten, sorgfältig vermied, auch nur meinen Namen zu nennen.

Dr. Siegfried Kapper veröffentlichte in dieser Zeit „Federzeichnungen" in der Prager „Bohemia" (Nr. 178 vom 24., Nr. 181 vom 27. September) und brachte mich in einer derselben mit Eberhard Jonák in eine Parallele, die für mich sehr ungünstig ausfiel: „Helfert ist derjenige, der ein gutes Wort sprechen kann, das er aber noch nie sprach für die Sache der echten wahren Volksfreiheit. Helfert ist derjenige, der einen guten Gedanken haben kann, aber ihn noch nicht hatte zu gunsten des natürlichen Rechtes, sondern bloß zu gunsten der juristischen Sophisterei und des Paragraphismus. Vorderhand ist er weder deutsch noch slavisch, sondern einzig und allein konservativ, letzteres aber in erster Potenz". Leopold Hasner übernahm in der „Prager Zeitung" (Nr. 79 vom 30.) warm und beredsam meine Verteidigung und stellte Kapper's Charakterskizze als eine „Karrikatur", eine „Fratze" hin. „Was die Nationalität anbelangt", sagte Hasner, „so ergeht es Helfert wie Tausenden in Böhmen aus früherer Zeit. Sie haben ihren Teil am Slaventum und an deutscher Bildung. Ihr Gepräge kann kein nationalscharfes sein und sie verfallen leicht dem Tadel beider Parteien, weil sie, obwohl durch Sympathie und Verstand sich einer Seite mehr zuneigend, doch stets am geeignetsten sein werden zu der schweren aber notwendigen Rolle nationaler Vermittler ... So viel zur Ehrenrettung Helfert's von einem, der ihn von früher Jugend kennt und weiß, daß ihm wahre Freiheit so sehr am Herzen liegt, als irgend einem Abgeordneten vom Reichstage". Kapper selbst hat nachmals sich ent-

schuldigend erklärt, das Bild des Helfert in dem Artikel, den er in einer Anwandlung übler Laune niedergeschrieben, so arg verzeichnet zu haben.

3.

Nach den Arbeiterunruhen in der zweiten Hälfte August hatte Herr v. Schwarzer um seine Entlassung angesucht, sie wurde aber erst ein volles Monat später, 23. September, angenommen. Mit ihm schied aus dem Rate der Krone, der dringender als je entschlossener Charaktere bedurfte, der einzige Minister, der auf dem Gebiete der praktischen Politik Gelegenheit gehabt hatte, in seinem Ressort Kraft zu zeigen, Entschlossenheit mit Festigkeit zu verbinden, wie er sich am 22. August mit vollem Rechte hatte rühmen können, es sei dies seit dem politischen Umschwunge der erste Fall, wo die Regierung den aufständischen Elementen gegenüber sich unnachgiebig gezeigt habe.

Unnachgiebig in dem, was sie für die Wahrung von Ordnung und Sicherheit, für den Schutz gesetzlicher Autorität als notwendig erkannte, blieb auch in geschlossener Phalanx die Reichstagsmajorität. Gegen Ende September konsolidierte sich der Zentrumsklub, indem er sein Endziel, das bisher unausgesprochen dem Geiste seiner Mitglieder vorschwebte, in eine klare Formel faßte und für sein Vorgehen eine Geschäftsordnung feststellte. Sein Programm lautete: „Aufrechthaltung der Integrität und Souveränetät eines nach innen kräftigen, nach außen mächtigen österreichischen Gesamtstaates auf Grundlage der vollsten konstitutionellen Freiheit". Zusammenkünfte sollten jedenfalls am Vorabend jeder Kammersitzung stattfinden. Die von der Mehrheit gefaßten Beschlüsse sollten entweder für alle Mitglieder bindend sein oder als offene Fragen behandelt werden, wie letzteres z. B. für die Judenfrage, die in der bevorstehenden Finanzdebatte zu diskutierende Aufhebung der Judensteuer, zu gelten hatte. Was die für die Abstimmung im Reichstage bindenden Beschlüsse betraf, so wurde eine Ausnahme für den Fall offen gelassen, wenn sich ein Mitglied des Klubs in seinem Gewissen oder im Interesse seiner Kommittenten verpflichtet fühlte gegen die Majorität zu stimmen;

nur habe er dies im Klub bestimmt zu erklären. In wichtigen Fragen sollte der Zentrumsklub sich mit dem böhmischen Klub, dem andern Faktor der Reichstagsmajorität, ins Einvernehmen setzen. Zur Deckung der Auslagen hatte jedes Mitglied monatlich fünf Gulden Konventionsmünze beizusteuern.

Statuten und Programm unterzeichneten am 28. September die Abgeordneten aus Niederösterreich Neuwall, Neumann; aus Oberösterreich Wiser; aus Salzburg Lasser; aus Böhmen Sieber, Uchatzy, Eckl, Jonák, Helfert, Trojan, Kiemann, Anton Beck, Schopf, Scherl; aus Mähren Szábel, Streit, Karl Richter, Feifalik, Kajetan Mayer, Praschak, Rahn, Kowarz; aus Schlesien Hein; aus Steiermark Gleispach, Trummer, Thinnfeld, Wiesenauer, Königshofer, Cavalcabó; aus Tirol Klebelsberg, Ingram, Call, Haßlwanter, Stöckl, Hellrigl; aus Vorarlberg Ratz, Zwickle; aus dem Küstenland Doliak, Vlach; aus Kärnten Scholl, Rack; aus Galizien Szaszkiewicz, und noch vier, deren Namen ich heute nicht mehr lesen kann. Zwei Tage später, 30. September, kamen hinzu die Namen: aus Galizien Jachimowicz; aus Tirol Gredler, Straßer; aus Triest Hagenauer; aus Schlesien Joseph Weiß; aus Böhmen Plaček, Slawik, Franz Richter; aus Niederösterreich Müller; aus Mähren Joseph Beck, Sitka. Zum Präsidenten des Klubs, der auch der Streitberger'sche genannt wurde, weil er in der gleichnamigen Restauration in der kleinen Schulergasse seine Versammlungen abhielt, wurde fürs erstemal der Schlesier Hein, zum Vizepräsidenten der Salzburger Lasser gewählt, zu Schriftführern Praschak und Helfert; in meinen Papieren finden sich noch heute die bezüglichen Urkunden.

* * *

Mittlerweile nahmen die Dinge außerhalb unseres Kreises mit jedem Tage eine bedrohlichere Gestalt an, man ging unverkennbar auf eine neue Revolution los, ja die Führer der Bewegung machten kein Hehl daraus.

Für Sonntag den 24. September war von ihnen eine großartige Kundgebung für Hans Kudlich geplant. Um die neunte Abendstunde bewegte sich ein Zug von vielen hundert Landleuten, Männern und Frauen, alle festtäglich gekleidet, auf den Mehlmarkt. Den Zug eröffnete eine Ehrenkompagnie der akademischen Legion

und schloßen Mitglieder aller demokratischen Vereine Wiens; drei Musikbanden wechselten in der Aufführung volkstümlicher Märsche ab. Der Zug ordnete sich vor dem Hôtel Munsch, auf dessen Balkon Kudlich, umgeben von mehreren seiner Gesinnungsgenossen, ihn erwartete. Der Platz war zum Erdrücken voll, ich befand mich an dem Fenster eines gegenüberliegenden Hauses, von wo ich wohl das ganze von hunderten von Fackeln erleuchtete Schauspiel überblicken, die brausenden Hoch- und Beifallsrufe und den Schall der gesprochenen Worte vernehmen, aber den Inhalt dessen, was vorgetragen wurde, nicht auffassen konnte, den ich erst nachträglich aus gedruckten Berichten kennen lernte. Die Bewillkommnungs- und Dankrede hielt im Namen der Bauernschaft der Legionär Willner, worauf Kudlich's in seiner gewohnten schwungvollen bilderreichen Weise gehaltene Ansprache die Menge zu frenetischen Ausbrüchen der Zustimmung hinriß. „Seid einig", rief er den Landleuten zu, „aber wachsam, und wenn der Löwe der Aula wieder ruft bei nahender Gefahr, dann werft fort die friedlichen Werkzeuge eures Berufes, laßt Flammenzeichen rauchen von Berg zu Berg, laßt Schlachtrufe ertönen von Tal zu Tal, und ein Landsturm wird sich erheben, der die Söldner der Tyrannei wie Spreu hinwegfegen wird!" Zum Schlusse hielt er es doch für angemessen, ein Wort des Dankes für den Spender der gewonnenen Freiheit zu sprechen und Kaiser Ferdinand dem Gütigen ein Hoch auszubringen, in das die Menge unten stürmisch einstimmte.

4.

Den Reichstag beschäftigte in den nächsten Sitzungen eine Reihe von Vorlagen des Finanzausschusses über den Antrag Borrosch wegen Vorschußleistung von 2,000.000 fl. an bedrängte Gewerbeleute der Stadt und Umgebung von Wien, und über eine Vorlage des Finanzministers, betreffend die für 1849 auszuschreibenden Steuern, worauf dann der bereits im Drucke befindliche Voranschlag für das kommende Verwaltungsjahr folgen sollte. Zu den von der Regierung gemachten Vorschlägen zählte ein Verbot der Silberausfuhr, die Festsetzung eines Zwangskurses für das Notengeld, die Ausgabe

von Hypothekarscheinen auf die Gmundner Salinen, endlich die Ablieferung der bei den Gerichten und Patrimonialämtern erliegenden Depositengelder gegen Ausstellung dreiprozentiger Obligationen des Ärars. Durch diese letztere Maßregel hoffte der haushälterische Kraus viele Millionen zur Deckung der Staatsbedürfnisse flüssig zu machen, was die Opposition für stark übertrieben erklärte.

Die finanziellen Vorlagen wurden in unserem Klub eingehend erwogen und beraten; rücksichtlich der Steuern und Abgaben drangen Lasser und Szábel mit ihrem Antrage durch, die direkten Steuern für ein Jahr, die indirekten aber nur für ein Halbjahr zu bewilligen. Von der Opposition dagegen erfuhr der Finanzminister die heftigsten Angriffe. Die Männer der Linken machten Einstreuungen und erhoben Proteste jeder Art, sie stellten die weitest gehenden Forderungen, sie tadelten und verurteilten die Finanzverwaltung im ganzen und in allen einzelnen Stücken; sie meinten, Kraus müsse abdanken. Doch der war nicht so empfindlich, er vertrug einen Puff; er hörte alle Vorwürfe mit Ruhe an, oder hörte sie auch nicht an, man sagte, daß er sich zuweilen taub stelle. Er dachte durchaus nicht daran, sein Amt niederzulegen, nicht weil er eitel war oder sonst weltlich befangen an seinem Portefeuille hing, sondern weil er es als eine ihm auferlegte Pflicht ansah, mit unerschütterlicher Überzeugungstreue bei dem auszuharren, was ihm gut und geboten schien. Dazwischen liefen Interpellationen der verschiedensten Art, durch welche die Opposition dem Ministerium Verlegenheiten zu bereiten oder die Sache in die Länge zu ziehen suchte. In dieser Zeit war es denn auch, wo die Regierung den Aufschub einer Sitzung wünschte, für deren Zwischenfälle sie sich vermutlich nicht ausreichend vorbereitet fühlte, einer Sitzung, deren Abhaltung infolge Jelen's genialen Manövers „wegen stattgefundener Gasausströmungen im Reichstagssaale" tatsächlich unterblieb.

Das war am 29. September, und in der Sitzung des nächsten Tages richtete Borrosch allein nicht weniger als sechs Anfragen an das Gesamtministerium, an den Justizminister und an jenen der Finanzen, wozu noch eine Interpellation des Wälschtirolers Facchinetti an den Kriegsminister kam, betreffend die Untersagung des Waffentragens, das Verbot von Versammlungen rc. durch einen Tagesbefehl Radetzky's. Es verlautete in diesen Tagen gerüchtweise vom Rücktritte Doblhoff's, von einem Ministerium Stadion-Bach,

und Smolka fragte das Gesamtministerium, was an diesen Gerüchten wahres sei, wobei er mit Nachdruck das Vertrauen betonte, das der derzeitige Minister des Innern noch immer beim Volke genieße. Seine Worte wurden seitens der Linken mit stürmischem Beifall begrüßt, weil das Vertrauensvotum Smolka's für Doblhoff ein Mißtrauensvotum für die anderen Minister einschloß. Die Interpellation selbst beantwortete Wessenberg noch in derselben Sitzung: Baron Doblhoff habe kein Entlassungsgesuch eingereicht, er wünsche nur, sich wegen angegriffener Gesundheit für einige Zeit von den Geschäften zurückzuziehen.

Die Schmerzen des Abgeordneten für Prag, „letzter Wahlbezirk", hatten den verschiedensten Inhalt: Die in letzter Zeit vom Justizminister behauptete Vereinbarung mit der Krone bei Erlassung von Gesetzen; die Ereignisse des 12. September und die vom gewesenen Arbeiterminister als „revolutionäre Abzeichen" bezeichneten Zettel an der Kopfbedeckung; die vom Gesamtministerium zur friedlichen Beilegung der Zerwürfnisse in Ungarn einzuleitenden Schritte; endlich einen Zwischenfall, der sich jüngst dort abgespielt hatte und diesseits wie jenseits der Leitha eifrigst besprochen wurde. Es war nämlich eine Anzahl Briefe mehrerer Offiziere des kroatischen Lagers in unrechte Hände gefallen, das Pester Regierungsblatt hatte sie vollinhaltlich abgedruckt und der Wiener „Radikale" hatte sich beeilt das gleiche zu tun. Jedem österreichischen Patrioten mußte das Herz im Leibe lachen über die Gesinnungen, die sich in den aufgefangenen Briefen aussprachen; über die zuvorkommende Bereitwilligkeit, mit welcher der Banus allerorts in Ungarn empfangen wurde; über seine persönliche Liebenswürdigkeit und den Zauber, den er auf alle ausübte, die mit ihm in Berührung kamen. Aber die Pester Auflehnung und der Wiener Radikalismus sahen in den Schriftstücken nichts als sprechende Beweise des zwischen dem Banus und den Wiener Ministern unterhaltenen Einverständnisses und gesponnenen Verrates, und in diesem Sinne verlangte Borrosch Aufklärung über die Authentizität „einiger angeblich vom Banus Jellačić und Anderen herrührenden Briefe".

* * *

In der Tat war es die ungarisch-kroatische Frage, welche die gesammte Lage beherrschte, so daß die reichstägige Opposition immer wieder darauf zurückkam und dadurch den ruhigen Gang der Finanzdebatte fortwährend unterbrach und störte. Die Interpellation Borrosch wegen der aufgefangenen Schriftstücke beantwortete der Kriegsminister vom Flecke weg: „Briefe, die mir nicht zugekommen sind, verpflichten mich zu keiner Antwort. Doch nehme ich keinen Anstand zu erklären, daß ich in einem Privatschreiben dem Baron Jellačić geantwortet habe, daß, so lange die ungarische Regierung auf legalem Boden steht, ich ihm weder Truppen noch Artillerie senden kann. Was Geld betrifft, so habe ich mich, damit die kaiserliche Mannschaft nicht ohne alle Löhnung bleibe, genötigt gesehen, 280.000 fl. an den Banus zu senden". Beifall von der Rechten, Zischen von der Linken und der Ruf „Bravo Kamarilla!"

In der Sitzung vom 3. Oktober, wo über die reichstägige Behandlung der vom Konstitutionsausschusse entworfenen „Grundrechte" diskutiert wurde, brach Borrosch die Gelegenheit vom Zaun, um der Pragmatischen Sanktion, auf welche das Ministerium am 19. entscheidendes Gewicht gelegt hatte, jeden Wert abzusprechen. „Durch die Erfüllung der Volkswünsche", sprach er zu den Ministern gewendet, „werden wir eine wahrhafte Pragmatische Sanktion erhalten, eine Sanktion, nicht auf bloßen Verträgen beruhend". Beifall der Linken, Rufe aus dem Zentrum „Das gehört nicht hieher! Zur Sache!" Der Präsident ersucht den Redner, bei dem Gegenstande der Verhandlung zu bleiben und ruft ihn, da er sich in seinen phrasenhaften Auseinandersetzungen nicht stören läßt, ernstlich „zur Sache!" Violand, Brestel, Kudlich, Löhner erheben Widerspruch, mehrere von der Linken springen von ihren Sitzen, das Zentrum klatscht dem Präsidenten Beifall zu, Tumult im ganzen Hause. Strobach ruft Violand und Brestel zur Ordnung: ihm, dem Präsidenten komme es zu, an den Redner die Mahnung, daß er zur Sache spreche, ergehen zu lassen. Borrosch protestiert gegen das Verfahren des Präsidenten. Strobach: „Dann bitte ich gegen den Paragraphen 66 der Geschäftsordnung zu protestieren!" Zischen von der Linken und aus der Journalistenloge. Strobach, zu dieser gewendet: „Von Ihnen werde ich mir wohl nicht erst die Billigung meines Verfahrens einzuholen haben?!" Händeklatschen und Beifallsrufen aus dem Zentrum und von der Rechten . . .

Auftritte solchen Charakters wiederholten sich jetzt bei jedem Anlasse, wo die Opposition sich gegen die Mehrheit aufbäumte, ja sie nahmen von Sitzung zu Sitzung an Heftigkeit und gegenseitiger Gereiztheit zu. In der Sitzung vom 4. kam Sierakowski auf die Beantwortung der Interpellation Borrosch durch den Kriegsminister zurück: „Wozu sollen wir die kaiserlichen Truppen unter Jellačić zahlen? Etwa weil sie in Ungarn eingefallen sind? Oder will man uns etwa beweisen, daß die Ungarn in Kroatien eingefallen sind? Geht man vielleicht damit um, die Magyaren zu Kroaten zu stempeln?“ Beifall von der Linken, Gegenrufe und Zischen von der Rechten. Sierakowski schreit und fuchtelt dabei drohend mit den Händen: „Heißt das etwa die Rechte der Nationalitäten achten?!“ Der junge galizische Abgeordnete Durbasiewicz (Gorlice) ruft: „Wir können nicht länger zugeben, daß der Schweiß von Millionen und das Blut des Volkes zu dem mörderischen Handwerke des Krieges benützt werde!“ Stürmischer Beifall der Linken, lärmende Aufregung im ganzen Hause. Strobach will „Zur Ordnung“ rufen, doch Sierakowski dringt mit seiner polternden Stimme durch: „Ich beantrage somit: die außerordentlichen Ausgaben für den Kriegsminister werden gestrichen, ebenso die Finanzwache und die zehn Millionen für öffentliche Arbeiten!“ Langanhaltender Beifall der Linken, in den auch einzelne Abgeordnete der Mehrheit, die mit dem letzten Punkte des Antrages Sierakowski einverstanden sind, einfallen . . .

Wie stand es um diese Zeit mit dem ungarisch-kroatischen Zerwürfnisse? Nach der dem Erzherzog Stephan vom Hofe erteilten Weisung, gegen den Banus militärisch nicht vorzugehen, schien man ungarischerseits eine Verständigung auf gütlichem Wege versuchen zu wollen. Man bestieg den Plattenseedampfer „Kisfaludy“ und der Palatin lud Jellačić, der mit seinen Truppen am östlichen Ufer des Sees bei Sió-Fok lagerte, ein, am Bord des Schiffes zu erscheinen. Der ritterliche Banus war bereit der Aufforderung zu folgen, wurde aber von seinen Offizieren daran gehindert; denn ohne Zweifel war es von der Umgebung des Erzherzogs darauf angelegt, den gefährlichen Mann, der arglos in ihrer Mitte erschien, als Gefangenen zu erklären und nicht wieder loszulassen (21. September). Die Friedensmission Stephan's war somit gescheitert, er kehrte nach

Pest zurück, verließ in fluchtähnlicher Eile Stadt und Land, legte in Wien sein Palatinat nieder und reiste weiter nach Deutschland, wo er auf seinem mütterlichen Stammgut Schaumburg am Rhein die weitere Entwicklung der Dinge abwarten wollte. Jellačić setzte seinen Marsch gegen die ungarische Hauptstadt fort. Doch sein Plan scheiterte durch das für ihn ungünstige Treffen bei Velencze und Pákozd (29. September). General Moga bot ihm einen dreitägigen Waffenstillstand an, den der Banus benützte, um sich gegen Wieselburg und Ungarisch-Altenburg zurückzuziehen. In dieser Bedrängnis bat Jellačić den k. k. Hofkaplan Joseph Stroßmayer, durch die Abgeordneten Palacký und Rieger vom Ministerium eine Subvention für seine barfüßigen und hungernden Soldaten zu erwirken. Am 5. Oktober kam er persönlich nach Wien und bewog den Kriegsminister zu dem Befehle, zu seiner Verstärkung das Grenadierbataillon Richter am folgenden Tage nach Preßburg abrücken zu machen.

* * *

In der Sitzung des 5. Oktober waren die Vorschläge der Finanzkommission zu erledigen. Die Verhandlung wurde gegen 3 Uhr nachmittags abgebrochen und nach 6 Uhr abends wieder aufgenommen. Es lag eine Fülle von Einzelanträgen vor, von denen einer dem andern quer über den Weg lief. Mit Mühe setzte Strobach die Annahme der letzten Punkte der Finanzvorlage mit Mehrheit der Stimmen durch, worüber die Linke außer Rand und Band geriet. Löhner, Sierakowski, Brestel, Nadler suchten durch Anträge, die mit der Finanzfrage nichts zu tun hatten, den Abschluß derselben aufzuhalten. Ihnen entgegnete Rieger mit dem Vorschlage, über alle diese zur Sache nicht gehörigen Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Heftiger Widerspruch der Linken, der sich steigerte, als der Antrag des Abgeordneten für Eisenbrod unter großem Beifall der Mehrheit angenommen wurde. Löhner rief gegen die Rechte hin: „Glauben Sie, weil Jellačić heute in Wien gespeist hat, dürfen wir nicht mehr reden?!“ Er wiederholte, als man auf seine Mahnung nicht hören wollte, in heftiger Erregung seinen Aufruf, ohne an dem Beschlusse der Mehrheit etwas ändern zu können.

Im letzten Augenblicke wollte Borrosch eine Interpellation stellen, was der Präsident nicht gestattete. „Mit welchem Rechte“,

fragte Borrosch gereizt, „soll ich um mein Rednerrecht kommen?!" Worauf Strobach gelassen: „Mit dem Rechte, daß der Antrag auf Tagesordnung allen anderen Anträgen vorgeht . . . Ich erkläre die Sitzung für geschlossen".

Es war gegen 10 Uhr nachts. In einer Aufregung ohne gleichen drängte die Linke aus dem Saale. „Da kann nur eine neue Revolution helfen!" rief der leidenschaftliche Violand . . .

Wir standen vor dem sechsten Oktober!



Register.

A.

B.

C.

D.

E.

F.

G.

H.

J.

L.

M.

P.

S.

T.

U.

V.

W.

53 70 peasant deputies 68
70 Communizm
114 misery in cities; workers
131 Helfat speech Aug 24
141 opposition in his district to him because of stand re unpersuation
162. 164
184 inadequate with ordinary partisanship 185 many letters into
govt positions
188 candidates to [illegible] campaign for each other
189 his rebellious youth
191 on labour peasant + cottagers

